

WP-1

Antrag zur LDK am 6./7. Februar 2010 in Essen
Antragsteller: Landesvorstand

Entwurf des Landtagswahlprogramms 2010

1	Inhaltsverzeichnis	
2		
3	Grüner Zukunftsplan NRW	2
4	Wichtige Weichenstellungen für NRW	2
5	Unsere Grundwerte	3
6	Der Grüne Zukunftsplan in Kürze	4
7	Zukunftsfähiges NRW: Grünes Wirtschaftswunder	8
8	1. Nachhaltige Wirtschaft.....	9
9	2. Klimaschutz durch Energiewende	16
10	3. Zukunft finanzieren	22
11	4. Für lebendige und handlungsfähige Kommunen	26
12	Kluges NRW: Recht auf Bildung für Alle	30
13	1. Kitas: Kinder brauchen mehr	31
14	2. Schule der Zukunft: Leistungsstark – vielfältig – gerecht	34
15	3. Qualifizierte Ausbildung für Alle	41
16	4. Lebensbegleitendes Lernen durch gute Weiterbildung	43
17	5. Hochschulen: Keimzellen für ein innovatives Land.....	44
18	Ökologisches NRW: Schutz für Mensch und Umwelt	48
19	1. Wertvolles Naturerbe schützen	48
20	2. Tiere brauchen Rechte	51
21	3. Grundrecht 'Gesund Leben'	52
22	4. Verbraucherinnen und Verbraucher mächtig machen	56
23	5. Ländlicher Raum: Starke grüne Impuls-Regionen für NRW	59
24	6. Mobilität – ökologische und soziale Verkehrswende einleiten	61
25	Soziales NRW: Für Gerechtigkeit und Zusammenhalt	66
26	1. Arbeitsmarktpolitik.....	66
27	2. Armut bekämpfen – Teilhabe sichern	70
28	3. Den pflegebedürftigen Menschen in den Mittelpunkt stellen	72
29	4. Menschen mit Behinderungen	75
30	5. Gesundheitspolitik für Alle.....	78
31	6. Stadtentwicklung und Wohnen.....	83
32	Lebendiges NRW: Stark für Demokratie und Gleichberechtigung	87
33	1. Bürgerrechte stärken – Sicherheit rechtsstaatlich gestalten.....	87
34	2. Mehr Demokratie wagen – Die Macht der Bürgerinnen und Bürger stärken	92
35	3. Freiheit und Demokratie digital – Qualität und Vielfalt sichern	95
36	4. Geschlechterdemokratie für alle!	99
37	5. Gleichberechtigte Teilhabe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender..	105
38	6. Europa.....	107
39	7. Eine-Welt-Politik	109
40	Menschliches NRW: Vielfalt ist Reichtum	111
41	1. Familien der Zukunft – Starke Kinder, starke Eltern.....	111
42	2. Kinder- und Jugendförderung der Zukunft - Beteiligen statt ausgrenzen	114
43	3. Interkulturelle Vielfalt als Chance begreifen.....	116
44	4. Interreligiöse Vielfalt in NRW stärken.....	120
45	5. Grüne Kulturpolitik in NRW.....	122
46	6. Mehr Sport und Bewegung – Für ein bewegtes NRW	124

1 **Grüner Zukunftsplan NRW**

2 **Liebe Wählerin, lieber Wähler,**

3 **Wir möchten Sie mit diesem Programm, unserem Zukunftsplan für NRW, über-**
4 **zeugen, uns am 9. Mai 2010 Ihre Stimme zu geben. Eine Stimme für ein anderes**
5 **Nordrhein-Westfalen.**

6 **Denn um nichts weniger als das geht es bei den anstehenden Wahlen. Es ist**
7 **nicht einfach eine von vielen Wahlen in den letzten Monaten. Es ist nicht einfach**
8 **die Frage, wer an der Spitze des Bundeslandes steht. Es ist nicht einfach eine**
9 **Wahl für die nächsten fünf Jahre.**

10 **Es ist eine echte Richtungsentscheidung – wir Grünen wollen das Zugpferd für**
11 **die richtige Richtung sein.**

12 **Mit unserem Zukunftsplan für NRW verfolgen wir Grüne ein großes Ziel:**

13 **Wir wollen ein nachhaltiges, bildungsgerechtes und soziales Nordrhein-**
14 **Westfalen schaffen.**

15 **Genau darum dreht sich unsere Politik. Dafür bitten wir am 9. Mai 2010 um Ihre**
16 **Stimme, davon wollen wir Sie überzeugen.**

17 **Wichtige Weichenstellungen für NRW**

18 Unser Land steht vor wichtigen Weichenstellungen. Zahlreiche Krisen, die sie ganz kon-
19 kret spüren und sehen können, erfordern durchdachte Antworten.

20 Die **Klimakrise** kommt schleichend, aber mit Macht – die nächsten zehn Jahre entschei-
21 den, wie mächtig sie wird. Wir geben radikale Antworten, weil nur sie den Klimawandel
22 begrenzen. Schwarz-Gelb hat dagegen das Rad zurückgedreht und macht Klientelpolitik
23 für große Energiekonzerne und Großindustrie. Wenn aber NRW nicht umsteuert, wird
24 ganz Deutschland die Klimaziele verpassen.

25 Die **Finanz- und Wirtschaftskrise** kam plötzlich, aber nicht überraschend. Banken und
26 Spekulanten, Marktradikalismus und Privatisierungswahn haben eine riesige Blase ge-
27 schaffen, die geplatzt ist. Wir wollen mit durchgreifenden Regeln für die Finanzmärkte
28 verhindern, dass eine neue Blase entsteht.

29 Unser **überholtes, sozial ungerechtes und leistungsfeindliches Bildungssystem**
30 schadet NRW. Schwarz-Gelb hat das Aussortieren weiter verschärft. Das wollen wir stop-
31 pen: Mit mehr Qualität in den Kitas, längerem gemeinsamen Lernen an Schulen der Zu-
32 kunft, besserem Studium ohne Gebühren. Nordrhein-Westfalen braucht alle Talente:
33 Starke Bildung für ein starkes Land.

34 Die **Soziale Spaltung** verschärft sich. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter
35 auf. Was Schwarz-Gelb in NRW etwa mit dem Verkauf der LEG und dem Ende der Ar-
36beitslosenzentren betrieben hat, setzt die Bundesregierung fort: Unsinnige Steuerge-
37 schenke werden bei den Sozialleistungen eingespart. NRW muss ein starkes Gegenge-
38 wicht gegen diese unsoziale Politik werden.

39 Unsere **Kommunen stehen vor dem Finanzkollaps**. Nur noch 44 von 394 Städten und
40 Gemeinden haben ausgeglichene Haushalte. Schwarz-Gelb betrügt die Kommunen sys-
41 tematisch um Milliarden-Einnahmen. Wir wollen das stoppen! Die Kommunen sind unsere
42 Lebensader und brauchen einen Rettungsschirm.

43 **Schwarz-Gelb passt nicht zu Nordrhein-Westfalen**. Weil sich diese Landesregierung
44 den großen Herausforderungen nicht stellt und ihnen nicht gewachsen ist. Es reicht nicht,
45 wenn Ministerpräsident Rüttgers schöne Worte findet. Entscheidend ist das Spiel „auf'm
46 Platz“.

47 Als Grüne wissen wir: Die Krisen lassen sich nicht voneinander trennen. Die Antworten
48 und Lösungen auf alle Krisen müssen zusammengedacht werden.

1 Der Kampf gegen den Klimawandel bietet immense Chancen für eine neue Wirtschafts-
2 und Finanzpolitik. Gute Bildung ist der Schlüssel sowohl für ein wirtschaftsstarkes Land,
3 als auch für den sozialen Zusammenhalt in NRW. Und gute Bildung ist zudem der Schlüs-
4 sel für unsere nachfolgenden Generationen, die Herausforderungen der Zukunft bewälti-
5 gen zu können.

6 Die bisher vom Bund aufgelegten Konjunkturprogramme haben diesen Weitblick nicht.
7 Sie setzen allein auf Maßnahmen, die viel kosten, aber auf Dauer wenig bringen. Statt-
8 dessen bräuchten wir massive Anreize für energieeffiziente Mobilität und energetische
9 Gebäudesanierung. Wenn wir kommunale Gebäude, Schulen und Hochschulen ener-
10 getisch sanieren, packen wir Wirtschaftskrise, Klimakrise, Bildungskrise und Kommunalkrise
11 zusammen an.

12 Wenn NRW den Anschluss an die ökologische industrielle Revolution verpasst, werden die
13 Arbeitsplätze der Zukunft in den Ländern entstehen, die heute schon verstehen, dass die
14 Zukunft von Wirtschaft und Wohlstand grün sein muss. Darum wollen wir Grüne in NRW
15 einen ökologischen Aufbruch in der Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs- und Sozialpolitik –
16 den GREEN NEW DEAL.

17 Wir müssen in eine nachhaltige Infrastruktur investieren, in eine ökologische Wirtschaft,
18 in mehr Bildung, in einen erneuerten sozialen Ausgleich. Dieser Green New Deal – unser
19 Grüner Zukunftsplan für NRW – schafft neue Arbeitsplätze, stärkt die Wettbewerbsfähig-
20 keit unseres Landes, führt zu mehr Klimaschutz, entfaltet alle Potentiale und stärkt den
21 gesellschaftlichen Zusammenhalt.

22 **Unsere Grundwerte**

23 Wir sind die Partei der Nachhaltigkeit in NRW. Nachhaltigkeit verbindet ökologische, sozi-
24 ale und wirtschaftliche Entwicklung. Uns als Partei der Ökologie ist der Schutz von
25 Mensch und Umwelt das zentrale Anliegen. Mensch und Umwelt sind durch unser derzei-
26 tiges Wirtschaften mit seinem industriellen Raubbau gefährdet. Wir zerstören die natürli-
27 chen Ressourcen unserer Erde. Das ist unverantwortlich und ökonomisch absurd. Denn
28 wir entziehen uns selbst die Grundlagen.

29 Wir sind die Partei des Klimaschutzes und der Klimapolitik in NRW. Nichts weniger als ein
30 radikaler Wandel unserer Wirtschaft ist erforderlich, wenn wir die Klimafolgen begrenzen
31 und auch in Zukunft nur annähernd unseren jetzigen Lebensstandard erhalten wollen.
32 Wir setzen auf eine „Drei-E-Strategie“: Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Ener-
33 gieeinsparung. Wir wollen NRW zum Land der Kraft-Wärme-Kopplung und der Erneuerba-
34 ren Energien machen statt auf neue großindustrielle CO₂-Schleudern zu setzen.

35 Wir sind die Partei der grünen industriellen Revolution in NRW. Mit einem ökologischen
36 Umsteuern in der Wirtschaftspolitik können wir das grüne Wirtschaftswunder schaffen.
37 Dadurch gibt es die Chance auf zusätzliche 200.000 Arbeitsplätze. NRW als industrielles
38 Kernland der Bundesrepublik hat hier besondere Pflichten und Chancen. Nur ein nachhal-
39 tiges NRW ist ein zukunftsfähiges NRW. Allein mit einer deutlichen Steigerung der ener-
40 getischen Gebäudesanierung sind für NRW zusätzliche 100.000 Arbeitsplätze möglich –
41 bei gleichzeitigen immensen Einsparungen von Energie und CO₂ in unseren Gebäuden.

42 Wir sind die Partei der Bildungsgerechtigkeit in NRW. Nur ein bildungsgerechtes NRW ist
43 ein zukunftsfähiges NRW. Denn Gerechtigkeit fängt bei uns bei den Kindern an. Jedes
44 Kind hat das Recht auf gute Bildung. Politik hat die Pflicht, dieses Recht zu verwirklichen.
45 Von der Kita bis zur Hochschule. Nur ein kluges Land wird klug und nachhaltig handeln!
46 Wir wollen die Qualität der Kitas verbessern. Wir wollen zusammen mit den Beteiligten
47 vor Ort Schulen der Zukunft gründen: Mit längerem gemeinsamen Lernen bis zum Ende
48 der Pflichtschulzeit. Und wir wollen die sozial ungerechten Studiengebühren abschaffen.

49 Wir sind die Partei für moderne Wohlfahrtstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit in NRW.
50 Wir glauben, dass wir allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft
51 – Zugang zu den zentralen gesellschaftlichen Ressourcen verschaffen: Arbeit, Bildung
52 und demokratische Mitbestimmung. Diese Teilhabegerechtigkeit prägt unsere Vorstellung

1 von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie. Und wir sind die Partei, die in einer globali-
2 sierten Wirtschaft auch die Gerechtigkeitsfrage global stellt.
3 Wir Grüne wollen in diesem Sinne mit Ihrer Stimme im Rücken für ein nachhaltiges, bil-
4 dungsgerechtes und soziales Nordrhein-Westfalen kämpfen.

5 **Der Grüne Zukunftsplan in Kürze**

6 **Nachhaltiges NRW**

7 Mit unserem Zukunftsplan verpflichten wir uns, für ein zukunftsfähiges NRW einzutreten.
8 Wir Grüne treten konsequent dafür ein, mit nachhaltigem Wirtschaften dauerhaft die Le-
9 bensgrundlagen zu erhalten. Ökologische Vernunft und wirtschaftliches Handeln gehören
10 zusammen, ja sie bedingen einander.

11 Wir Grüne wollen NRW zum Ausgangspunkt für die notwendige neue grüne Industrielle
12 Revolution machen. So kann NRW mit seinen industriellen Stärken zum Zentrum der Be-
13 wältigung der Klima- und Umweltschutzprobleme werden. Nur so kann es seine Chancen
14 für zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze nutzen. 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze
15 sind mit dem „Green New Deal“ möglich. (Mehr dazu auf Seite 7 und folgenden)

16 Zentraler Teil des Green New Deals ist unsere Drei-E-Strategie gegen den Klimawandel.
17 Drei-E-Strategie heißt: Bei den Energien setzen wir auf Erneuerbare, Effizienz und Ein-
18 sparung.

19 Wir wollen bis 2020 den Anteil der Erneuerbaren bei der Stromerzeugung auf 22 Prozent
20 erhöhen. Das größte Potential hat in NRW die Windkraft. Bis 2020 wollen wir die Wind-
21 stromproduktion verfünffachen.

22 Bei der Energieeffizienz ist die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) das wichtigste Element.
23 KWK meint die gleichzeitige, dezentrale Produktion von Strom und Wärme. Solche Kraft-
24 werke erreichen Wirkungsgrade von 90 Prozent und mehr. NRW ist mit seiner dichten
25 Besiedlung und energieintensiven Industrie herausragend für einen starken Ausbau der
26 KWK geeignet. Unser Ziel für 2020: Mit KWK sollen 33 Prozent unseres Stromes erzeugt
27 werden. Der Ausbau der KWK ist eine der zentralen Herausforderungen der Landespolitik,
28 um die Klimaziele zu erreichen.

29 Bei der Einsparung von Energie setzen wir auf energetische Gebäudesanierung und Ein-
30 sparung von Strom.

31 Energetische Gebäudesanierung schützt das Klima und spart Energiekosten. Wir Grüne
32 wollen die jährliche Sanierungsquote von derzeit deutlich unter einem Prozent auf drei
33 Prozent erhöhen. Wir wollen die Sanierung von etwa 200.000 Wohnungen pro Jahr un-
34 terstützen.

35 Neue Kohlekraftwerke blockieren den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Wir Grüne sind
36 die Garanten, um diese CO2-Schleudern zu verhindern. Die Macht der Großkonzerne wol-
37 len wir etwa durch eine unabhängige Netzgesellschaft beschränken.

38 Wir brauchen ein ehrgeiziges "Umweltwirtschaftsprogramm NRW", in dem Gesetze, För-
39 derprogramme und Beratung gebündelt werden.

40 **Bildungsgerechtigkeit für NRW**

41 Mit unserem Zukunftsplan verpflichten wir uns, für ein kluges, bildungsgerechtes NRW
42 einzutreten.

43 Bildung bedeutet das Herausbilden einer Persönlichkeit, Miteinanderlernen, Erziehung zur
44 Demokratie und das Erlernen sozialer Kompetenzen. Eine gute Bildung ist entscheidender
45 Baustein für Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie, sozialen Zusammenhalt, für
46 persönliche Zukunft und für die Zukunft Nordrhein-Westfalens. Bildung heißt Lernen ein
47 ganzes Leben lang.

1 Für die Jüngsten wollen wir das Beste. Gute Bildung, Erziehung und Betreuung von Kin-
2 dern ist der Schlüssel zur Zukunft. Deshalb sollen alle Kinder optimal gefördert werden.
3 Dafür brauchen wir in allen Einrichtungen höchste Qualität.
4 Unser Schulsystem sollte Kinder und Jugendliche ermutigen und stärken – statt zu be-
5 schämen und verängstigen. Deshalb wollen wir Grüne die leistungsstarke Schule der Zu-
6 kunft schaffen. Wir stehen für gemeinsames Lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit,
7 ohne den Dauerdruck durch Turbo-Abi. Wir wollen die Ganztagschulen ausbauen und
8 Schule als Lern- und Lebensort gestalten. Wir wollen eine neue Schulkultur voller Re-
9 spekt, Wertschätzung und Beteiligung. Diese Schule der Zukunft kann nur von unten
10 wachsen, mit den Städten und Gemeinden, im Konsens mit möglichst vielen Beteiligten.
11 Nach der Schule brauchen unsere Jugendlichen eine Ausbildung – und zwar alle. Deshalb
12 brauchen wir ein Recht auf Ausbildung.
13 Und wir sind ganz klar: Die Studiengebühren müssen weg! Sie erschweren massiv den
14 Bildungsaufstieg. Außerdem wollen wir die Freiheit von Forschung und Lehre sowie De-
15 mokratie und Mitbestimmung an unseren Hochschulen wieder herstellen. Den Bologna-
16 Prozess wollen wir korrigieren. Und wir wollen ausreichend Studienplätze – auch für den
17 doppelten Abiturjahrgang 2013.

18 **Mensch und Umwelt schützen**

19 Mit unserem Zukunftsplan verpflichten wir uns, Umwelt und Menschen in NRW zu schüt-
20 zen.

21 Der Schutzgedanke ist seit jeher einer der Grünen Gründungsimpulse und bleibt unser
22 politischer Markenkern. Wir Grünen stehen konsequent dafür, nicht weiter mit Raubbau
23 und Verschwendung kurzfristige Profite zu machen, sondern mit nachhaltigem Wirtschaft-
24 en dauerhaft die Lebensgrundlagen zu erhalten.

25 In NRW stehen etwa 50 Prozent der Arten auf der Roten Liste. Deshalb wollen wir den
26 Arten zerstörenden Flächenverbrauch stoppen. Die Vorrang-Politik für Kies und Sand wol-
27 len wir beenden. Wir setzen uns für neue Nationalparks ein und für ein Biotopverbund-
28 system auf 15 Prozent der Landesfläche. Wir wollen den Ökolandbau massiv ausbauen,
29 den naturfernen Ausbau der Gewässer beschränken und den Wald schützen – während
30 Schwarz-Gelb ihn verkauft und privatisiert.

31 Wir wollen den durch unsere Politik in der Landesverfassung verankerten Tierschutz mit
32 einer Verbandsklage für Tierschutzvereine stärken. Wir lehnen jede Form von Massen-
33 tierhaltung ab. Den massiven Ausbau von Mastanlagen wollen wir stoppen. In der Land-
34 wirtschaft setzen wir auf ökologischen Landbau ohne Tierquälerei.

35 Umweltschutz ist immer auch Gesundheitsschutz. Deshalb treten wir Grüne für eine flä-
36 chendeckende Lärmschutzplanung ein. Lärmschutz hat für uns Vorrang vor betriebswirt-
37 schaftlichen Interessen. Auch deshalb lehnen wir Subventionen für den Luftverkehr ab.
38 Die BAYER-CO-Pipeline wollen wir stoppen. Langfristig müssen wir jede Einleitung von
39 gefährlichen Stoffen ins Wasser unterbinden.

40 Wir brauchen gesunde und sichere Lebensmittel. Dazu setzen wir Grüne auf die Macht
41 der Verbraucherinnen und Verbraucher. Wir brauchen mehr Transparenz, Informations-
42 rechte und Kennzeichnungspflichten. Schwarze Schafe müssen konsequent veröffentlicht
43 werden. Den Verbraucherschutzorganisationen wollen wir erweiterte Klagerechte geben.
44 Wir kämpfen für ein gentechnikfreies NRW. Telefonabzocke wollen wir ebenso stoppen
45 wie Drückermethoden am Bankschalter.

46 Für ein ökologisches NRW braucht es eine Verkehrswende. Wir treten für ein über Stadt-
47 und Gemeindegrenzen hinaus gehendes Konzept für den öffentlichen Personennahver-
48 kehr ein. Für den Schienenverkehr wollen wir das Konzept „10-10-60“ durchsetzen: 10
49 Minuten bis zu nächsten Haltestelle, 10 Minuten Wartezeit auf Bus- oder Bahnverbin-
50 dung, 60 Minuten Gesamtzeit bis zum Zielort.

51 Wir stehen auf der Seite der Radfahrer. Radverkehr ist Klima- und Gesundheitsschutz.
52 Deshalb: Parallel laufende Radwege müssen für alle neuen und sanierten Straßen selbst-
53 verständlich sein.

1 **Soziales NRW**

2 Mit unserem Zukunftsplan verpflichten wir uns, für soziale Gerechtigkeit in NRW zu
3 kämpfen.

4 NRW war lange Zeit das stolze soziale Gewissen Deutschlands. Wir Grüne wollen dafür
5 sorgen, dass das wieder so wird. Und da reicht Rüttgers' Sozialgerede nicht aus, sondern
6 das muss ganz konkret in der Landespolitik geschehen.

7 Arme Kinder sind für unser Land nicht hinnehmbar! 800.000 Kinder und Jugendliche sind
8 in NRW von Armut betroffen. Auf Bundesebene brauchen wir endlich eigene Regelsätze
9 für Kinder – und nicht höheres Kindergeld für die Reichen!

10 Alle Menschen brauchen: Bildung und Arbeit, ein ausreichendes Einkommen, Schutz vor
11 gesundheitlichen Risiken, eine solidarische Absicherung der Kosten von Krankheit, Behin-
12 derung und Pflege – und die Chance, ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Das
13 ist das A und O Grüner Sozialpolitik.

14 Soziale Gerechtigkeit umfasst noch mehr: Die 200.000 Arbeitsplätze des Green New Deal
15 sind dazu ebenso ein Beitrag, wie eine gute Bildung für Alle. Bildung ist der beste Schutz
16 vor Armut.

17 **Demokratisches NRW**

18 Mit unserem Zukunftsplan verpflichten wir uns, die Demokratie in unserem Land zu stär-
19 ken.

20 Dafür brauchen wir Sie: Wir setzen auf Sie, auf die Bürgerinnen und Bürger, auf Ihre
21 Beteiligung auf dem Weg für ein Grünes NRW. Sie sind die Basis für ein starkes Land.

22 Weil wir das ernst meinen, treten wir überzeugt für mehr Demokratie ein. Wir wollen
23 Stichwahlen bei den Wahlen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Wir wollen, dass
24 Sie Ihre Volksvertreterinnen und Volksvertreter gezielt wählen können, statt einfach nur
25 vorgegebene Listen abzunicken. Wir wollen Sie zwischen den Wahlen über wichtige Fra-
26 gen abstimmen lassen. Wir Grüne wollen die Macht der Bürgerinnen und Bürger in NRW
27 stärken.

28 Wir Grüne handeln nach der Maxime: Ihr Konto, Ihr Telefon, Ihr Computer gehört Ihnen,
29 nicht den Sicherheitsbehörden. Nach unserem Grünen Verständnis hat der Staat Vertrau-
30 en und betrachtet Menschen- und Bürgerrechte als Garanten und nicht als Gefährdung
31 der inneren Sicherheit. Das gilt auch und gerade im digitalen und vernetzten Zeitalter.

32 Entscheidend für die Demokratie in unserem Land sind die Städte und Gemeinden. Sie
33 sind die Keimzelle der Demokratie. Wir wollen die Städte und Gemeinden endlich wieder
34 mit ausreichend Finanzmitteln ausstatten: Damit Schwimmbäder und Theater nicht
35 schließen müssen und die Kommunen nicht ausbluten.

36 **Vielfältiges NRW**

37 Mit unserem Zukunftsplan verpflichten wir uns, für die reiche Vielfalt unseres Landes ein-
38 zutreten.

39 Vielfalt ist eine der größten Stärken von Nordrhein-Westfalen. Sie ist Teil unserer identi-
40 tät. In erster Linie speist sich die Vielfalt von Nordrhein-Westfalen aus der Vielfalt der
41 Menschen in unserem Land. Deshalb ist Integration für uns ein Kernpunkt der nordrhein-
42 westfälischen Landespolitik. Wir wollen, dass sich die zuwandernden und zugewanderten
43 Nordrhein-Westfalen auch hier zu Hause fühlen und ihr Potential ausschöpfen.

44 Zur Vielfalt gehören verschiedenste Familien und unterschiedlichste sexuelle Orientierun-
45 gen. Der Respekt vor der Unterschiedlichkeit sowie die Akzeptanz von Selbstbestimmung
46 und Würde des einzelnen Menschen waren und sind der Motor für die uns Grüne, uns für
47 die Gleichberechtigung aller Menschen einzusetzen.

48 Die Gleichberechtigung von Frauen werden wir weiterhin überzeugt erstreiten. Ganz kon-
49 kret gehören dazu Quoten an den Hochschulen und in Aufsichtsräten.

50

1 Mit unserem Zukunftsplan – dem **Green New Deal für NRW** – können wir in den nächs-
2 ten fünf Jahren die Voraussetzungen für mindestens 200.000 neue Jobs schaffen. Grund-
3 gedanke dabei ist: Wir ziehen jetzt Investitionen vor, die wir mit Blick auf die Zukunfts-
4 fähigkeit unseres Landes und den Klimawandel langfristig sowieso machen müssten. Kon-
5 kret wollen wir:

6 **30.000 neue Jobs durch erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz:** Wir wol-
7 len den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis 2020 auf mindes-
8 tens 22 Prozent ausweiten und den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung auf 33 Prozent der
9 Stromerzeugung erhöhen. Dadurch entstehen vor allem Arbeitsplätze im Bau der ver-
10 schiedenen Energieversorgungsanlagen, denn da verfügt NRW über eine besondere Stär-
11 ke. Aber auch das ausführende Handwerk und innovative Dienstleister profitieren durch
12 den Ausbau erneuerbarer Energien in starkem Maße.

13 **100.000 neue Jobs bei der Gebäudesanierung:** Rund 85 Prozent der 8,3 Millionen
14 Wohnungen in NRW haben einen energetischen Sanierungsbedarf und entsprechen zum
15 großen Teil nicht mehr den aktuellen Energie- und Wärmeschutzstandards. Hier wird in
16 erheblichem Ausmaß Energie verschwendet. Bei einer Sanierungsquote von drei Prozent
17 pro Jahr können die neuen Arbeitsplätze vor allem im örtlichen Bauhandwerk entstehen.

18 **30.000 neue Jobs durch Investitionen in Bildung und Betreuung:** Die Köpfe unse-
19 rer Kinder sind unsere wichtigste Ressource. Zusätzliches Geld nur in Beton zu stecken,
20 ist zu wenig. Deshalb wollen wir massiv in die Qualität unserer Bildungsangebote inves-
21 tieren. An oberster Stelle steht der Ausbau von Ganztagschulen. Zudem wollen wir für
22 ein verbindliches und qualitativ hochwertiges Angebot an frühkindlicher Betreuung sor-
23 gen.

24 **30.000 neue Jobs durch Investitionen in ein sozial gerechtes Gesundheitssys-
25 tem:** Wir sehen im Gesundheitsbereich nicht ein immer höhere Kosten verursachendes
26 Problemfeld, sondern ein wirtschaftliches und soziales Innovationsthema. Investitionen in
27 Gesundheit sind kein Negativposten. Im Gegenteil, der Gesundheitssektor und der Pfl-
28 gebereich gehören zu den Wirtschaftszweigen mit den größten Wachstumsraten. Die de-
29 mographische Entwicklung, die steigende Lebenserwartung und der medizinische Fort-
30 schritt führen zu einer stetig zunehmenden Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen.

31 **10.000 neue Jobs im sozialen Arbeitsmarkt:** Wir haben den Anspruch, uns auch um
32 jene zu kümmern, die seit längerem ohne Chance auf eine Rückkehr ins Erwerbsleben
33 sind. So sind allein in NRW zurzeit ca. 250.000 langzeitarbeitslose Menschen dauerhaft
34 vom Arbeitsmarkt abgeschnitten und von sozialer Ausgrenzung bedroht. Sie wollen wir
35 durch langfristig geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder integrie-
36 ren.

37 Diese 200.000 neuen Jobs sind aus unserer Sicht nur das Minimum dessen, was möglich
38 ist. Wenn wir an den entscheidenden Stellen die Weichen richtig stellen, dann sind weit-
39 aus mehr neue Jobs möglich. Und wir müssen dazu die Weichen in allen Politikfeldern
40 richtig stellen.

41

1 **Zukunftsfähiges NRW:**

2 **Grünes Wirtschaftswunder**

3 **Wir Grüne wollen, dass NRW zum Ausgangspunkt für die notwendige Grüne In-**
4 **dustrielle Revolution wird. NRW kann mit seinen industriellen Stärken ein Kom-**
5 **petenzzentrum für die Bewältigung der Klima- und Umweltschutzprobleme sein.**
6 **Und nur so kann es seine Chancen für zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze**
7 **nutzen.**

8 **Wir Grüne treten konsequent dafür ein, mit nachhaltigem Wirtschaften dauer-**
9 **haft unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir wollen Schluss machen mit**
10 **maßlosem Raubbau, mit Verschwendung von Ressourcen und kurzfristiger Pro-**
11 **fitgier. Wir wollen ökologische Vernunft und wirtschaftliches Handeln zusam-**
12 **menbringen und zu erfolgreichen Partnern machen.**

13 **Gegen die Krise setzen wir einen Aufbruch in der Wirtschafts-, Finanz- und So-**
14 **zialpolitik – den Green New Deal. Das heißt: Investieren in die Infrastrukturen**
15 **der Zukunft, in eine ökologische Wirtschaft, in mehr Bildung, in einen erneuer-**
16 **ten sozialen Ausgleich. Nur dann hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln**
17 **nicht einen gigantischen Schuldenberg, sondern etwas, auf das sie aufbauen**
18 **können.**

19 **Unser Green New Deal schafft neue Arbeitsplätze und bringt wirtschaftlichen**
20 **Erfolg heute und morgen.**

21 **NRW ist ein traditionsreiches Industrieland, historisch geprägt von Kohle, von**
22 **Stahl- und Stromerzeugung, mit herausragenden Stärken unter anderem im An-**
23 **lagenbau und in der Chemie. In einem Ranking der 27 EU-Staaten würde Nord-**
24 **rhein-Westfalen, gemessen an der Wirtschaftsleistung, Platz 7 einnehmen,**
25 **weltweit Platz 17. Es ist daher ein Land mit guten Voraussetzungen, um die**
26 **nächste Stufe des Strukturwandels hin zu einer ökologisch und sozial geprägten**
27 **Wirtschaft erfolgreich bewältigen und damit im internationalen Wettbewerb be-**
28 **stehen zu können.**

29 **Die Zukunft der industriellen Arbeitsplätze in NRW, gerade der Exportwirt-**
30 **schaft, hängt von einer verstärkten Orientierung auf Nachhaltigkeit, auf Klima-**
31 **schutz sowie auf Ressourcen- und Energieeffizienz ab. Die Chancen für zukünf-**
32 **tige Arbeitsplätze liegen zunehmend in den mittelständisch geprägten Betrie-**
33 **ben, die in den weltweit wachsenden Märkten für Ressourcen- und energieeffi-**
34 **ziente Techniken und Produkte hervorragende Chancen haben. Nur mit einer**
35 **konsequenten Ausrichtung auf nachhaltiges Wirtschaften sind wir gut gerüstet,**
36 **um uns dem permanenten Standortwettbewerb, dem ganze Staaten und auch**
37 **regionale Wirtschaftsräume in einer globalisierten Welt ausgesetzt sind, zu stel-**
38 **len. Gleichzeitig tragen wir so dazu bei, den ökologischen Kollaps unseres Pla-**
39 **neten abzuwenden.**

1. Nachhaltige Wirtschaft

Grüne Wirtschaftspolitik beruht auf dem Leitbild der nachhaltigen Wirtschaft. Sie basiert auf einer Wirtschaftsordnung, die soziale Gerechtigkeit und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zum Ziel hat. Sie geht von dem Grundsatz aus, dass wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt allen zugute kommen muss und nicht nur einigen Wenigen.

Um auf die vor uns liegenden Herausforderungen die richtigen Antworten zu finden, haben die alten ideologischen Lösungsmuster ausgedient. Weder mit den eindimensionalen Rezepturen neoliberaler Marktanbetung noch mit dem nicht minder naiven Glauben an eine allumfassende staatliche Planungs- und Steuerungsfähigkeit wird es gelingen, die vor uns liegenden Herausforderungen in den Griff zu bekommen.

Erfolgreiche Marktwirtschaft braucht einen starken staatlichen Rahmen. Ein „entfesselter“ Kapitalismus zerstört nicht nur die ökologischen und sozialen Grundlagen, sondern, wie die Finanzmarktkrise gezeigt hat, auch die eigenen ökonomischen Grundlagen. Märkte ohne Regulierung sind ein gefährlicher neoliberaler Wunschtraum und enden in der Realität in Krisen oder Monopolstrukturen. Deshalb geht es nicht um das „Ob“, sondern um das „Wie“ staatlicher Regulierung – für mehr Wettbewerb und Förderung von KMU oder für die Förderung von Monopolstrukturen; für die effiziente Nutzung oder für die Verschwendung natürlicher Ressourcen; für oder gegen Innovation und technologischen Fortschritt.

Grüne Wirtschaftspolitik ist der Ansicht, dass Staat und Gesellschaft hier stärker gefordert sind, transparent und dauerhaft einen Rahmen für unsere Marktwirtschaft auf der Grundlage einer klaren Werteorientierung zu setzen. Unser Leitbild ist nicht der Laissez-faire-Staat, der im Nachhinein seine Steuerzahler die Zeche zahlen lässt.

Zu Grüner Wirtschaftspolitik gehört deshalb auch die Erkenntnis, dass der Staat in der aktuellen Krise nicht jedes Unternehmen retten kann. Er würde sich finanziell übernehmen und den Wettbewerb grundlegend verfälschen. Hilfen für die Wirtschaft werden wir daran messen, ob sie einen sozial-ökologischen Umbau befördern oder nicht.

Märkte haben sich in der Vergangenheit als die effizienteste Wirtschaftsform gezeigt, wenn es darum geht, Ressourcen effizient einzusetzen und Innovationen zu fördern. Für die Zukunft brauchen wir diese Dynamik, um die Produktivität unserer Wirtschaft im Hinblick auf den Energieverbrauch und die Nutzung der natürlichen Ressourcen grundlegend zu verbessern. Dafür ist es auch erforderlich, in Sektoren wie der Energiewirtschaft dem Markt wieder Geltung zu verschaffen und Monopole zu beseitigen.

Gleichzeitig ist es uns wichtig, dass der Markt durch einen leistungsfähigen öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Sektor ergänzt wird.

Privat vor Staat ist der falsche Weg

Die Landesregierung aus CDU und FDP hat es sich unter der Parole „Privat vor Staat“ zum Ziel gemacht, die Privatisierung in NRW auszuweiten und den Vorrang vor staatlicher Daseinsvorsorge einzuräumen. Das halten wir für falsch.

Im Gegenteil, mit ihrer Festlegung auf „Privat vor Staat“ hat sie alte, längst zugeschüttete Gräben wieder aufgerissen und Menschen gegeneinander in Stellung gebracht. Statt über ein modernes Schul- und Bildungssystem die Weichen für einen erfolgreichen Weg NRWs in die moderne Wissensgesellschaft zu stellen, hält sie in unverantwortlicher Weise an einem auf Selektion ausgerichteten System fest und gefährdet damit die Zukunft unserer Kinder, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

1 Und überall dort, wo die CDU-FDP-Landesregierung mit Hilfe eines konsequenten Eingrei-
2 fens Monopole aufbrechen und mehr Wettbewerb schaffen könnte, geht sie auf Tauchsta-
3 tion. In der Energiepolitik beispielsweise tritt sie zwar in ihren Hochglanzbroschüren für
4 mehr Wettbewerb ein, ihr konkretes Handeln jedoch sieht anders aus. Da positioniert sie
5 sich – sei es beim Emissionshandel, sei es bei der Zukunft der Kohlekraftwerke – strikt
6 an der Seite der großen Konzerne.

7 Wir Grüne treten stattdessen für eine Balance zwischen privater Unternehmenstätigkeit
8 und öffentlich wie gemeinwirtschaftlich erbrachter Leistung ein. Wir wollen private Inves-
9 titionen, wo sie möglich sind, und wollen öffentliche Daseinsvorsorge erhalten, wo es nö-
10 tig ist.

11 Wenn immer möglich und sinnvoll sollten zivilgesellschaftliche Organisationsmöglichkei-
12 ten, insbesondere Genossenschaften, gestärkt werden. So sind z.B. kommunale und ge-
13 nossenschaftliche Wohnungen ein wichtiges Instrument gegen soziale Ausgrenzung. Um
14 ideologisch motivierte Privatisierungen zu verhindern, muss die schwarz-gelbe Änderung
15 des § 107 GO NRW, der die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen stark einschränkt,
16 wieder rückgängig gemacht werden.

17 Wir verteidigen das Recht der Kommunen, Gebietskörperschaften bereitzustellen und das
18 Recht des Landes, selbst öffentliche Güter zur Verfügung zu stellen, wo private Anbieter
19 versagen. Besonders unterstützen wir den wachsenden Sektor sozialer und solidarischer
20 Ökonomie. Genossenschaften, soziale Unternehmen und Regionalvermarktungsinitiativen
21 machen Wirtschaft, ohne sich nur an der Rendite zu orientieren.

22 **Wissen ist die Zukunft**

23 NRW ist eine Region, die ihre Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Welt weder aus
24 der Realisierung eines niedrigen Lohnniveaus noch aus der besonderen Verfügbarkeit
25 eines zukunftsweisenden Rohstoffes beziehen kann. Die Zukunft NRWs liegt vielmehr in
26 der Erschließung der Ressource "Wissen". Dies bedeutet: Nur über die fortwährende Ent-
27 wicklung von Innovationen werden Produkte und Dienstleistungen aus NRW auf den nati-
28 onalen und internationalen Märkten bestehen können.

29 Für uns Grüne steht fest: Umweltfreundliche Technologie ist der Markt der Zukunft. Wir
30 wollen NRW zu einer Marke für Energie-, Ressourcen- und Materialeffizienz machen. Mit
31 diesem Profil werden sich unsere Unternehmen Wettbewerbsvorteile auch auf internatio-
32 nalen Märkten sichern und so zukunftsorientierte Arbeitsplätze anbieten können.

33 Gleichzeitig ist NRW ein Land mit einem starken industriellen Kern. Der Anteil der indus-
34 triellen Wertschöpfung ist in NRW überproportional hoch. Vor dem Hintergrund immer
35 kürzerer Produktlebenszyklen bekommen Forschung und Neuentwicklungen einen immer
36 höheren Stellenwert. Industrie und Wissen müssen enger zusammenwachsen.

37 **Mehr Anstrengungen für Qualifizierung und Forschung**

38 Gut qualifizierte Fachkräfte sind das Fundament der grünen Wirtschaft. Bereits heute
39 stellen Ingenieure 30 Prozent aller Beschäftigten bei den grünnahen Dienstleistungen.
40 Hier zeichnet sich ein gravierender Fachkräftemangel ab. Deutschland ist eines der
41 Schlusslichter in Europa, denn schon jetzt kann jede zehnte Ingenieurin und jeder zehnte
42 Ingenieur, die in Rente gehen, nicht nachbesetzt werden. Wir brauchen mehr Anstren-
43 gungen bei der Ausbildung und einen leichteren Zugang zu Studiengängen statt Hürden
44 wie Studiengebühren.

45 Um „grüne“ Fachkräfte zu gewinnen wäre es ein wichtiger Schritt, die Ausbildungsgänge
46 der grünen Ökonomie zu bündeln und führende Köpfe grüner Forschung anzuwerben. Wir
47 wollen, dass NRW einen international ausstrahlenden Forschungsschwerpunkt für „grüne
48 Wissenschaften“ entwickelt. Dazu soll die Einrichtung einer „grünen Universität“, in der
49 grüne Wissenschaftskompetenz gebündelt wird, geprüft werden. Um die Forschungskoo-
50 operation zwischen Hochschulen und Umwelttechnologieunternehmen herzustellen oder
51 zu intensivieren, soll die Profilierung eines geeigneten Technologieparkes als „grüner
52 Technologiepark“ erfolgen. Damit soll der Weg zwischen Grundlagenforschung und An-
53 wendung verkürzt werden.

1 Auch in der beruflichen Ausbildung gibt es viel zu tun: In den vergangenen Jahren sind
2 neue Ausbildungsprofile aus dem Feld der grünen Ökonomie entstanden. Hier braucht es
3 eine entschiedene Initiative, um Schulabsolventen klare Perspektiven zu bieten. Der
4 Fachkräftemangel kann zur größten Wachstumsbremse für die grüne Wirtschaft werden.
5 Gleichzeitig werden die Arbeitslosenzahlen als Folge der Krise wieder ansteigen. Arbeits-
6 kraftangebot und – nachfrage klaffen auseinander. Das Land muss die Anstrengungen in
7 der Fort- und Weiterbildung verstärken, um Fachkräften mit Erfahrung in traditionellen
8 Zweigen neue Chancen zu bieten.

9 Darum wäre es aber auch fahrlässig, auf die Erfahrung der Generation der über Fünfzig-
10 jährigen zu verzichten. Gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den
11 Arbeitgeberverbänden, der Politik und weiteren gesellschaftlichen Gruppierungen werden
12 wir Programme entwickeln, die Frühverrentung vermeiden und generationsübergreifende
13 Belegschaften zum Ziel haben.

14 Durch Gesundheitsvorsorge und altersgerechte Arbeitsprozesse und -zeiten wollen wir
15 den Arbeitsmarkt für alle Generationen öffnen und Erfahrung mit Innovation verbinden.
16 Deshalb muss neben einer Verbesserung der Gesundheitsvorsorge die fortlaufende Wei-
17 terbildung der Beschäftigten im Mittelpunkt stehen, um so Teilnahme am technischen
18 Fortschritt und an neuen Arbeitsprozessen unabhängig vom Alter zu gewährleisten. Wich-
19 tig sind uns auch Modelle mit flexiblem Übergang in den Ruhestand.

20 **Umweltwirtschaftsprogramm für NRW**

21 NRW ist schon heute ein Hightech-Land des Umweltschutzes. Wir Grünen wollen mit neu-
22 en umweltschonenden Technologien und umweltfreundlichen Produkten die Exportchan-
23 cen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft weiter ausbauen. Wir sind davon überzeugt,
24 dass hier die Märkte der Zukunft liegen. Ein Umweltwirtschaftsprogramm ist daher die
25 beste Form der Wirtschaftsförderung für unser Land.

26 Wir wollen einen Produktionsprozess, der alle Stoffe effizient und schonend einsetzt.
27 Denn gerade bei der Herstellung werden zurzeit noch große Mengen an Rohstoffen und
28 Energie vergeudet. Hier bleiben viele Potenziale ungenutzt, die wir heben wollen: durch
29 den Einsatz neuer Technologien, durch die Verwendung anderer Werkstoffe und Materia-
30 len, aber auch durch schlichte Prozessoptimierung, d. h. durch eine Ressourcen schonen-
31 de Neuorganisation der betrieblichen Abläufe.

32 Für uns ist dabei klar: Ressourceneffizienz bedingt niedrigere Stückkosten und führt so-
33 mit zu einem grundlegenden Kostenvorteil. Denn: Wer z. B. bestimmte Emissionen oder
34 Giftstoffe im Zuge der Produktion erst gar nicht entstehen lässt, der muss später auch
35 nicht mit viel Geld in nachgeschaltete Filter- und Reinigungsanlagen investieren und wer
36 seine Abwässer auffängt, sie reinigt und zur Wärmegewinnung einsetzt, kann bei der E-
37 nergiebeschaffung gewaltig sparen.

38 Für uns bedeutet eine innovationsorientierte und moderne Umweltpolitik, von vornherein
39 ökologische Folgeschäden der industriellen Produktion zu vermeiden, um so Umweltver-
40 schmutzung zu bekämpfen. Eine solche Politik beinhaltet aktiv ambitionierte Umwelt-
41 standards zu setzen sowie systematisch innovative Produkte und Produktionsverfahren
42 zu fördern. Wir setzen auf eine moderne Umweltpolitik, die Energie und Ressourcen am
43 effizientesten nutzt, schadstoffarme Produkte und Produktionsverfahren anbietet und mit
44 anspruchsvollen Umwelttechnologien präsent ist, damit wir künftig auf den Weltmärkten
45 die Nase vorn haben.

46 Im Umweltschutz und in der Umwelttechnik sind in NRW mehr als 3.500 Unternehmen
47 mit über 260.000 Beschäftigten aktiv. Damit liegt die Branche nach Umsatz und Mitarbei-
48 terinnen und Mitarbeitern auf den vorderen Plätzen in NRW. Die Umweltwirtschaft be-
49 steht vor allem aus kleinen und mittleren Unternehmen. Als Grüne haben wir in NRW in
50 der Vergangenheit zu der bislang führenden Rolle in diesem Sektor beigetragen. Um die-
51 se weltweite Führungsrolle beizubehalten und sogar auszubauen, ist es notwendig, dafür
52 aktiv die Rahmenbedingungen zu verbessern.

53 Deshalb brauchen wir ein ehrgeiziges "Umweltwirtschaftsprogramm NRW", in dem Geset-
54 ze, Förderprogramme und Beratung gebündelt werden. Darin wollen wir insbesondere
55 fünf Leitmärkte für NRW entwickeln:

- 1 1. Energieeffizienz/Erneuerbare Energien
- 2 2. Rohstoff- und Materialeffizienz
- 3 3. nachhaltige Wasserwirtschaft
- 4 4. Kreislauf-/Entsorgungswirtschaftswirtschaft
- 5 5. Neue Mobilität

6 **Einstieg in die Ressourcenwirtschaft schaffen**

7 Der weltweite Ressourcenverbrauch ist von 1980 mit 40,6 Mrd. Tonnen bis zum Jahr
8 2002 auf 55 Mrd. Tonnen angestiegen, Tendenz weiter stark steigend. Die Materialkosten
9 der Industrie betragen 40-50 Prozent der Gesamtkosten.

10 Zentrales Element einer Grünen Politik ist daher eine auf Energie- und Ressourcenschutz,
11 Schadstoff- und Abfallvermeidung ausgerichtete Produktionskette. Wir wollen zum einen
12 langlebige und reparierbare Produkte aus umweltverträglichen Materialien, zum anderen
13 Produkte, die biologisch abbaubar oder gut recycelbar sind. Dabei sollen die regionalen
14 Stoffflüsse besonders berücksichtigt werden. Zur Erschließung der Material- und Roh-
15 stoff-Potentiale soll ein Förderprogramm „Ressourcen-Contracting“ eingerichtet werden.

16 NRW wird im globalen Wettstreit um ökologische Innovationen nur bestehen können,
17 wenn die diesbezüglichen Anstrengungen von Wissenschaft und Wirtschaft seitens der
18 Politik durch innovationsfördernde Rahmenbedingungen flankiert werden. Dazu wollen
19 wir eine (virtuelle) Ressourcenuniversität in NRW gründen. Die erfolgreiche Effizienzagen-
20 tur NRW wollen wir als flächendeckendes Angebot in NRW ausbauen. Das Ziel der Ver-
21 meidung ist nur durch konsequente Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz und Umstel-
22 lung der Produktions- und Produktpolitik erreichbar. Ziel ist, rohstoff- und energiearme
23 Produkte zu entwickeln, deren Bestandteile geeignet sind, in biologischen und techni-
24 schen Nährstoffkreisläufen zu zirkulieren und so gleichzeitig positive Effekte für Umwelt
25 und Gesundheit haben. Dies bedeutet den starken Ausbau des produkt- und produktions-
26 integrierten Umweltschutzes sowie die Förderung umweltfreundlicher und innovativer
27 Technologien, z.B. nachwachsender Rohstoffe. In diesem Sinne ist die Produktverantwortung
28 der Hersteller über den gesamten Lebenszyklus eines Produkts auszubauen.

29 **Wirtschaftsförderung Grün denken**

30 Wir wollen die nordrhein-westfälische Wirtschaftsförderung mit ihrer Clusterpolitik neu
31 ausrichten (Cluster sind Netzwerke von Produzentinnen und Produzenten, Zuliefererinnen
32 und Zulieferern, Forschungseinrichtungen, Dienstleisterinnen und Dienstleistern, Hand-
33 werkerinnen und Handwerkern und verbundenen Institutionen mit einer gewissen inhalt-
34 lichen und regionalen Nähe zueinander). Wir wollen die Nachhaltigkeitspotenziale in je-
35 dem Cluster verbessern. Kriterien wie Energie- und Ressourceneffizienz, Umstieg auf er-
36 neuerbare Rohstoffe, die Vermeidung und ggf. das Ersetzen von kritischen Stoffen und
37 Emissionen, nachhaltig und langfristig ausgerichtetes Management, aber auch Familien-
38 freundlichkeit sollen in alle Cluster Einzug halten.

39 Wir Grüne wollen die gesamte Wirtschaft grün fundieren. Zudem wollen wir eine Anpas-
40 sung der Ziele, Maßnahmen und Werte der klassischen Wirtschaftsförderung an die ge-
41 nannten Kriterien.

42 Weiteren Erneuerungsbedarf bei der Wirtschaftsförderung sehen wir insbesondere bei der
43 Flächenbewirtschaftung, wo es zu deutlich weniger Versiegelung und zur Verringerung
44 der Transportströme kommen muss, sowie beim Baurecht, das die Vorgaben zu Licht-
45 und Wärmeeffizienz deutlich verschärfen muss.

46 Grüne Beschaffung steht heute auch bei vielen Unternehmen ganz oben auf der Tages-
47 ordnung, weil Rohstoff- und Energiekosten in der Industrie knapp 40 Prozent der Kosten
48 ausmachen. Auch Bund, Länder und Gemeinden, die zusammengenommen der größte
49 Einkäufer in der Bundesrepublik sind, haben hier einen enormen Hebel in der Hand, um
50 Nachfrage zu erzeugen, Vorbildfunktion zu erfüllen und eigene Sparpotentiale zu heben.

51 Darum muss die Beschaffung des gesamten Bedarfs der Städte, Gemeinden und Landes-
52 verwaltungen am Ziel der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit ausgerichtet werden.
53 Einkaufsgemeinschaften zwischen Land und Kommunen können Marktmacht bündeln.

54 Ziel der öffentlichen Beschaffung soll es sein, Benchmarks zu setzen, an denen sich Un-

1 unternehmen und Haushalte orientieren können. Grundsätzlich wollen wir, dass die Landes-
2 verwaltung sich am Ziel der klimaneutralen Verwaltung ausrichtet.

3 **Vorfahrt für kleine und mittlere Unternehmen**

4 In Teilen der Bevölkerung wird NRW vor allem mit großen Konzernen in Verbindung ge-
5 bracht. Dies ist – auch wenn viele der 30 DAX-Unternehmen in NRW beheimatet sind –
6 nur der kleinere Teil der Wahrheit. Denn NRW ist ein Land des Mittelstandes. 99,7 Pro-
7 zent der nordrhein-westfälischen Unternehmen sind mittelständisch, also Unternehmen
8 mit bis zu 500 Beschäftigten und einem Jahresumsatz bis 50 Millionen Euro. In diesen
9 Unternehmen werden ca. 70 Prozent aller Arbeitsplätze und ca. 80 Prozent aller Ausbil-
10 dungsplätze des Landes angeboten.

11 Die kleinen und mittleren Unternehmen sind der Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unse-
12 res Landes. Mit ihrer schlanken Planungs- und Produktionsstruktur verfügen sie über eine
13 hohe betriebliche Flexibilität und sind so in der Lage, Markttrends schnell aufzugreifen
14 und neue Produkte zu entwickeln. Gezielte Hilfestellungen wollen wir ihnen auch bei der
15 Frage des Technologietransfers geben. Denn letztlich ist nicht die Produktion immer neu-
16 en Wissens das Problem, sondern die Transformation des verfügbaren Wissens unmittel-
17 bar in die Unternehmen. Aus diesem Grund fordern wir die Vorhaltung von Patentscouts.
18 Diese sollen die in den Patentdatenbanken verfügbaren Patente systematisch prüfen,
19 anwendungsorientiert vorselektieren und über Auktionen und Börsen gezielt den kleinen
20 und mittleren Unternehmen zugänglich machen.

21 Wir Grüne wollen in NRW bis 2012 auch in den ländlichen Regionen eine flächendeckende
22 Breitbandversorgung realisieren, denn Unternehmen in Regionen, die von dieser Techno-
23 logie abgeschnitten sind, werden zunehmend ins Hintertreffen geraten. Dort, wo Wirt-
24 schaftlichkeitserwägungen der Anbieter Lückenschlüsse bislang verhindert haben, wollen
25 wir Fördermittel der EU, des Bundes und – wenn erforderlich – auch des Landes bereit-
26 stellen.

27 **Kreditversorgung muss verlässlich sein**

28 Unternehmen brauchen verlässliche Partner in der Kreditwirtschaft. Dies gilt in besonde-
29 rem Maße für kleine und mittlere Unternehmen, da sich diese nicht über den Kapital-
30 markt finanzieren können und deshalb auf den klassischen Weg der Fremdfinanzierung,
31 nämlich den Kredit, angewiesen sind. Sie brauchen Partner, die ihnen für Erweiterungsin-
32 vestitionen oder Betriebsmittelfinanzierungen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.
33 Sie brauchen Partner, die nicht in jedem Mittelständler ein erhöhtes Ausfallrisiko, sondern
34 einen Aktivposten für die Region sehen, der langfristig auch aus Sicht der Bank eine att-
35 raktive Geschäftsverbindung verspricht. Und sie brauchen Partner, die sich auch in Pha-
36 sen konjunktureller Schwäche nicht aus der Kreditversorgung zurückziehen.

37 Wir stehen uneingeschränkt zum Hausbankenprinzip. Wir Grüne sagen: Die Kreditverga-
38 be muss durch die Banken erfolgen. Dies ist ihre volkswirtschaftliche Aufgabe.

39 **Innovation ist nicht nur männlich, jung und deutsch**

40 Wirtschaftliche Dynamik ist das Produkt neuer Ideen. Neue Ideen kommen von innovati-
41 ven Unternehmen sowie von Existenzgründerinnen und -gründern, die mit eben diesen
42 neuen Ideen in den Markt eintreten. Damit diese Kette funktionieren kann, bedarf es
43 gründungsfreundlicher Rahmenbedingungen. Dazu zählen ein dichtes Netz ortsnaher Be-
44 ratungsstellen, schnelle und unbürokratische Verfahren der Gewerbeanmeldung, grün-
45 dungsbegleitende Coachingangebote und die Verfügbarkeit passgenauer Mikrofinanzie-
46 rungen, die bei Bedarf auch in Form von Stufenkrediten ausgegeben werden.

47 NRW verfügt dank der Rot-Grünen Anstrengungen seit Mitte der 1990er Jahre über eine
48 sehr gute Gründungsinfrastruktur. Die CDU-FDP-Landesregierung hat hier jedoch durch
49 die Einführung der Startercenter sowohl Gründerinnen und Gründer als auch Gründungs-
50 beraterinnen und -berater verunsichert. So konnte eine Einbindung der kommunalen
51 Wirtschaftsförderungsgesellschaften erst durch massiven Druck aus den Regionen sicher-
52 gestellt werden. Gänzlich außen vor blieben die zwischenzeitlich aufgelösten Regionalstel-
53 len Frau und Beruf sowie die Beratungseinrichtungen für Migrantinnen. Dabei bestehen

1 gerade bei Migrantinnen und Migranten besondere Gründungspotenziale, da diese in dem
2 Schritt zur Selbstständigkeit eine Chance zu beruflicher Freiheit sowie sozialem Aufstieg
3 sehen. Wir wollen deshalb bestehende Beratungs- und Förderungsangebote ausbauen,
4 um mehr Migrantinnen und Migranten auf dem Weg in die Selbstständigkeit unterstützen
5 zu können.

6 **Mehr Jobs und Karriere für Frauen**

7 Der verstärkte Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt hat in der Vergangenheit zu gesell-
8 schaftlichem Fortschritt und zu enormen Wachstumsschüben geführt. Doch nach wie vor
9 findet man Frauen im Wesentlichen nur auf den unteren oder allenfalls mittleren Unter-
10 nehmensebenen. Selbst top-qualifizierte Frauen des mittleren Managements schaffen es
11 nur sehr selten bis ganz an die Spitze, so dass die Männer hier nach wie vor fast unter
12 sich sind. Im Ergebnis werden so enorme Potenziale verschenkt, was vor dem Hinter-
13 grund der demografischen Entwicklung in seinen Folgen immer gravierender wird.

14 Geradezu typisch ist die Situation in den Aufsichtsräten der großen Kapitalgesellschaften.
15 Denn nur 4 Prozent der von Seiten der Anteilseigner zu besetzenden Aufsichtsratspositio-
16 nen in börsennotierten Unternehmen sind derzeit mit Frauen besetzt. Deutschland nimmt
17 damit beim Anteil der Frauen in Aufsichtsräten einen beschämenden drittletzten Platz im
18 europäischen Ranking ein. Vor diesem Hintergrund halten wir die Einführung einer ver-
19 bindlichen Quotenregelung für unverzichtbar, über die die Präsenz und Teilhabe von
20 Frauen in diesen Gremien Schritt für Schritt erhöht wird. Dabei sollen bis 2013 zunächst
21 25 Prozent, bis 2017 dann 40 Prozent und bis 2021 schließlich die Hälfte der Aufsichtsrä-
22 te deutscher Aktiengesellschaften mit Frauen besetzt sein.

23 **EU-Fördermittel in die sozial-ökologische Wirtschaft**

24 Die Fördergelder der EU sind eine wesentliche Finanzierungsquelle für die Wirtschaftsför-
25 derung in NRW. Die Verwendung dieser Mittel wollen wir einem sozial-ökologischen
26 Check unterziehen. Sie sollen konsequent dazu eingesetzt werden, um den sozial-
27 ökologischen Umbau der NRW-Wirtschaft zu fördern.

28 Wir sind davon überzeugt, dass eine verstärkte Vergabe der EU-Fördermittel auf der
29 Grundlage von Wettbewerben sinnvoll und richtig ist, wenn der Rahmen sozial und öko-
30 logisch gesetzt ist. Wettbewerbe schaffen eine Anreizfunktion und führen dazu, dass die
31 Qualität der geförderten Projekte in der Breite zunimmt. Mit Hilfe von Wettbewerben las-
32 sen sich die verkrusteten Strukturen der Vergangenheit mit ihrer "Leuchtturmphiloso-
33 phie" und ihren "regionalen Förderseilschaften" aufbrechen. Unter dem Strich verkörpern
34 sie ein Instrumentarium, das in seinem Charakter den Anforderungen einer modernen
35 Wissensgesellschaft entspricht und insgesamt deutlich transparenter ist.

36 Doch hat es die CDU-FDP-Landesregierung bislang nicht verstanden, ihre richtige
37 Grundsatzentscheidung handwerklich solide umzusetzen. So ist der Zeitraum zwischen
38 Projekteinreichung und Bewilligungsbescheid zu lang. Außerdem erhalten jene, deren
39 Projekte nicht berücksichtigt werden, keine qualifizierten Rückmeldungen mit der Folge,
40 dass sie mit Blick auf zukünftige Projekteinreichungen nicht aus ihren Fehlern lernen
41 können.

42 Wir Grüne wollen, dass die Mittel besser den Mittelstand erreichen. Für kleine und middle-
43 re Unternehmen sind die Bewerbungsverfahren vielfach zu aufwendig. Zudem befürchten
44 sie, mit der Einreichung ihrer Projektideen ihr besonderes Know-how an (in den Juries
45 vertretene) Wettbewerber zu verlieren. Nachbessern wollen wir durch die Einführung von
46 "stand-by Wettbewerben". Mit dieser Wettbewerbsform sollen in Bereichen, die für NRW
47 und das Profil seiner Wirtschaft besonders wichtig sind, Projektideen nicht nur zu be-
48 stimmten Zeiten, sondern fristunabhängig im gesamten Förderzeitraum eingereicht wer-
49 den können.

50 **Ruhrgebiet zu ökologischer Vorzeigeregion machen**

51 Eine Mittelreservierung für das Ruhrgebiet lehnen wir ab. Wir vertrauen auf die Leis-
52 tungsstärke des Ruhrgebiets und seiner Akteure. Es kann im Wettbewerb mit anderen
53 Regionen bestehen. Unter richtig gesetzten landespolitischen Rahmenbedingungen hat
54 das Ruhrgebiet das Zeug zu einer ökologischen Vorzeigeregion in Europa. Das vorhande-
55 ne Know-how in den Bildungs- und Forschungseinrichtungen und den Unternehmen des

1 Ruhrgebietes, etwa für eine gesunde, lebenswerte Stadtregion mit einem guten öffentli-
2 chen Nahverkehr, mit umweltfreundlichen dezentralen und erneuerbaren Energiesysteme-
3 men, wollen wir zur Schaffung einer grünen Metropole Ruhr nutzbar machen. Dazu soll
4 der Regionalverband Ruhr zu einer wirksamen, durch Direktwahl demokratisch legitimier-
5 ten Klammer der Städte werden.
6

7 **Wir wollen:**

- 8
- 9 • **dass NRW zum Ausgangspunkt für die notwendige grüne industrielle Revo-**
10 **lution wird. Deshalb treten wir für ein ehrgeiziges "Umweltwirtschaftspro-**
11 **gramm NRW" ein, in dem Gesetze, Förderprogramme und Beratung gebün-**
12 **delt und mit dem innovative Produkte und Produktionsverfahren gefördert**
13 **werden;**
- 14 • **"grüne Fachkräfte" für die Arbeitsplätze der Zukunft ausbilden und so die**
15 **technologische Vorreiterrolle unseres Landes auch in der „grünen Wirt-**
16 **schaft“ der Zukunft sichern;**
- 17 • **die Chancen von Frauen und der Generation der über Fünfzigjährigen auf**
18 **dem Arbeitsmarkt gezielt verbessern, denn ihre Kompetenz wird ge-**
19 **braucht;**
- 20 • **eine flächendeckende Breitbandversorgung gewährleisten, damit innovati-**
21 **ve Unternehmen auch auf dem Land entstehen können;**
- 22 • **die EU-Fördermittel an sozial-ökologischen Zielen orientieren.**
23

1 **2. Klimaschutz durch Energiewende**

2 **Der Klimaschutz ist eine der zentralen Herausforderungen unsere Jahrhunderts.**
3 **Wenn es nicht gelingt, die Klimaerwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, be-**
4 **fürchten Expertinnen und Experten teils katastrophale Folgen. Gerade die Berei-**
5 **che Energie- und Stromerzeugung sind es, deren ökologischer Umbau in vollem**
6 **Gange ist. Und gerade hier liegt eine traditionelle Kernkompetenz der Industrie**
7 **in NRW.**

8 **Im Energiesektor liegen die größten Einsparpotentiale an Treibhausgasen, die**
9 **größten Potentiale für innovative und zukunftstaugliche Technologien und auch**
10 **große Potentiale für die industriellen Arbeitsplätze der Zukunft. Doch diese Zu-**
11 **kunftsmärkte sind nicht mehr standortgebunden. Wenn NRW die erneuerbaren**
12 **Energien weiter blockiert und nur die Dinosaurier der Branche hofiert, werden**
13 **hier die Arbeitsplätze der konventionellen Stromerzeugung langfristig ver-**
14 **schwinden, die Jobs der Erneuerbaren Energien werden nicht neu entstehen.**
15 **Sie wandern dorthin, wo sie gewollt sind, und wo die Bedingungen besser sind.**
16 **NRW wird aus politischer Ignoranz langsam aber sicher de-industrialisiert. Eine**
17 **verantwortbare Energiepolitik senkt dagegen die Treibhausgase, entwickelt er-**
18 **neuerbare Energieträger und schafft bzw. erhält Arbeitsplätze.**

19 **Herausforderung Klimaschutz und Verknappung der Ressourcen**

20 Zwei Themen werden in den nächsten Jahrzehnten energiepolitisch dominieren: der Kli-
21 maschutz und die absehbare beginnende Ressourcenverknappung, die vor allem vom
22 Erdöl ausgeht. Die Bundesregierung hat auf dem G8 Gipfel im Juli 2009 in Italien zuge-
23 sagt, die Emissionen der Treibhausgase bis 2050 um 80 Prozent zu reduzieren, bis 2020
24 sollen sie bereits um 40 Prozent gemindert werden. Die Klimaforschung sagt uns, dass
25 das nicht ausreichen wird, um die Erderwärmung zu begrenzen. Notwendig ist eine Ver-
26 minderung der Emissionen in den Industriestaaten von bis zu 90 oder sogar 95 Prozent
27 gegenüber dem Stand von 1990.

28 Das heißt, mindestens die drei großen Bereiche Strom, Gebäude und Verkehr müssen bis
29 2050 vollständig auf emissionsfreie Alternativen umgestellt sein. Die Stromerzeugung
30 muss komplett auf regenerative Energien umgestellt, das Passivhaus Standard für sa-
31 nierte Alt- und Neubauten, und die Mobilität auf regenerative Elektromobilität ausgerich-
32 tet werden. Dies sind wirklich revolutionärere Veränderungsprozesse, aber sie sind über-
33 lebens-notwendig. Nur wir Grüne kämpfen mit aller Kraft dafür, diese Alternativen durch-
34 zusetzen.

35 Auch die dann noch übrig bleibenden zulässigen Emissionen werden wir nicht leichtfertig
36 verbrauchen können. Es gibt sogenannte prozessbedingte Emissionen beispielsweise aus
37 der Stahlerzeugung, der Zementindustrie, der Chemie, dem Anlagenbau und der Land-
38 wirtschaft die zwar reduziert aber nicht völlig abgeschafft werden können. Für diese ab
39 einem bestimmten Punkt nicht weiter zu reduzierenden Emissionen brauchen wir die
40 verbleibenden geringen Freiräume.

41 **NRW Kompetenz in der Stromerzeugung geht verloren**

42 Fünf Jahre CDU-FDP Energiepolitik in NRW waren fünf verlorene Jahre für den Klima-
43 schutz, für erneuerbare Energien, für die Kraft-Wärme Kopplung, oder für die Gebäude-
44 sanierung. Die genannten Herausforderungen spielen in der Politik der Landesregierung
45 keine wirklich spürbare Rolle. Wer so fahrlässig mit den Zukunftspotentialen der Erneuer-
46 baren Energien und der Effizienztechnik umgeht, verhindert technische Innovationen
47 und verpasst Zukunftsmärkte. Andere im Wettbewerb mit NRW stehende Regionen
48 Deutschlands und Europas gehen in diesen Bereichen intelligenter vor.

49 Nordrhein-Westfalen hat bis heute eine seiner technischen Kernkompetenzen in der
50 Stromerzeugung durch Kohle-Großkraftwerke. Durch die wirtschaftlichen Erfordernisse,
51 durch die Verknappung der Rohstoffe, aber auch durch eine ökologischere Politik werden
52 in den nächsten vierzig Jahren große Kohle-Kraftwerke durch dezentrale, erneuerbare
53 Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung ersetzt. Und dann wird auch diese alte, bisher

1 gefragte NRW Kompetenz immer unbedeutender. Die neuen Bereiche dezentraler mittel-
2 ständischer Stromerzeugung (einschließlich der gesamten modernen, sich verändernden
3 Verteilsysteme) werden die alten Kraftwerke ersetzen. Diese neuen Kernkompetenzen
4 sind aber nicht an die alten, historisch durch die Kohlevorräte in NRW begründeten
5 Standorte gebunden. Deshalb droht NRW hier ein Verlust an Wissen und damit an Ar-
6 beitsplatzpotentialen, die von anderen Regionen gerne angenommen werden.
7 Die derzeitige NRW Landesregierung betreibt mit ihrem auf neue Großkraftwerke kon-
8 zentrierten Einsatz, in Wirklichkeit eine Politik, die eine schleichende De - Industrialisie-
9 rung Nordrhein-Westfalens zur Folge hat.

10 **Drei E-Strategie für das NRW-Klima 2020**

11 Drei E in der Energiepolitik stehen seit langem für Erneuerbare Energien, für bessere Effi-
12 zienz, und für Energiesparen. Dies sind die Schlüsselbegriffe für die Reduzierung der
13 Treibhausgase. Industrieregionen wie NRW haben hierbei große Bedeutung und vor allem
14 eine Vorbildfunktion. Deshalb hat die Grüne Landtagsfraktion im Mai 2008 von der Firma
15 EUtech unter dem Titel „NRW Klima 2020“ ein durchgerechnetes und mit konkreten Maß-
16 nahmen hinterlegtes Energie- und Klimakonzept für NRW vorlegt. Die Studie kommt zu
17 dem Ergebnis, dass "mit angemessenem Aufwand und großem politischen Willen" eine
18 Reduzierung aller Treibhausgase um 25 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 (von 344 auf
19 256 Millionen Tonnen CO₂) in NRW möglich wäre. Sie zeigt auch, dass eine 40-prozentige
20 Reduzierung der Treibhausgasemissionen in NRW bis 2020 möglich ist, dazu aber ganz
21 besonders im Bereich der Energiewirtschaft „extreme Umstrukturierungen“ erforderlich
22 sein würden. Wir Grüne in NRW haben diesen geforderten politischen Willen und kämpfen
23 dafür, die Treibhausgase und damit die Folgen des Klimawandels zu reduzieren.

24 **Kraft-Wärme-Kopplung revolutioniert die Stromversorgung**

25 Der Bereich, in dem wir am dringendsten Investitionen brauchen, ist die Kraft-Wärme-
26 Kopplung (KWK) – also die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme. Sie erreicht
27 Wirkungsgrade von 90 Prozent und mehr, während die derzeit in NRW in Bau und Pla-
28 nung befindlichen Kohle-Kondensationskraftwerke Wirkungsgrade von gerade einmal gut
29 40 Prozent haben. Der Ausbau der KWK ist deshalb einer der wesentlichsten Beiträge zur
30 Erreichung der Klimaschutzziele. Die Bundesregierung plant bis 2020 deutschlandweit 25
31 Prozent des Stroms durch KWK zu erzeugen.

32 Obwohl NRW mit seiner Bevölkerungs- und Industriedichte hervorragende Voraussetzun-
33 gen für eine hohe KWK-Quote besitzt, beträgt diese hierzulande nur etwa 10 Prozent und
34 ist damit so niedrig wie der Bundesdurchschnitt. Beispiele einer konsequenten KWK-
35 Ausbaupolitik in Ländern wie Dänemark und den Niederlanden zeigen, dass KWK-Quoten
36 von über 50 Prozent möglich sind. In NRW zeigt die Stadt Lemgo, dass eine KWK Quote
37 von 73 Prozent bei wettbewerbsfähigen Preisen für Strom und Wärme möglich ist. Verbal
38 bekennt sich die NRW-Landesregierung immer wieder zum Ausbau der KWK, doch in der
39 Praxis geschieht nichts. Sie agiert sogar geradezu lächerlich und sucht in einer gemein-
40 samen Arbeitsgruppe mit EON und RWE in ausgewählten Zielgebieten nach Wärme-
41 verbrauchern. Dafür hat sie bereits 5 Jahre gebraucht und wird erst in der nächsten Le-
42 gislaturperiode ein Gutachten zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung in NRW vorlegen.

43 NRW ist mit seiner dichten Besiedlung und energieintensiven Industrie herausragend für
44 einen starken Ausbau der KWK geeignet. Deshalb fordern wir, dass NRW bis 2020 seinen
45 KWK-Anteil an der Bruttostromerzeugung von jetzt 10 auf 33 Prozent steigert. Den Aus-
46 bau der KWK sehen wir eine der zentralen Herausforderungen der Landespolitik zur Er-
47 reichung der Klimaschutzziele.

48 **Gebäude dämmen, nicht die Umgebung heizen**

49 Das Heizen unserer Wohnungen verbraucht immer noch viel mehr Energie als dazu nötig
50 wäre. Rund 85 Prozent der 8,3 Millionen Wohnungen in NRW haben einen energetischen
51 Sanierungsbedarf, das heißt, sie könnten mit einer besseren Wärmedämmung und ande-
52 ren baulichen Veränderungen wesentlich weniger Energie verbrauchen. Beim derzeitigen
53 Tempo der Sanierung wird es mehr als 100 Jahre dauern, bis der gesamte Wohnungsbe-
54 stand einmal durchsaniert ist. Da mit einer Sanierung bis zu 70 Prozent der Heizkosten
55 eingespart werden können, kann dies auch dabei helfen, den Kaufkraftabfluss für teure

1 Öl- und Gasimporte (derzeit über 60 Mrd. Euro jährlich in Deutschland) erheblich zu ver-
2 mindern.

3 Die Zahl der energetisch sanierten Wohnungen in NRW ist im letzten und vorletzten Jahr
4 gegenüber 2006 deutlich zurückgegangen, die Sanierungsrate liegt zurzeit bei weniger
5 als ein Prozent des Gebäudebestandes pro Jahr. Gerechnet auf die Einwohnerzahl ran-
6 gierte NRW 2007 in diesem Bereich abgeschlagen auf dem siebten Platz unter den zehn
7 West-Ländern – weit hinter den Spitzenreitern Baden Württemberg, Schleswig-Holstein
8 und Bayern. Die Landesregierung unternimmt dagegen nichts. Eigene Akzente, die über
9 Beratungsangebote hinausgehen, gibt es praktisch nicht.

10 Der energetischen Gebäudesanierung kommt eine zentrale Rolle für den Klimaschutz,
11 aber auch bei der Reduzierung von Energiekosten zu. Wir wollen die jährliche Sanie-
12 rungsquote von derzeit deutlich unter ein Prozent auf drei Prozent erhöhen. Wir wollen
13 die Sanierung von etwa 200.000 Wohnungen pro Jahr unterstützen. Vor dem Hintergrund
14 rückläufiger Neubautätigkeit ist die Gebäudesanierung gerade für das Bauhandwerk ein
15 gut angelegtes Konjunkturprogramm. Weitere Maßnahmen zur Reduzierung des Wärme-
16 bedarfs sind die Förderung des Ausbaus von Nahwärmenetzen im Bestand sowie die Ver-
17 abschiedung eines Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes (EWärmeG) nach dem Vorbild von
18 Baden-Württemberg. Für den Neubaubereich soll der Passivhausstandard verbindlich
19 werden.

20 **Weniger Strom verbrauchen**

21 Bis 2020 ist eine Reduzierung des Stromverbrauchs um durchschnittlich 17 Prozent mög-
22 lich. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass dieses Potential vollständig ausgenutzt wird.
23 Dabei gibt es die größten Einsparmöglichkeiten im Bereich der Privaten Haushalte (minus
24 33 Prozent). Insbesondere ist der Ersatz eines Großteils der rd. 450.000 elektrischen
25 Nachtspeicherheizungen in NRW bis 2020 ein entscheidendes Handlungsfeld zur Errei-
26 chung dieses Einsparziels. Aber auch die Modernisierung von Haushaltsgeräten oder der
27 Einsatz von Energiesparlampen tragen zum Stromsparen bei und soll durch das Land
28 NRW unterstützt werden.

29 **Sonne, Wind und Wasser machen die Energie der Zukunft**

30 Wir Grüne fordern, dass NRW seine Anstrengungen beim Ausbau der Erneuerbaren Ener-
31 gien deutlich steigert. Der Beitrag dieser Energieform wird sich in NRW bis 2020 verviel-
32 fachen, liegt aber immer noch deutlich unter den Zielen für Deutschland. Nach unserem
33 Willen sollen die Energieträger der Zukunft, basierend auf Sonne, Wind und Wasser, bis
34 2020 einen Anteil von mindestens 22 Prozent an der Stromerzeugung erreichen. Uns
35 geht es um den Ausbau aller Formen der Erneuerbaren Energien. Jedoch sind deutliche
36 Unterschiede im Wachstum in den nächsten Jahren zu erwarten.

37 In NRW kann der Anteil der Windenergie an den Erneuerbaren alleine 15 Prozent ausma-
38 chen. Das ist eine Verfünffachung der heutigen Windstromproduktion. Die Windkraft be-
39 sitzt in NRW mit großem Abstand vor den anderen Erneuerbaren Energien das größte bis
40 2020 erschließbare Potential. Diese Steigerung ist durch den Ersatz älterer kleiner Anla-
41 gen durch neue leistungsstärkere Windkraftwerke (Repowering) und eine Ausweitung der
42 Windkraftkonzentrationszonen von derzeit 0,85 Prozent auf 1,5 Prozent der Landesfläche
43 möglich. Um das Ziel zu erreichen, müssen vor allem die Höhenbeschränkungen aufge-
44 geben werden, wie sie heute in NRW vielerorts vorhanden sind. Die Entscheidung über
45 die Windkraft-Konzentrationsflächen soll bei den Kommunen bleiben, aber unsinnige Re-
46 striktionen durch die Landeregierung wie die Ausweisung von Tabuzonen, müssen aufge-
47 hoben werden.

48 Für uns Grüne ist eine Politik des Abschiebens der Verantwortung für den Ausbau der
49 Erneuerbaren Energien nach dem Motto: „Windkraft in der Nordsee und Solarenergie in
50 der Sahara“ nicht akzeptabel. Windparks in der Nordsee und Großprojekte in der Sahara
51 sind mit ihren Milliardenkosten wieder nur für die großen Stromkonzerne machbar und
52 wären das Aus für die dezentrale und mittelständische Stromerzeugung über die Erneuer-
53 baren Energien.

54 Sogar nach dem Willen der CDU-FDP-Bundesregierung sollen die Erneuerbaren Energien
55 in den kommenden 10 Jahren einen Anteil von mindestens 30 Prozent an der Stromer-
56 zeugung in Deutschland übernehmen. Dieser Ausbau kann aber in 2020 nicht enden,

1 sondern muss nach dem Willen der Grünen in den nächsten Jahrzehnten bis zur Vollver-
2 sorgung mit Erneuerbaren Energien fortgesetzt werden. Damit entstehen attraktive neue
3 Kompetenzbereiche in der Stromerzeugung. Dazu gehören Stromverteilung, -
4 abrechnung, und -speicherung, der Aufbau virtueller Kraftwerke über die Vernetzung
5 dezentraler Anlagen (siehe die Kooperation VW-Lichtblick) mit Hilfe entsprechender mo-
6 dernster Kommunikationstechniken.

7 **Mehr Strom und Wärme durch modernste Technik**

8 Die Grünen NRW setzen sich auch dafür ein, dass die Strom- und Wärmeproduktion aus
9 Biomasse, Fotovoltaik, Solar- und Geothermie stark ansteigt. Das Potential dieser neuen
10 Techniken ist insgesamt sehr groß, allerdings sind noch nicht alle Verfahren wirtschaft-
11 lich.

12 So ist das Potential der Biomasse geringer als das die Windkraft. Vor allem gilt es, bisher
13 ungenutzte Bioabfälle (z. B. aus der kommunalen Biotonne) und Holzzuwächse in Wäl-
14 dern neben dem gezielten Energiepflanzenanbau für die Produktion von Strom und Wär-
15 me zu erschließen. Die Stromproduktion durch Fotovoltaik kann nach Expertenmeinung
16 2020 knapp 4 Prozent des Strombedarfs in NRW decken. Sie besitzt genauso wie die So-
17 larthermie im Wärmebereich auf Millionen von Dächern in NRW ein großes Potential, das
18 vor allem auch nach 2020 noch erheblich zunehmen kann und muss. Das gilt auch für die
19 Geothermie, deren Anteil an der Wärmeversorgung bis 2020 deutlich steigen wird. Wir
20 sind die einzige politische Kraft in NRW, die den Ausbau auch dieser innovativen Verfah-
21 ren fördert und auch ihre Möglichkeiten für Kompetenzzuwachs und neue Arbeitsplätze
22 richtig erkennt.

23 **Kohle und Atom verhindern den Klimaschutz**

24 **Kohlekraftwerke stehen gegen Kraft-Wärme-Kopplung**

25 Wenn die Entwicklung weiter läuft wie bisher, wird die Leistung des fossilen Kraftwerks-
26 parks durch Neubauprojekte und den Weiterbetrieb von Bestandsanlagen von heute 28
27 Gigawatt auf 32 im Jahr 2020 zunehmen. Gleichzeitig will die Bundesregierung die CO₂
28 Emissionen um 40 Prozent absenken. Das kann nicht beides funktionieren. Ein Neubau
29 von Kohlekraftwerken ist zur Deckung des Strombedarfs in 2020 nicht erforderlich. Im
30 Gegenteil: Die Konkurrenz der Stromproduktion aus Kohlekraftwerken wird den aus Kli-
31 maschutzgründen unerlässlichen Ausbau der Kraft-Wärme gekoppelten Stromerzeugung
32 verhindern und damit die Erreichung der Klimaschutzziele unmöglich machen. Dies gilt
33 erst recht für den Zeitraum nach 2020, wenn das Ziel einer Emissionsminderung um 80
34 Prozent durch Kohlekraftwerke, die in den nächsten Jahren in Betrieb gehen und mindes-
35 tens 50 Jahre laufen werden, kaum mehr zu erreichen sein wird.

36 **CO₂ gehört nicht unter Tage**

37 Die Abscheidung der CO₂Emissionen aus den Verbrennungsabgasen (Sequestrierung) und
38 deren Einlagerung unter Tage (Carbon Dioxide Capture and Storage, kurz CCS) sollen
39 nach den Wünschen der großen Energieversorger die Fortsetzung der Kohleverstromung
40 in NRW gewährleisten. Dagegen leisten wir entschiedenen Widerstand. Da in Nordrhein-
41 Westfalen keine geeigneten Lagerstätten zur Verfügung stehen, beabsichtigt die Landes-
42 regierung, das in NRW anfallende CO₂ über eine Entfernung von ca. 500 km zu transpor-
43 tieren und in Schleswig-Holstein endzulagern. Allein für den Transport des aus der
44 Braunkohleverstromung stammenden CO₂ wären acht Pipelines mit einem Durchmesser
45 von 800 mm erforderlich. In Schleswig-Holstein gibt es verständlicherweise deutlichen
46 Widerstand gegen dieses Vorhaben der NRW-Landesregierung. Schließlich wollen die
47 Norddeutschen ihr Bundesland nicht zum CO₂-Mülleimer anderer Länder machen. Alleine
48 die Braunkohle in NRW emittiert täglich 255 000 Tonnen CO₂, eine Million Tonnen alle
49 vier Tage. Derartige Mengenströme unterirdisch sicher für eine Million Jahre zu lagern, ist
50 außerhalb technischer Realitäten. Zu einem sozialverträglichen Auslaufen der Braunkoh-
51 leverstromung bis spätestens 2045 gibt es deshalb keine Alternative.

52 **Sicherung der Kosten für Bergschäden**

53 Wir Grüne stehen dafür, den beschlossenen Ausstieg aus der Steinkohleförderung weiter
54 umzusetzen. Wir werden darauf zu achten, dass für die Alt- und Ewigkeitslasten der
55 Stein- und auch der Braunkohlegewinnung nicht die von Bergschäden betroffenen Bürger

1 und Kommunen die Zeche zahlen. Hier muss das Land eine ausreichende Finanzierung
2 der zu erwartenden Schäden auch beim Wiederanstieg der Grundwasser gewährleisten.
3 Nach dem Beispiel der unabhängigen Schlichtungsstelle für Bergschäden im Steinkohlen-
4 bergbau muss eine solche auch in der Braunkohle eingerichtet werden. Die Bergschäden,
5 die die weiträumige Grundwasserabsenkung der Braunkohle verursacht sind bisher viel
6 zu wenig beachtet worden.

7 **Kein Ausstieg aus dem Ausstieg**

8 Beinahe im Wochenrhythmus werden von Mitgliedern der NRW-Landesregierung oder der
9 Regierungsfraktionen Forderungen nach Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke erho-
10 ben, obwohl in NRW seit 15 Jahren kein AKW mehr am Netz ist. Selbst der Neubau von
11 AKW wird von der FDP inzwischen nicht mehr ausgeschlossen. Mit zukunftsfähiger Ener-
12 giepolitik und Klimaschutz hat das nichts zu tun, denn selbst für kühnste Atomlobbyisten
13 ist klar, Atomkraft wird in NRW auf absehbare Zeit keine Rolle spielen.

14 Schon einmal in den 1970er und 1980er Jahren suchte eine NRW-Landesregierung ihr
15 Heil in der Atomkraft. Mit Milliardensubventionen aus Steuergeldern wurden die bekann-
16 ten Atom-Abenteuer in Kalkar, Hamm-Uentrop und Jülich finanziert, ohne dass diese Pro-
17 jekte einen nennenswerten Beitrag zur Energieversorgung geleistet hätten. Die Beseiti-
18 gung dieser Altlasten wird noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen und Milliarden Euro kos-
19 ten. Wir Grüne meinen: Statt sich aus der Verantwortung zu stehlen, müssen sich die
20 Stromkonzerne an diesen Kosten beteiligen.

21 Mit der Urananreicherungsanlage Gronau und dem Brennelementezwischenlager in Ahaus
22 befinden sich in NRW allerdings zwei wichtige Glieder der atomaren Brennstoffkette. De-
23 ren Betrieb wollen wir so schnell wie möglich beenden.

24 **Neue Wege in der Energiewirtschaft**

25 **Einnahmen aus dem Emissionshandel müssen nach NRW zurückfließen**

26 44 Prozent der vom Emissionshandel in Deutschland erfassten Emissionen entstehen in
27 NRW. Daher werden auch von den in Zukunft zu erwartenden Einnahmen des Bundes in
28 Höhe von 10-12 Mrd. € jährlich etwa 5 Mrd. € aus NRW kommen. Statt sich dafür einzu-
29 setzen, dass diese Mittel für Klimaschutzmaßnahmen auch in unser Land fließen, hat die
30 Landesregierung über Jahre auf EU- und Bundesebene alle Kraft darauf verwandt, dass
31 die Strom-Konzerne die Rechte weiterhin kostenlos geschenkt bekommen. Wir Grüne
32 verfolgen eine andere Politik. Wir wollen einen angemessenen Anteil der Einnahmen aus
33 dem Emissionshandel für die notwendigen Maßnahmen zur Gebäudesanierung, zum Aus-
34 bau der Kraft-Wärme-Kopplung und zur Energieeinsparung einsetzen.

35 **Energie muss bezahlbar bleiben**

36 Hohe Energiepreise sind eine sozialpolitische Herausforderung, denn sie treffen vor allem
37 Menschen mit geringem Einkommen. Eine Grundversorgung mit Energie, die zum Leben
38 und zur sozialen Teilhabe am Leben unerlässlich ist, muss sichergestellt werden. Die gel-
39 tenden Tarife der Stromanbieter sind weder ökologisch noch sozial. Einerseits können
40 sich immer mehr Menschen selbst einen Mindestverbrauch nicht mehr leisten. Anderer-
41 seits wird hoher Energieverbrauch vielfach noch durch die Tarifgestaltung belohnt. Das
42 wollen wir ändern und nur verbrauchsabhängige Energiepreise zulassen. Darüber hinaus
43 brauchen wir ein Verbot von Gas- und Stromsperren für einkommensschwache Haushalte,
44 die regelmäßige Anpassung der ALG-II-Sätze an die steigenden Energiekosten und
45 eine aufsuchende Energieberatung.

46 **Mehr Wettbewerb in der Energiewirtschaft**

47 Die Energiepolitik in NRW ist von einer mittelstandsfeindlichen Struktur geprägt. In der
48 Gas- und Stromversorgung findet Wettbewerb praktisch nicht statt. Neue Marktteilneh-
49 mer werden beim Marktzutritt behindert. Die Konsequenz der Dominanz von EON und
50 RWE ist der fehlende Wettbewerb, daraus folgen überhöhte Preise, eine unzureichende
51 Innovationsdynamik und massive Behinderungen beim Ausbau erneuerbarer Energien.
52 Was wir brauchen sind wettbewerbsfördernde Maßnahmen und keinen unter der ideologi-
53 schen Fahne "Privat vor Staat" geführten Kreuzzug gegen die Stadtwerke.

1 Was wir brauchen ist eine Trennung von Stromerzeugung und Höchstspannungsverteilung, ist eine Trennung des Gashandels vom Besitz der Gashochdrucknetze. Wir brauchen eine von den Energiekonzernen unabhängige Netzgesellschaft. So wie die Autobahnen nicht BMW und Daimler gehören so sollten auch die Netze nicht EON und RWE gehören. Sie sollten allen Marktteilnehmern ohne Zugangsbehinderungen zur Verfügung stehen. EON und Vattenfall haben beim Stromübertragungsnetz den ersten Schritt gemacht, RWE und EnBW müssen folgen. Dafür setzen wir uns ein.

8 **Entflechtung der Stromkonzerne**

9 Auch nach einer Abtrennung der Netze würde der Markt weiter von den genannten vier Oligopolisten (RWE, EON, EnBW und Vattenfall) dominiert, weil sie über mehr als 80 Prozent der Kraftwerkskapazitäten verfügen. Echter Wettbewerb setzt deshalb eine weitergehende Entflechtung der Stromkonzerne voraus. Der seinerzeit vom hessischen CDU Wirtschaftsminister gemachte Vorschlag, die Konzerne gesetzlich zur Abgabe von Kraftwerken zu zwingen ist ein sinnvolles Instrument, um die notwendige Entflechtung der Konzerne voranzubringen.

16 **Stadtwerke stärken – den Wettbewerb fördern**

17 Wettbewerb auf dem Energiemarkt braucht starke neue Akteure. Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat tausende KWK-, Solar- und Windanlagenbetreiber zu Energieunternehmen gemacht. Diesen Trend wollen wir durch verlässliche Rahmenbedingungen fortführen. Außerdem wollen wir die kommunalen Stadtwerke als Wettbewerber am Markt stärken. Wir lehnen neue Beteiligungen der vier großen Energiekonzerne an kommunalen Stadtwerken ab und unterstützen Initiativen des Bundeskartellamtes hinsichtlich der Verpflichtung zum Verkauf von Stadtwerke-Anteilen. Vor diesem Hintergrund ist es begrüßenswert, wenn in Städten und Gemeinden in NRW zunehmend über eine Re-Kommunalisierung der Energieversorgung nachgedacht wird. Wir werden diese Entwicklung fördern und unterstützen.

Wir wollen:

- **in der Energiepolitik alle Zeichen auf die drei E-Strategie setzen (Erneuerbare , Effizienz, Energiesparen). Dies sind die Schlüsselbegriffe für die Reduzierung der Treibhausgase und für die Wirtschaftskompetenz der Zukunft;**
- **durch die Sanierung der vielen Millionen Altbauten in NRW Energie einsparen und effizienter nutzen sowie für den Einsatz Erneuerbarer Energien besondere Anreize setzen;**
- **den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung als eine der zentralen Herausforderungen der Landespolitik zur Erreichung der Klimaschutzziele und wollen deren Anteil bis 2020 von jetzt 10 auf 33 Prozent steigern;**
- **den Ausstieg aus der Atomenergie und langfristig den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern;**
- **die Stromkonzerne entflechten und mehr Wettbewerb in den Energiemarkt bringen.**

1 **3. Zukunft finanzieren**

2 **Wir Grüne wollen eine Haushalts- und Finanzpolitik, die sozial gerecht ist und**
3 **die gegenüber zukünftigen Generationen Verantwortung zeigt. Die Zukunftsfä-**
4 **higkeit der Finanzpolitik ist nur gegeben, wenn es ihr gelingt die ökologische**
5 **und soziale Substanz des Landes auszubauen und die natürlichen Lebensgrund-**
6 **lagen zu erhalten. Dazu wollen wir nachhaltiges Wirtschaftswachstum für einen**
7 **ökologischen Umbau fördern sowie in Bildungs- und Chancengerechtigkeit in-**
8 **vestieren. Die Grünen setzen klare Prioritäten für einen sozial gerechten und**
9 **solide finanzierten Haushalt.**

10 **Rüttgers Haushaltspolitik gescheitert**

11 **Fast alle finanziellen Versprechen gebrochen**

12 Seit 2005 haben CDU und FDP nahezu alle finanziell bedeutsamen Versprechen gebro-
13 chen. Statt die Haushalte zu konsolidieren, haben sie neue Rekordschulden aufgebaut.
14 Statt für eine bessere Finanzierung der Landesaufgaben auf Bundesebene zu streiten,
15 setzen sie sich für weitere Einnahmeverluste des Landes und der Kommunen zur Finan-
16 zierung von Abwrackprämien und Steuergeschenken ein. Rüttgers Regierung hat in je-
17 dem Jahr neue Schulden aufgehäuft. Selbst 2008, als die Steuereinnahmen sprudelten,
18 haben sie mehr als eine Milliarde zusätzliche Schulden gemacht. Die Regierung, hat bei
19 den Einkommen der Landesbediensteten (Polizisten, Lehrer, etc.) fast eine Milliarde ge-
20 kürzt, massive Kürzungen gab es auch in den Bereichen sozialer Ausgleich und Ressour-
21 censchutz. Die Zuschüsse für Busse und Bahnen wurden um dreistellige Millionenbeträge
22 pro Jahr zusammengestrichen. Vor allem aber gibt es milliardenschwere Kürzungen bei
23 den Kommunen.

24 **Rekordverschuldung und trübe Zukunftsaussichten**

25 Trotzdem muss NRW am Ende des Jahres 2010 eine Rekordverschuldung von über 130
26 Milliarden Euro und dramatische Aussichten für die Zukunft beklagen. Die vorgesehenen
27 Steuerentlastungen der Bundesregierung führen jährlich zu einem Minus von mindestens
28 600 Millionen Euro im Etat. Die gesamten Steuergeschenke, die FDP und Union im Bund
29 umsetzen wollen, kosten die Landeskasse jährlich mehr als zwei Milliarden Euro.

30 Allein der Verzicht auf das Ende 2009 verabschiedete Steuerentlastungspaket würde
31 NRW einen Einnahmeverlust von 885 Millionen Euro jährlich ersparen. Mit diesem Geld
32 wäre ein Verzicht auf die bildungsfeindlichen Studiengebühren und die Kompensation der
33 sozial ungerechten Kindertagesstättenbeiträge möglich.

34 **Raubzug durch kommunale Kassen**

35 Das Land hat in 2008 im Vergleich zum Jahr 2004 8,2 Milliarden Euro oder 34 Prozent
36 mehr an Steuern eingenommen. Die Ausgaben für die Städte und Kommunen stiegen im
37 gleichen Zeitraum aber nur um 15 Prozent. Sie wurden also strukturell um mindestens
38 1,3 Milliarden Euro schlechter gestellt als 2004. Die rote Linie für das politisch Verant-
39 wortbare gegenüber der kommunalen Selbstverantwortung wurde von der Regierung
40 Rüttgers damit überschritten. Sie trägt damit in hohem Maße zum Bankrott vieler Städte
41 und Gemeinden in NRW bei. (Mehr zum Thema Städte und Gemeinden in NRW auf Seite
42 25 und folgenden).

44 **Schuldenregel soll von größten Schuldenbergen ablenken**

45 Die jetzt in der Föderalismuskommission von Bund und Ländern unter dem großen Beifall
46 der FDP verabschiedete Schuldenbremse, ist eines der größten Täuschungsmanöver in
47 der Geschichte der Finanzpolitik. In einer Zeit, in der der Bund in nur drei Jahren 250
48 Milliarden Euro zusätzliche Schulden machen will, legt die neue Regel die Schulden auf
49 allenfalls 10 Milliarden Euro fest. Ähnliches gilt für die einzelnen Bundesländer. Entweder
50 ist diese Regel ein schlichtes Täuschungsmanöver oder es wird zum größten Sozialabbau
51 in der Geschichte unseres Landes kommen.

1 **Grüne Haushaltspolitik**

2 Wir GRÜNE wollen, dass der Staat handlungs- und leistungsfähig bleibt. Dazu muss er
3 über eine ausreichende, also den Aufgaben angemessene Einnahmehasis verfügen, er
4 muss effizient wirtschaften und seine Ausgaben dort senken, wo es möglich ist. Nur so
5 können wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass vermehrt Geld in Forschung, Bil-
6 dung und Ausbildung, für sozialen Ausgleich, für die Förderung des Umwelt- und Klima-
7 schutzes und für wirtschaftliche Innovationen fließen kann.

8 Wir halten es für vertretbar, Schulden für echte Zukunftsinvestitionen aufzunehmen. Die-
9 jenigen, die diese Schulden bezahlen – nämlich spätere Generationen – müssen von die-
10 sen Investitionen profitieren können. Investitionen in Elektromobilität statt Abwrackprä-
11 mie, Ausbau der Ganztagschulen statt Turbo-Abi, Förderung der Gesundheitsdienstleis-
12 tungen statt illegaler Pflgetourismus, Verbesserung des Verbraucherschutzes statt Erhalt
13 von Monopolstrukturen, um nur einige Beispiele zu nennen. Das Steuer- und Abgaben-
14 aufkommen muss insbesondere für Länder und Kommunen deutlich gesteigert, Subventi-
15 onen, insbesondere umweltschädliche, müssen abgebaut werden. Dabei setzen wir uns
16 für eine Entlastung bei den Sozialabgaben im unteren Einkommensbereich durch einen
17 degressiven Tarif und zugleich für eine Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen und
18 Vermögen ein.

19 Wir setzen uns für eine Ausweitung der Betriebs- und Außenprüfung ein, da sie zu mehr
20 Steuereinnahmen und mehr Steuergerechtigkeit führt. Wir wollen eine echte Verfolgung
21 von betrügerischer Hinterziehung oder von rücksichtsloser Verschwendung des Steuer-
22 geldes, statt einer Behandlung als „Kavaliersdelikt“.

23 **Modernisierungshilfen für Betriebe in Not**

24 Betrieben, die nur durch die Finanzkrise in Not geraten, strukturell aber gesund sind,
25 muss mit Bürgschaften und anderen staatlichen Leistungen geholfen werden, die Krise
26 zu bewältigen. Fördermittel und alle Finanzhilfen müssen unter dem Blickwinkel der Effi-
27 zienz und unter Einbeziehung aller Kriterien der Nachhaltigkeit (Wirtschaft, Soziales,
28 Umwelt) auf den Prüfstand gestellt werden. Sie müssen zielgerichtet auf die Modernisie-
29 rung und die Erneuerung unserer Wirtschaft konzentriert werden und dürfen nicht zum
30 Erhalt alter nicht überlebensfähiger Strukturen verwendet werden.

31 **Gegen Schattenhaushalte für mehr Transparenz**

32 Grüne setzen sich für mehr Transparenz bei der Haushaltsaufstellung und für eine effekti-
33 ve Überwachung des Haushaltsvollzugs ein. Die zunehmende Einführung von Schatten-
34 haushalten, z.B. für die Absicherung der Risiken der WestLB, erschweren die Übersicht
35 über die tatsächliche Verschuldungslage des Landes.

36 Die volle Integration des Wohnungsbauvermögens in Höhe von dann knapp 18 Milliarden
37 Euro in die NRW.Bank wird von uns entschieden abgelehnt. Dies führt zu weniger Kon-
38 trollmöglichkeiten der Öffentlichkeit und bietet die Basis für mehr Finanzspekulationen zu
39 Lasten des Wohnungsbauvermögens. Außerdem vergrößert sich auch der Spielraum für
40 einen gigantischen Schattenhaushalt. Genau diese Art der Finanzierung war die Grundla-
41 ge für die weltweiten Fehlspekulationen und die folgende uns noch immer hart treffende
42 Wirtschafts- und Finanzkrise.

43 Wir wollen die Haushalts- und Finanzpolitik der Geschlechtergerechtigkeit verpflichten
44 und wollen deshalb das „Genderbudgeting“ einführen. (Mehr zum Thema Genderbudge-
45 ting auf Seite 98).

46 **Für Subventionsabbau und ökologische Lenkungsinstrumente**

47 Wir wollen die Steinkohlebeihilfen deutlich schneller absenken als die jetzige Landesre-
48 gierung. Wir wollen überhöhte Förderungen (z.B. zugunsten der Landwirtschaftskammer)
49 ebenso abschmelzen, wie die Ausnahmen vom Wasserentnahmeentgelt (z.B. für den
50 Braunkohleabbau). Wir setzen uns für die Einführung einer Kiesabgabe ein, um den
51 Raubbau an der Landschaft zu minimieren und gleichzeitig Mittel für die Bekämpfung der
52 Folgen einzunehmen. Ebenfalls wollen wir Abgaben für eine weitere Versiegelung prüfen,
53 um den Flächenverbrauch zu verringern.

1 **Steuereinnahmen verbessern**

2 Die Verbesserung der Steuereinnahmen ist eine zentrale Herausforderung, damit die
3 staatlichen Aufgaben im notwendigen Maße erfüllt werden können. Hier sind Landes- und
4 Bundespolitik auf das Engste miteinander verzahnt.

5 Die Bildungsausgaben in Deutschland müssen in den nächsten Jahren deutlich gesteigert
6 werden, um den zentralen Herausforderungen unseres Landes gerecht werden zu kön-
7 nen. Doch statt die Länder, denen dieser Politikbereich als zentrale Aufgabe zugewiesen
8 wurde, mit mehr Geld auszustatten, werden diese durch die Steuergeschenke der
9 schwarz-gelben Bundesregierung massiv weiter in ihren Handlungsmöglichkeiten einge-
10 schränkt.

11 **Erträge aus Kapital- und Vermögen berücksichtigen**

12 Statt Steuergeschenke zu verteilen, müssen die Zukunftsausgaben insbesondere von
13 jenen getragen werden, die über stärkere finanzielle Schultern verfügen und nicht anders
14 herum. Nach den Plänen der Bundesregierung tragen Geringverdiener, Länder und Kom-
15 munen die Last, damit Vermögende, große Unternehmen und Erben weniger Steuern
16 zahlen müssen. Aus Grüner Sicht müssen stattdessen Erträge aus Kapital- und Vermögen
17 deutlich stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.

18 Der Bund sollte wieder die Möglichkeit der direkten Steuerung von eigenen Förderpro-
19 grammen bekommen. Die verschiedenen staatlichen Ebenen müssen über dauerhafte
20 und verlässliche Einnahme- und Steuerungskompetenzen verfügen. An dieser Stelle hat
21 die Föderalismusreform unter maßgeblicher Mitwirkung der NRW-Landesregierung massiv
22 versagt. Statt geeignete Steuerkompetenzen auf die Länder zu übertragen, wurde die
23 Einnahmehasis noch weiter abgeschwächt und eine völlig wirklichkeitsfremde Schulden-
24 regel eingeführt.

25 Wir setzen uns dafür ein, dass die Vermögenssteuer verfassungskonform reaktiviert, die
26 Erbschaftsteuer auf eine breitere Einnahmehasis gestellt, und Finanzumsätze direkt be-
27 steuert werden. Die Gewerbesteuer muss als wichtigste Einnahmehasis der Kommunen
28 erhalten bleiben und zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer erweitert werden.

29 **Soli Ost in Bildungssoli umwandeln.**

30 Wir betrachten Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden.
31 Um das Land und die Kommunen bei den wichtigen Bildungsaufgaben zu unterstützen,
32 fordern wir, den Soli Ost in einen Bildungssoli umzuwandeln. Aus dem Solidaritätszu-
33 schlag stehen überschüssige Einnahmen zur Verfügung. Diese soll der Bund nach Abzug
34 der Altschuldenhilfe für die besonders finanzschwachen Länder in allen Ländern für Bil-
35 dung einsetzen. Ab 2010 stehen Mittel in Höhe von 23 Mrd. Euro bis 2019 zur Verfügung.
36 Für Nordrhein-Westfalen würde dies nach den üblichen Verteilungsschlüsseln eine Sum-
37 me von etwa 5,06 Milliarden Euro – also etwa 500 Millionen Euro pro Jahr ausmachen.
38 Wir wollen uns über den Bundesrat für einen solchen Bildungssoli einsetzen.

39 **Sparkassen als Motor der Finanzpolitik**

40 Sparkassen sind von grundlegender Bedeutung für eine wohnungsnahe Versorgung der
41 Bevölkerung und der mittelständischen Wirtschaft. Sie sind der Motor einer dezentralen
42 und nachhaltigen Finanzpolitik. Sie sind keine "Schön-Wetter-Banken", die ihre Angebote
43 nur in Metropolen, aber nicht auf dem Land vorhalten oder ihren mittelständischen Part-
44 nern nur in konjunkturell guten Zeiten zur Seite stehen. Insofern sind starke und leis-
45 tungsfähige Sparkassen für die Zukunft unseres Landes unverzichtbar.

46 Deshalb haben wir uns auch im Schulterschluss mit einem breiten gesellschaftlichen
47 Bündnis vehement gegen die Versuche von CDU und FDP gewehrt, die Strukturmerkmale
48 des nordrhein-westfälischen Sparkassensystems z. B. durch eine organisatorische Ver-
49 zahnung einzelner Sparkassen mit der WestLB entscheidend zu verändern.

50 Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise haben sich die Sparkassen als ein besonderer
51 Stabilitätsfaktor erwiesen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass im Zuge der massiven
52 Einbrüche in der mittelständischen Wirtschaft auch Sparkassen zunehmend an ihre Belas-
53 tungsgrenze gelangen werden. Insofern lehnen wir weitere finanzielle Forderungen an die

1 Sparkassen in Verbindung mit aktuell anstehenden WestLB-Rettungsaktionen eindeutig
2 ab.

3 Eine zukunftsfähige Sparkassenstruktur erfordert einen Gremienzuschnitt, der dem Ver-
4 waltungsrat eine substanzielle Kontrolltätigkeit ermöglicht. Dies ist zurzeit nicht uneinge-
5 schränkt gegeben. Insofern fordern wir eine deutliche Stärkung der Kontrollrechte des
6 Verwaltungsrates. Zudem wollen wir mehr Transparenz z. B. durch eine individuelle Ver-
7 öffentlichung der Vorstandsvergütungen. Und wir wollen, dass Sparkassen beim Verbrau-
8 cherschutz und auch beim Vertrieb nachhaltiger Produkte mehr tun. Da Sparkassen eine
9 Schlüsselrolle bei der Finanzierung von Maßnahmen zur energetischen Sanierung des
10 Gebäudebestands zufällt, erwarten wir, dass sie stärker als andere Institute die entspre-
11 chenden KfW-Förderkredite anbieten.

12 **Konsolidierung des Landesbankensektors erreichen**

13 Wir treten für eine Konsolidierung des Landesbankensektors ein. Dabei wollen wir die
14 Aufgaben der Förderpolitik vom sonstigen Bankengeschäft trennen. Neben diesem För-
15 dergeschäft ist es aber erforderlich, den Sparkassen ein Dachinstitut zur Verfügung zu
16 stellen, das jene Geschäfte abwickelt, die das Kerngeschäft eines regionalen
17 Dienstleisters übersteigen, aber zum erforderlichen Leistungsangebot einer solchen Bank
18 gehören müssen. Allerdings sollte die Vielzahl der Landesbanken nach und nach auf ein
19 Institut reduziert werden. Dabei sind die bestehenden Risiken so abzusichern, dass sie
20 das Zukunftsgeschäft der Sparkassen nicht belasten. Dazu gehört auch, dass die derzeit
21 bestehenden zusätzlichen Alt-Risiken der WestLB vom Land NRW abgedeckt werden
22 müssen, da die Sparkassen zu weiteren Rettungsschirmen nicht in der Lage sind. Es
23 stünde dann ein Zusammenbruch ausgerechnet des ansonsten stabilen öffentlichen Ban-
24 kensektors bevor. Unter diesem Zusammenbruch würden eine Vielzahl von Kleinsparerin-
25 nen und -sparer und kleinere und mittlere Unternehmen leiden. Diese müssen für Verlus-
26 te aus weltweiten Spekulationsgeschäften der WestLB büßen. Ein neues Sparkassen-
27 Dachinstitut sollte sich auf das absolute Kerngeschäft beschränken.

28

29 **Wir wollen:**

30

- 31 • **die Mittel der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für einen ökologischen**
- 32 **Umbau und in Bildungs- und Chancengerechtigkeit investieren;**
- 33 • **Schulden nur dann vertreten, wenn dafür echte Zukunftsinvestitionen in**
- 34 **Bildung und Klimaverträglichkeit getätigt werden, wenn also unsere Kinder**
- 35 **und Enkel davon profitieren;**
- 36 • **angemessene Steuereinnahmen zur Finanzierung der Staatsausgaben, die**
- 37 **insbesondere für Länder und Kommunen deutlich gesteigert werden müs-**
- 38 **sen. Subventionen, insbesondere umweltschädliche, müssen abgebaut**
- 39 **werden. Unter anderem soll der Soli Ost in einen Bildungssoli umgewandelt**
- 40 **werden.**
- 41 • **Betrieben, die nur durch die Finanzkrise in Not geraten, strukturell aber**
- 42 **gesund sind, mit Bürgschaften und anderen staatlichen Leistungen helfen,**
- 43 **die Krise zu bewältigen;**
- 44 • **mehr Transparenz bei der Haushaltsaufstellung, eine effektive Überwachung**
- 45 **des Haushaltsvollzugs und uns gegen die zunehmende Einführung von**
- 46 **Schattenhaushalten einsetzen.**

47

48

1 **4. Für lebendige und handlungsfähige Kommunen**

2 **Kommunen und ihre Unternehmen stehen für Gemeinwohlorientierung, Teilha-**
3 **be, gesellschaftliche Verantwortung und Solidarität. Kommunen sind der Ort, an**
4 **dem Bürgerbeteiligung, freiwilliges Engagement und Formen demokratischer**
5 **Teilhabe unmittelbar gelebt und erfahren werden können. Deshalb stehen wir**
6 **für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, für mehr Bürgerbeteiligung**
7 **und für starke Kommunen ein, die ihren Bürgerinnen und Bürgern Leistungen**
8 **der öffentlichen Daseinsfürsorge zur Verfügung stellen. Diese herausragende**
9 **Aufgabe können die Kommunen aber nur vor dem Hintergrund einer verlässli-**
10 **chen Kommunalfinanzierung erbringen.**

11 **Städte und Gemeinden vor dem Abgrund**

12 Viele Kommunen in NRW konnten auch in den Zeiten des Konjunkturhochs trotz massiver
13 eigener Einsparbemühungen aufgrund ihrer Altschulden ihre Ausgaben nicht decken,
14 sondern mussten weitere Kredite aufnehmen. Diese Situation hat die Landesregierung
15 durch massive Eingriffe in die Kommunalfinanzierung verschärft. Für eine Rückführung
16 von Schulden bestanden anders als in anderen Bundesländern dagegen in der Regel kei-
17 ne Möglichkeiten. Dies traf insbesondere auf Kommunen in strukturschwachen Gebieten
18 und mit langjährigen Nothaushalten zu. Gleichzeitig stehen die Kommunen in NRW vor
19 einer dramatischen Finanzsituation. In Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, der auf
20 Bundesebene im Rahmen der Konjunkturprogramme beschlossenen Maßnahmen und der
21 noch zu erwartenden Steuersenkungen der neuen Bundesregierung in Milliardenhöhe,
22 wird es ab 2010 für die Kommunen in NRW zu drastischen Einnahmeeinbrüchen sowie zu
23 Mehrausgaben durch gestiegene Soziallasten kommen.

24 Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise kommt der kommunalen Daseinsvorsorge ein
25 besonderer Stellenwert zu. Die Kommunen tragen und gestalten zahlreiche Dienstleis-
26 tungen und Hilfen für Menschen, die von der Krise betroffen sind. Besonders große Be-
27 deutung haben soziale Leistungen für Langzeitarbeitslose, die Leistungen der Integration,
28 der Bildung und der Betreuung von Kindern.

29 Die umfangreichen Investitionsmittel, die den Kommunen durch das Bundeskonjunktur-
30 programm zur Verfügung stehen, sind nur ein erster Baustein, den Investitionsstau in
31 den Kommunen aufzulösen. Die Kommunen müssen endlich wieder in die Lage versetzt
32 werden, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen zu können, ohne sich durch die
33 laufenden Kosten zusätzlich zu verschulden. Darüber hinaus kann das in der Verfassung
34 verankerte Recht auf kommunale Selbstverwaltung nur dann zum Tragen kommen, wenn
35 auch ein Spielraum für freiwillige Aufgaben bleibt. Die Kommunen brauchen eine aus-
36 kömmliche Finanzierung nach transparenten und verlässlichen Kriterien.

37 **Kommunalfreundliche Landesregierung**

38 CDU und FDP in NRW bilden die kommunalfreundlichste Landesregierung, die es je gab.
39 Sie hat den Städten und Gemeinden eine Vielzahl zusätzlicher Lasten aufgebürdet und
40 ihnen gleichzeitig Geld in gigantischer Höhe vorenthalten. Außerdem stranguliert die
41 Kommunalaufsicht in den Händen des FDP-Innenministers die Kommunen mit einem
42 wirklichkeitsfernen Haushaltsrecht und nimmt ihnen dadurch jeden Handlungsspielraum.

43 Die Haushalte der Kommunen brechen jetzt überall ein. Was zunächst vor allem die mitt-
44 leren und größeren Städte in strukturschwächeren Räumen betraf, ist mittlerweile ein
45 landesweites Phänomen. Allerdings droht in den strukturschwächeren Räumen – wie dem
46 Ruhrgebiet oder dem Bergischen Land – jetzt die Überschuldung der Städte. Dies ist ne-
47 ben der falschen Politik des Bundes zu einem überwiegenden Teil dem Raubzug der
48 schwarz-gelben Landesregierung durch die kommunalen Kassen zuzuschreiben.

49 Die Liste der Eingriffe, mit der das Land den Kommunen Finanzmittel vorenthält, ist lang.
50 So fällt die Grunderwerbssteuer jetzt vollständig dem Land zu. (minus 170 – 180 Millio-
51 nen Euro pro Jahr). CDU und FDP haben die Beteiligung der Kommunen an den Einheits-
52 lasten laut Verfassungsgericht extrem überzogen (minus 450 Millionen Euro in 2006).
53 Das Land leitet die Kostenbeteiligung des Bundes am Ausbau der U3-Plätze im Kinder-
54 betreuungsbereich nicht an die Kommunen weiter (minus 45 Millionen in 2009). Die Be-

1 teiligung des Landes an den Elternbeiträgen ist weggefallen (minus 84,5 Millionen Euro
2 pro Jahr). Der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-
3 Bezieherinnen und -Bezieher wird nur schleppend weitergeleitet (minus 220 Millionen
4 Euro pro Jahr). Die Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Investitionskosten für
5 Krankenhäuser wurde verdoppelt (minus 110 Millionen Euro pro Jahr). Hinzu kommen
6 Kürzungen für Zuschüsse für Busse und Bahnen insbesondere bei der Beförderung von
7 Schülerinnen und Schülern und weitere Einzelmaßnahmen.

8 Alles in allem ist zu konstatieren, dass das Land die Kommunen Jahr für Jahr um mindes-
9 tens etwa 1,5 Milliarden Euro schlechter stellt, als dies vor Regierungsantritt von CDU
10 und FDP der Fall war. Bei einem Gesamtvolumen des Gemeindefinanzierungsgesetzes
11 (GFG) von etwa 7,5 Milliarden Euro sind dies immerhin 20 Prozent. Angesichts der Tatsa-
12 che, dass die kommunalen Kassenkredite jährlich um einen in dieser Höhe vergleichbaren
13 Betrag ansteigen, wird deutlich, dass die kommunale Finanzkrise durch das aktive Regie-
14 rungshandeln von CDU und FDP verursacht ist.

15 Hinzu kommt, dass von vielen Mehrbelastungen im Sozialbereich gerade jene Kommunen
16 besonders betroffen sind, denen es ohnehin schon sehr schlecht geht. CDU und FDP ha-
17 ben also mit ihrer Politik das soziale Gefälle zwischen den Städten noch massiv ver-
18 schärft. Weitere Einnahmeverluste in Höhe von mindestens 400 Millionen pro Jahr müs-
19 sen die Kommunen nach Angaben des Innenministeriums aufgrund der aktuellen Steuer-
20 geschenke des Bundes verkraften. Die Kommunen in NRW stehen vor einer dramatischen
21 Finanzsituation, denn zu den entzogenen Einnahmen kommen erhebliche Mehrausgaben
22 durch gestiegene Soziallasten hinzu.

23 **Kassenkredite der Kommunen trotz Steuermehreinnahmen auf Rekordhoch**

24 Sichtbares Zeichen für die schlechte Finanzlage der Kommunen ist der neue Rekordstand
25 bei den Kassenkrediten. (Kassenkredite dienen der Liquiditätssicherung der Kommunen
26 und führen ähnlich wie der Dispokredit des Privathaushaltes zu hohen Zinsbelastungen).
27 Die Höhe dieser Kredite aller Kommunen in NRW lag bei Regierungsantritt der Koalition
28 noch bei 10,2 Milliarden Euro. Ende 2008 waren es bereits 14,8 Milliarden, und es ist da-
29 von auszugehen, dass sie bis Mitte 2010 bei fast 20 Milliarden Euro liegen werden. Das
30 ist eine Verdopplung in fünf Jahren. NRW ist mit etwa der Hälfte der gesamten Kassen-
31 kredite absoluter trauriger Spitzenreiter in Deutschland.

32 **Finanzkollaps der Städte und Gemeinden stoppen**

33 Gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise kommt der kommunalen Daseinsvorsorge ein
34 besonderer Stellenwert zu. Die Kommunen tragen und gestalten zahlreiche Dienstleis-
35 tungen und Hilfen für die von der Krise bedrohten und betroffenen Menschen. Besonders
36 große Bedeutung haben in schwierigen Zeiten die sozialen Leistungen für Langzeitar-
37 beitslose, die Leistungen der Integration, der Bildung und der Betreuung von Kindern.

38 Bund und Land müssen ihrer Verantwortung für einen sozialen Föderalismus wieder ge-
39 recht werden und einen deutlichen höheren Anteil an der Finanzierung der Soziallasten
40 übernehmen. Gleichzeitig muss ein gerechtes Steuersystem eingeführt werden, dass die
41 Reicheren stärker belastet, um notwendige Investitionen in Bildung, Betreuung und so-
42 zialen Ausgleich finanzieren zu können.

43 Der kommunale Finanzausgleich muss so verändert werden, dass die Kommunen endlich
44 einen Anteil aus den Gemeinschaftssteuern erhalten, der dem hohen Kommunalisie-
45 rungsgrad von öffentlichen Aufgaben in NRW gerecht wird.

46 **Nothaushaltskommunen wieder handlungsfähig machen**

47 Auch in den Zeiten des Konjunkturhochs und trotz massiver Konsolidierungsbemühungen
48 konnten viele Kommunen in NRW aufgrund ihrer Altschulden ihre Ausgaben nicht decken.
49 Sie mussten zusätzlich weitere Kassenkredite aufnehmen, um ihre laufenden Aufgaben
50 zu erfüllen. Dies traf insbesondere auf die Kommunen in strukturschwachen Gebieten
51 und mit langjährigen Nothaushalten zu.

52 Statt mit drastischen kommunalaufsichtlichen Verfügungen die Lage oftmals noch zu ver-
53 schlechtern, muss ein Maßnahmenpaket des Landes den Kommunen wieder Handlungs-
54 perspektiven eröffnen. Gekoppelt an den Nachweis eigener Sparbemühungen muss eine

1 Altschuldenhilfe her. Wir wollen dazu ein Sondervermögen des Landes von zunächst fünf
2 Milliarden Euro bilden, das durch eine Anleihe finanziert werden soll. Damit werden die
3 kurzfristigen Kredite in langfristig abzubauenen Schulden umgewandelt. Es darf nicht
4 sein, dass das Land sich hinter der kommunalen Selbstverwaltung verschanzt und aus-
5 schließlich auf die Eigenbemühungen der Kommunen verweist. Denn etliche Kommunen
6 aus den strukturschwachen Regionen des Ruhrgebiets und des Bergischen Dreiecks sind
7 trotz intensivster Einsparanstrengungen nicht in der Lage, mittelfristig zu einem ausge-
8 gleichten Haushalt zu kommen. Einige von ihnen werden bei der Umstellung auf das „Neue
9 Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) eine negative Eröffnungsbilanz vorlegen müssen
10 und sind damit nach den Regeln der Gemeindeordnung überschuldet. Für viele andere
11 Kommunen wird die Überschuldung spätestens in den nächsten zwei Jahren festzustellen
12 sein.

13 **Förderung von finanzschwachen Kommunen in Ost und West sichern, Solidar-** 14 **lasten auf den Prüfstand stellen**

15 Die Regelungen des Solidarpakts II führen dazu, dass die Kommunen in NRW durch die
16 erhöhte Gewerbesteuerumlage noch bis 2019 zu den Kosten der deutschen Einheit he-
17 rangezogen werden. Damit zahlen auch Kommunen aus NRW – zumeist kassenkreditfi-
18 nanziert – in den Strukturwandel von Kommunen in den neuen Bundesländern ein. Die
19 Regelungen des Solidarpakts II müssen spätestens mit Wirkung des Jahres 2011 so ver-
20 ändert werden, dass der Finanzlage von Kommunen mit vergleichbarer Finanz- und
21 Strukturschwäche Rechnung getragen wird. Dazu gehört, dass die Kommunen in NRW in
22 den kommenden Jahren schrittweise von Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der erhöh-
23 ten Gewerbesteuerumlage entlastet werden.

24 **Für eine solidarische und zukunftsfähige Gemeindefinanzpolitik**

25 Wer die kommunale Handlungsfähigkeit und die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und
26 Bürger nicht nur in Sonntagsreden im Munde führt, muss den Kommunen wieder die
27 Kraft zur Selbsthilfe geben. Vor allem müssen die Kommunen eigene verbriefte Einnah-
28 memöglichkeiten erhalten. Das Land muss gesetzlich verpflichtet werden, in steuerlich
29 besseren Zeiten Rücklagen für die Kommunen zu bilden. Das Gesamtvolumen für den
30 Finanzausgleich zwischen dem Land und der Kommunen muss grundsätzlich nach trans-
31 parenten und verlässlichen Kriterien abgeleitet und verteilt werden.

32 Wir Grüne treten dafür ein, dass das Land seine Regelungen zur Haushaltswirtschaft
33 grundlegend überarbeitet. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Vorgaben wirt-
34 schaftlich sinnvolles Verhalten der Kommunen weiterhin ermöglichen, sowie die Kommu-
35 nen nicht von Förderprogrammen des Landes und des Bundes ausschließen. Die vom
36 Verfassungsgericht festgestellten Überzahlungen bei den Kosten der deutschen Einheit
37 müssen ohne Abzug erstattet werden. Ein transparentes Verfahren muss sicherstellen,
38 dass es zu keiner Überzahlung mehr kommt.

39 Ein wichtiger Aspekt Grüner Finanzpolitik ist es, dass das Land die Regelungen zur Kon-
40 nexität strikt einhält. Das heißt, es darf nicht Aufgaben und Lasten ohne angemessenen
41 finanziellen Ausgleich auf die Kommunen abwälzen. Dies gilt auch für Gesetze, die bereits
42 in den Jahren 2005 bis 2008 beschlossen wurden, z.B. bei den Veränderungen bei Um-
43 welt- und Versorgungsverwaltung.

44 Nicht zuletzt sollen die Sozialhilfeträger bei den Kosten für Eingliederungsmittel für Men-
45 schen mit Behinderung durch ein Bundesteilhabegesetz entlastet werden.

46 **Fairer Umgang mit Kommunen**

47 Auf Landesebene setzen wir uns für einen Anteil an den Gemeinschaftssteuern ein, der
48 dem Grad der Kommunalisierung von Aufgaben entspricht. Wir wollen den Kommunen,
49 die aus eigener Kraft nicht mehr zu genehmigungsfähigen Haushalten kommen können,
50 mit einem Sonderprogramm zur Entschuldung verhelfen. Dabei sollen diese Kommunen
51 bei den Kosten für Zinsen und Tilgung von Altschulden entlastet werden. An diese Alt-
52 schuldenhilfe müssen Bedingungen und der Nachweis von Eigenbemühungen geknüpft
53 werden.

54 Wir wollen den bereits unter Rot-Grün eingeführten Regelungen zur Konnexität endlich
55 Geltung verschaffen und auch im Bundesrecht entsprechende Regelungen durchsetzen.

1 Es muss grundsätzlich gelten, dass das Land Bundesmittel für kommunale Aufgaben un-
2 geschmälert weiterleitet. Die kommunalaufsichtlichen Regelungen dürfen nicht länger
3 wirtschaftlich sinnvolles und nachhaltiges Handeln der Kommunen behindern.

4
5 **Wir wollen:**

- 6
- 7 • **die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und treten für mehr Bürger-**
8 **beteiligung und starke Kommunen ein, die ihren Bürgerinnen und Bür-**
9 **gern Leistungen der öffentlichen Daseinsfürsorge zur Verfügung stellen;**
- 10 • **eine Altschuldenhilfe;**
- 11 • **eine verlässliche Finanzierung der Kommunen;**
- 12 • **den Finanzausgleich zwischen dem Land und den Kommunen neu und**
13 **transparent ordnen;**
- 14 • **dass das Land das Konnexitätsprinzip einhält, also die Kosten dafür trägt,**
15 **wenn es Aufgaben an die Kommunen überträgt.**
- 16

1 **Kluges NRW: Recht auf Bildung für Alle**

2 **Nordrhein-Westfalen braucht alle Talente – von Anfang an. Nur so kann das**
3 **Land wirtschaftlich und gesellschaftlich stärker werden. Nur so schaffen wir**
4 **Bildungsgerechtigkeit auf Spitzenniveau.**

5 **Wir Grüne setzen uns für lebensbegleitendes Lernen ein. Das bedeutet konkret:**

6 **Wir brauchen bessere Kitas mit hoch qualifiziertem Personal.**

7 **Wir wollen leistungsstarke Schulen, die Kinder nicht beschämen und zurückklas-**
8 **sen, sondern eine neue Lernkultur leben. Die soziale Selektion wollen wir Grüne**
9 **endlich beenden – durch längeres gemeinsames Lernen.**

10 **Wir brauchen mehr, nicht weniger junge Leute, die studieren. Deshalb und aus**
11 **Gründen der Gerechtigkeit darf Studieren nicht vom Geldbeutel der Eltern ab-**
12 **hängen.**

13 **Das Land muss die Fort- und Weiterbildung stärker unterstützen – auch finan-**
14 **ziell.**

15 **Wir wollen die Ausgaben für Bildung durch einen Bildungssoli auf internationa-**
16 **les Niveau anheben.**

17 **Bildung ist für uns Grüne mehr als die bloße Verwertbarkeit von Qualifikationen**
18 **auf dem Arbeitsmarkt. Bildung bedeutet auch das Herausbilden einer Persön-**
19 **lichkeit, miteinander lernen, Erziehung zur Demokratie und das Erlernen von**
20 **sozialen Kompetenzen. Eine gute Bildung ist ein entscheidender Baustein für**
21 **Chancengleichheit und Gerechtigkeit, für Demokratie und sozialen Zusammen-**
22 **halt, für persönliche Zukunft und die Zukunft Nordrhein-Westfalens.**

23 **Starke Bildung für ein starkes Land. Denn: Zukunft ist Jetzt!**

1 **1. Kitas: Kinder brauchen mehr**

**2 Gute Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ist der Schlüssel für die
3 Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Alle Kinder sollen optimal gefördert werden.
4 Dafür brauchen wir in allen Kindertageseinrichtungen eine hohe Qualität. Ent-
5 scheidend dafür sind vor allem gut ausgebildetes Personal und bessere Arbeits-
6 bedingungen.**

7 **Bildung von Anfang an**

8 Kinder haben das Recht auf die bestmögliche Förderung. Investitionen in frühkindliche
9 Bildung zahlen sich aus. Wissenschaftliche Studien belegen das. Je länger Kinder eine
10 Kindertagesstätte besuchen, desto besser sind die späteren Bildungsabschlüsse. Und Ki-
11 tas können bei guter Ausstattung Fehlentwicklungen in der Familie ausgleichen. Kinder
12 möglichst früh, qualifiziert und individuell zu fördern und Eltern – falls nötig – über die
13 Kitas in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken sind die Basis für ein gerechtes Bildungs-
14 system. Wir möchten, dass alle Kinder das Angebot einer Kita nutzen.

15 Wir wollen die Kita der Zukunft zu einem Haus des Lebens und Lernens machen, in dem
16 Fachkräfte mit Hochschulabschluss, Erzieherinnen und Erzieher, Kinderpflegerinnen und
17 -pfleger und hauswirtschaftliche Kräfte arbeiten. Mit diesem multiprofessionellen Perso-
18 nalmix wollen wir Bildungsziele erreichen, die wir in einem Bildungsplan für NRW festle-
19 gen.

20 Wir Grüne betonen: Elementarbildung im Kindergarten darf nicht zur Verschulung führen.
21 Es geht nicht darum, dass ein Kind funktioniert, sondern, dass es seine Persönlichkeit
22 und Talente entfalten kann.

23 Zu einer exzellenten Kita gehören auch viel Bewegung und Sport sowie eine gesunde
24 Ernährung. Hierzu wollen wir landesweit bessere Standards festschreiben.

25 Wir Grüne wollen ein neues Kindertagesstättengesetz, das die Förderung der Kinder
26 durch genügend qualifiziertes Personal wieder verbessert. Nur so können wir Kinder indi-
27 viduell fördern. Dazu ist ein finanzieller Zuschuss für Einrichtungen notwendig, die Fach-
28 kräfte mit einem Hochschulabschluss einstellen. Das ist internationaler Standard!

29 Notwendig ist auch ein breites Fortbildungsprogramm, um die Potenziale der Erzieherin-
30 nen und Erzieher und Kinderpflegerinnen und -pfleger besser zu erschließen. Wir wollen
31 die notwendigen Strukturen schaffen, damit eine bessere Durchlässigkeit der verschiede-
32 nen Berufsbilder in der Kita erhöht wird. Für Tagesmütter und -väter wird es nur dann
33 Landeszuschüsse geben, wenn diese über eine Grundqualifikation von mindestens 160
34 Stunden verfügen und die Kommunen mindestens vier Euro pro Kind und Stunde an Ver-
35 gütung bezahlen.

36 Wichtigstes Grünes Ziel ist eine bessere Personalausstattung mit höher qualifiziertem
37 Personal. Als ersten Schritt muss das Land zusätzliche Ergänzungskräfte für Kinder unter
38 drei Jahren finanzieren.

39 Langfristig wollen wir Personalstandards und Gruppengrößen an wissenschaftlichen Emp-
40 fehlungen orientieren. Dies bedeutet drei bis vier Kinder unter drei Jahren pro Fachkraft
41 und höchstens acht Kinder pro Fachkraft für Kinder ab drei Jahren.

42 **Sozial gerecht von Anfang an**

43 Gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten fördert unser Bildungssystem viel zu wenig.
44 Deshalb brauchen Kitas in sozialen Brennpunkten mehr Zuschüsse als anderswo. Wichtig
45 ist eine intensive Elternarbeit, um die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken.

46 Wir wollen Familienzentren personell besser ausstatten, damit diese Kinder und Familien
47 umfassend stärken und unterstützen können.

48 Für finanziell schwache Eltern darf es keine finanziellen Hinderungsgründe für den Kin-
49 dergartenbesuch ihrer Kinder geben. Deswegen soll das Mittagessen für Kinder armer
50 Eltern kostenlos sein.

1 Probleme beim Erwerb der deutschen Sprache sind nicht allein ein Problem vieler Migran-
2 tinnen- und Migrantenkinder, sondern haben ebenfalls mit der sozialen Herkunft zu tun.
3 Eine zusätzliche vorschulische Sprachförderung sollte möglichst früh einsetzen. Ob sie
4 notwendig ist, sollen bei Kita-Kindern die vertrauten Erzieherinnen und Erzieher feststel-
5 len, die dann auch selbst die Sprachförderung vornehmen.
6 Die Kita ist der Ort für alle Kinder unabhängig von der Herkunft, ob mit Behinderung, ob
7 aus armen oder reichen Elternhäusern. Für Kinder mit Behinderung brauchen wir mehr
8 Plätze in den Regelkindergärten. Sondereinrichtungen wollen wir Grüne abschaffen.
9 Es ist ungerecht, dass Familien je nach Wohnort unterschiedliche Elternbeiträge bezahlen
10 müssen. Gerade in Städten und Gemeinden mit einer einkommensschwachen Bevölke-
11 rung sind die Beiträge besonders hoch. Wir treten grundsätzlich für ein steuerfinanziertes
12 Bildungssystem ein. Deshalb wollen wir die Elternbeiträge in den Kindergärten perspekti-
13 visch abschaffen.

14 **Bedarfsgerecht von Anfang an**

15 Unser Ziel ist es, Familie und Beruf durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot bes-
16 ser miteinander zu vereinbaren. Im Bund haben wir 2004 mit dem Tagesbetreuungsaus-
17 baugesetz den Startschuss für den Ausbau von Betreuungsplätzen gegeben und uns da-
18 mit gegen die Bewahrer eines konservativen Familienbildes durchgesetzt.

19 Nordrhein-Westfalen ist heute bundesweites Schlusslicht beim Ausbau der Kindertages-
20 betreuung für Kinder unter drei Jahre. Schuld daran ist die schwarz-gelbe Landesregie-
21 rung. Sie investiert selbst nichts in den Ausbau und verweigert den Kommunen ihnen
22 zustehende Bundesmittel.

23 Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, dass sie möglichst früh den Rechtsan-
24 spruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr erfüllen. Sie sollen zugesagte
25 und möglichst auch weitere Bundesmittel tatsächlich erhalten. Das Land muss alle lan-
26 desrechtlichen Beschränkungen (U 3 Kontingente) aufheben und die kommunalen Aus-
27 baupläne eins zu eins mitfinanzieren.

28 **Ungerechtes Kinderbildungsgesetz überwinden**

29 Durch das so genannte "KiBiz" haben sich die Rahmenbedingungen der Kindergärten in
30 NRW massiv verschlechtert. Weniger Personal, mehr zusätzliche Aufgaben und Bürokratie
31 für die Erzieherinnen und Erzieher, weniger Bedarfsgerechtigkeit für die Eltern.

32 Wir Grüne wollen ein anderes Finanzierungssystem, damit die Betreuungsangebote kind-
33 gerechter werden. Kinder sind unterschiedlich. Je nach Alter und Herkunft brauchen sie
34 ein unterschiedliches Maß an Zuwendung. Das ist mit einer Pauschale pro Kind völlig un-
35 vereinbar. Wenn wir hier in Richtung Gruppenpauschale umsteuern, hat das noch weitere
36 Vorteile: Die Träger bekommen mehr Planungssicherheit, und Eltern und Kinder können
37 flexiblere Betreuungsangebote bekommen. Es ist nicht zeitgemäß, dass sich Eltern früh-
38 zeitig und für ein Jahr auf bestimmte Betreuungszeiten pro Woche verpflichten müssen.
39 Notwendig sind vielmehr flexible Öffnungs- und Betreuungszeiten, auch für Randzeiten
40 oder an Samstagen.

41 **Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern sind unterfinanziert**

42 Die politischen PR-Abteilungen der Regierungsparteien behaupten, sie würden viel mehr
43 Geld in die Kindertagesbetreuung stecken. Tatsächlich steigen in vielen Bundesländern
44 die Ausgaben – doch nur aufgrund der zusätzlichen Plätze. Die Ausgaben pro Kind stei-
45 gen nicht. Aber gerade das ist ein Gradmesser für ein bedarfsgerechtes und vor allem
46 kindgerechtes Betreuungsangebot. Für ein hohes Niveau sind noch enorme finanzielle
47 Anstrengungen notwendig.

48 150 Millionen Euro vom Bund als Teil der Gesamtbetriebskosten von mindestens 3,5 Mil-
49 liarden Euro im Jahr 2014 sind zu wenig. Wir fordern vom Bund eine stärkere finanzielle
50 Beteiligung. Die jetzt schon fließenden Bundesmittel müssen in den Kitas ankommen. Die
51 jetzige Landesregierung nutzt sie zum Stopfen von Haushaltslöchern. Das muss endlich
52 ein Ende haben!

1 Öffentliche Zuschüsse an privat gewerbliche Kindergartenträger lehnen wir ebenso ab wie
2 Gütesiegel: Beides führt zu Zweiklassen-Einrichtungen, was wir nicht wollen.
3 Wir wollen den Geburtenrückgang nicht zu Einsparungen nutzen, sondern die Mittel wei-
4 terhin in die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern investieren.

5

Wir wollen:

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

- **mehr Zeit für die Förderung von Kindern durch mehr und höher qualifiziertes Fachpersonal.**
- **Das KiBiz muss in die Generalrevision. Wir wollen ein Finanzierungssystem auf Basis einer Gruppenpauschale und die Elternbeiträge perspektivisch abschaffen.**
- **die landesrechtlichen Fesseln bei der Schaffung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots lösen.**

1 **2. Schule der Zukunft:** 2 **Leistungsstark – vielfältig – gerecht**

3 **Wir Grüne wollen ein gerechtes und leistungsförderndes Schulsystem für NRW,**
4 **das Kinder und Jugendliche ermutigt und stärkt. Wir wollen die Schule von**
5 **Grund auf neu denken und gestalten. Dabei greifen innere und äußere Schulre-**
6 **form ineinander:**

7 **Individuelle Förderung – Gemeinschaft erleben und gestalten: Gemeinsam ler-**
8 **nen bis zum Ende der Pflichtschulzeit!**

9 **In Ganztagschulen Zeit und Raum schaffen für das bessere Lernen: Schule als**
10 **Lern- und Lebensort!**

11 **Voneinander und miteinander lernen, Respekt, Wertschätzung und Beteiligung**
12 **prägen die neue Schulkultur: Es ist normal, verschieden zu sein!**

13 **Die neue Schule erkennt die Verschiedenheit der Schülerinnen und Schülern an,**
14 **bringt ihnen Wertschätzung entgegen und ermöglicht vielfältige Lernwege.**

15 **Bildung ist mehr**

16 Eine gute Schule zeichnet sich durch eine Kultur von Anerkennung und Wertschätzung
17 von Verschiedenheit aus. Wir haben einen ganzheitlichen und umfassenden Bildungsbeg-
18 riff, der Bildung als einen Wert an sich betrachtet – auch jenseits ökonomischer Verwert-
19 barkeit. Bildung ist mehr als das Funktionieren für einen Beruf. Soziales und emotionales
20 Lernen gehört zur Entwicklung der Persönlichkeit ebenso wie kritisches und kreatives
21 Denken. In die Schule gehört das Entdecken und Forschen, das Erleben von Natur und
22 Bewegung, Kunst, Musik und Theater. Kinder sollen nicht nur „Lesen, Schreiben, Rech-
23 nen“ lernen, sondern auch singen, musizieren, malen, sich bewegen und Vieles mehr.
24 Lernen muss Sinn machen, Kinder und Jugendliche sollen lernen, das eigene Leben in die
25 Hand zu nehmen. Interkulturelles Lernen gehört ebenso dazu wie das Lernen und Leben
26 von Demokratie.

27 Für diese vielfältigen Aufgaben wollen wir die Schulen besser ausstatten. Wir wollen die
28 Ausgaben des Landes für den Bildungsbereich auf international vergleichbares Niveau
29 anheben und kleinere Klassen ermöglichen. Der Einsatz von Sozialpädagoginnen und So-
30 zialpädagogen und anderen pädagogischen Professionen soll an allen Schulen die Regel
31 werden.

32 Noch immer hängt der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendli-
33 chen ab. Kinder werden im Alter von nicht einmal neun Jahren einem Ausleseprozess
34 unterworfen. Wir müssen an den Schulen Schluss machen mit dem Abschulen, Aussortie-
35 ren und Beschämen.

36 Wir müssen aufhören zu fragen: Zu welcher Schulform passt das Kind?

37 **Schulklima, Lernkultur und Beteiligung**

38 Die Qualität von Schule wird wesentlich von Schulklima und Lernkultur bestimmt. Dies
39 schließt die Partizipation von Eltern, Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften ein. Wir wol-
40 len die Drittelparität in der Schulkonferenz wieder einführen, um den Schülerinnen und
41 Schülern sowie den Eltern eine gleichberechtigte Teilhabe an wichtigen Entscheidungen
42 zu ermöglichen. Nur wer Verantwortung bekommt, lernt verantwortliches Handeln. Den
43 Einfluss und die Teilhabe der Eltern auf Landesebene wollen wir durch einen Landesel-
44 ternrat stärken.

45 **Gute Schule wird vor Ort gemacht**

46 Das "Durchregieren" des Schulministeriums in die Schulen muss ein Ende haben. Das
47 Schulministerium unter Ministerin Sommer hat einen autoritären Stil, vertuscht Fehler
48 und setzt Kritikerinnen und Kritiker unter Dauerdruck. Wir Grüne setzen auf die Koopera-

1 tion mit und die Teilhabe der Lehrerinnen und Lehrern und aller im Schulleben engagier-
2 ten Menschen.

3 **Die gemeinsame Schule für alle Kinder**

4 Das vielgliedrige Schulsystem ist längst an seine Grenzen gestoßen. Es fördert weder die
5 starken noch die schwachen Schülerinnen und Schüler so, wie es nötig und möglich wäre.
6 Bessere Förderung und damit bessere Leistungen sind nicht durch das Sortieren neunjähr-
7 riger Kinder zu erreichen. Es kommt darauf an, die neue Lernkultur mit einer förderlichen
8 neuen Schulstruktur zu verbinden. Jede Schule fördert jedes einmal aufgenommene Kind
9 bis zu einem qualifizierten Schulabschluss. Nicht mehr das Aussortieren und Abschulen,
10 sondern eine individuelle Förderung muss die Schule prägen. Wir wollen Lernbarrieren
11 abbauen und eine gemeinsame Schule für alle Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit
12 schaffen. Eine Schule der Sekundarstufe II, die zur Fachhochschul- oder allgemeinen
13 Hochschulreife führt bzw. ein berufsbildendes Profil anbietet, schließt sich an.

14 Ein integratives Schulsystem wird zwar mit klaren landespolitischen Zielen und Vorgaben
15 entwickelt und gesteuert, aber es kann nur von unten wachsen, denn wir müssen alle
16 Beteiligten einbinden. Deshalb gestalten wir Grüne einen Prozess, der bei den Kommunen
17 ansetzt. Wir werden die bestehenden zentral vorgegebenen Schranken der Schulformen
18 öffnen, damit sich das verkrustete Schulsystem in NRW aufgrund des demografischen
19 Wandels, des Schulwahlverhaltens der Eltern und der zunehmenden kommunalpolitischen
20 Bedeutung von Schulen am Ort zu einem System mit längerem gemeinsamen Lernen
21 verändert. Wir werden die verbindlichen Grundschulgutachten und den Prognoseunter-
22 richt umgehend abschaffen. Unsere Zielperspektive ist ein Schulsystem, das nicht aus-
23 sondert. Wir wollen Gemeinschaftsschulmodelle ermöglichen. Wir wollen jedes Jahr min-
24 destens zehn Prozent der Schulen gewinnen, sich auf den Weg zur neuen Schule der Zu-
25 kunft zu machen. Den Prozess hin zu einem integrativen Schulsystem wollen wir aktiv
26 unterstützen und mit Anreizen versehen. Zentral sind dafür folgende Maßnahmen:

27 **Wir lassen die Schule im Dorf**

- 28 • In den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens entwickelt sich das Schulsys-
29 tem längst weiter: Viele wollen die Bildungsgänge zusammenführen, durchlässige
30 Verbundschulen oder Gemeinschaftsschulen gründen. Für die Kommunen ist es ein
31 handfester Standortfaktor, ob Schülerinnen und Schüler vor Ort alle Bildungsab-
32 schlüsse erreichen können. Wir wollen den Kommunen die Möglichkeit geben, in
33 Absprache mit den örtlichen Schulen selbst darüber zu entscheiden, alle weiterfüh-
34 renden Bildungsgänge organisatorisch und pädagogisch zusammenzuführen. Nur so
35 bleibt in NRW die Schule im Dorf, und nur so ist gewährleistet, dass vor Ort ein
36 vollständiges wohnortnahes Schulangebot mit allen Bildungsabschlüssen erhalten
37 bleibt. Wer das Gymnasium von Verbänden ausschließt, behindert gymnasiale Bil-
38 dung gerade im ländlichen Raum, verhindert die erforderliche qualitative Schulent-
39 wicklung und raubt den Kommunen einen Standortfaktor.

40 **Wir schaffen kleinere Klassen**

- 41 • Schulen, die alle Bildungsgänge des gegliederten Schulsystems organisatorisch und
42 pädagogisch in sich vereinen und integrativ arbeiten, stanno wir dafür besonders
43 gut aus. In diesen Schulen soll es keine Klassen mit mehr als 25 Schülerinnen und
44 Schülern geben. Die Grundschule ist schon weitgehend eine Schule für alle Kinder.
45 Wir wollen die nordrhein-westfälischen Grundschulen in dieser erfolgreichen Arbeit
46 unterstützen. Daher sollen Grundschulklassen nicht mehr als 23 Kinder haben.

47 **Wir fördern Gesamtschulen**

- 48 • Auf dem Weg zu einem integrativen Schulsystem haben die Gesamtschulen ihren
49 festen Platz. Wie die Grundschulen verwirklichen sie eine gezielte individuelle Lei-
50 stungsförderung von Kindern mit unterschiedlichen Talenten. Als Grüne drücken wir
51 unsere hohe Wertschätzung für die nachgewiesenen besonderen Leistungen der
52 Gesamtschulen aus, denen es gelingt, insbesondere Schülerinnen und Schüler aus
53 bildungsfernen Familien und/oder mit Migrationshintergrund zu höheren Bildungs-
54 abschlüssen bis hin zum Abitur zu führen. Da immer mehr Eltern ihren Kindern
55 Chancen offen halten wollen oder das Turbo-Abitur am Gymnasium ablehnen, wird
56 die Gesamtschule immer beliebter. Schon in den vergangenen Jahren haben fast

1 ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler, die an Gesamtschulen angemeldet wur-
2 den, beim Übergang zur weiterführenden Schule dort keinen Platz erhalten. Die
3 Landesregierung tritt das Elternwahlrecht mit Füßen. Deshalb dürfen der Neugrün-
4 dung von Gesamtschulen inklusive Ganztags keine weiteren Steine in den Weg ge-
5 legt werden. Wir Grüne wollen die Erfahrungen aus der bisher geleisteten Schul-
6 entwicklung an Gesamtschulen für die neue Schule der Zukunft nutzen.

7 **Wir ermöglichen Vielfalt**

- 8 • Schulen in freier Trägerschaft sind Bestandteil des öffentlich verantworteten Schul-
9 wesens. Sie können Impulsgeber für Schulentwicklung sein und müssen ihren Bei-
10 trag zu Chancengleichheit, zu sozialer Gerechtigkeit und zu Inklusion leisten. Wir
11 wollen die Vielfalt von Schulen fördern, denn wirkliche Laborschulen, ob in staatli-
12 cher oder freier Trägerschaft, gibt es noch zu wenig.

13 **"All inclusive": Recht auf gemeinsamen Unterricht einführen**

14 Wenn wir als Grüne von einer Schule für alle Kinder sprechen, schließt dies Kinder und
15 Jugendliche mit Behinderung ausdrücklich ein. Wir streben ein inklusives Schulsystem an,
16 wie es die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung einfordert.
17 Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung brauchen endlich einen Rechtsanspruch
18 auf gemeinsamen Unterricht in allen Schulen. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen
19 deutlich verbessern. Wir wollen Schulen personell und räumlich so ausstatten, dass sie
20 die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen umsetzen
21 können. Schulen müssen generell barrierefrei ausgebaut sein. Wir wollen einen verbindli-
22 chen Inklusionsplan aufstellen. Dazu gehört: Inklusive Lerngruppen sollen maximal eine
23 Klassengröße von 20 Kindern haben. Sonderpädagoginnen und -pädagogen haben ihren
24 festen Platz in den Regelschulen. Kompetenzzentren entwickeln sich zu Fortbildungs- und
25 Beratungszentren für die Lehrkräfte.

26 **Deutsch lernen reicht nicht: Kinder mit Migrationshintergrund fördern**

27 Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte haben in unserem Bildungssys-
28 tem schlechte Karten. Wir wollen das ändern. Es ist richtig, frühzeitig bei allen Kindern
29 den Sprachstand zu erheben und schon vor dem Eintritt in die Schule Sprachfördermaß-
30 nahmen einzuleiten, wo dies notwendig ist. Die Sprachstandsfeststellung wollen wir ver-
31 einfachen und bei den Kindertagesstätten ansiedeln. Der Aspekt der Mehrsprachigkeit
32 muss in das Erhebungsverfahren mit einbezogen werden. Die frühkindliche Sprachförde-
33 rung wollen wir intensivieren. Es reicht nicht aus, dass Kinder mit Zuwanderungsge-
34 schichte einfach nur deutsch lernen. Wir wollen die Mehrsprachigkeit konsequent über
35 alle Schulstufen hinweg fördern. Außerdem wollen wir junge Menschen mit Zuwande-
36 rungsgeschichte motivieren, sich für pädagogische Berufe und das Lehramtsstudium zu
37 entscheiden und mehr Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte einstellen.

38 **Gendersensible Schule – Mädchen und Jungen gezielt fördern**

39 Mädchen und Jungen müssen ihre Potenziale unabhängig von ihrer Herkunft und auch
40 unabhängig von ihrem Geschlecht entwickeln können. Unterrichtsinhalte und Unterrichts-
41 kultur müssen beide Geschlechter und ihre rollenspezifischen Voraussetzungen berück-
42 sichtigen. Das bedeutet für die Schulen gezielte Projekte zur Mädchen- und Jungenförde-
43 rung sowie die Möglichkeit, gezielt in geschlechtshomogenen Gruppen zu lernen. (Mehr
44 dazu auf Seite 99).

46 **Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht**

47 Jeder Unterricht ist individuelle Förderung. Niemand soll unterfordert oder überfordert
48 werden. Deshalb ist guter Unterricht geprägt von Methodenvielfalt, eigenverantwortlichen
49 Lernprozessen der Schülerinnen und Schüler sowie einem neuen Rollenverständnis der
50 Lehrkräfte. Sie sind die Expertinnen und Experten für das erfolgreiche Lernen. Ohne die
51 Lehrerinnen und Lehrer wird der Weg zur einen Schule für Alle nicht gelingen können.
52 Deshalb wollen wir die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und weiterqualifizieren. Fort-

1 bildungszeit ist Teil der Arbeitszeit. Arbeitsplätze in der Schule ermöglichen mehr Team-
2 arbeit.

3 Fortbildung und Qualifizierung sind zentrale Bestandteile des Prozesses, mit dem wir un-
4 ser Schulsystem umgestalten wollen. Mit einem Innovationsfonds wollen wir die Schulen,
5 die sich auf den Weg zur neuen Schule machen, dabei gezielt unterstützen.

6 **Lehrerausbildung reformieren**

7 Das Lehrerausbildungsgesetz ist anachronistisch und muss in Bezug auf seine rückwärts-
8 gewandte Schulformausrichtung (u.a. Masterprofil Hauptschule oder Realschule) novel-
9 liert werden. Die Praxisphasen im Studium müssen konzeptionell miteinander verknüpft
10 und mit einer kontinuierlichen Beratung der Studierenden verbunden werden, damit sie
11 sich vergewissern können, ob sie für das Berufsfeld Schule geeignet sind. Wir wollen da-
12 für sorgen, dass die zweite Phase (Referendariat) nicht unter die Räder kommt. Sie darf
13 nicht auf weniger als 18 Monate reduziert werden.

14 **Innovativ arbeiten statt "schwarze Pädagogik"**

15 Die pädagogisch unsinnigen Klassenwiederholungen wollen wir überflüssig machen.
16 Schülerinnen und Schüler, die ansonsten das Klassenziel nicht erreichen, sollen frühzeitig
17 gefördert werden. Wir wollen eine neue Form der Leistungsbewertung und eine qualifi-
18 zierte Feedback-Kultur entwickeln, die Schülerinnen und Schüler selbst und die Eltern
19 einbezieht. Die Leistungsbewertung in der Schule soll dazu dienen, den Schülerinnen und
20 Schülern ihren Lernstand rückzumelden. Sie soll die Schülerinnen und Schüler weder un-
21 ter Druck setzen noch abstrafen, sondern anspornen und herausfordern. Ziffernnoten
22 leisten keine differenzierte Rückmeldung über die individuelle Leistungsentwicklung. Des-
23 halb wollen wir alternative Formen, wie individuelle Lernvereinbarungen und Lerntagebü-
24 cher, erproben und einführen.

25 Außerdem werden wir die Kopfnoten umgehend abschaffen. Es ist richtig, dass Schüle-
26 rinnen und Schüler eine Rückmeldung über ihr Arbeits- und Sozialverhalten bekommen.
27 Aber Verhalten und Charakter eines Menschen sind Teil seiner Persönlichkeit und nicht
28 mit Ziffernnoten zu bewerten.

29 **Mehr Verantwortung und Freiheit für Kommunen und Schulen**

30 Wir wollen den Schulen größere pädagogische Freiheit und weitgehende Entscheidungs-
31 kompetenzen in organisatorischen Fragen ermöglichen. Denn Schulen brauchen zwar
32 klare, vom Land gesetzte Rahmenbedingungen und Zielsetzungen, aber gleichzeitig die
33 Freiheit der Wege, diese Ziele zu erreichen. Wir wollen zudem die Handlungsmöglichkei-
34 ten der Kommunen ausbauen. Nur sie kennen die lokalen und regionalen Besonderheiten
35 und Herausforderungen. Deshalb wollen wir die Zuständigkeiten zwischen Land, Kommu-
36 ne und Schulen neu regeln. Das bedeutet Bürokratieabbau und eine Neuorganisation der
37 Schulaufsicht. Das Land wird weiterhin die zentralen Ziele und Rahmenbedingungen fest-
38 legen und steuern. Die Kommunen sollen zukünftig unter anderem für die regionale Bil-
39 dungsplanung zuständig sein. Das schließt ein, dass Kommunen selbst entscheiden, ob
40 und wie sie unterschiedliche Bildungsgänge zusammenführen. Sie sollen entscheiden
41 können, wie sie sozialer Segregation entgegenwirken, zum Beispiel durch das Instrument
42 der Grundschulbezirke. Außerdem gehört die Hoheit für Schulbudgets und Schulgebäude
43 dazu. Die Schulen sollen als selbstständige Schulen darüber entscheiden, wen sie einstel-
44 len, wie sie den Unterricht organisieren und gestalten, wie die Studentafel und das Dif-
45 ferenzierungsangebot aussehen, sowie ob und auf welche Weise sie Lerngruppen bilden.
46 Lernstandserhebungen und Prüfungen am Ende der Sekundarstufe I und beim Abitur si-
47 chern die Vergleichbarkeit. Analog zu den neu geordneten Zuständigkeiten (Land, Kom-
48 mune, Schule) wollen wir die Mitwirkung und Beteiligung des schulischen Personals ein-
49 schließlich der Vertretungen der Schwerbehinderten und Gleichstellungsbeauftragten re-
50 geln.

1 **Ganztag für alle: Gelingendes Lernen braucht Zeit**

2 Ganztagsschulen sind für eine neue Kultur des Lernens besonders geeignet. Sie bieten
3 mehr Zeit und Raum, um Kinder und Jugendliche individuell zu fördern und den Unter-
4 richt neu zu rhythmisieren. Wir wollen, dass die nordrhein-westfälischen Ganztagsschulen
5 hohen Qualitätsanforderungen genügen. Deshalb hat es für uns höchste Priorität, die
6 Ganztagsangebote auszubauen und zu verbessern.

7 Die offene Ganztagsschule hat sich ausgezeichnet etabliert. In vielen Kommunen sind
8 mittlerweile sämtliche Grundschulen zu offenen Ganztagsschulen ausgebaut worden.
9 Aber an vielen Schulen wird noch fein säuberlich zwischen dem Unterricht am Morgen
10 und den außerunterrichtlichen Angeboten am Nachmittag getrennt. Wir wollen erreichen,
11 dass sich die Schulen im Primarbereich zu gebundenen Ganztagsschulen entwickeln. Per-
12 spektivisch müssen die Elternbeiträge in der offenen Ganztagsschule abgeschafft werden.
13 Denn die Ganztagsschule ist ein Bildungskonzept, das mehr als Betreuung ist. Es ist zu-
14 dem nicht akzeptabel, dass Eltern von Grundschulkindern Beiträge in den Ganztagsschu-
15 len zahlen, während der Ganztag an den weiterführenden Schulen beitragsfrei ist.

16 Der Ganztagsausbau der weiterführenden Schulen bleibt weit hinter den Erwartungen der
17 Eltern und den gesellschaftlichen Notwendigkeiten zurück. Wir wollen allen Schulen den
18 Ausbau zur gebundenen Ganztagsschule ermöglichen. Hierfür muss das Land nicht nur
19 das Personal, sondern auch ein Investitionsprogramm entsprechend zum mittlerweile
20 ausgelaufenen Bundesprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" auflegen. Auch für die
21 weiterführenden Schulen muss das Land einen Qualität sichernden Prozess erarbeiten
22 und umsetzen, der erzieherische und sozialarbeiterische Kompetenz entsprechend der
23 sozialräumlichen Gegebenheiten in den Schulalltag integriert.

24 **Lernen macht hungrig: Schulessen für alle Kinder**

25 An allen Schulen muss es eine ausgewogene, gesundheitsfördernde Mittagsmahlzeit ge-
26 ben. Einerseits gibt es dafür sozialpolitische Gründe, andererseits macht das die ständig
27 wachsende Zahl von Ganztagsschulen erforderlich. Sie gehört zum ganztägigen Schulall-
28 tag schlicht dazu. Wir Grüne wollen das Recht auf eine warme Schulmahlzeit im Schulge-
29 setz verankern. Diese Mahlzeit soll perspektivisch kostenlos sein. Das muss in einem ers-
30 ten Schritt für Kinder aus einkommensschwachen Familien erfolgen. Denn kein Kind darf
31 aus finanziellen Gründen vom Schulmittagessen ausgeschlossen werden.

32 **Schulzeitverkürzung: Ohne Druck und Turbo-Abi**

33 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Schulzeitverkürzung an der Sekundarstufe I
34 zwangsverordnet. Durch dieses so genannte "G8" sind die Schülerinnen und Schüler an
35 den Gymnasien einem massiven Druck ausgesetzt. Durch dieses Turboabi ist es nahezu
36 ausgeschlossen, dass Kinder und Jugendliche von anderen Schulformen auf das Gymna-
37 sium wechseln können. Die Durchlässigkeit nach oben zwischen den Schulformen ist also
38 faktisch unmöglich geworden.

39 Schon die jüngeren Schülerinnen und Schüler haben deutlich mehr Unterricht als früher.
40 Schulangst und psychosomatische Erkrankungen nehmen zu – das darf nicht sein. Viele
41 leiden unter dem Leistungsdruck. Die weiterführenden Schulen müssen zu echten Ganz-
42 tagsschulen ausgebaut werden. Im Ganztag muss neben der Möglichkeit, die Hausaufga-
43 ben zu machen, Zeit und Raum für nicht auf den Unterricht bezogene Aktivitäten, für
44 Hobbys, Freunde und auch für nicht verplante Freizeit sein. Wir wollen individuelle, fle-
45 xible Lernzeiten ermöglichen, aber die Schulzeit nicht zwangsweise verkürzen.

46 Der zwölfjährige Weg zum Abitur kann der Regelfall sein, die Schulen sollen aber in Ab-
47 stimmung mit den Eltern und der Kommune entscheiden können, ob sie die Schülerinnen
48 und Schüler nach dreizehn Jahren zum Abitur führen.

49 So, wie das Zentralabitur gestaltet ist, ist es zu einer Engführung der Lerninhalte ge-
50 kommen. In den Schulen herrscht das "Lernen für den Test" vor. Um diesen negativen
51 Trends entgegenzuwirken, wollen wir weniger zentrale Aufgaben in den Abiturprüfungen.
52 Außerdem müssen die Fachlehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler aus einem große-
53 ren Pool kompetenzorientierter, gleichwertiger Aufgaben auswählen können.

1 **Lernen braucht Bewegung**

2 Wir Grüne stehen für eine gute und gesunde Schule und wollen Sport und Bewegung im
3 Schulalltag verankern. Dazu gehört, das erfolgreiche Modellprojekt "Tägliche Sportstun-
4 de" auf alle Grundschulen in Nordrhein-Westfalen auszuweiten und dafür sorgen, dass
5 der im Stundenplan vorgesehene Sportunterricht auch tatsächlich stattfindet. Sport soll
6 flächendeckend als Abiturfach angeboten werden.

7 **Religiös-weltanschaulicher Pluralität Rechnung tragen**

8 Es wird in einer pluralistischen und multikulturellen Gesellschaft immer bedeutsamer,
9 sich der eigenen Traditionen zu vergewissern und Kenntnis anderer zu erlangen. Schon
10 aus organisatorischen Gründen wird es schwierig, konfessionell unterschiedlichen Religi-
11 onsunterricht noch weiter aufzusplittern. Daher wollen wir einen integrativen Unterricht
12 ermöglichen. In diesem Unterricht können den Schülerinnen und Schülern Kenntnisse
13 über Religionen und Weltanschauungen vermittelt werden. So bekommen sie Hilfen zu
14 ihrer eigenen Lebensgestaltung und können eigene Maßstäbe entwickeln, um Religionen
15 und Weltanschauungen zu beurteilen.

16 Das Recht von Schülerinnen und Schülern, nach Art. 7 Abs. 3 GG auf Erteilung von kon-
17 fessionellem Religionsunterricht bleibt davon unberührt.

18 Bei der Aufnahme an den Grundschulen dürfen Kinder nicht aufgrund ihrer Religionszu-
19 gehörigkeit diskriminiert werden.

20 **Gewalt an Schulen wirkungsvoll entgegentreten**

21 Gesellschaft und Politik dürfen Gewalt an Schulen weder bagatellisieren noch tabuisieren.
22 Wir Grüne wollen von Gewalt betroffene Schulen besonders unterstützen. Sie brauchen
23 umgehend zusätzliche Stellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie schul-
24 psychologische Hilfe. Wir wollen auch dort eingreifen, wo das System Schule selbst po-
25 tenziell Gewalt auslöst, wenn es Schülerinnen und Schüler beschämt und demotiviert.
26 Deshalb müssen Klassenwiederholungen, Notendruck und Abschlungen ein Ende haben.
27 Damit Streitschlichtungsprogramme wieder einen größeren Stellenwert erhalten können,
28 muss das Land sie wieder fördern.

29 **Schule und Kommune besser verzahnen**

30 Die Schulen der Zukunft sind Bestandteil des dörflichen und städtischen Lebens. Deshalb
31 brauchen wir ein gutes Miteinander von Kommune und Schule. Die Schule kann und soll
32 Aufgaben für ihre Umgebung übernehmen, die Umgebung Verantwortung für die Schule
33 und in der Schule. Regionale Bildungslandschaften nehmen Bildung als Ganzes in den
34 Blick und vernetzen verschiedene Schulformen, Schulträger und weitere Akteure.

35 Schule und Kultur sind bereits vielfältig miteinander verbunden. Dennoch kann das Land
36 die Verzahnung der beiden Bereiche stärker fördern. Musik und Theaterspiel sind Be-
37 standteile eines lebendigen Unterrichts. Theater-, Museums- und Konzertbesuche gehö-
38 ren wie Sportangebote zu einem umfassenden Bildungsangebot. Wir setzen uns dafür
39 ein, dass Künstlerinnen und Künstler, die sich kreativ in Schulen einbringen, besser be-
40 zahlt werden. Diese Angebote können die kulturellen Schulfächer bereichern und ergän-
41 zen, aber nicht ersetzen. (Mehr dazu auf Seite 121).

42 **In die Zukunft investieren**

43 Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. In den kommenden Jahren wollen wir
44 Grüne alles versuchen, um die Ausgaben des Landes im Bildungsbereich auf ein interna-
45 tional vergleichbares Niveau zu heben. Hierzu setzen wir u.a. darauf, den Soli Ost in ei-
46 nen Bildungssoli umzuwandeln (mehr dazu auf Seite 23). Kürzungen beim Personal sind
47 für uns indiskutabel. Wir wollen früh investieren, statt später teuer zu reparieren. Die
48 Ausgangslage für die pädagogische Arbeit ist bei den einzelnen Schulen sehr unterschied-
49 lich. Deshalb wollen wir Ungleiches ungleich behandeln und die auf der Grundlage eines
50 Sozialindex vergebenen Stellen vervierfachen.

1 Um die Schullandschaft qualitativ zu entwickeln, wollen wir dringend Beratungs- und Un-
2 terstützungssysteme auf- und ausbauen. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sol-
3 len an allen Schulformen und Schulstufen zusätzlich zu den Lehrerstellen die Regel sein.
4 Die Anzahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen wollen wir in Zusammenarbeit
5 mit den Kommunen in einem ersten Schritt verdoppeln. Alle Schulen sollen ein Budget
6 zur eigenen Bewirtschaftung erhalten, mit dem sie Handwerkerinnen und Handwerker,
7 Künstlerinnen und Künstler, Gesundheitsberaterinnen und Gesundheitsberater – je nach
8 Bedürfnis der Schule vor Ort – beschäftigen können. Die Kommune soll die Kooperation
9 insbesondere kleiner Schulen steuern und unterstützen.

10 Kinder aus weniger privilegierten Familien kommen häufig ohne Bücher, Zirkel, Malkäs-
11 ten oder andere Materialien in die Schulen. Die Lernmittelfreiheit für Familien, die Ar-
12 beitslosengeld II oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, muss
13 gewährleistet sein. Das Land muss die hierfür notwendigen Mittel bereitstellen.

14 **Zeit für Beratung, Teamarbeit und Fortbildung**

15 Die Kollegien in den Schulen brauchen Zeit für gemeinsame Beratung. Wöchentliche
16 Klassenteamtreffen mit Sozialpädagoginnen und -pädagogen und Schulpsychologinnen
17 und -psychologen sollen integraler Bestandteil des schulischen Lebens werden. Wir wol-
18 len hierfür die zeitlichen Ressourcen zur Verfügung stellen. Die Aufgaben der Schulleitun-
19 gen – insbesondere in den Grundschulen – sind stark angewachsen. Deshalb wollen wir
20 die Leitungszeit ausweiten. Angesichts des Ganztagsausbaus und der vielfältigen Heraus-
21 forderungen im schulischen Alltag wollen wir die Präsenzzeiten der Lehrkräfte in den
22 Schulen verbindlich regeln und in ein neues Jahresarbeitszeitmodell einbetten. Die Ar-
23 beitszeit der Lehrkräfte darf sich nicht länger alleine auf den Pflichtstunden gründen,
24 sondern muss andere an der Schule geleistete Arbeiten – wie Beratung, Schulentwick-
25 lung, Fortbildung oder Teamzeiten – mit einbeziehen.

26 **Gerechtere Besoldung – Engagement und Leistung belohnen**

27 Der Beamtenstatus ist aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß und soll abgestimmt mit
28 den anderen Bundesländern abgeschafft werden. Die derzeitige Besoldungsstruktur im
29 Schulbereich schafft Lehrkräfte erster, zweiter und dritter Klasse und verdeutlicht zudem
30 die unzeitgemäße Geringschätzung der Arbeit mit jüngeren Kindern. Nicht länger soll sich
31 die Besoldung danach richten, an welcher Schulform oder in welcher Schulstufe eine
32 Lehrkraft arbeitet, sondern am Engagement, das die Lehrkraft für die Schülerinnen und
33 Schüler erbringt. Wir wollen deshalb eine attraktive Besoldungsstruktur für alle Lehrer-
34 innen und Lehrer entwickeln. Wer mehr Aufgaben übernimmt, soll entsprechende Zuschlä-
35 ge erhalten können.

36

37 **Wir wollen:**

38

- 39 • **längeres gemeinsames Lernen in der Schule der Zukunft mit den Kommu-**
- 40 **nen auf den Weg bringen: vielfältig, leistungsstark, gerecht;**
- 41 • **den Ganzttag für alle Schulen und Schulformen qualitativ ausbauen;**
- 42 • **eine neue Schul- und Lernkultur in einer demokratischen Schule**
- 43 **entwickeln.**
- 44

1 **3. Qualifizierte Ausbildung für Alle**

2 **Alle Jugendlichen brauchen eine Ausbildung. Wir wollen keine frustrierenden**
3 **Warteschleifen. Deshalb fordern wir erstens eine Ausbildungsplatzabgabe und**
4 **zweitens eine gleichwertige zweite Säule der Berufsausbildung, die vom Staat**
5 **verantwortet wird.**

6 **Recht auf Ausbildung**

7 Gerade in der Krise haben Schulabgängerinnen und -abgänger große Probleme, den Ein-
8 stieg in Ausbildung und Berufstätigkeit zu finden. Wir sehen die Gesellschaft insgesamt,
9 die privaten und die öffentlichen Unternehmen in der Pflicht, den jungen Menschen echte
10 Perspektiven zu eröffnen. Auch aus Sicht der Unternehmen ist es kurzfristig, heute nicht
11 in die Ausbildung der Fachkräfte der kommenden Jahre zu investieren.

12 Doch noch immer finden viel zu viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Landesweit
13 kommen zwei Bewerberinnen oder Bewerber auf einen Platz. Das ist nicht hinnehmbar.
14 Unser Ziel ist eindeutig: Wir wollen für alle eine anerkannte Berufsausbildung. Deshalb
15 brauchen wir ein Recht auf Ausbildung.

16 Wer keine Ausbildung absolviert, hat ein vielfach höheres Risiko, arbeitslos zu werden
17 und dies auch dauerhaft zu bleiben. Wir Grüne wollen die duale Ausbildung stärken und
18 über eine Ausbildungsumlage für zusätzliche Ausbildungsplätze sorgen. Diese Umlage soll
19 sicherstellen, dass alle Ausbildungssuchenden einen Ausbildungsplatz erhalten, der ihren
20 Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Gleichzeitig wollen wir damit das Engagement der
21 ausbildungsbereiten Unternehmen belohnen.

22 Wir benötigen ein Gesamtkonzept von beruflicher Ausbildung, das die duale Ausbildung
23 stärkt, ihre Defizite behebt und die Bildungswege untereinander durchlässig macht. Ge-
24 rade für Altbewerberinnen und Altbewerber sind bessere Übergänge in die Ausbildung
25 nötig. Sie brauchen gezielte Beratung, Angebote und Begleitung, damit sie ihre Potenzia-
26 le entfalten, und nicht bei Misserfolgen resignieren.

27 Jugendliche, die größere Lernschwierigkeiten haben, sollen die Ausbildungszeit um bis zu
28 zwei Jahren verlängern können. Dem ausbildenden Betrieb sollen die zusätzlich entste-
29 henden Kosten ersetzt werden. Ausbildung begleitende Hilfen sollen dazu beitragen, dass
30 der Berufsabschluss auch erreicht werden kann.

31 Wir werden uns auch um die Schwierigkeiten kümmern, die für den Ausbildungsmarkt
32 aus dem doppelten Abiturjahrgang 2011/2012 entstehen. Hier müssen die Partner im
33 Ausbildungskonsens verbindliche Absprachen treffen.

34 **Zweite Säule der Berufsbildung**

35 Wir brauchen zudem weiterhin eine gleichermaßen anerkannte und hochwertige zweite
36 Säule der Berufsbildung, die vom Staat verantwortet wird.

37 Mit berufsvorbereitenden Maßnahmen und Ausbildungen außerhalb des dualen Systems
38 dürfen Schülerinnen und Schüler nicht in frustrierende Warteschleifen rutschen. Deshalb
39 wollen wir

- 40 • die Möglichkeiten des novellierten Berufsbildungsgesetzes ausschöpfen, damit alle
41 Jugendliche ihre vollzeitschulischen Ausbildungen mit einer Kammerprüfung ab-
42 schließen können.
- 43 • Einzelleistungen in der dualen Ausbildung zertifizieren und in der Berufsausbildung
44 anrechenbar machen, um größere Durchlässigkeit auch in der beruflichen Bildung
45 zu ermöglichen.
- 46 • Ausbildungsverbünde von Kleinunternehmen ermöglichen.

47 Berufliche Bildung und allgemeine Bildung sind für uns Grüne gleichwertig. An den Be-
48 rufskollegs sollen daher auch alle schulischen Abschlüsse erworben werden können.

49 Angesichts der zunehmenden Aufgaben und Herausforderungen an den Berufskollegs ist
50 der Einsatz von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an allen Schulen unabdingbar.
51 Die zusätzlichen Stellen wollen wir nicht auf die Lehrerstellen anrechnen. Die Berufskol-

1 legs spielen als Schnittstelle zwischen Schule und Ausbildung im Rahmen der Entwicklung
2 regionaler Bildungslandschaften eine besondere Rolle. Deshalb wollen wir die Berufskol-
3 legs nicht nur mit den Schulen der Sekundarstufe I und der Jugendhilfe vernetzen, son-
4 dern mit allen Akteuren im Bereich Ausbildung und Unternehmen.

5

6 **Wir wollen:**

7

8

9

10

11

- **ein Recht auf Ausbildung verankern;**
- **über eine Ausbildungsumlage für mehr Ausbildungsplätze sorgen;**
- **die vom Staat verantwortete zweite Säule der beruflichen Bildung stärken.**

1 **4. Lebensbegleitendes Lernen durch gute Weiterbildung**

2 **Damit die Fort- und Weiterbildung wieder den Stellenwert bekommt, den sie**
3 **braucht, wollen wir die Kürzungen bei den kommunalen und freien Weiterbil-**
4 **dungseinrichtungen zurücknehmen.**

5 Lebensbegleitendes Lernen wird immer wichtiger. Deshalb wollen wir Grüne die Weiter-
6 bildung wesentlich stärker fördern und ihren Stellenwert erhöhen. Für uns sind Weiterbil-
7 dungseinrichtungen Lernorte und soziale Treffpunkte: Sie qualifizieren nicht nur für die
8 vielfältigen Anforderungen im Berufsleben, in Erziehungsfragen, im Bereich der Integrati-
9 on, der Geschlechtergerechtigkeit, im Umgang mit neuen Medien, sondern fördern auch
10 die Selbststeuerungs- und Problemlösungsfähigkeit, Kritik- und Selbstreflexionsfähigkeit,
11 Verantwortlichkeit und Bereitschaft zur politischen Einmischung und Gestaltung.

12 Deshalb ist Weiterbildung unentbehrlich für Demokratie und Zivilgesellschaft. Sie ist eine
13 öffentliche Aufgabe, deshalb muss das Land sie fördern. Das Weiterbildungsgesetz ist
14 eine wesentliche Grundlage für unser flächendeckendes Netz an kommunalen und freien
15 Weiterbildungseinrichtungen und muss erhalten bleiben. In den vergangenen Jahren ha-
16 ben die Einrichtungen trotz erheblicher Kürzungen vielfältige neue Aufgaben in Angriff
17 genommen, etwa beim Übergang von Schule zu Beruf und in der Integrationsarbeit.

18 Wir wollen die Kürzungen bei den kommunalen und freien Weiterbildungseinrichtungen
19 zurücknehmen, damit

- 20 • die Einrichtungen ihre alten wie neuen Aufgaben wahrnehmen können,
- 21 • die Trägerpluralität und Unabhängigkeit der Einrichtungen erhalten bleiben,
- 22 • die Teilnahmebeiträge in einem Umfang sozial gestaffelt bleiben, dass auch Men-
23 schen mit geringem Einkommen an Weiterbildungsangeboten teilnehmen können.

24 Wir wollen die politische Bildung absichern und zusätzliche Mittel für neue Aufgaben in
25 der Entwicklung, Beratung, Organisationsentwicklung und Qualitätssicherung in der Wei-
26 terbildung bereitstellen. Die Freistellung für den Bildungsurlaub gehört auch zukünftig zu
27 einer selbstverantworteten Weiterbildung dazu.

28

29 **Wir wollen:**

30

- 31 • **Kürzungen bei den kommunalen und freien Weiterbildungseinrichtungen**
32 **zurücknehmen;**
- 33 • **die Politische Bildung absichern und erweitern;**
- 34 • **Weiterbildung weiterhin vom Land aus fördern, weil sie eine öffentliche**
35 **Aufgabe ist.**

36

37

1 **5. Hochschulen: Keimzellen für ein innovatives Land**

2 **In den letzten fünf Jahren hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Hoch-**
3 **schulen unter dem Deckmantel einer so genannten "Hochschulfreiheit" von ih-**
4 **ren eigentlichen Aufgaben entfremdet. Wir wollen die Freiheit von Forschung**
5 **und Lehre an unseren Hochschulen wieder herstellen und sie wieder zu Orten**
6 **des Diskurses, zur Keimzelle für gesellschaftliche, soziale und technische Inno-**
7 **vationen machen. Deshalb wollen wir die Studiengebühren abschaffen, den Bo-**
8 **logna-Prozess korrigieren sowie Demokratie und Mitbestimmung an unseren**
9 **Hochschulen wieder herstellen. Darüber hinaus werden wir sicherstellen, dass**
10 **an den Hochschulen in NRW genügend gut ausgestattete Studienplätze für alle**
11 **studierwilligen jungen Menschen zur Verfügung stehen – auch für den doppel-**
12 **ten Abiturjahrgang 2013.**

13 Studiengebühren, Entdemokratisierung und wachsende Orientierung an den Interessen
14 und Anforderungen der Wirtschaft: Seit der Regierungsübernahme durch CDU und FDP
15 steht die Hochschulpolitik in NRW unter dem Diktat einer auf bloßen Profit hin orientier-
16 ten "Privat-vor-Staat"-Politik. Unter dem Deckmantel einer angeblichen "Hochschulfrei-
17 heit" hat sich das Land in den letzten fünf Jahren aus der inhaltlichen und finanziellen
18 Verantwortung für die Hochschulen zurückgezogen.

19 Wir Grüne wollen diesen Trend umkehren und wieder Verantwortung übernehmen: für
20 die bauliche, sachliche und personelle Ausstattung der Hochschulen, für zusätzliche Stu-
21 dienplätze und für die notwendige Kurskorrektur im Rahmen der Umstellung auf Bachelor
22 und Master.

23 **Für die Freiheit von Forschung und Lehre**

24 Die Landesregierung hat mit ihrem "Hochschulunfreiheitsgesetz" Demokratie und Mitbe-
25 stimmung an den Hochschulen in NRW abgeschafft. Nicht mehr die Studierenden, Leh-
26 renden und Beschäftigten bestimmen die Geschicke der Hochschulen, sondern ein extern
27 dominierter Hochschulrat. Die Folge ist eine zunehmende Orientierung der Hochschulen
28 an marktwirtschaftlichen Strukturen und einem ideologisch gefärbten Exzellenzbegriff
29 sowie die Abschottung durch Zulassungsbeschränkungen.

30 Wir Grüne wollen diesen Paradigmenwechsel umkehren und an unseren Hochschulen
31 wieder demokratische Verhältnisse herstellen. Alle wesentlichen Entscheidungen soll ein
32 Senat treffen, in dem alle Gruppen der Hochschule gleichberechtigt vertreten sind. Au-
33 ßerdem werden wir

- 34 • die Rolle der Hochschulen als Träger öffentlicher Verantwortung und Orte des ge-
35 sellschaftlichen Diskurses und der Innovation neu definieren,
- 36 • die Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten von Personalräten und Gleichstel-
37 lungsbeauftragten stärken sowie
- 38 • sicherstellen, dass Landtag und Landesregierung ihren Teil der Verantwortung für
39 die Weiterentwicklung unserer Hochschulen wahrnehmen.

40 An den Hochschulen muss wieder die Freiheit der Wissenschaft Vorrang haben vor der so
41 genannten "Freiheit" des Marktes, damit beispielsweise die Grundlagenforschung nicht
42 vernachlässigt wird und kleine Fächer ("Orchideenfächer") weiter Platz in der Hochschul-
43 landschaft haben.

44 **Weg mit den Studiengebühren!**

45 Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – deshalb sind wir für die Ab-
46 schaffung aller Bildungsgebühren – von der Kita bis zur Hochschule. Es darf nicht sein,
47 dass weiter jedes Jahr Tausende von jungen Menschen durch die Studiengebühren von
48 der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt werden – sowohl aus Gründen der individu-
49 ellen Chancengerechtigkeit, als auch mit Blick auf den wachsenden Fachkräftemangel.
50 Denn nur wenn es uns gelingt, so viele jungen Menschen wie möglich aus allen Schichten
51 der Bevölkerung an unsere Hochschulen zu bekommen, ist unser Land, unsere Wirtschaft
52 und unsere Gesellschaft fit für die Zukunft. Wir werden deshalb nicht nur die Studiege-

1 bühren abschaffen, sondern gleichzeitig die Hochschulen besser ausstatten. Darüber hin-
2 aus wollen wir das BAföG zu einer umfassenden bundesweiten Studienfinanzierung mit
3 einem staatlich verantworteten bedarfsorientierten Stipendiensystem weiterentwickeln.
4 Dadurch wird die Doppelbelastung durch Studium und Erwerbstätigkeit reduziert, die bei
5 vielen Studierenden zu Studienzeiterverlängerung oder gar Studienabbruch führt.

6 **Mehr Studienplätze und besser ausgestattete Hochschulen**

7 Wir Grüne haben gemeinsam mit anderen frühzeitig auf die Herausforderungen hingewie-
8 sen, die mit dem doppelten Abiturjahrgang 2013 verbunden sind. Aber die Landesregie-
9 rung hat auch hier versagt: Nach wie vor stehen in den nächsten Jahren nicht genügend
10 Studien- und Ausbildungsplätze für die wachsende Zahl an Schulabgängerinnen und
11 Schulabgängern zur Verfügung.

12 Wir brauchen daher dringend ein umfassendes Investitions- und Maßnahmenprogramm.
13 Damit wollen wir erstens die sachlichen, baulichen und personellen Voraussetzungen für
14 zusätzliche qualitativ hochwertige Studienplätze schaffen – sowohl für das Bachelor- als
15 auch das Masterstudium. Zweitens wollen wir dringend notwendige organisatorische Ver-
16 besserungen vornehmen, beispielsweise durch ein transparentes bundeseinheitliches Zu-
17 lassungsverfahren, das das herrschende Chaos bei der Hochschulzulassung beendet und
18 Chancengerechtigkeit bei der Studienplatzvergabe herstellt. In diesem Zusammenhang
19 wollen wir auch die Zugangsmöglichkeiten für qualifizierte Menschen ohne Abitur weiter
20 öffnen.

21 **Familienfreundliche Hochschulen**

22 Die schwarz-gelbe Hochschulpolitik in NRW hat sich in den letzten Jahren viel zu sehr an
23 dem Berufsbild des Typs „männlicher Wissenschaftler“ orientiert, der sich ausschließlich
24 und „einzelkämpferisch“ auf seine Wissenschaft konzentriert. Ein solch veraltetes Berufs-
25 bild schreckt insbesondere Frauen – aber auch junge Männer – ab, die eine akademische
26 Laufbahn anstreben. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen an
27 den Hochschulen in NRW familienfreundlicher gestaltet werden: sowohl mit einem flä-
28 chendeckenden Netz qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungseinrichtungen an den
29 Hochschulen in der Verantwortung des Landes, als auch durch eine entsprechende Orga-
30 nisation von Studium, Praktika, Prüfungen usw. sowie durch kostenlose Beratungs- und
31 Unterstützungsangebote für Eltern.

32 **Wissenschaftlerinnen an die Spitze bringen**

33 Bis 2014 werden über ein Drittel der Professuren an Hochschulen in NRW neu besetzt.
34 Das bietet in den kommenden Jahren die Chance, den Anteil von Frauen an Entschei-
35 dungs- und Führungspositionen deutlich zu erhöhen. Derzeit sind nur 14,7 Prozent der
36 Professoren weiblich, es gibt nur 6,7 Prozent Rektorinnen und 6,5 Prozent Dekaninnen.
37 Zur gezielten Förderung von Frauen wollen wir deshalb die von der Landesregierung ge-
38 strichenen Förderprogramme wieder aufnehmen und weiterentwickeln. Außerdem werden
39 wir eine gesetzlich verankerte Quote für alle Qualifikationsebenen auf den Weg bringen.
40 Wir Grüne werden die Rahmenbedingungen einer Berufstätigkeit in Wissenschaft und
41 Forschung so gestalten, dass eine verlässliche Karriereplanung für Nachwuchswissen-
42 schaftlerinnen, aber auch Nachwuchswissenschaftler, möglich ist.

43 **Bologna-Prozess korrigieren, Qualität der Lehre steigern**

44 Besonders drastisch sind die Folgen der verantwortungslosen Hochschulpolitik der Lan-
45 desregierung durch die mangelhafte Umsetzung des so genannten Bologna-Prozesses.
46 Dieser Prozess sollte nicht nur die Abschlüsse auf das internationale Bachelor-Master-
47 System umstellen, sondern auch grundsätzlich die Studieninhalte reformieren. Die Lan-
48 desregierung hat die Hochschulen hierbei jedoch viel zu wenig unterstützt. Auch dadurch
49 ist der Studienablauf nun vielfach übermäßig bürokratisiert und reglementiert, und die
50 Prüfungsprozeduren sind immens verdichtet.

1 Wir Grüne wollen ein selbstbestimmtes Studium, keine Verschulung der Hochschulen: Die
2 Lehre muss auf die Studierenden zentriert, die Prüfungskultur stärker prozessorientiert
3 werden. Dadurch wollen wir die Möglichkeiten erhöhen, Praktika und Auslandsaufenthalte
4 ins Studium zu integrieren. Querdenken, Kreativität im interdisziplinären Arbeiten und
5 dem Entwickeln von Problemlösekompetenzen wollen wir wieder mehr Platz im Studium
6 geben. Auch bei den Lehr- und Lernformen an den Hochschulen sind Reformen notwen-
7 dig, zum Beispiel durch weniger Frontalunterricht oder mehr neue Medien. In anderen
8 europäischen Staaten gehören etwa Online-Klausuren längst zum Standard. Zu solchen
9 Reformen wollen wir die Hochschule in die Lage versetzen. Außerdem wollen wir auch
10 darauf hinwirken, dass alle Hochschulen in allen Studienordnungen und der Studienorga-
11 nisation die praktischen Voraussetzungen für ein Teilzeitstudium schaffen.

12 Wir wollen insbesondere die Position der Hochschullehre und -didaktik im Vergleich zur
13 Forschung stärken und die Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den
14 hochschulinternen Entscheidungen und Reformprozessen stärker beteiligen. Hochschuldi-
15 daktische Zentren und Netzwerke wollen wir ausbauen und die Einrichtung von Professu-
16 ren für Hochschuldidaktik befördern. Außerdem werden wir Rahmenbedingungen schaf-
17 fen, damit Qualifikationen in der Lehre stärker als bisher bei Berufungen und Personal-
18 entwicklung in den Hochschulen berücksichtigt werden.

19 **Für mehr Internationalität der Hochschulen**

20 Mit einer stärkeren Europäisierung und Internationalisierung von Forschung, Wissen-
21 schaft und Lehre wollen wir Studierenden, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern
22 neue Chancen und Perspektiven eröffnen. Unser Ziel ist mehr Mobilität und Weltoffenheit,
23 ein engerer interkultureller Austausch und mehr wissenschaftliche Kooperation in der
24 europäischen und internationalen Hochschullandschaft.

25 Internationalisierung zeigt sich vor allem im ständigen Austausch mit ausländischen
26 Hochschulen. Wir wollen mehr Studierende für einen Auslandsaufenthalt gewinnen und
27 gleichzeitig dafür werben, dass mehr ausländische Studierende, Lehrende und Forschende
28 nach Nordrhein-Westfalen kommen. Austauschprogramme und Partnerschaften zwi-
29 schen Hochschulen sind hierbei von großer Bedeutung.

30 Bildung ist außerdem ein wichtiger Teil von guter Entwicklungszusammenarbeit. Ein Land
31 wie Nordrhein-Westfalen hat die Verantwortung, Menschen aus ärmeren Regionen den
32 Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Dazu gehören Stipendien für ausländische Studie-
33 rende aus Entwicklungsländern sowie die Möglichkeit und Finanzierung für Zugewanderte
34 aus diesen Regionen, in Deutschland das Abitur nachzuholen.

35 **Für verantwortliche Forschung und zukunftsfähige Innovationen**

36 Nachhaltige Entwicklung braucht gute Forschung. Deswegen wollen wir die Forschung zu
37 Energie- und Ressourceneffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Biodiversität und Ökologie,
38 sowie Klima – und Nachhaltigkeitsforschung aktiv unterstützen, zum Beispiel indem wir
39 eine virtuelle Ressourcenuniversität aufbauen.

40 Wir Grüne stehen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft im Sinne des
41 "Green New Deal" für eine nachhaltige Forschung im Automobilbereich, etwa bei der
42 Entwicklung neuer energiesparender Motoren sowie von Hybrid- und Elektroautos.

43 Gleichzeitig haben wir auch einen hohen Anspruch an die ethische Verantwortung von
44 Forschung und setzen uns deshalb aktiv für Technikfolgenabschätzung ein. Wir lehnen
45 die Forschung an embryonalen Stammzellen und das therapeutische Klonen ab und wol-
46 len stattdessen unbedenkliche Alternativen wie die Forschung im Bereich der adulten
47 Stammzellen und der Reprogrammierung von Zellen fördern. Grausame Tierversuche
48 sind auch unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit nicht hinzunehmen. Die Wis-
49 senschaftsfreiheit endet dort, wo Rechte anderer verletzt werden: gleichgültig ob Mensch
50 oder Tier.

51 Die Atomkraft ist keine Zukunftstechnologie. Entsprechend ist auch die Forschung an
52 neuen Reaktoren weder nachhaltig noch innovativ und wird daher von uns abgelehnt.

53

1
2
3
4
5
6
7

Wir wollen:

- **die Ausstattung der Hochschulen verbessern und zusätzliche Studienplätze schaffen;**
- **die Studiengebühren abschaffen;**
- **das "Hochschulfreiheitsgesetz" und die Bologna-Reform korrigieren.**

1 **Ökologisches NRW:**

2 **Schutz für Mensch und Umwelt**

4 **1. Wertvolles Naturerbe schützen**

5 **Auch in NRW stehen etwa 50 Prozent der Arten auf der Roten Liste. Der Nega-**
6 **tiv-Trend ist ungebrochen. Hauptursachen für den Verlust unserer natürlichen**
7 **Lebensgrundlagen sind der massive Flächenverbrauch, die intensive Agrarin-**
8 **dustrie, der naturferne Ausbau der Gewässer und die Gefährdung der Wälder.**
9 **Der vom Menschen verursachte Klimawandel und die Verbreitung der Gentech-**
10 **nik führen zu unabsehbaren Risiken. Um das Überleben möglich zu machen,**
11 **brauchen wir neue übergreifende Lösungen, die konkret dem dauerhaften**
12 **Schutz der Vielfalt des Lebens auf der Erde dienen und unser wertvolles Natur-**
13 **erbe nicht weiter mit Füßen treten.**

14 **Schutz der Vielfalt des Lebens**

15 Der Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt des Lebens (Biodiversität) ist eine glo-
16 bale Überlebensfrage, die wir auch in NRW konkret beantworten müssen. Dabei geht es
17 nicht nur um den Schutz der Pflanzen- und Tierwelt um ihrer selbst willen, sondern auch
18 um eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen für die Menschen. Natur bedeu-
19 tet, der Wildnis Räume zu lassen, aber auch gewachsene Kulturlandschaften zu erhalten
20 und zu schützen. Der Schutz der Natur ist dabei nicht auf Naturschutzgebiete beschränkt.
21 Naturschutz ist nur erfolgreich, wenn es gelingt, natürliche Lebensbedingungen gerade in
22 den Bereichen zu schaffen, die derzeit noch in hohem Maße "naturfeindlich" geprägt sind.

23 Wir verfolgen einen Ansatz, der auch gleichzeitig Wasser, Boden und Luft umfasst. Dies
24 gilt insbesondere für die Ökologisierung der Land- und Waldwirtschaft, die artgerechte
25 Tierhaltung, die Renaturierung der Gewässer, aber auch für die Stadtökologie in den Bal-
26 lungsräumen.

27 Wir treten für einen grundlegenden Strategie- und Systemwechsel zum Schutz der natür-
28 lichen Lebensgrundlagen und unseres wertvollen Naturerbes ein.

29 Denn für uns Grüne gilt auch:

- 30 • Natur schafft Arbeitsplätze;
- 31 • Natur ist Vorbild für Innovation und Schöpfergeist;
- 32 • Natur macht Spaß;
- 33 • Natur ist Vorsorge;
- 34 • Natur schafft Heimat;
- 35 • Natur ist Tourismus- und Wirtschaftsförderung.

36 Wir fordern zum Schutz der Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten für NRW eine umfassende
37 Biodiversitätsstrategie auf Basis der bundesweiten Strategie und ein landesweites Bio-
38 topverbundsystem auf 15 Prozent der Landesfläche.

39 **Neuer Aufbruch Naturschutz**

40 Während Schwarz-Gelb systematisch den Naturschutz in NRW abgebaut hat, ist ange-
41 sichts der Herausforderungen ein neuer Aufbruch im Naturschutz notwendig. So wollen
42 wir endlich ein Naturschutzfördergesetz für NRW, das den Natur- und Artenschutz zur
43 Pflichtaufgabe macht sowie starke ehrenamtliche und professionelle Naturschutz-
44 Strukturen wie Biologische Stationen, das Landesbüro der Naturschutzverbände, oder
45 die Naturschutz- und Landschaftsbehörden. Wir wollen die Mitwirkungs- und Beteili-
46 gungsrechte der Naturschutzverbände, aber auch der Landschaftsbeiräte wieder ausbau-
47 en. Wir meinen, dass Natur und Umwelt früh gelernt werden müssen. Wir wollen, dass
48 Kinder frühzeitig und praktisch an Natur und Umwelt herangeführt werden, wie es z.B.
49 Waldkindergärten erfolgreich vormachen. In NRW möchten wir die „Bildung für Nachhalt-
50 igkeit“ auch durch 54 Umwelt-Schulen mit Leben füllen.

1 Die Kommunen, die besondere Leistungen z.B. im Naturschutz oder durch flächenscho-
2 nende Planung erbringen, wollen wir im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs för-
3 dern.

4 **Naturerbe NRW sichern – Neue Nationalparks schaffen**

5 Für NRW ist analog des nationalen Naturerbes eine eigene NRW-Struktur bzw. ein eige-
6 nes Naturschutzdach „Stiftung Naturerbe NRW“ notwendig. Damit wollen wir der Ver-
7 pflichtung der öffentlichen Hand und des öffentlichen Eigentums zum Schutz der Natur
8 nachkommen und gleichzeitig neuen Raum für bürgerschaftliches Engagement öffnen.
9 Das Naturerbe NRW umfasst dabei neben den national und landesweit bedeutsamen
10 Schutzgebieten die Einrichtung von weiteren Nationalparks und die für die Regionen
11 wichtigen Naturparke sowie wertvolle Natur- und Waldflächen.

12 Der auf Grüne Initiative gegründete Nationalpark Eifel war lange Zeit eine Erfolgsge-
13 schichte. Dieses darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. NRW hat das Potenzial für weitere
14 Nationalparks. So setzen wir uns insbesondere für die Realisierung des von der großen
15 Mehrheit der Bevölkerung in Ostwestfalen gewollten Nationalparks "Senne-Egge" ein.
16 Auch vor dem Hintergrund eines möglichen schnelleren Abzugs von britischen Truppen
17 wollen wir keine Zeit mehr verlieren und eine Parallelausweisung wieder aufnehmen.
18 Das Naturerbe NRW umfasst dabei neben den national und landesweit bedeutsamen
19 Schutzgebieten die Einrichtung von weiteren Nationalparks und die für die Regionen
20 wichtigen Naturparke sowie wertvollen Natur- und Waldflächen.

21 **Wir brauchen mehr Wildnis**

22 Heute dominieren in Nordrhein-Westfalen Kulturlandschaften. Jahrhunderte der menschli-
23 chen Nutzung haben Land, Gewässer und Wälder stetig von einem wilden, naturnahen
24 Zustand in einen gezähmten, funktionalisierten und kultivierten Zustand überführt. Wild-
25 nis beinhaltet den Prozess der Verwilderung – egal, ob es nun ein mehrere hundert Hek-
26 tar großes Waldgebiet oder eine kleine Brache in der Stadt ist. Unser Ziel ist ein nord-
27 rhein-westfälisches Netz von Wildnisflächen.

28 **Grüne Stadt – zurück zur Natur**

29 Natur in den Städten wird immer wichtiger, als Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten,
30 als Erholungsraum, als urbane Lebensqualität. Dazu gehören auch vor dem Hintergrund
31 des Klimawandels mehr Grüngürtel, naturnahe Gewässer, Stadtbäume, Gärten und Park-
32 anlagen sowie Dach- und Fassadenbegrünung. Wir möchten dazu ein Programm „Grüne
33 Stadt“ und einen „Aufforstungs-Wettbewerb“ starten.

34 **Flächenverbrauch stoppen**

35 Die Bevölkerungszahl sinkt, doch der Flächenverbrauch geht weiter. In NRW werden je-
36 den Tag 15 Hektar Freiraum für Siedlungs- und Verkehrszwecke verbraucht. Die wach-
37 sende Zersiedelung treibt die Bodenversiegelung immer weiter in noch unbebaute Freiflä-
38 chen hinein. Unser Ziel ist, Neuversiegelung nur noch zuzulassen, wenn an anderer Stelle
39 entsiegelt wird. Wir wollen dazu wirksame, rechtlich verbindliche und finanzielle Steue-
40 rungsinstrumente verankern. So ist u.a. ein Freiraumschutzgesetz für NRW notwendig.
41 Wir setzen uns dafür ein, die Grundsteuer zu einer differenzierten Flächennutzungssteu-
42 er zu machen.

43 **Boden besser schützen**

44 Boden ist wertvoller Lebensraum und unverzichtbare Lebensgrundlage, dem bislang zu
45 wenig Beachtung geschenkt wurde. Auch mit Blick auf die Diskussion um die EU-
46 Bodenschutzrichtlinie wollen wir den Bodenschutz in den kommenden Jahren verstärkt
47 ins Blickfeld nehmen.

1 **Raubbau Kies und Sand stoppen**

2 Die Kies- und Sandindustrie drängt derzeit mit allen Mitteln und gegen großen Wider-
3 stand der Bevölkerung massiv darauf, die Abbauflächen am Niederrhein und in der Ville
4 drastisch zu vergrößern. Die Heimat wird vielen Menschen quasi unter den Füßen wegge-
5 baggert. Statt der bisherigen Vorrang-Politik für Kies und Sand ist es notwendig, umge-
6 hend den Raubbau zu stoppen, das Prinzip der Nachhaltigkeit zu verankern und eine re-
7 striktive Bedarfsprüfung landesplanerisch verbindlich festzuschreiben. Darüber hinaus
8 wollen wir einen „Kieseuro“ in NRW einführen und bundesweit das Schlupfloch Bergrecht
9 abschaffen.

10 **Anpassung an den Klimawandel**

11 Die erwartete weltweite Temperaturerhöhung um mindestens +2°C hat auch gravierende
12 Auswirkungen auf viele Lebensbereiche in NRW – z.B. Gesundheit, Städtebau, Land- und
13 Forstwirtschaft, Wasser- und Energiewirtschaft, Hochwasserschutz und Katastrophenschutz.
14 Klimaschutz ist nicht nur die Reduktion von Emissionen, sondern Entwicklung von
15 Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. So sind im
16 Extremsommer 2003 in Westeuropa insgesamt ca. 35.000 Menschen hitzebedingt zu To-
17 de gekommen. Anhaltende sommerliche Hitze gefährdet dabei vor allem ältere und kranke
18 Menschen, aber auch Kleinkinder. Mit dem verstärkten Auftreten von Extremwetterere-
19 eignissen steigt die Gefahr für Hochwasser, aber auch Niedrigwasser. Dem muss mit
20 einem konsequenten Hochwasserschutz Rechnung getragen werden. Wälder mit Baumarten
21 außerhalb ihres natürlichen Verbreitungsgebietes, wie z.B. vielerorts die Fichte, zeigen
22 eine erhöhte Anfälligkeit.

23 Wir wollen daher eine gemeinsame Klimafolgenstrategie aller Ressorts der Landesregie-
24 rung mit verbindlichen und konkreten Zielen sowie praktischen Umsetzungsmaßnahmen.
25 In einem Klimaschutzgesetz NRW wollen wir die rechtlichen und gesetzlichen Regelungen
26 bündeln. Darüber hinaus wollen wir ein Programm „100 Klima- und Umweltdörfer“ in
27 NRW initiieren.

28

29 **Wir wollen:**

30

- 31 • **unser wertvolles "Naturerbe NRW" schützen und neue Nationalparks für**
- 32 **NRW schaffen;**
- 33 • **endlich ein Naturschutz-Fördergesetz NRW, das den Naturschutz zur**
- 34 **Pflichtaufgabe macht und den ehrenamtlichen Naturschutz stärkt;**
- 35 • **ein Freiraumschutzgesetz zum wirksamen Stopp der Flächenraubbaus;**
- 36 • **die Ökologisierung der Land- und Forstwirtschaft sowie der naturfernen**
- 37 **Gewässer;**
- 38 • **ein Programm ‚Grüne Stadt‘ auflegen;**
- 39 • **eine Klimawandelstrategie, ein NRW-Klimaschutzgesetz und ein Programm**
- 40 **100 Umwelt- und Klimadörfer.**

41

42

1 2. Tiere brauchen Rechte

2 **Die Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung NRWs und dem**
3 **Grundgesetz war ein großer Erfolg Grüner Politik. Dieses Staatsziel muss jetzt**
4 **konsequent umgesetzt werden. Tiere sind keine Sachen, sondern Lebewesen**
5 **und als solche zu respektieren. Wir setzen uns dafür, dass Tiere artgerecht le-**
6 **ben dürfen und ihnen um ihrer selbst willen unnötiger Schmerz und Leid erspart**
7 **bleiben müssen. Da Tiere ihre Rechte selbst nicht einklagen können, gibt es er-**
8 **hebliche Vollzugsdefizite im Tierschutz.**

9 Wir Grüne wollen – wie im Land Bremen bereits umgesetzt – ein Verbandsklagerecht für
10 Tierschutzvereine in NRW einführen. Eine entsprechende Gesetzesinitiative haben wir
11 bereits gestartet.

12 Für uns ist eine möglichst artgerechte Tierhaltung das oberste Prinzip. Jede Form von
13 Massentierhaltung lehnen wir ab. Wir wollen eine Landwirtschaft, vor allem in Form des
14 ökologischen Landbaus, die per se auf tierquälerische Haltungsformen verzichtet. Dem
15 aktuellen massiven Ausbau von Mastanlagen wollen wir entschieden u.a. durch die Ab-
16 schaffung der baurechtlichen Privilegierung und einer strikten Flächenbindung (Ver- und
17 Entsorgung) entgegenwirken. Wir setzen uns für die Kennzeichnung der Haltungsform bei
18 Lebensmitteln und für Tierschutzsiegel aus artgerechter Tierhaltung ein.

19 Die Dauer der Tiertransporte muss erheblich verkürzt und die Transportbedingungen
20 müssen durch staatliche Organe stärker überwacht werden.

21 Wir setzen uns für die Abschaffung von Tierversuchen und für den Ersatz durch tierver-
22 suchsfreie Forschung ein. Dazu verfolgen wir das Ziel, jedes Jahr die Zahl der Tierversu-
23 che um mindestens 10 Prozent zu reduzieren.

24 Den Import und die Haltung von exotischen, oft auch gefährlichen Wildtieren durch Pri-
25 vatleute lehnen wir ab. Deshalb wollen wir eine Positivliste mit den Tierarten einführen,
26 die genehmigungsfrei gehalten werden dürfen.

27 Jagd und Fischerei müssen sich an erster Stelle an ökologischen Prinzipien und dem
28 Schutz der Tiere orientieren. Überproduktion, umweltschädliche Verfahren und die Dul-
29 dung von tierquälerischen Haltungsweisen zum Zwecke der Gewinnmaximierung ist mit
30 unserer Politik nicht vereinbar.

31

32 **Wir wollen:**

33

- 34 • **das in der Verfassung verankerte Staatsziel Tierschutz auch konsequent**
- 35 **umsetzen;**
- 36 • **die artgerechte Tierhaltung und Stopp der tierquälerischen Massentierhal-**
- 37 **tung;**
- 38 • **ein Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände;**
- 39 • **die Abschaffung der Tierversuche durch ein jährliches "10-Prozent-**
- 40 **Reduktionsziel".**

41

1 **3. Grundrecht 'Gesund Leben'**

2 **Die Menschen erwarten als Kernaufgabe des Staates, dass er sie vor gesund-**
3 **heitlichen Gefahren schützt, die Lebensgrundlagen erhält und die richtigen Zu-**
4 **kunftsweichen stellt. Umweltschutz ist Gesundheitsschutz.**

5 **Umweltprobleme haben oft schleichend und lange unbemerkt erhebliche Folge-**
6 **wirkungen für die Gesundheit. Die aktuellen Umwelt- und Gesundheitsgefahren**
7 **sind heute diffuser, kleinteiliger, teilweise unentdeckt und oft nicht direkt zu**
8 **erfassen. Belastungen von Wasser, Luft und Lebensmitteln und Gefahren durch**
9 **Lärm treffen zuerst die Menschen in den großen Ballungsräumen, besonders**
10 **Kinder, Alte und sozial Schwache. Für Grüne Politik gibt es bei Umweltproble-**
11 **men, die gesundheitliche Folgewirkungen haben oder haben können, keine**
12 **Kompromisse. Langfristig am wirkungsvollsten ist eine umfassende Vorbeu-**
13 **gung. Die Lebensmittelkandale, aber auch die schweren Chemie-Störfälle in**
14 **jüngster Vergangenheit zeigen, dass Sicherheit keine Selbstverständlichkeit ist**
15 **und wir starke und schlagkräftige Umwelt- und Überwachungsbehörden brau-**
16 **chen.**

17 **Agenda 21-Prozess – Nachhaltigkeitsstrategie für NRW**

18 Wir setzen uns dafür ein, dass der unter Schwarz-Gelb abgebrochene Agenda-21-Prozess
19 mit seinen vielen lokalen Agenda-Prozessen wieder aufgenommen wird. Ziel ist dabei
20 eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie für NRW. Wir wollen die von Grünen initiierte
21 Stiftung „Umwelt und Entwicklung“ wieder stärken und eine „Bildung für Nachhaltigkeit“
22 bzw. Umweltbildung im Rahmen einer landesweiten Bildungsstrategie für nachhaltige
23 Entwicklung systematisch implementieren und breit verankern.

24 Wir wollen die Prinzipien der Nachhaltigkeit systematisch in Gesetze, Finanzierungs- und
25 Förderinstrumenten verankern, ein nachhaltiges und soziales Beschaffungswesen imple-
26 mentieren und für die gesamte Landesverwaltung ein Ökoaudit durchführen. Nach dem
27 jahrelangen Abbau der Beteiligungsrechte der Menschen durch so genannte Deregulie-
28 rung müssen die Beteiligungs- und Umweltinformationsrechte gestärkt werden, damit
29 sich die Menschen besser informieren und sie aktiv ihre Anliegen vertreten können.

30 **Umweltpolitik als vorbeugenden Gesundheitsschutz**

31 Für Grüne Politik steht bei Umweltproblemen, die gesundheitliche Folgewirkungen haben
32 oder haben können, die Gesundheit des Menschen an erster Stelle. Akute Gefahren müs-
33 sen sofort bekämpft werden. Langfristig am wirkungsvollsten ist aber eine umfassende
34 Vorbeugung.

35 Auch wenn der Himmel über der Ruhr wieder blau ist und die Flüsse wieder eine bessere
36 Wasserqualität haben, sind aktuelle Umwelt- und Gesundheitsgefahren oft nicht direkt zu
37 erfassen. In Teilbereichen, wie bei Ruß und Staub, bei den Stickoxiden oder dem Lärm
38 sind die Wirkungszusammenhänge zwar akzeptiert, die notwendigen Konsequenzen wer-
39 den jedoch nur halbherzig und gegen große Widerstände gezogen. Erkennbar ist auch,
40 dass Schutzstandards gesenkt, gedehnt und teilweise nicht beachtet werden, wie bei der
41 Trinkwasseraufbereitung oder den Planungen für neue Müllöfen. Vielfach aber werden
42 immer noch Gesundheitsgefahren gänzlich abgestritten, geleugnet oder einfach ignoriert,
43 z.B. bei Gentechnik, Pestiziden, Elektrosmog, neuen organische Stoffen oder neuen tech-
44 nischen Verfahren wie der Nanotechnologie.

45 Wir wollen mit ökologischen, umweltfreundlichen Verfahren und Konzepten bei der Pro-
46 duktion, der Mobilität und der Ernährung umsteuern. Innovationen und grüne Technolo-
47 gien helfen dabei nicht nur die Gefahren für die Gesundheit in NRW zu bannen. Sie sind
48 zugleich die Standortfaktoren, die ein grünes Wirtschaftswunder entscheidend beflügeln,
49 und sie sind die weltweiten Exportschlager von morgen. Auch deshalb sind wir für hohe
50 Standards und deren ständige ehrgeizige Anpassung.

1 Kinder haben das Recht auf das Aufwachsen in einer intakten und nicht gesundheitsge-
2 fährdenden Umwelt. Sie müssen Maßstab der Betrachtung werden. Deswegen wollen wir
3 diese "ökologischen Kinderrechte" in der Landesverfassung verankern.

4 **NRW braucht einen 'Masterplan Umwelt- und Gesundheit'**

5 In NRW befindet sich mit der Rhein-Ruhr-Region einer der größten und am stärksten in-
6 dustrialisierten Ballungsräume Europas. Die Dichte von Verkehr und Industrie hat hohe
7 Luftbelastungen zur Folge. Feinstaub (Partikel-PM10) verursacht schwere Gesundheits-
8 schäden und ein Ansteigen der Sterblichkeitsrate infolge von Herz-Kreislauf-
9 Erkrankungen und Lungenkrebs. Die Belastung der Außenluft mit Stickstoffdioxid korre-
10 liert u.a. mit der Häufigkeit von Atemwegserkrankungen, vor allem bei Kindern. Die
11 Grenzwerte für Feinstäube und Stickoxide werden in über 20 Städten ohne große An-
12 strengungen nicht eingehalten werden können. Lärm ist eines der größten Umweltprob-
13 leme, durch das sich die meisten Menschen betroffen fühlen.

14 Wir Grüne stehen für großräumige Konzepte, die integriert wirksame Lösungen sowohl
15 für Feinstaub-, Stickoxid- und Lärmproblematik geben. Dabei brauchen wir neben höhe-
16 ren Standards und der Einrichtung von Umweltzonen eine neue Offensive für öffentliche
17 Mobilität.

18 Wir wollen darüber hinaus den Schutz vor Elektrosmog verbessern und setzen uns für
19 neue Grenzwerte sowie neue verbindliche Mobilfunkregelungen zur Strahlungsminimie-
20 rung ein. Bei der Nanotechnologie setzen wir uns für eine differenzierte und präventive
21 Risiko- und Chancenbetrachtung ein, um mögliche negative gesundheitliche Auswirkun-
22 gen zu verhindern.

23 Zur strategischen und systematischen Verankerung als eigenständigem Politikfeld schla-
24 gen wir einen flächendeckenden „Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW“ vor, mit dem
25 ambitionierte Ziele formuliert, ganzheitliche und integrierte Konzepte und Maßnahmen
26 aufgestellt und schlagkräftige Strukturen wie ständige Umweltgesundheitskonferenzen
27 geschaffen werden. Dazu gehören auch die Einbeziehung des Krebsregisters und die sys-
28 tematische Aufarbeitung des Zusammenhangs zwischen Umweltbelastung und sozialer
29 Benachteiligung. Wir haben das Ziel, dass jede Kommune ein kommunales „Aktionspro-
30 gramm Umwelt und Gesundheit“ aufstellt.

31 **Lärm flächendeckend bekämpfen**

32 Lärm macht krank. Lärm ist in den Städten und Ballungsräumen NRWs eines der größten
33 ungelösten Umweltprobleme. 70Prozent der Bevölkerung leiden in Deutschland unter
34 Verkehrslärm. Bisher wird die Umsetzung der EU-Umgebungsrichtlinie nur halbherzig und
35 uneinheitlich wahrgenommen. Wir treten für eine flächendeckende Lärminderungspla-
36 nung und eine finanzielle Unterstützung des Landes bei der Umsetzung konkreter Maß-
37 nahmen in NRW ein.

38 Zusammen mit den Grünen im Bund setzen wir uns für ein übergreifendes einheitliches
39 Verkehrslärmschutzgesetz ein, das alle Lärmquellen einschließt. Es müssen für alle
40 Lärmquellen anspruchsvolle Grenzwerte festgelegt werden. Beim Fluglärm haben für uns
41 die Lärmschutzinteressen der Anwohnerinnen und Anwohner Vorrang vor den rein be-
42 triebswirtschaftlichen Interessen der Luftverkehrswirtschaft. Die Anstrengungen zum
43 Schutz vor Fluglärm müssen sich insbesondere auf Betriebsbeschränkungen wie Nacht-
44 flugverbote, Lärmobergrenzen oder den Ausschluss von besonders lauten Flugzeugen
45 konzentrieren. Unser Ziel ist dabei ein generelles Nachtflugverbot an allen Flughäfen in
46 NRW. Die Start- und Landeentgelte müssen stärker nach den Gesichtspunkten Lärm und
47 Schadstoffe gestaffelt werden.

48 **Ablehnung der BAYER-CO-Pipeline**

49 Wir Grüne lehnen die BAYER-CO-Pipeline ab, da die Risiken bei einem Störfall mit dem
50 hoch toxischen Kohlenmonoxid für die Bevölkerung nicht beherrschbar wären. Wir for-
51 dern stattdessen dezentrale CO-Versorgungskonzepte für die Chemiestandorte in NRW.

1 **Wasser ist das Lebensmittel Nr. 1**

2 Weltweit sterben laut einem Bericht der UNO aus dem Jahre 1999 über fünf Millionen
3 Menschen aus Mangel an sauberem Trinkwasser. Bei uns ist dies aufgrund hoher Trink-
4 wasserstandards glücklicherweise kein Thema, doch sauberes Trinkwasser ist auch hier-
5 zulande keine Selbstverständlichkeit. Die Aufbereitung des Trinkwassers in NRW ist zwar
6 auf einem hohen Niveau und die Kläranlagen gehören zu den modernsten in Europa. Es
7 gibt aber Stoffe im Wasser, die dort nicht hineingehören. Neben Arzneimitteln oder
8 Perfluorierten Tensiden (PFT) gibt es einen ganzen Cocktail von Chemikalien im Was-
9 ser(z.B. Flammschutzmittel, Pestizide, Hormone). Sie können Kläranlagen ungehindert
10 passieren und so in die Gewässer und damit bis in unser Trinkwasser gelangen. Die
11 Trinkwasserversorgung muss Daseinsvorsorge bleiben. Unser langfristiges Ziel ist es,
12 jegliche Einleitung von gefährlichen Stoffen zu unterbinden. Dabei muss an der Quelle
13 angesetzt werden: Gefordert sind eine umweltfreundlichere Produktgestaltung sowie die
14 Substitution gefährlicher Stoffe, damit sie gar nicht erst ins Wasser gelangen können.
15 Ehrgeizige Wasserziele bringen mit Blick auf den wachsenden Weltmarkt aber auch wich-
16 tige wirtschaftliche Vorteile: Wir wollen das international anerkannte Wissen NRW in der
17 Wassertechnologie aktiver nutzen.

18 55.000 Kilometer Flüsse und Bäche gibt es in NRW, viele davon naturfern. Eine Verbesse-
19 rung dieser Situation ist dringend geboten, u.a. auch, weil die EU-Wasserrahmenrichtlinie
20 bis zum Jahr 2015 einen guten ökologischen Zustand aller Gewässer erreichen will. Wäh-
21 rend CDU und FDP alles versuchen, diesen Verpflichtungen zu entgehen, verfolgen wir
22 ehrgeizig das Ziel der natürlichen Gewässer. Gewässer brauchen wieder Platz. Wir wollen
23 die Flüsse und Bäche in NRW wieder zu zentralen Lebensadern machen und treten wei-
24 terhin für einen vorsorgenden ökologischen Hochwasserschutz ein, den wir u. a. verbind-
25 lich in der Landes- und Regionalplanung verankern wollen.

26 Wir wollen das Wasserentnahmeentgelt beibehalten und zu 100Prozent zur Finanzierung
27 der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nutzen. Wir setzen uns für eine ökologische
28 und bürgerinnen- und bürgerfreundliche Abwasser-Gebührengestaltung ein. Darüber hin-
29 aus wollen wir die Demokratisierung der Wasserverbände.

30 **Nachhaltige Kreislauf- und Abfallwirtschaft**

31 Wir wollen eine stetige Verringerung der Abfallproduktion in allen Bereichen mit dem Ziel,
32 dass, wo immer möglich, Abfälle erst gar nicht entstehen. Neben der Abfallverwertung
33 muss auch die Abfallvermeidung primäres Ziel der Abfallpolitik bleiben. Dazu wollen wir
34 eine verstärkte und konsequente Förderung der Abfallvermeidung. Wir wollen eine steti-
35 ge Verringerung des Abfallaufkommens. Während es in den vergangenen zehn Jahren
36 einen deutlichen Anstieg der Verwertungsquote gegeben hat, ist die absolute Abfallmen-
37 ge in etwa konstant geblieben. Vermeidung ist unsere oberste Zielsetzung. Aber auch bei
38 der Verwertung und getrennten Sammlung müssen neue Anstrengungen unternommen
39 werden.

40 Der Umgang sowohl mit gewerblichen als auch mit Siedlungsabfällen muss transparent
41 sein und kontrolliert werden, auch um Scheinverwertung zu verhindern. Die Müll-
42 Entsorgung ist als Aufgabe der Daseinsvorsorge zu sehen. Die Verantwortung hierfür
43 muss bei den Kommunen liegen. Auch bei Gewerbeabfällen wollen wir die Getrennterfas-
44 sung der verwertbaren Fraktionen. Bewährte Getrennthaltungssysteme im Siedlungsab-
45 fallbereich wie Schadstoffsammlung, Papier, Glas oder Biomüll müssen erhalten bleiben.
46 Eine Steigerung der wirklichen stofflichen Verwertung ist notwendig, um Kreisläufe zu
47 schließen. Wir setzen uns für die Abschaffung des DSD ein und fordern stattdessen die
48 Einführung einer bundesweiten Ressourcenabgabe. Die Biogasnutzung soll als Mindest-
49 Standard bei der Biomüllverwertung festgeschrieben werden. Wir wenden uns gegen un-
50 nötigen Mülltourismus und gegen Öko-Dumping bei der Müllverbrennung bzw. Müll-
51 Mitverbrennung. In diesem Zusammenhang fordern wir eine ambitionierte Anpassung der
52 Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (17. BImSchV).

53 Die Altlastenerkundung und -sanierung, insbesondere der Giftmüllkippen muss endlich
54 wieder forciert werden, auch vor dem Hintergrund des Grundwasserschutzes. Die Poten-

1 ziale, die im „urban mining“ (Stadt als Rohstoffmine) liegen, wollen wir angehen und die
2 ‚vergrabenen Schätze‘ wieder heben.

3

4

Wir wollen:

5

6 • **das Grundrecht auf Gesundes Leben - auch gegen wirtschaftliche Interes-**
7 **senverbände - konsequent durchsetzen;**

8 • **einen "Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW" auflegen;**

9 • **ökologische Kinderrechte in der Landesverfassung verankern;**

10 • **mit konkreten Maßnahmen die Menschen vor Lärm flächendeckend schüt-**
11 **zen;**

12 • **den Agenda 21-Prozess NRW wieder fortsetzen und eine Nachhaltigkeits-**
13 **strategie für NRW entwickeln;**

14 • **den Wiederaufbau von schlagkräftigen Umwelt- und Überwachungsbehör-**
15 **den;**

16 • **Trinkwasser als Lebensmittel Nr. 1 besser schützen und die Gewässer in**
17 **NRW renaturieren;**

18 • **wieder eine ökologische Abfall- und Kreislaufwirtschaft in NRW vorantrei-**
19 **ben.**

20

1 **4. Verbraucherinnen und Verbraucher mächtig machen**

2 **Wir Grüne haben Verbraucherschutz zum politischen Thema gemacht. Wir set-**
3 **zen uns dafür ein, den Schutz, die Information und die strukturelle Macht der**
4 **Verbraucherinnen und Verbraucher in allen Lebensbereichen zu erhöhen. An**
5 **oberster Stelle stehen dabei gesunde und sichere Lebensmittel und Produkte.**
6 **Wir wollen vor allem qualitativ hochwertige, schadstoffarme, tierschutzgerechte**
7 **und regionale Produkte. Mehr Kontrolle, vollständige Transparenz und intensive**
8 **Aufklärung sind dazu notwendig. Ziel unserer Verbraucherpolitik ist die Organi-**
9 **sation von Verbraucherinnen und Verbrauchern als Marktmacht. Es geht uns um**
10 **gleiche Augenhöhe im Marktgeschehen – zwischen Verbraucherseite sowie**
11 **Händlern und Produzenten. Neben Informationsrechten, Transparenz und Kenn-**
12 **zeichnungspflichten benötigen wir eine unabhängige und flächendeckende**
13 **Verbraucherberatung sowie durchsetzungsstarke Verbraucherschutzorganisati-**
14 **onen mit erweiterten Klagerechten. Während Teile der Regierung Rüttgers auf**
15 **dem Weg sind, selbst die Lebensmittelüberwachung privatisieren zu wollen,**
16 **wollen wir eine deutliche Verstärkung der Kontrollbehörden erreichen. Wir wol-**
17 **len, dass NRW als erstes Bundesland Verbraucherschutz in der Verfassung ver-**
18 **ankert.**

19 **Starke Verbraucherinnen- und Verbraucher-Institutionen**

20 Wir stärken die Macht der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Verbände. Starke
21 Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen starke und unabhängige Verbraucher-
22 schutzstrukturen. Dazu gilt es, die Finanzierung der Verbraucherzentralen zu sichern und
23 ein flächendeckendes Beratungsnetz (incl. Energieberatung) zu schaffen. Wir wollen eine
24 „Verbraucherschutz-Stiftung NRW“ zur langfristigen Absicherung der unabhängigen und
25 verbesserten Finanzierung der Verbraucherberatung. Die Lobbyfunktion der Verbraucher-
26 zentralen wollen wir stärken (z.B. durch definierte Rechte wie die der Consumer Watch-
27 dogs in Großbritannien). Wir treten ein für das Recht auf Sammelklagen. Verbraucher-
28 vertreterinnen und -vertreter gehören in Aufsichtsräte landeseigener Betriebe.

29 Der staatliche Verbraucherschutz braucht eine schlagkräftige Struktur auf Landesebene
30 und bessere rechtliche Instrumente, ähnlich wie der Datenschutz oder Landesrechnungshof.
31 Ein Landesamt für Verbraucherschutz muss um Kompetenzen für wirtschaftlichen
32 Verbraucherschutz erweitert werden.

33 **Neue Kultur der Verbraucherinnen- und Verbraucherinformation**

34 Wir stehen für eine neue Kultur der Verbraucherinformation und Transparenz, bei der die
35 aktive Information der Verbraucherinnen und Verbraucher Priorität vor kurzfristigen
36 wirtschaftlichen Interessen hat. Schwarze Schafe müssen konsequent veröffentlicht werden.
37 Nur gut informierte Verbraucherinnen und Verbraucher sind auch in der Lage, den
38 Anbietern auf Augenhöhe zu begegnen und ihre Marktmacht über bewusste Kaufent-
39 scheidung zugunsten von sicheren und guten Produkten auszunutzen. Dazu müssen die
40 Rahmenbedingungen, wie eine Novellierung der Verbraucherinformationsgesetze in Land
41 und Bund, die Schaffung eines Nachhaltigkeitssiegels oder die Verankerung von einfa-
42 chen Ampelkennzeichnungen bei Lebensmitteln verändert werden. Analog fordern wir
43 entsprechende Tierschutzkennzeichnungen oder die Förderung von Labeln „Aus der Regi-
44 on“. Wir brauchen „tagesaktuelle Verbraucherinformationen im Internet“. Informationen
45 müssen auf die Menschen zugeschnitten sein, so dass auch ältere Menschen Jugendliche
46 und Menschen mit geringerer Bildung oder Sprachbarrieren sie verstehen können. Wir
47 wollen auch die Fahrgastrechte verbessern.

48 **Gesunde und sichere Lebensmittel**

49 An oberster Stelle müssen gesunde und sichere Lebensmittel stehen. Umfassende Trans-
50parenz ist notwendig, schafft mehr Akzeptanz und ist der Schlüssel zur längst überfälli-
51gen Qualitätsdebatte im Lebensmittelbereich. Qualitativ hochwertige, schadstoffarme,
52 tierschutzgerechte und regionale Produkte sind nicht zu Dumpingpreisen zu haben. Ein-

1 kommenschwächeren Haushalten muss es dennoch möglich sein, sich diese Produkte zu
2 leisten. Darum müssen sie aus der Nische heraus und zur Selbstverständlichkeit werden.
3 Jeder neue Lebensmittelskandal, ob Gammelfleisch oder die Überschreitung der Pestizid-
4 grenzwerte, macht deutlich, welcher Weg notwendig ist: Priorität für eine biologische und
5 regionale Landwirtschaft, Information und Kennzeichnung und eine starke staatliche Le-
6 bensmittelüberwachung. Die Verdopplung der Zahl der echten Lebensmittel-
7 Kontrolleurinnen und Kontrolleure muss endlich realisiert werden.
8 Top-Thema im Bereich "Gesundes Essen" ist die klare Kennzeichnung von Nahrungsmit-
9 teln (Ampelkennzeichnung) gerade auch vor dem Hintergrund, dass immer mehr Kinder
10 übergewichtig sind. Wir Grüne fordern eine gesunde Mahlzeit für alle Schul- und KiTa-
11 Kinder. Mit Blick auf den demografischen Wandel spielt gesundes Essen aber auch in so-
12 zialen Einrichtungen wie Altenheimen eine nicht zu vernachlässigende Rolle. In öffentli-
13 chen Einrichtungen treten wir für ein ‚Recht‘ auf vegetarisches Essen ein.

14 **Starker Verbraucherschutz nutzt der Wirtschaft**

15 Die Wirtschaftslobby kämpft immer wieder gegen Verbesserungen beim Verbraucherin-
16 nen- und Verbraucherschutz, sei es gegen einfache Kennzeichnungssysteme bei Lebens-
17 mitteln oder Kinderspielzeug, bei der notwendigen Regulierung der Finanzmärkte, bei der
18 namentlichen Veröffentlichung von schwarzen Schafen beim Handel mit Gammelfleisch
19 oder der Verschärfung bei illegaler Telefonabzocke. Wir Grüne halten das für ein falsches
20 und überholtes Denken. Denn gerade gut informierte und mündige Verbraucherinnen und
21 Verbraucher sind natürliche Garanten und Verbündete für funktionierende Märkte und
22 seriös arbeitende Betriebe. Denn es sind die Verbraucherinnen und Verbraucher, die ge-
23 sunde, sichere und qualitativ hochwertige Produkte wollen. Das kann aber nur dann funk-
24 tionieren, wenn sich Unternehmen auf der einen und Verbraucherinnen und Verbraucher
25 auf der anderen Seite auf Augenhöhe gegenüber stehen. Starker Verbraucherinnen- und
26 Verbraucherschutz ist gerade für die Wirtschaft die beste Qualitätskontrolle, ein Stand-
27 ortvorteil und ein guter Schutz vor schwarzen Schafen und unlauterem Wettbewerb.

28 **Ohne Gift – Sichere Produkte garantieren**

29 Schlagzeilen wie "Gift im Essen", "Gift im Spielzeug", "Gift im Kinderzimmer, im Kran-
30 kenhaus, im Schulraum oder „Gift in der Kleidung“ müssen endlich der Vergangenheit
31 angehören. Gifte haben dort nichts zu suchen und müssen systematisch aus unserem
32 Leben gedrängt werden. Wir stehen für präventive und scharfe Regelungen, die gefährli-
33 che Produkte gar nicht erst entstehen lassen und wir wollen Chancen und Risiken von
34 neuen Technologien (z.B. Nanotechnologie) frühzeitig erkennen.

35 **Abzocke durch Telefonwerbung stoppen**

36 Verträge für Handys, Telefentarife, Versicherungen oder Lotteriescheine, die gerade Ju-
37 gendlichen und älteren Menschen am Telefon aufgeschwatzt werden, sind weiterhin eine
38 bedrückende Plage und können zur Verschuldung führen. Hunderttausende Menschen
39 werden täglich am Telefon mit verbotenen Werbeanrufen behelligt. Daraus ergeben sich
40 klare Grüne Forderungen: Erstens darf aus einem verbotenen Anruf, also auch ohne Un-
41 terschrift, kein gültiger Vertrag werden. Zum anderen müssen solche Unternehmen kon-
42 sequent und empfindlich bestraft werden.

43 **Digitale Verbraucherrechte: Daten im Internet sicherer machen**

44 In vielen Bereichen nutzen Unternehmen auf dem digitalen Markt im Internet Verbrau-
45 cherinnen und Verbraucher aus. Auch auf einen effektiven Schutz vertraulicher und per-
46 sonenbezogener Daten vor unbefugtem Zugriff kann man sich nicht verlassen. Wir Grü-
47 nen fordern mehr Verbraucher- und Datenschutzrechte in der digitalen Welt. Wir wollen,
48 dass die Unternehmen Schutzrechte gewährleisten und für sie haften müssen. Jede und
49 jeder muss darüber aufgeklärt werden, was mit den persönlichen Daten passiert. Ferner
50 fordern wir ein Datenschutzgütesiegel.

1 **Gegen Drückermethoden am Bankschalter**

2 Während viele Milliarden zur Rettung der Banken aus der Finanzkrise ausgegeben wur-
3 den, standen viele falsch beratene Verbraucherinnen und Verbraucher dagegen im Re-
4 gen. Die Finanzkrise hat ein strukturelles Problem der Banken- und Finanzwirtschaft of-
5 fengelegt, bei dem insbesondere ältere Kundinnen und Kunden mit 'Drückermethoden' in
6 Risiken gestürzt wurden. Diesen wollen wir einen Riegel vorschieben. Zur unabhängigen
7 Beratung fehlen in NRW 150-200 Stellen. Um diese zu schaffen, schlagen wir ein Stif-
8 tungsmodell vor. In diese Stiftung sollen Mittel von Banken und Sparkassen sowie vom
9 Land NRW fließen.

10

11

Wir wollen:

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

- **die Verbraucherinnen und Verbraucher mächtig machen, ihre Rechte verbessern und sie auf gleiche Augenhöhe mit der Wirtschaft bringen;**
- **als erstes Land Verbraucherschutz in der Landesverfassung verankern;**
- **eine "Stiftung Verbraucherschutz NRW" zur Stärkung der Verbraucher-Institutionen und zu Sicherung und Ausbau der Verbraucherberatung;**
- **eine gesunde Mahlzeit für alle Schul- und KITA-Kinder;**
- **Lebensmittelsicherheit verbessern und die Zahl der Lebensmittel-Kontrollleurinnen und -Kontrolleure verdoppeln;**
- **Gifte konsequent aus den Produkten verbannen, insbesondere aus Kinder-spielzeugen.**

1 **5. Ländlicher Raum: Starke grüne Impuls-Regionen für NRW**

2 **Der ländliche Raum in NRW ist lebenswert, vielfältig, eigenständig und leistungs-**
3 **fähig – und dies soll so bleiben. Entgegen mancher Vorurteile sind gerade**
4 **diese Regionen nicht nur geprägt durch Wald, Natur und Landwirtschaft, son-**
5 **dern gerade auch durch eine hohe Industriearbeitsplatzquote, eine leistungs-**
6 **starke mittelständisch ausgerichtete Wirtschaft und dadurch eine relativ güns-**
7 **tige Arbeitslosenquote. Es sind gerade die Möglichkeiten, die sich aus diesem**
8 **Mix aus Vorteilen ergeben: Aus den bisherigen "ländlichen Räumen" wollen wir**
9 **"starke grüne Impulsregionen für NRW" machen. Dafür sind wohnortnahe Ar-**
10 **beitsplätze zu sichern und eine nachhaltige Infrastruktur auszubauen. Wir Grü-**
11 **ne treten für eine Stärkung und den Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe**
12 **und Wertschöpfungsketten ein. Wir wollen NRW zum Ökolandbau-Land Nr. 1**
13 **machen, biologischer und umweltfreundlicher Landbau muss zum Normalfall**
14 **der Landwirtschaft werden. Wir wollen mit dem Erhalt des Naturerbes den regi-**
15 **onalen ländlichen Tourismus ausbauen und damit auch die Wirtschaftsstruktu-**
16 **ren stärken.**

17 **Starke grüne Regionen entwickeln**

18 Wir Grünen verfolgen das Leitbild einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung. Um im
19 "ländlichen Raum" starke grüne Impulse zu entwickeln, setzen wir auf eine „Neue För-
20 derkonzeption grüne Regionen NRW“. Dafür muss insbesondere die Förderstruktur der EU
21 weg von einzelbetrieblichen Gießkannen-Agrar-Förderung hin zur Förderung von umfas-
22 sendenden Regional-Programmen umgestellt werden, bei denen die grünen Konzepte zu
23 Nachhaltigkeit, ökologischer Industrie- und Wirtschaftsentwicklung sowie Naturentwick-
24 lung integriert realisiert werden können.

25 Um die negativen Auswirkungen der demografischen Entwicklung im ländlichen Raum
26 (Abwanderung junger Menschen, Zunahme älterer Menschen, schlechtere Auslastung der
27 Infrastruktur) zu begegnen, bedarf es neuer Konzepte und Anreizprogramme. Selbsthil-
28 feeinrichtungen und ehrenamtliches Engagement müssen gefördert werden. Der Flächen-
29 verbrauch ist massiv zu senken. Die Flurneuordnung ist vollständig in den Dienst der
30 Senkung des Flächenverbrauchs und der Erhöhung der Biodiversität in der Landschaft zu
31 stellen.

32 **NRW zur Nummer Eins im Ökolandbau machen**

33 Während die Nachfrage nach Bio-Produkten förmlich explodiert, stagniert die Anbaufläche
34 in NRW. Das ist Folge falscher Weichenstellungen in der Agrarpolitik. Heute fördern Ag-
35 rarsubventionen in erheblichem Maß eine umweltschädliche Landwirtschaft. Unser Ziel ist
36 es, in Zukunft keine Agrarsubventionen für eine Landwirtschaft zu zahlen, die gegen die
37 Interessen von Natur-, Umwelt- und Klimaschutz gerichtet ist. Die Proteste der Milchbau-
38 ern, die angesichts des Preisdumpings der Lebensmitteldiscounter um ihre Existenz ban-
39 gen, zeigen, eine Agrarpolitik der „Weltmarktfähigkeit“ und des „Wachsens oder Wei-
40 chens“ findet auch bei vielen Bäuerinnen und Bauern keine Akzeptanz mehr. Wir unter-
41 stützen die Milchbauern im Kampf gegen „sittenwidrige“ Niedrigpreise von Milch.

42 Wir setzen auf eine Agrar-Förderpolitik, die bäuerliche Strukturen stärkt, statt auf Welt-
43 marktfähigkeit der heimischen Landwirtschaft und auf „Wachsen oder Weichen“ zu set-
44 zen. Das heißt für uns eine prioritäre Förderung des Ökologischen Landbaus und der Re-
45 gionalvermarktung sowie der artgerechten Tierhaltung. Dazu bedarf es einer Neuausrich-
46 tung der nationalen und der EU-Agrarförderung auf ökologische Kriterien und Kopplung
47 an Arbeitskrafteinsatz. Wir sehen bei nachhaltigen Ansätzen auch weiterhin große Mög-
48 lichkeiten für den Landwirt als Energiewirt.

49 Staatliche Agrarförderung kann es nur dann geben, wenn die Landwirtschaft umwelt-
50 verträglich ist und eine klar definierte Leistung für die Gesellschaft erbringt. Das betrifft
51 den Ökologischen Landbau, die Erhaltung der Kulturlandschaft und der Agrobiodiversität.
52 Subventionen dürfen nur an bäuerliche Betriebe und nicht an Agrarfabriken und Konzerne
53 wie Nestle oder RWE fließen. Auch deshalb ist für uns die Offenlegung aller Agrarsub-

1 ventionen eine Selbstverständlichkeit. Die Subventionierung von Agrarexporten aus der
2 EU heraus lehnen wir grundsätzlich ab. Bei der Landwirtschaftskammer NRW sollen die
3 selbstorganisierten und hoheitlichen Aufgaben getrennt werden.

4 **Gentechnikfreies NRW**

5 Wir kämpfen für ein gentechnikfreies NRW und für die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen
6 und Verbraucher. Die übergroße Mehrheit der Menschen in Deutschland lehnt gentech-
7 nisch veränderte Lebensmittel ab und spricht sich stattdessen für ein Recht auf gentech-
8 nikkfreie Nahrung aus. Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen kann über Ein-
9 kreuzungen zur Kontamination natürlicher Pflanzenbestände führen. Die Produktion gen-
10 technikkfreier Lebensmittel wird dadurch faktisch unmöglich. Eine Wahlfreiheit für die
11 Verbraucherinnen und Verbraucher gibt es dann praktisch nicht mehr. Auch die Mehrzahl
12 der Bäuerinnen und Bauern lehnt die Verwendung von Agro-Gentechnik ab, da sie um
13 den Wert ihrer Arbeit – Saat und Ernte – fürchten müssen. Auch die Imker, die einen
14 wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft leisten, sind massiv betroffen. Ein
15 verlässlicher Schutz gegen Auskreuzung und andere ökologische Risiken kann durch Mo-
16 nitoringverfahren o. ä. nicht erreicht werden. Eine Koexistenz des Anbaus natürlicher und
17 gentechnisch veränderter Pflanzen ist deshalb bestenfalls eine Wunschvorstellung. Wir
18 wollen dabei auch Ansätze zur Realisierung „gentechnikfreier Regionen und Kommunen“
19 unterstützen.

20 **Ökologische Waldwirtschaft**

21 Wir wollen unsere Wälder durch nachhaltige Waldbewirtschaftung gesund, naturnah und
22 strukturreich erhalten und schützen. Wald ist nicht nur als Produktionsstätte für nach-
23 wachsenden Rohstoff und als natürliches Refugium für Tier- und Pflanzenarten unver-
24 zichtbar, Wald wird außerdem zum Schutz unseres Bodens und Wassers, als Klima-, Im-
25 missions-, Lärm- und Sichtschutz, aber auch als Erholungsraum dringend gebraucht. Wir
26 betrachten den öffentlichen Wald als Bürgerinnen und Bürgerwald, der im Interesse aller
27 bewirtschaftet werden soll. Wir wollen den Anteil des deutlich steigern.

28 Den Staatswald wollen wir nach den strengen Kriterien des Waldbewirtschaftungsrates
29 Forest Stewardship Council (FSC) zertifizieren. Dadurch werden Mindeststandards für die
30 Erhaltung der biologischen Vielfalt und für eine umwelt- und sozialverträgliche Bewirt-
31 schaftung des Waldes festgelegt. Staatswaldverkauf lehnen wir ab. Wir wenden uns ge-
32 gen Kurzumtriebsplantagen im Wald und setzen uns für naturnahe Aufforstungen von
33 Sturmschadensflächen ein.

34

35

Wir wollen:

36

- 37 • **den ländlichen Raum zu starken grünen Regionen als Impulsgeber für NRW**
- 38 **machen;**
- 39 • **NRW zum 'Ökoloandbau-Land Nr. 1' machen;**
- 40 • **für ein gentechnikfreies NRW kämpfen;**
- 41 • **die ökologische Waldwirtschaft in ganz NRW vorantreiben und den Wald**
- 42 **als öffentlichen Wald für die Menschen bewahren.**
- 43

1 **6. Mobilität – ökologische und soziale Verkehrswende einleiten**

2 **Über die Hälfte der 10 Millionen Berufspendlerinnen und -pendler fahren jeden**
3 **Tag in NRW mit dem Auto. Aktuelle Prognosen für das Wachstums des LKW-**
4 **Verkehrs gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2025 die Verkehrsleistungen um**
5 **80 Prozent steigen werden. In NRW befindet sich mit der Rhein-Ruhr-Region**
6 **einer der größten und am stärksten industrialisierten Ballungsräume Europas.**
7 **Die Dichte von Verkehr und Industrie hat hohe gesundheitsschädliche Luftbe-**
8 **lastungen zur Folge.**

9 **Die erschreckenden Fakten belegen: Um eine Verkehrswende zu erreichen,**
10 **müssen wir das große Rad richtig drehen. „Bahnfahren wie in der Schweiz“ oder**
11 **„Fahrradfahren wie in Holland“ können Leitmotive sein. Den Menschen in NRW**
12 **muss mit einer Ausbauoffensive bei Bussen und Bahnen eine klimaverträgliche**
13 **und umweltschonende Mobilität ermöglicht werden. Wirksame und innovative**
14 **Konzepte für eine deutliche Verlagerung von Verkehrsströmen sind notwendig.**

15 Zu den Grünen Kernthemen gehört der Einsatz für umweltfreundliche Verkehrsmittel.
16 Neben der Förderung von Bussen und Bahnen zählen hierzu die Stärkung des Fahrrad-
17 und Fußverkehrs. Mit der durch die EU-Gesetzgebung ausgelösten Debatte um die Fein-
18 staub-, Lärm- und Stickoxid-Belastungen sowie durch die internationale Klimadiskussion
19 bekommen alte Grüne Kernthemen eine hohe Aktualität. Die Energiepreise werden weiter
20 steigen, die Gesellschaft stark altern, die Bevölkerung in vielen Regionen schrumpfen und
21 nicht zuletzt die Geldmittel der öffentlichen Hand für die Finanzierung zukünftiger Infra-
22 struktur begrenzt bleiben. Das Auto ist in den Ballungszentren an Rhein und Ruhr auf-
23 grund seines Platzbedarfes und seiner Gefahrenpotenziale für die Gestaltung einer stadt-
24 verträglichen Mobilität ungeeignet.

25 Die bisherige Form der Verkehrsplanung ist deshalb langfristig nicht mehr finanzierbar,
26 ökologisch nicht sinnvoll und vertreibt junge Familien und andere, die es sich leisten
27 können, an die Ränder der Ballungszentren.

28 In der Landes-, Regional- und Stadtplanung ist ein abgestimmtes, über die Grenzen der
29 Stadt hinaus gehendes Konzept für den öffentlichen Personennahverkehr zu entwickeln,
30 Dabei gilt es, das Auto, das von vielen Pendlerinnen und Pendlern auf dem Land genutzt
31 wird oder benutzt werden muss, einzubeziehen, z. B. durch intelligent geplante Park &
32 Ride-Konzepte. Das Ziel muss die Schaffung von integrierten Mobilitätsketten ohne Brü-
33 che sein.

34 Für die Ballungszentren mit einem gut ausgebauten Angebot an Bussen und Bahnen kann
35 eine City-Maut sinnvoll sein und zusätzliche Impulse für den ÖPNV-Ausbau geben.

36 Das vorhandene Geld ist für einen intelligenten ÖPNV einzusetzen. Busse und Bahnen
37 müssen an den Bedürfnissen der Fahrgäste ausgerichtet werden und jederzeit sicher und
38 pünktlich sowie für alle Gruppen zugänglich sein.

39 Statt prestigeträchtiger Verkehrsprojekte wie zum Beispiel dem Tunnelbau, brauchen die
40 Städte dichte Bus und Straßenbahnangebote. Dazu muss allerdings der Mut aufgebracht
41 werden, auch in Konkurrenz zum Autoverkehr den anderen Verkehrsmitteln Verkehrsflä-
42 che zuzugestehen. Hierzu gibt es bundesweit mittlerweile viele erfolgreiche Beispiele.

43 Für kurze Strecken ist das Fahrrad das schnellste Verkehrsmittel. Die Förderung des
44 Radverkehrs ist preiswert und schafft pro eingesetztem Euro mehr Arbeitsplätze als der
45 Straßenbau.

46 Wir Grüne fordern den Bund auf, die Kürzungen der Zuschüsse für den Nahverkehr auf
47 der Schiene zurückzunehmen.

48 **Flächendeckende Einführung eines NRW-Sozialtickets**

49 Nach dem Vorbild der Modelle der Städte Köln und Dortmund wollen wir ein Sozialticket
50 flächendeckend in allen Verkehrsverbänden des Landes umsetzen. Verbilligte Ticketange-
51 bote wie für den Schülerverkehr oder das Semesterticket, werden durch das Land derzeit
52 mit 100 Million Euro jährlich subventioniert. Dabei hat die schwarz-gelbe Landesregie-

1 rung allein zwischen 2005 und 2010 die Mittel für die Schülerbeförderung um 162 Million
2 Euro gekürzt. Einnahmeausfälle durch die Einführung des Sozialtickets können nicht al-
3 lein durch die Verkehrsunternehmen bzw. die Kommunen ausgeglichen werden. Hier hat
4 das Land im gleichen Maß finanzielle Verantwortung zu übernehmen.

5 **Zukunftskonzept für NRW-Schieneverkehr**

6 Das Land braucht ein Zukunftskonzept für den Schienenverkehr, um den Sanierungsstau
7 und die Engpässe im Schienennetz sowie bei den Bahnhöfen und Haltepunkten aufzulö-
8 sen. Wir wollen Busse und Bahnen in NRW systematisch auf eine relevante Steigerung
9 der Fahrgastzahlen ausrichten. Als kurzfristige Maßnahme fordern wir einen sechsten
10 Waggon auf den starken Regionalexpress-Achsen, einen 15-Minuten-Takt bei den S- und
11 Regionalbahnen sowie ein Sonderprogramm für Fahrzeugbeschaffung.

12 Wir wollen aber noch einen Schritt weiter gehen und das Konzept "10 – 10 – 60" für Bus-
13 se und Bahnen in den jeweiligen Verkehrsverbänden des Landes zur Zukunftsperspektive
14 machen. Dies bedeutet:

- 15 • 10 Minuten Weg bis zur nächsten Haltestelle;
- 16 • 10 Minuten Wartezeit auf eine Bus- oder Bahnverbindung;
- 17 • in 60 Minuten Gesamtzeit soll der Zielort erreicht sein.

18 **Finanziellen Kollaps bei Bussen und Bahnen verhindern**

19 Busse und Bahnen in NRW sind ein wesentliches Element der öffentlichen Daseinsvorsor-
20 ge zur Sicherstellung der Mobilität aller Bevölkerungsgruppen. Volkswirtschaftlich werden
21 bedeutende Effekte für die Bruttowertschöpfung und Beschäftigung erzielt.

22 Gleichzeitig ist die Nutzung von Bussen und Bahnen ein aktiver Beitrag zum Umwelt- und
23 Klimaschutz. Die Kürzungen der Bundeszuschüsse (Regionalisierungsmittel) durch die
24 große Koalition in Berlin und die Kürzungen der Landesregierung haben zur Folge, dass
25 notwendige Investitionen in die Erneuerung des Wagenmaterials sowie die Instandhal-
26 tung der Infrastruktur ausbleiben. Das ÖPNV-System in NRW steht vor dem finanziellen
27 Kollaps, wenn nicht grundlegende und belastbare Weichenstellungen für die finanzielle
28 Zukunft gestellt werden. Wir Grüne wollen im Land die 100.000 Arbeitsplätze sichern

29 **Verkehrssicherheit – Vision Zero als Leitbild**

30 Trotz aller Erfolge in der Vergangenheit ist die Anzahl der Verkehrstote immer noch viel
31 zu hoch. Gerade die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer wie Kinder
32 und Jugendliche als Radfahrende oder zu Fuß Gehende sind am meisten betroffen. Wir
33 verfolgen die "Vision Zero" als Leitbild der Verkehrssicherheitspolitik. Hierzu wollen wir auf
34 den Autobahnen ein Tempolimit von 120 km/h, dass gleichzeitig auch die klimaschädli-
35 chen Emissionen reduziert, ohne Mobilität einzuschränken. Der öffentliche Raum in den
36 Städten darf nicht allein auf Autos ausgerichtet sein. Für eine höhere Aufenthaltsqualität
37 brauchen wir eine Balance zwischen Verkehr und Verweilen. Durch das Prinzip des "Sha-
38 red Space" werden Straßen und Kreuzungen gemeinsam genutzter und belebter Raum.

39 **Radverkehr verbindet Klima- und Gesundheitsschutz**

40 Die Förderung des Radverkehrs ist für die Grünen unverzichtbarer Bestandteil einer kli-
41 maverträglichen Mobilitätspolitik in NRW. Mit dem landesweiten Radwegenetz und der
42 einheitlichen Radwegebeschilderung ist ein wesentlicher Grundbaustein für den Freizeit-
43 verkehr wie auch für die täglichen Wege geschaffen worden.

44 Mit der Arbeitsgemeinschaft der fahrradfreundlichen Städte und Gemeinden existiert ein
45 Netzwerk von engagierten Praktikerinnen und Praktikern auf kommunaler Ebene. Auf
46 diesem Weg konnte in vielen Städten des Landes der Anteil des Radverkehrs deutlich
47 gesteigert werden. Dennoch ist festzustellen, dass beim Radwegesystem parallel zu den
48 überörtlichen Straßen noch erhebliche Lücken bestehen. Wir wollen diese Lücken schlie-
49 ßen.

50 Beim Neubau oder bei Erhaltungsinvestitionen im Straßennetz muss der Bau von parallel
51 laufenden Radwegen selbstverständlicher Teil der Maßnahmen werden. Radstationen als

1 witterungs- und diebstahlsichere Abstellmöglichkeit sind ein weiterer bedeutender Bau-
2 stein, um den Radverkehr mit dem Verkehrsangebot von Bussen und Bahnen an den
3 zentralen Haltepunkten zu verknüpfen. Das von den Grünen geschaffene Programm „100
4 Radstationen in NRW“ wollen wir fortführen und ausbauen sowie auch für die Schaffung
5 von Fahrradabstellmöglichkeiten an Schulen öffnen.

6 **Güter auf die Schiene – Priorität für den Lärmschutz**

7 Wir wollen, dass mehr Gütertransporte auf der Schiene stattfinden und die Straßen, Re-
8 gionen und Städte von dem stark ansteigenden LKW-Verkehr entlastet werden. Der Gü-
9 terverkehr auf der Schiene erlebt derzeit eine Renaissance. Zunehmend macht sich dabei
10 bemerkbar, dass sich der Mischverkehr von Personen- und Güterverkehren auf der
11 Schiene gegenseitig behindert. NRW ist in besonderem Maße vom Verkehr der Häfen in
12 Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen betroffen. Wenn es nicht gelingt, die Schienenka-
13 pazitäten deutlich auszubauen, dann werden die Güter auf den Autobahnen in den Dau-
14 erstau führen.

15 Aber auch für jede Ausweitung an bestehenden Bahnstrecken oder den Neubau von
16 Schienenstrecken für den Güterverkehr gilt, dass eine optimale Lösung für die Trassen-
17 führung gefunden wird. Der Lärmschutz für die Menschen hat für uns auch beim Schie-
18 nenverkehr oberste Priorität. Deshalb wollen wir kurzfristig ein lärmabhängiges Trassen-
19 preissystem umsetzen. Unser Ziel ist, dass damit die Bahnunternehmen die Umrüstung
20 auf lärmreduzierte Güterwaggons deutlich beschleunigen.

21 Der Ausbau der Betuwe-Linie von der Deutsch-Niederländischen Grenze bis Oberhausen
22 und das in Planung befindliche Projekt für den "Eisernen Rhein" führen in den betroffenen
23 Regionen zu kontroversen Diskussionen. Wir unterstützen, dass der Kreis Wesel und der
24 Regionalverband Ruhr gemeinsam mit der Bürgerschaft Planungsalternativen für den
25 Betuwe-Streckenausbau erarbeiten wollen. Dabei gilt für uns: Beim Ausbau bzw. Neubau
26 der Schienenstrecken werden wir uns dafür einsetzen, dass höhere Lärmschutzmaßnah-
27 men umgesetzt werden. Dazu darf der "Lärmbonus" für die Schiene in den Planungsver-
28 fahren nicht berücksichtigt werden. Die notwendigen Anpassungen bei der Kreuzung von
29 Straßen darf nicht auf dem Rücken der Kommunen finanziert werden. Für europäische
30 Güterverkehrsstraßen auf der Schiene muss der Bund bzw. das Land die volle finanzielle
31 Verantwortung übernehmen.

32 **LKW-Lawine durch Mauterhöhung stoppen**

33 Die Prognosen für das Wachstums des LKW-Verkehrs gehen davon aus, dass bis zum
34 Jahr 2025 die Verkehrsleistungen um rd. 80 Prozent steigen werden. Ein solches Wachs-
35 tum würde weite Teile des Straßennetzes in den völligen Dauerstau führen, weil insbe-
36 sondere in den Ballungsräumen die Flächen fehlen, um Straßen auszuweiten. Mit der
37 LKW-Maut ist ein erster wichtiger Schritt eingeleitet worden, um die durch den LKW-
38 Verkehr verursachten Schäden an den Straßen und Brücken dem Verursacher anzulas-
39 ten. Es werden aber bei weiten noch nicht alle Schadenskosten abgedeckt, so dass die
40 Allgemeinheit immer noch einen großen Teil aus dem Steueraufkommen subventionieren
41 muss. Wir wollen die Mautpflicht auch für LKW unter 12 Tonnen einführen und die Maut-
42 erhebung auf das gesamte Netz an Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen ausweiten.
43 Gütertransporte – insbesondere auf langen Strecken – gehören auf die Schiene. Deshalb
44 wollen wir die LKW-Maut progressiv gestalten. Je weiter die Fahrstrecke, desto höher soll
45 die LKW-Maut pro gefahrenem Kilometer sein. Auf stark belasteten Strecken mit einem
46 hohen Anteil von LKW-Durchgangsverkehr wollen wir die gesetzlichen Möglichkeiten dazu
47 nutzen, den LKW-Ausweichverkehr durch Streckensperrungen oder Nachtfahrverbote auf
48 die Autobahnen zurück zu drängen. Damit sollen die Wohngebiete von den Lärmbelas-
49 tungen und den Luftschadstoffen entlastet werden.

50 **Subventionen für den Luftverkehr beenden**

51 Fliegen ist die umweltschädlichste Art der Fortbewegung. Doch die Folgen des Klimawan-
52 dels oder die Schäden durch Lärm und Abgase werden dem Flugverkehr nicht angelastet.
53 Die Befreiungen des Flugverkehrs bei der Mineralöl-, Öko- und Mehrwertsteuer sorgen für

1 eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber Bus und Bahn. Ein unkontrollierter Ausbau von
2 Flughäfen ist aber auch volkswirtschaftlich schädlich. Insbesondere bei den Regionalflug-
3 häfen und kleineren Flugplätzen handelt es sich meist um chronisch defizitäre Subventi-
4 onsruienen. Sie binden öffentliche Mittel, die viel sinnvoller in Bildung, Umweltschutz oder
5 soziale Projekte anzulegen sind. Nutznießer dieser Subventionierung sind Billigfluggesell-
6 schaften, die die Flugplatzstandorte durch ihre Forderung nach geringen Gebühren ge-
7 geneinander ausspielen. Gemeinsam mit den Grünen im Bund und in Europa setzen wir
8 uns deshalb für ein Ende der Befreiung des Flugverkehrs bei Mineralöl-, Öko- und Mehr-
9 wertsteuer sowie eine Anlastung der Umweltkosten beim Ticketpreis ein. Außerdem tre-
10 ten wir für bundesweit einheitliche Start- und Landegebühren ein, um den ruinösen
11 Wettbewerb der Flughäfen untereinander zu beenden.

12 **Kapazitäten sinnvoll nutzen statt ausbauen**

13 In den nächsten Jahren muss die NRW-Luftverkehrskonzeption 2010 überarbeitet wer-
14 den. Wir Grüne setzen dabei den Schwerpunkt auf die Beseitigung der Umweltfolgen des
15 Flugverkehrs und den Schutz vor krankmachenden Lärm. (Mehr dazu auf Seite 53). Bei
16 den Genehmigungsverfahren sind die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner und des
17 Umweltschutzes stärker zu beachten. Der Ausbau von Flughäfen darf vom Land weder
18 subventioniert noch durch Bürgschaften für Kredite gefördert werden. Eine weitergehen-
19 de Dezentralisierung muss verhindert werden, da sie nur zu immer höheren Belastungen
20 der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler führt.

21 Ein besonders großes Subventionsgrab ist der Dortmunder Flughafen, für den die Dort-
22 munder Bürgerinnen und Bürger mehr als 320 Millionen Euro über ihre Strom-, Gas- und
23 Wasserrechnung bezahlen mussten. Für uns Grüne gilt hier: Keinen Meter mehr und kei-
24 ne Minute länger. Auch durch einen weiteren Ausbau würde das wirtschaftliche Defizit
25 des Flughafens auf Dauer fortgeschrieben.

26 Auch den Ausbau des Flughafens Münster-Osnabrück zu einem Interkontinentalflughafen
27 und die Verlängerung der Start- und Landebahn am Verkehrslandeplatz Mönchenglad-
28 bach lehnen wir aus umwelt-, verkehrs- und wirtschaftspolitischen Gründen ab. Die Be-
29 triebsgenehmigung am Airport Weeze vom 1. Mai 2009 muss zurückgenommen werden
30 und der reguläre Flugbetrieb entsprechend der Vorgaben des Oberverwaltungsgerichtes
31 Münster auf die Zeit von 6 bis 22 Uhr beschränkt werden. Der Flughafen Essen-Mülheim
32 darf nicht zu einem Business-Airport mit Düsenflugzeugen ausgebaut werden; stattdes-
33 sen muss es zu einer schnellstmöglichen Schließung dieses Flughafens kommen. Gleich-
34 ermaßen lehnen wir die Startbahnverlängerungen mit Landesmitteln an den zehn so
35 genannten „Schwerpunkt-Verkehrslandeplätzen für den Geschäftsreiseluftverkehr“ ab.

36 **Nachtflugverbot in Köln-Bonn umsetzen**

37 Das Verbot von nächtlichen Passagierflügen zwischen 0 und 5 Uhr, das der Landtag auf
38 Initiative der Grünen im August 2007 einstimmig beschlossen hat, muss endlich umge-
39 setzt werden. Zusätzlich wollen wir kurzfristig Lärmobergrenzen in der Zeit von 22 bis 6
40 Uhr mittels Lärm- und Bewegungskontingentierungen durchsetzen. Langfristig treten wir
41 für ein generelles Nachtflugverbot zwischen 23 und 6 Uhr ein. Außerdem darf es zu kei-
42 ner Privatisierung des Flughafens kommen, solange es nicht zu wirkungsvollen Beschrän-
43 kungen des Nachtfluges gekommen ist, weil sich sonst mögliche Privatinvestoren eine
44 Ewigkeitsgarantie auf Weiterbetrieb des Nachtflugs geben ließen.

45 **Kein Drehkreuz Flughafen Düsseldorf**

46 Wir lehnen eine Drehkreuz-Funktion des Flughafens Düsseldorf und weitere kapazitäts-
47 erweiternde Ausbauvorhaben entschieden ab. Wir wenden uns auch gegen alle Versuche
48 einer Unterhöhlung des Vertrags mit den Umlandkommunen (Angerlandvergleich), der
49 die Einbahnkapazität (Nordbahn lediglich Ersatzbahn) festschreibt. Wir fordern ein strik-
50 tes Nachtflugverbot sowie die scharfe Überwachung und Sanktionierung nächtlicher Ver-
51 spätungen. Bei regelmäßigen nächtlichen Verspätungen aufgrund zu enger Umlaufpla-
52 nungen der Fluggesellschaften sind drastische Strafgebühren einzuführen. Die Sonderre-
53 gelung für Home-Base-Carrier (Fluggesellschaften mit einer Wartungsbasis am Flughafen

1 Düsseldorf), die besagt, dass ohne Angaben von Gründen bis 24 Uhr und von 5 bis 6 Uhr
2 gelandet werden darf, muss abgeschafft werden.

3

4 **Wir wollen:**

5

6 • **eine ökologische und soziale Verkehrswende einleiten;**

7 • **eine Ausbauoffensive für Bus und Bahn;**

8 • **die flächendeckende Einführung eines NRW-Sozialtickets;**

9 • **Güter auf die Schiene bringen und die LKW-Lawine durch Mauterhöhung**
10 **stoppen;**

11 • **die Subvention des Luftverkehrs beenden.**

12

1 Soziales NRW: 2 Für Gerechtigkeit und Zusammenhalt

3 **Grüne Sozialpolitik bedeutet: Gerechtigkeit, Teilhabe und Selbstbestimmung.**
4 **Strukturelle und materielle Armut müssen abgebaut werden. Die wichtigsten**
5 **Bereiche des sozialen Lebens müssen für alle Menschen zugänglich sein. Dazu**
6 **gehören:**

7 ▪ **Bildung und Arbeit**

8 ▪ **Ein existenzsicherndes Einkommen**

9 ▪ **Schutz vor gesundheitlichen Risiken**

10 ▪ **Eine solidarische Absicherung der Kosten von Krankheit, Behinderung und**
11 **Pflege**

12 ▪ **Die Chance, ein selbstbestimmtes Leben zu führen**

13 **Dies gilt für alle Menschen, egal ob alt oder jung, ob mit Behinderung oder oh-**
14 **ne.**

15 **1. Arbeitsmarktpolitik**

16 **Wir wollen jedem Menschen den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen und**
17 **darauf hinwirken, dass jede Art von Arbeit, egal in welchem Bereich, gesell-**
18 **schaftlich anerkannt wird.**

19 **Jeder Mensch hat das Recht auf eine Arbeit, die seine Existenz sichert. Wer**
20 **Vollzeit arbeitet, muss auch von diesem Einkommen leben können! Dies wollen**
21 **wir erreichen.**

22 **Grüne Arbeitsmarktpolitik besteht aus sechs Säulen:**

23 **1. Eine umfassende Bildung und Ausbildung für alle, unabhängig vom Geldbeutel**
24 **und Bildungsstand der Eltern**

25 **2. Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze mit dem „Green New Deal“**

26 **3. Schaffen „öffentlicher“ Arbeitsplätze in Bereichen in gesellschaftlich not-**
27 **wendigen, aber nicht immer lukrativen Bereichen**

28 **4. Abbau von Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt z.B. der Loh-**
29 **nungleichheit**

30 **5. Ein Konzept zur passgenauen Qualifizierung und Weiterbildung für diejeni-**
31 **gen, die in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden wollen und können,**
32 **weil sie diesen durch Familien- und Pflegephasen, durch Krankheit, oder aus**
33 **anderen Ursachen verlassen haben**

34 **6. Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die Möglichkeit, einer un-**
35 **abhängigen Beratung geben**

36 **"Gute Arbeit" und reguläre Beschäftigung stärken**

37 Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass wir in der Arbeitsmarktpolitik umsteu-
38 ern müssen. Ein großer Teil des von der Bundesregierung gern ins Feld geführten „Job-
39 wunders“ der letzten beiden Jahre entfiel auf ungesicherte Beschäftigung im Niedriglohn-
40 und Zeitarbeitssektor. Wie wenig nachhaltig und wie krisenanfällig diese Arbeitsplätze
41 sind, zeigt der Erdbeben in der Zeitarbeit: etwa ein Drittel der Zeitarbeiterinnen und
42 Zeitarbeiter hat in der Krise den Arbeitsplatz wieder verloren. Die Flexibilisierung und
43 Deregulierung am Arbeitsmarkt hat zudem zu schweren sozialen Verwerfungen geführt.

1 Mittlerweile arbeitet fast jeder fünfte Arbeitnehmer in NRW zu einem nicht existenzsi-
2 chernden Lohn. Jede dritte Frau wird, oft trotz guter Qualifikation, mit einem Niedriglohn
3 abgespeist.

4 Wir wenden uns gegen den von CDU und FDP geforderten Irrweg von flächendeckenden
5 Kombilohnlösungen. Die vielen "Aufstocker", die ergänzend zum Erwerbseinkommen SGB
6 II-Leistungen wie einen Kombilohn beziehen müssen, beweisen, dass dies nur zu einem
7 Abbau „regulärer Arbeit“ beiträgt. Ein genereller Lohndruck nach unten ist entstanden,
8 und immer öfter werden existenzsichernde Löhne unterschritten. Prekäre Arbeit darf
9 nicht länger durch die Jobcenter auch noch finanziell unterstützt werden.

10 Wir Grüne setzen uns auch über die Landespolitik dafür ein, dass die Arbeitswelt wieder
11 soziale Leitplanken erhält. Ein zentraler Punkt ist ein gesetzlicher Mindestlohn, der immer
12 dann wirkt, wenn es keine höheren tariflichen Vereinbarungen gibt.

13 Unabhängig von der Einstiegshöhe, die zwischen 7,50 und 10,- Euro/Std. diskutiert wird,
14 muss es wie in Großbritannien eine Kommission geben, die eine kontinuierliche Anpas-
15 sung entwickelt. Dabei darf die Höhe nicht unter der Niedriglohnschwelle liegen.

16 Wir fordern einen Prozess hin zu "Guter Arbeit", die mit Respekt, Anerkennung, Wert-
17 schätzung, angemessener Bezahlung, familienverträglicher Arbeitszeitgestaltung und
18 dem Recht auf Mitwirkung und Mitbestimmung verbunden ist. Zur Stärkung des Standor-
19 tes NRW werden wir eine Offensive für mehr gute Arbeit insbesondere in den Zukunfts-
20 branchen starten.

21 Wir wollen Anreize für neue reguläre Beschäftigung setzen und prekäre Beschäftigung
22 zurückdrängen, indem wir Fehlanreize abschaffen. Wir nutzen die rechtlichen Möglichkei-
23 ten, um soziale und ökologische Standards bei öffentlicher Auftragsvergabe sicherzustel-
24 len, und setzen uns für die Wiedereinführung des Tariftreue-Gesetzes ein.

25 **Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen – Beschäf-** 26 **tigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken**

27 Nach wie vor ist in Deutschland der Anteil älterer ArbeitnehmerInnen in den Betrieben
28 sehr gering. Jedes zweite Unternehmen beschäftigt keine über 50-Jährigen.

29 Viele werden noch immer gegen ihren Willen auf Grund ihres Alters und vorgeblicher
30 Leistungseinschränkungen in die Arbeitslosigkeit oder die Frühverrentung abgeschoben.
31 Berufliche Weiterbildung, altersgerechte Arbeitsplätze und Gesundheitsförderung gibt es
32 in den wenigsten Unternehmen. Die Chancen, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, sind
33 insbesondere für die über 55-Jährigen ausgesprochen gering. Das ist nicht nur un-
34 gerecht, sondern auch volkswirtschaftlich schädlich. Bereits jetzt wird es für die Unter-
35 nehmen immer schwieriger, junge, hochqualifizierte Fachkräfte zu finden. Wir wollen die-
36 sem Jugendwahn eine Arbeitsmarktpolitik entgegensetzen, die Anreize schafft, die Le-
37 bens- und Berufserfahrung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wertzü-
38 schätzen und in den Unternehmen eine Kultur der Weiterbildung und Gesundheitsförde-
39 rung zu etablieren.

40 Wir setzen uns dafür ein, dass es mehr flexible Übergänge in den Ruhestand gibt, die die
41 unterschiedlichen gesundheitlichen Belastungen in den Berufen berücksichtigen, denn es
42 ist ein Unterschied, ob jemand viele Jahre in der Pflege, auf dem Bau, als Kellnerin oder
43 in einem akademischen Beruf gearbeitet hat. Dies macht es für ältere Beschäftigte leich-
44 ter, bis zur Regelaltersgrenze mit weniger Stunden zu arbeiten und mit der verbleiben-
45 den Arbeitszeit weiterhin Rentenanwartschaften aufzubauen. Dazu müssen im Bund die
46 rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

47 **Frauenerwerbstätigkeit und Gleichstellung im Beruf stärken**

48 Die massive Kürzung des Qualifizierungs- und Weiterbildungsbudgets der Bundesagentur
49 für Arbeit hat die Möglichkeiten zur Qualifikationsanpassung von Frauen nach familienbe-
50 dingten Auszeiten und zur Förderung der Berufsintegration stark beschnitten. Es reicht
51 nicht, das Prinzip des Gender Mainstreaming in Präambeln niederzulegen, sondern der
52 Abbau von Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt ist auch nach den Zielsetzun-
53 gen des Europäischen Sozialfonds eine wichtige Aufgabenstellung der Beschäftigungsför-

1 derung. Deshalb wollen wir auch mit Mitteln des Landesarbeitsmarktes dafür sorgen,
2 dass entlang verbindlich vorgesehener Programme, Mittel und Infrastrukturen bereit ste-
3 hen für:

- 4 • Wiedereingliederungshilfen nach Erziehungszeiten,
- 5 • die Teilzeitausbildung junger Mütter,
- 6 • Umschulungen zum Ausstieg aus Berufen mit niedrigen Erwerbseinkommen oder
7 familienfeindlicher Arbeitszeiten,
- 8 • Maßnahmen zur Arbeitszeitgestaltung in pflegenden Berufen zur Verbesserung der
9 Familientauglichkeit und
- 10 • familiengerechte Arbeitszeitmodelle für Beschäftigte in Leitungsfunktionen.

11 Frauen sollen während der Familienzeiten ihre berufliche Qualifikation nicht verlieren.
12 Dazu haben auch die ehemaligen Regionalstellen Frau und Beruf eine wichtige Funktion
13 ausgefüllt, deren Förderung CDU und FDP aus ideologischen Gründen eingestellt haben.
14 Wir wollen diese Anlaufstellen in allen Regionen in NRW wieder ermöglichen.

15 **Aktive Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierung vor Ort unterstützen**

16 Seit den Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre liegt die Hauptzuständigkeit für die Ar-
17beitsmarktintegration bei der Bundesagentur für Arbeit und den örtlichen Jobcentern. Wir
18erkennen jedoch die Notwendigkeit, deren Arbeit durch innovative Impulse und zielgrup-
19penspezifische Programme zu ergänzen. Landesarbeitsmarktpolitik kann z.B. ein regiona-
20les Defizit gezielt angehen, indem mit örtlichen Akteuren neue Strategien entwickelt und
21neue Handlungsfelder angeregt werden.

22 Die Mittel aus dem europäischen Sozialfonds müssen zielgerichtet und passgenau einge-
23setzt werden: Für die Qualifizierung, Weiterbildung und Ausbildung derjenigen Gruppen
24am Arbeitsmarkt, die besonderer Förderung bedürfen. Daraus entstehen Impulse zur
25Weiterentwicklung von Arbeit und Beschäftigung in NRW. Insbesondere die Förderung
26der Frauenerwerbstätigkeit, der Beschäftigung von älteren Arbeitnehmerinnen und Ar-
27beitnehmern, von Menschen mit Migrationshintergrund, sowie von Langzeitarbeitslosen
28muss wieder durch passgenaue und zielgruppenspezifisch angelegte Konzepte verbessert
29werden.

30 Die Jobcenter der ARGEN und in den Optionskommunen in NRW brauchen endlich klare
31gesetzliche Rahmenbedingungen und Kontinuität. Grüne setzen sich dafür ein, dass die
32örtlichen Ebenen selbst entscheiden können, ob sie das Optionsmodell oder das ARGE-
33Modell wählen. Es muss sichergestellt sein, dass die Kommunen auf gleicher Augenhöhe
34in die Ausrichtung der Arbeitsmarktförderung, die Ausgestaltung der Grundsicherungs-
35leistung und die Zusammenarbeit mit den anderen sozialen Arbeitsfeldern vor Ort einbe-
36zogen sind. Wir fordern unabhängig von bundesgesetzlichen Vorgaben, in jeder ARGE
37oder Optionskommune eine unabhängige Ombudsstelle einzurichten, die sich mit Be-
38schwerden und unklaren Rechtsauslegungen befasst und damit versucht der bestehenden
39Rechtsunsicherheit und Klageflut im Vorfeld zu begegnen und so die sozialen Bürgerrech-
40te der Betroffenen zu stärken.

41 **Revitalisierung der regionalen Arbeitsmarktpolitik**

42 Nachdem CDU und FDP die regionalen Arbeitsmarktstrukturen ganz von der kommunalen
43Selbstverwaltung abgekoppelt haben, wollen wir eine Revitalisierung der regionalen
44Strukturen unter Einbeziehung der kommunalen Selbstverwaltung und so die Arbeit der
45örtlichen Jobcenter unterstützen. Dabei wollen wir die Ansätze, die in den Regionen ent-
46wickelt werden, fördern und wieder verstärkt vernetzen.

47 **Förderung der Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen wieder aufnehmen**

48 Wir wollen die Förderung der unabhängigen Arbeitslosenberatungsstellen und der Ar-
49beitslosenzentren in NRW wieder aufnehmen, denn diese Einrichtungen sind für Arbeits-
50lose eine wichtige und unersetzbare Hilfestellung zur Wahrung ihrer sozialen Bürgerrech-
51te und zur Bewältigung einer schwierigen Lebenssituation. Zudem wollen wir eine unab-
52hängige Sozialberatung für Menschen, die Sozialhilfeleistungen nach dem SGB XII bezie-
53hen, fördern.

1 **Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – Langzeiterwerbslose brauchen** 2 **eine Perspektive**

3 Für die Gruppe derjenigen, die mittelfristig keine Chance zur Integration in den ersten
4 Arbeitsmarkt haben, wollen wir endlich Perspektiven schaffen, indem wir dauerhafte Be-
5 schäftigung in einem öffentlich geschaffenen Sektor ermöglichen. Viele gesellschaftlich
6 wünschenswerte Tätigkeiten sind derzeit weder öffentlich noch über einen freien Ange-
7 botsmarkt finanzierbar. Dies wären etwa Tätigkeiten im Bereich Umweltschutz, Umwelt-
8 und Naturpflege, Gemeinwesenarbeit und das Feld haushaltsnaher und pflegeergänzen-
9 der Dienstleistungen, aber auch eine Reihe der Tätigkeiten, die heute noch von Zivil-
10 dienstleistenden abgedeckt werden.

11 Bei der Entwicklung der dauerhaften öffentlichen Beschäftigung sollen die Erfahrungen
12 des schwedischen Samhall-Modells (eine öffentliche Beschäftigungsgesellschaft bietet
13 Haushalts-Dienstleistungen für ältere Menschen bietet und schafft hierüber Arbeitsplätze
14 für Menschen mit Benachteiligung) ebenso berücksichtigt werden, wie die in NRW unter
15 Rot-Grün begonnenen Modelle der Sozialen Wirtschaftsbetriebe sowie der Dienstleis-
16 tungspools und -agenturen. Dabei wollen wir reguläre Arbeitsverhältnisse unter den übli-
17 chen arbeitsrechtlichen Bedingungen schaffen und Anreize und Instrumente vorsehen,
18 die einen Übergang in eine reguläre Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt erleichtern.

19 Sinnvoll für diese Konzepte wäre ein Aufheben der zeitlichen Befristung der Förderin-
20 strumente des SGB II und das Schaffen der Möglichkeit, die verschiedenen Elemente öf-
21 fentlicher Transferleistungen (Grundsicherung, Unterkunft und Heizung, Eingliederungs-
22 mittel) zu einer Leistung zusammenzufassen und diese als Grundstock für die Finanzie-
23 rung einer Tätigkeit im öffentlichen Interesse nutzen zu können. Das Land NRW muss
24 seinen Einfluss geltend machen, damit die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Arbeits-
25 marktintegration entsprechend verändert werden.

26 **Haushaltsnahe Dienstleistungen ausbauen**

27 Der demografische Wandel sorgt für neue Arbeitsmärkte, denn er ist mit einem steigen-
28 den Bedarf an haushalts- und personenbezogenen Dienstleistungen verbunden. Die Zahl
29 der älteren, hilfe- und pflegebedürftigen alleinstehenden Menschen, und hier vor allem
30 der Frauen, wird in den nächsten Jahren erheblich zunehmen. Schon heute gibt es zu
31 wenige Angebote an passgenauen, bezahlbaren personenbezogenen und haushaltsnahen
32 Dienstleistungen. Deshalb wird nach wie vor ein sehr hoher Anteil von ihnen in Schwarz-
33 arbeit bzw. nicht gemeldeter geringfügiger Beschäftigung erbracht. Auf legalem sowie
34 illegalem Weg ist ein neuer Markt entstanden, der Frauen gerade aus Osteuropa zu ka-
35 tastrophalen Arbeitsbedingungen und Niedrigstentlohnung beschäftigt. Wir wollen, dass
36 sich dieser Bereich zu einem regulären Arbeitsmarkt mit menschenwürdigen Bedingungen
37 entwickeln kann.

38 Dazu sind politische Initiativen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene notwendig,
39 um die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass es zu einem bedarfsgerechten, für
40 die Betroffenen leicht zugänglichen und bezahlbaren Angebot kommt.

41 Vorbilder können die oben erwähnten Dienstleistungspools oder die österreichischen
42 Dienstleistungsschecks sein.

44 **Wir wollen:**

- 46 • **mehr sozialversicherungspflichtige Jobs schaffen;**
- 47 • **Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsplatz abbauen;**
- 48 • **öffentliche Beschäftigung finanzieren;**
- 49 • **aktive Arbeitsmarktpolitik vor Ort unterstützen;**
- 50 • **jungen Menschen faire Chancen eröffnen.**

1 **2. Armut bekämpfen – Teilhabe sichern**

2 **Wir sagen Armut und sozialer Ausgrenzung den Kampf an! Niemand darf außen**
3 **vor bleiben. Aber immer mehr Menschen werden auf Dauer ins soziale Abseits**
4 **gedrängt: sei es durch Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Armut. Es darf nicht**
5 **sein, dass Menschen mit sozialen Problemen in NRW keine Perspektive haben,**
6 **ihre Lebenssituation auf Dauer positiv zu verändern. Kinder sind von Armut be-**
7 **sonders betroffen. Für sie brauchen wir sofort eine eigene Kinder-**
8 **Regelsatzhöhe, die sich daran orientiert, was Kinder in unterschiedlichem Alter**
9 **für eine gesunde Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe benötigen. NRW**
10 **als größtes Bundesland muss hier endlich eine zweite unabhängige Kommission**
11 **einsetzen, die den Bedarf von Kindern ermittelt.**

12 **Als Folge hoher Arbeitslosigkeit und zunehmend geringfügiger und prekärer Be-**
13 **schäftigungsverhältnisse erwarten wir in der Zukunft einen massiven Anstieg**
14 **von Altersarmut. Frauen werden durch ihre geringeren Einkommen besonders**
15 **betroffen sein. Dem müssen wir mit umfassenden Konzepten begegnen.**

16 **Gesamtkonzept gegen Ausgrenzung von Kindern schaffen**

17 Die Armutsberichte in Bund und Land zeigen, dass die Kluft zwischen armen und reichen
18 Haushalten immer größer wird, und immer mehr Menschen mit den Folgen der Armut zu
19 kämpfen haben. Besonders Alleinerziehende mit Kindern, kinderreiche Familien, Familien
20 mit Migrationshintergrund und Langzeitarbeitslose sind betroffen.

21 Neben allen Einschränkungen, die ein Leben in materieller Armut mit sich bringt, sind es
22 vor allem die Benachteiligung bei der Bildung, bei Gesundheit und der Möglichkeit, am
23 öffentlichen Leben teilzunehmen, die zu großer Ungerechtigkeit führen.

24 Seit langem fordern wir, dass in einem ersten Schritt wirksame Maßnahmen gegen die
25 Kinderarmut und für mehr Chancengleichheit ergriffen werden. Das Memorandum der
26 Sozialverbände zur Bekämpfung der Kinderarmut bestätigt die Grünen Forderungen nach
27 einem Gesamtkonzept gegen die Ausgrenzung von Kindern.

28 Im Bund, im Land und in den Kommunen brauchen wir einen entschlossenen Kraftakt,
29 keine unverbindlichen Erklärungen. CDU und FDP verweigern sich aber den zentralen
30 Elementen, die für einen Politikwechsel notwendig sind.

31 NRW muss auf allen Ebenen dafür eintreten, dass bundesgesetzlich die entscheidenden
32 Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das Land NRW muss Maßnahmen ergreifen, um
33 zu verhindern, dass in NRW ganze Regionen von der allgemeinen wirtschaftlichen Ent-
34 wicklung abgehängt werden und sich dort die sozialen Unterschiede verfestigen. In allen
35 Regionen Nordrhein-Westfalens muss jedes Kind eine faire Chance haben, gesund aufzu-
36 wachsen und eine förderliche Umgebung vorzufinden. Das heißt für uns Grüne, dass es
37 besonderer Fördermaßnahmen für die Stadtteile mit Erneuerungsbedarf und für struktur-
38 schwache Regionen bedarf.

39 Ein kleiner Schritt zu mehr Integration ist auch die Einführung von Sozialtickets. Sie er-
40 möglichen den einkommensschwachen Menschen, mobil zu sein. Die Kommunen sollen
41 hierfür mit Ausgleichsleistungen unterstützt werden.

42 **Wohnungslosenhilfe sichern und weiterentwickeln**

43 Eine weitere Folge von Armut kann Wohnungslosigkeit sein. Um Wohnungsnotfälle zu
44 vermeiden, brauchen wir die Zusammenarbeit von örtlicher Sozial-, Wohnungs- und Fa-
45 milienpolitik. Die unterschiedlichen Hilfen und Angebote und die zielgruppenorientierte
46 Arbeit in den Stadtteilen und Wohnquartieren sind zu vernetzen. Die schwarz-gelbe Lan-
47 desregierung hat sich aus der Landesförderung für Wohnungslosenprojekte zurückgezo-
48 gen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass das Land auch weiterhin neue Entwicklungen
49 in der Wohnungslosenhilfe fördert. Dazu gehören zum Beispiel:

- 50 • Eine medizinische Hilfe, die wohnungslose Menschen aufsucht und ärztlich versorgt;
- 51 • Wohnungsnotfallhilfen, die auf die Probleme von Frauen zugeschnitten sind;

- 1 • Hilfe- und Unterstützungsformen für junge Erwachsene unter fünfundzwanzig;
2 • Hilfeangebote für alte und pflegebedürftige wohnungslose Menschen und Menschen
3 mit Zuwanderungsgeschichte.

4 Die präventive Wohnungslosenhilfe muss auch für den ländlichen Raum entwickelt wer-
5 den. Weiterhin brauchen wir eine landesweite Koordinierungsstelle, die die geförderten
6 Projekte in den Kommunen berät und verstetigt.

7 **Alterssicherung – Armut im Alter entgegenwirken**

8 Die gesetzliche Rentenversicherung ist das Kernstück der Sicherung im Alter. Sie muss
9 weiterentwickelt werden, weil sie viele Personen bereits heute nur unzureichend vor Ar-
10 mut schützt und gerade in Zukunft für immer weniger Menschen eine Rente oberhalb des
11 Grundsicherungsniveaus gewährleistet. Vor allem Menschen mit unterbrochenen Er-
12 werbsbiografien, Teilzeiterwerbstätige und viele Selbstständige sind ungenügend abgesi-
13 chert. Wir setzen auf ein Alterssicherungssystem, das nachhaltig finanziert wird und allen
14 Menschen eine eigenständige und armutsfeste Rente gewährt. Hierzu gehört auch eine
15 aus Steuermitteln finanzierte Aufwertung der Rentenansprüche für Menschen mit gerin-
16 gen Einkommen als Schutz vor Armut im Alter.

17 Auch wenn dies im Wesentlichen im Bund und nicht im Landtag entschieden wird, muss
18 das Land hierzu über den Bundesrat aktiv werden.

19 **Wir wollen:**

20

- 21 • **armutsfeste Regelsätze, die die tatsächlichen Bedarfe berücksichtigen;**
22 • **kindgerechte Regelsätze, die dem tatsächlichen Bedarf von Kindern Rech-**
23 **nung tragen;**
24 • **Schulessen und Lernmittel für alle: jedem Kind ein warmes und gesundes**
25 **Mittagessen in der Schule, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern; Rückkehr**
26 **zur Lernmittelfreiheit;**
27 • **der Frauenarmut entgegenzutreten: Benachteiligung, die durch Lohndiskrimi-**
28 **nierung und Familienarbeit entsteht, wirksam stoppen; Kinder dürfen kein**
29 **Armutrisiko sein;**
30 • **einen generellen Mindestlohn für alle Beschäftigten, für die kein tariflich**
31 **festgelegter Mindestlohn gilt;**
32 • **keine Zwangsverrentung für Langzeitarbeitslose;**
33 • **das Armutrisiko Energiekosten vermeiden: Lösungen, die den Energie-**
34 **Grundbedarf bezahlbar machen und Anreize und Möglichkeiten zum Energie-**
35 **sparen – auch für arme Haushalte – schaffen.**
36

37

1 **3. Den pflegebedürftigen Menschen in den Mittelpunkt stellen**

2 **Alten- und Pflegepolitik muss der Individualität der Menschen gerecht werden.**
3 **Selbstbestimmung darf nicht im Alter oder bei Pflegebedürftigkeit enden, Men-**
4 **schcn wollen selbst entscheiden, selbst bestimmen, selbstbestimmt leben. Die**
5 **Bedürfnisse von Frauen und Männern sind dabei unterschiedlich.**

6 **Während Frauen häufig sehr lange selbstständig ihren Haushalt führen, haben**
7 **Männer schon sehr viel früher Unterstützungsbedarf. Zudem sollte jeder Mensch**
8 **das Recht haben zu entscheiden, ob ein Mann oder eine Frau pflegt.**

9 **Wir benötigen ein breites Spektrum an unterschiedlichen Angeboten.**

10 **Beratung und Unterstützung im Wohnquartier**

11 Der demografische Wandel stellt neue Anforderungen an die Politik. Der Anteil der Men-
12 schen, die im Alter Unterstützungsbedarf haben, wird weiter zunehmen.

13 Ältere und pflegebedürftige Menschen müssen, gerade wenn sie alleine leben, wissen, an
14 wen sie sich in Notfällen wenden können und welche Hilfsmöglichkeiten zur Verfügung
15 stehen Die Wohnquartiere müssen auf die Bedürfnisse von älteren und mobilitätsbeein-
16 trächtigten Menschen ausgerichtet werden. Das kann neben Hilfen und Dienstleistungen
17 für das selbstständige Wohnen, auch barrierefreie Wohnungen und Barrierefreiheit im
18 öffentlichen Nahverkehr oder bei öffentlichen Gebäuden umfassen. Wichtig ist ein Ange-
19 bot an Läden, Dienstleistungen und Hol- und Bringdiensten und eine stadtteil- und wohn-
20 quartiersnahe Beratung. Eine unabhängige Wohn- und Pflegeberatung, die in Quartiers-
21 stützpunkten gebündelt wird, kann dies leisten.

22 Der Quartiersstützpunkt soll eine Anlauf-, Informations- und Koordinationsstelle sein, die
23 in „Pantoffelentfernung“ zu erreichen ist.

24 Für allein lebende ältere Menschen ist es wichtig, soziale Kontakte zu halten, um nicht zu
25 vereinsamen. Hier sind kleine soziale Netzwerke im Wohnumfeld und Nachbarschafts-
26 zentren und Nachbarschaftsaktivitäten wichtig. Die derzeitigen Pflegestützpunkte sollen
27 in den Quartierstützpunkten aufgehen.

28 **Neue Wege in der Pflege – Neue Wohn- und Pflegeformen ausbauen**

29 Das Interesse älterer und pflegebedürftiger Menschen an neuen Wohnformen nimmt ra-
30 sant zu. Obwohl von den Menschen längst zeitgemäße Angebote nachgefragt werden,
31 setzen viele Träger und Investoren immer noch auf den Bau von Großeinrichtungen. Wir
32 wollen daher einen konsequenten Wechsel. Mit Wohnkonzepten, die im Stadtteil professi-
33 onelle Hilfe, Nachbarschaftsarbeit und soziale Netze miteinander verbinden, wollen wir
34 erreichen, dass ältere und pflegebedürftige Menschen in ihrem gewohnten Lebensumfeld
35 bleiben können.

36 Als Alternative zu den stationären Einrichtungen wollen wir neue Wohn- und Pflegefor-
37 men wie Hausgemeinschaften, Altenwohngemeinschaften oder das Wohnen mit Versor-
38 gungssicherheit im Stadtteil flächendeckend fördern.

39 Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Arbeit der regionalen Bera-
40 tungsstellen für "Neue Wohnformen im Alter" gesichert bleibt und gestärkt wird.

41 Darüber hinaus geht es um einen grundlegenden Umbau der bestehenden stationären
42 Einrichtungen. Die Pflegeheime müssen sich von Großeinrichtungen hin zu Orten des ge-
43 meinschaftlichen Wohnens wandeln: überschaubar, individuell und persönlich. Das Ein-
44 zelzimmer als Rückzugsraum und zur Wahrung der Intimsphäre muss in allen Wohn- und
45 Pflegeeinrichtungen Standard werden.

46 **Pflegenotstand beenden – Pflegeberufe attraktiv gestalten**

47 Der Pflege- und Gesundheitssektor ist eine Zukunftsbranche. In vielen Pflegeeinrichtun-
48 gen fehlt es allerdings schon heute an Fachkräften und fachlichem Nachwuchs. Auch des-
49 halb muss die Attraktivität der Pflegeberufe gesteigert werden.

1 Wir benötigen eine bedarfsgerechte Anzahl an Ausbildungsplätzen in den Pflegeberufen.
2 Wir werden uns dafür einsetzen, dass ausreichend viele Ausbildungsplätze zur Verfügung
3 gestellt werden und die Förderung der Ausbildungsstätten verbessert wird.
4 Um fachübergreifend Kompetenzen in der Pflege zu verankern, werden wir uns für eine
5 integrierte und durchlässige Ausbildung von Alten- und Krankenpflegeausbildung einsetzen.
6

7 **Pflege und Hilfe miteinander verzahnen**

8 Fast Dreiviertel der pflegebedürftigen Menschen werden durch Angehörige, Lebens-
9 partner und ambulante Pflegedienste in der häuslichen Umgebung versorgt. Wir wollen,
10 dass die pflegenden Angehörigen durch geeignete Angebote wie Beratung, professionelle
11 Unterstützung, Maßnahmen im Sozial- und Steuerrecht oder auch Pflegezeitregelungen
12 eine stärkere Unterstützung erhalten.

13 Der Großteil der häuslichen und professionellen Pflege wird auch heute noch überwiegend
14 von Frauen geleistet. Auch Männer gilt es in Zukunft in gleicher Weise in die Verantwor-
15 tung einzubeziehen. Weiter wird es darum gehen, auch ohne Angehörige eine gesicherte
16 Pflege in der eigenen Häuslichkeit abzusichern. Hierzu ist der Aufbau eines umfassenden
17 Pflege- und Hilfemixes notwendig.

18 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Finanzierung der Pflege verbessert wird. Hierzu
19 wollen wir auf Bundesebene unter anderem die Bürgerinnen- und Bürgerversicherung
20 einführen.

21 Mit der 2004 ins Leben gerufenen Landesinitiative Demenz-Service ist bereits ein regio-
22 nales Angebot an Servicezentren und eine Vielzahl an niedrigschwiligen Hilfeangeboten
23 entstanden. Dieses Netz wollen wir weiter stärken und ausbauen. Zudem wollen wir für
24 Menschen mit Demenz die Wohn- und Pflegeangebote deutlich verbessern, z.B. durch
25 Hausgemeinschaften.

26 **Leben am Lebensende**

27 In NRW sterben die meisten Menschen in Institutionen wie Krankenhäusern oder Heimen,
28 obwohl der größte Teil von ihnen lieber zu Hause im Kreis vertrauter Menschen die letzte
29 Lebenszeit verbringen möchte. Aus diesem Grund ist der Ausbau einer ambulanten pallia-
30 tiven Versorgung und der ambulanten Hospizdienste besonders wichtig.

31 Die dafür in Frage kommenden Dienste und Einrichtungen müssen finanziell weiter ge-
32 stärkt werden, um die ambulante und stationäre Hospizarbeit besser als bisher absichern
33 zu können. Dies gilt auch für eine Versorgung, die den besonderen Bedürfnissen von Kin-
34 dern und Jugendlichen und ihren Familien Rechnung trägt.

35 Unterschiedlichen Bedürfnissen von Frauen und Männern muss in der Hospizarbeit und
36 Palliativversorgung Rechnung getragen werden. Vielerorts müssen die Hospizangebote
37 auch vor dem unterschiedlichen kulturellen Hintergrund der Patientinnen und Patienten
38 erweitert werden, denn Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fühlen sich oft von den
39 bestehenden Diensten und Einrichtungen noch nicht angesprochen.

40 Trotz einiger Verbesserungen in den letzten Jahren ist die Versorgung und Begleitung
41 schwerstkranker und sterbender Menschen in der ärztlichen und pflegerischen Ausbildung
42 noch nicht hinreichend verankert. Daher müssen die Möglichkeiten zur Aus-, Fort- und
43 Weiterbildung im Bereich der Palliativversorgung und Sterbebegleitung weiter verbessert
44 werden. Wir Grünen werden uns für eine entsprechende Stärkung und Weiterentwicklung
45 der Pflege, Versorgung und Begleitung am Lebensende einsetzen.

46 **Lebenslagen älterer Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den Blick** 47 **nehmen**

48 Unsere Politik für ältere Menschen muss kultursensibel Wohn-, Pflege- und Unterstüt-
49 zungsangebote an den Bedürfnissen von Menschen mit Migrationshintergrund ausrichten.
50 Dazu wollen wir die Beteiligungsmöglichkeiten verbessern. Interkulturelle Begegnungs-
51 stätten sind wichtig, um den Zugang zu Angeboten der Gesundheitsförderung und ambu-
52 lanten Pflege zu erleichtern.

1 **Sozialer Isolation entgegenwirken – Beteiligungsformen weiterentwi-**
2 **ckeln**

3 Soziale Kommunikation, eine lebendige Nachbarschaft und die Möglichkeit, am öffentli-
4 chen Leben teilzunehmen, sind für die Menschen im Stadtteil wichtig. Alle Menschen, egal
5 welchen Alters müssen sich an der kreativen Umgestaltung ihres Wohnquartiers oder
6 Stadtteils beteiligen können und selbstverständlich gilt es, die Selbsthilfe und Stadteilini-
7 tiativen in Planung und Quartiersgestaltung einzubeziehen.

8 So sollte nach vielen Jahren des Wirkens der „von unten“ durchgesetzten kommunalen
9 Seniorenbeiräte deren Bedeutung nicht mehr in Frage stehen und die Gemeindeordnung
10 endlich um eine verbindliche Regelung zur Partizipation ergänzt werden. Die Ausgestal-
11 tung ist entsprechend der Vielfalt der Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen und
12 Kreisen zu regeln.

13

14

Wir wollen:

15

16

- **Quartiersstützpunkte als Anlauf-, Informations- und Koordinationsstelle, die in „Pantoffelentfernung“ zu erreichen ist;**

17

18

- **uns für neue Wohn- und Pflegeformen wie Hausgemeinschaften, Altenwohngemeinschaften oder das Wohnen mit Versorgungssicherheit im Stadtteil einsetzen;**

19

20

21

- **uns für eine integrierte und durchlässige Ausbildung der Alten- und Krankenpflegeausbildung einsetzen;**

22

23

- **das Zusammenleben der Generationen durch das Schaffen von Orten der Begegnung fördern;**

24

25

- **die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen verbessern.**

26

27

1 **4. Menschen mit Behinderungen**

2 **Nicht die Menschen sind behindert, sondern das Umfeld behindert die Men-**
3 **schen. Dies wollen wir ändern: Barrieren und Diskriminierungen im Alltag müs-**
4 **sen abgebaut werden. Grüne Politik will Selbstbestimmung und individuelle**
5 **Wahlmöglichkeiten eröffnen. Wir wollen Menschen mit Behinderung keinen Le-**
6 **bensweg vorgeben. Für uns gilt das Prinzip Ausgleich von Nachteilen, nicht Für-**
7 **sorge.**

8 **Die Inhalte der Übereinkunft der UN-Konvention für die Rechte von Menschen**
9 **mit Behinderungen stellen einen Meilenstein in der Behinderten- und in der**
10 **Rechtspolitik dar. Dazu gehören:**

- 11 **▪ das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben;**
- 12 **▪ das Recht auf eine eigene Familie, Partnerschaft und sexuelle Selbstbestim-**
13 **mung;**
- 14 **▪ das Recht auf Beschäftigung;**
- 15 **▪ das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und sozialen Schutz;**
- 16 **▪ gleicher Zugang zu Bildung und das Recht auf Unterricht im Regelschulsystem**
17 **(Inklusion);**
- 18 **▪ das gleiche Recht auf Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben;**
- 19 **▪ Schutz vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch.**

20 **Wir wollen die schnellstmögliche und umfassende Umsetzung der UN-**
21 **Konvention und treten dafür ein, dass hierzu in NRW wie auch im Bund ein Akti-**
22 **onsplan unter aktiver Beteiligung der Menschen mit Behinderung aufgestellt**
23 **wird.**

24 Mit der Umsetzung der UN-Konvention sind zugleich weitere Anforderungen an die Politik
25 und Gesellschaft gestellt. Hierzu gehören:

- 26 • Menschen mit Behinderungen einen angemessenen Lebensstandard zu garantieren,
27 der ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben sowie volle gesellschaftliche Par-
28 tizipation ermöglicht;
- 29 • den eigenen Lebensort frei wählen sowie selbstbestimmt und unabhängig von ande-
30 ren leben zu können;
- 31 • die Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderungen beim Zugang zur Arbeits-
32 welt und innerhalb der Arbeitswelt sowie die vollen Rechte für Arbeitnehmerinnen
33 und Arbeitnehmer zu sichern;
- 34 • jedem Kind mit Behinderung eine Schulbildung zusammen mit nichtbehinderten
35 Kindern zu sichern und ein Schulsystem zu realisieren, das alle Kinder, unabhängig
36 von ihren Fähigkeiten, mit einschließt;
- 37 • umfassende Maßnahmen gegen die Diskriminierung und Misshandlung von Frauen
38 und Mädchen mit Behinderungen vorzusehen.

39 **Selbstbestimmtes Wohnen und Leben unterstützen**

40 Menschen mit Behinderungen müssen, wie alle anderen Menschen auch ihren Aufent-
41 haltort frei wählen können und entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen. Eine
42 Verpflichtung auf eine besondere Wohnform darf es dabei nicht geben. Dies gilt für alle
43 Menschen, auch für diejenigen mit hohem Unterstützungsbedarf, denn der Anspruch auf
44 Teilhabe ist unteilbar.

45 Der Kostenvorbehalt bei der Gewährung ambulanter Leistungen führt immer noch dazu,
46 dass Menschen gegen ihren Willen in eine Heimeinrichtung eingewiesen werden. Dieser
47 Zustand ist nicht hinnehmbar, mit der UN-Menschenrechtskonvention unvereinbar und
48 muss geändert werden.

1 Durch die Zusammenführung der Zuständigkeiten für das Wohnen von Menschen mit
2 Behinderungen „in eine Hand“, die wir Grüne mit auf den Weg gebracht haben, konnte
3 bereits in den letzten sieben Jahren der weitere Anstieg stationärer Wohnheimplätze be-
4 grenzt werden. Damit einher ging der Ausbau des ambulanten selbstständigen Wohnens
5 in der eigenen Wohnung oder dem gemeinschaftliches Wohnen in einer begleiteten
6 Wohngemeinschaft.

7 Diese Entwicklung hin zum selbstständigen Wohnen werden wir weiterhin unterstützen.
8 Darüber hinaus müssen auch die unterstützenden Angebote vor Ort wie Beratung, Ar-
9 beits- und Beschäftigungsmöglichkeiten, Tages- und Begegnungsangebote entsprechend
10 ausgebaut werden.

11 **Inklusives Gemeinwesen fördern**

12 Wir setzen uns für ein inklusives Gemeinwesen ein, das Sondereinrichtungen überwindet.
13 Die örtliche Daseinsvorsorge muss im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention neu
14 ausgerichtet werden. Hierzu ist es auch notwendig, alle relevanten Gesetzbücher dahin-
15 gehend zu prüfen, ob ihre Regelungen im Hinblick auf die Herstellung und Durchsetzung
16 von Teilhaberechten hinderlich sind und daher angepasst werden müssen. Verbindliche
17 Ziele müssen vereinbart und umgesetzt werden.

18 Zudem gilt es, die Eingliederungshilfe in den kommenden Jahren deutlich zu verändern.
19 Die Leistungen müssen so ausgerichtet sein, dass die Menschenrechte, die Grundfreihei-
20 ten und die uneingeschränkte Teilhabe gesichert werden. Wir unterstützen die Forderun-
21 gen nach behinderungsbedingten, dauerhaften Nachteilsausgleichen, die einkommens-
22 und vermögensunabhängig zur Verfügung gestellt werden. Es darf nicht sein, dass Men-
23 schen mit Behinderung arm und somit ausgegrenzt werden, wenn sie Hilfen zur Teilhabe
24 erhalten müssen. Wir setzen uns für ein eigenständiges, bundesfinanziertes Leistungsge-
25 setz zum Nachteilsausgleich ein und sehen darin den ersten Schritt, das zersplitterte so-
26 ziale Leistungsrecht zu überwinden.

27 **Barrierefreies Planen und Bauen verbindlich regeln**

28 Alle Lebensbereiche der Gesellschaft müssen schrittweise barrierefrei werden. Wir Grüne
29 treten für ein umfassendes Verständnis von Barrierefreiheit ein. Barrieren sind nicht aus-
30 schließlich baulicher Natur, sondern Barrierefreiheit bedeutet Nutzbarkeit für alle Men-
31 schen mit und ohne Behinderung, unabhängig von der Art und Ausprägung ihrer Beein-
32 trächtigung. Nur durch die Herstellung einer Barrierefreiheit können z.B. Schulen und
33 andere Bildungsorte zu wirklichen Lebens- und Lernorten werden. Wir wollen einen leicht-
34 teren Zugang für Gehörlose durch Dolmetscher und Gebärden oder Untertitel im Fernse-
35 hen

36 Um alle öffentlichen Anlagen und Einrichtungen barrierefrei zu machen, wollen wir die
37 entsprechenden gesetzlichen Regelungen im Behinderten-Gleichstellungsgesetz des Lan-
38 des und der Landesbauordnung anpassen.

39 Die Erfahrungen haben bisher gezeigt, dass freiwillige Zielvereinbarungen zwischen Be-
40 hindertenorganisationen, öffentlichen Trägern und Kommunen nicht ausreichen, um eine
41 Barrierefreiheit flächendeckend zu erreichen. Deshalb werden wir uns nachdrücklich dafür
42 einsetzen, eine verbindliche Regelung mit klaren Zeitvorgaben für Land, öffentliche Trä-
43 ger und Kommunen zu vereinbaren.

44 **Berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen verbessern**

45 Zur Stärkung des Wunsch- und Wahlrechtes müssen alle Menschen mit Behinderung in
46 die Lage versetzt werden, selbst zu entscheiden, in welcher Form sie am Arbeitsleben
47 teilnehmen möchten. Dies kann sowohl eine Beschäftigung auf dem allgemeinen oder
48 dem geschützten Arbeitsmarkt als auch in einem Integrationsprojekt sein. Sie müssen
49 individuell gefördert und bei Bedarf nach dem Prinzip des Nachteilsausgleichs dauerhaft
50 unterstützt werden. Wir wollen, dass dies auch in Form eines dauerhaften Lohnkostenzu-
51 schusses (Minderleistungsausgleiches) oder Formen der unterstützten Beschäftigung
52 möglich ist.

1 Wir unterstützen den Ausbau von Integrationsunternehmen. Es ist unser Ziel ein mög-
2 lichst differenziertes und durchlässiges Angebot von niedrigschwelliger Beschäftigung bis
3 hin zur Vollzeittätigkeit (bei Lohnkostenzuschüssen) für unterstützte Arbeit vorzuhalten.
4 Auch für den geschützten Arbeitsmarkt in den Werkstätten muss das Selbstbestim-
5 mungsrecht, das Wunsch- und Wahlrecht und beispielsweise der Rechtsanspruch auf
6 Teilzeitbeschäftigung gelten. Die Mitbestimmungsrechte müssen gestärkt werden. Per-
7 spektivisch müssen die Beschäftigten einen echten Arbeitnehmerinnen- und Arbeitneh-
8 merstatus erlangen.
9 Wir brauchen das persönliche Budget für die berufliche Teilhabe. Die neuen gesetzlichen
10 Möglichkeiten des trägerübergreifenden persönlichen Budgets müssen im Interesse der
11 Menschen mit Behinderungen auch im Bereich Arbeit und Pflege genutzt werden können.
12 Deshalb halten wir eine trägerunabhängige und qualifizierte Beratung zur Durchsetzung
13 des trägerübergreifenden persönlichen Budgets für unbedingt erforderlich.

14

15 **Wir wollen:**

16

- 17 • **das Wunsch- und Wahlrecht, wie es in der UN-Konvention verankert ist, in**
- 18 **die Praxis umsetzen;**
- 19 • **ein inklusives Gemeinwesen, das Sondereinrichtungen überwindet;**
- 20 • **Barrierefreiheit im umfassenden Sinn;**
- 21 • **die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen fördern.**

22

23

1 **5. Gesundheitspolitik für Alle**

2 **Die neue Bundesregierung will die bisher von einer breiten gesellschaftlichen**
3 **Akzeptanz getragene solidarische Krankenversicherung für eine einkommens-**
4 **nabhängige Finanzierung zerschlagen. Nach den Plänen soll der Unternehmer**
5 **genauso viel zahlen wie seine Sekretärin, die junge und gesunde Sparkassen-**
6 **angestellte das Gleiche wie der Rentner. Dies wird die bestehende Benachteiligung**
7 **einkommensschwacher und bildungsferner Bevölkerungsschichten im Zu-**
8 **gang zu Gesundheitsleistungen weiter verschlechtern. Eine solche Entsolidarisierung**
9 **wollen wir Grünen nicht hinnehmen und NRW als bevölkerungsreichstes**
10 **Land muss hierzu im Bund eindeutig Stellung beziehen.**

11 **Aufgabe einer von Land und Kommunen getragenen Gesundheitspolitik muss es**
12 **sein, eine gemeindenaher, leicht zugängliche gute Versorgung aller Bevölkerungs-**
13 **gruppen in allen Regionen und unabhängig vom Geldbeutel sicherzustellen.**
14

15 **Prävention und Gesundheitsförderung müssen endlich als gleichwertige Ele-**
16 **mente des Gesundheitswesens betrachtet werden, damit Krankheiten erst gar**
17 **nicht oder später entstehen.**

18 **Wir brauchen eine zukunftsfähige Krankenhauslandschaft, die sich aus Patien-**
19 **tensicht für die ambulante Versorgung öffnet und Kompetenzzentren beinhaltet.**

20 **Trotz allen medizinisch-technischen Fortschritts sind die medizinische Behand-**
21 **lung und die Pflege von Mensch zu Mensch nicht zu ersetzen. Menschliche Zu-**
22 **wendung und Beratung müssen deshalb wieder einen höheren Stellenwert in**
23 **der gesundheitlichen Versorgung erhalten.**

24 **Auch die Naturheilkunde und komplementärmedizinische Angebote müssen da-**
25 **bei einen gleichberechtigten Stellenwert in der gesundheitlichen Versorgung**
26 **erhalten. Die Wahlmöglichkeit zwischen den unterschiedlichen Behandlungsarten**
27 **muss anerkannte alternative Behandlungsmethoden einbeziehen.**

28 **Gesundheitspolitik an der Lebenslage der Menschen ausrichten – Ge-** 29 **sundheitsversorgung vor Ort sichern**

30 Armut ist das Gesundheitsrisiko Nummer eins. Wer krank ist, muss sich darauf verlassen
31 können, dass er die notwendigen medizinischen und gesundheitlichen Leistungen erhält –
32 unabhängig von Einkommen, Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage und Wohnort. Die me-
33 dizinische Versorgung und Gesundheitsprävention vor Ort muss auf die Lebenssituation
34 und das Wohnumfeld der Menschen ausgerichtet werden.

35 Wir wollen die örtlichen Gesundheitskonferenzen sowie die verschiedenen Ebenen des
36 öffentlichen Gesundheitsdienstes stärken. Ihnen kommt insbesondere für die Koordinati-
37 on der ortsnahen Versorgung, den Ausbau der Prävention, die Bewältigung der Heraus-
38 forderungen des demografischen Wandels und den Abbau von Zugangshemmnissen bei
39 sozial benachteiligten Gruppen eine besondere Bedeutung zu.

40 Die Sicherung der wohnortnahen gesundheitlichen Versorgung ist eine der zentralen Her-
41 ausforderungen zukünftiger Landesgesundheitspolitik und insbesondere für weniger mo-
42 bile Personengruppen wie ältere Menschen und Kinder von Bedeutung.

43 Bereits heute ist in einer Reihe von ländlichen Gemeinden eine Versorgung durch nieder-
44 gelassene Ärztinnen und Ärzte kaum mehr gesichert. Um dem Mangel zu begegnen, kann
45 eine Unterstützung für diejenigen Ärztinnen und Ärzte, die sich in unterversorgten Regio-
46 nen niederlassen wollen, sinnvoll sein.

47 Um gleichzeitig eine Abwanderung niedergelassener Ärztinnen und Ärzte in Orte und
48 Stadtteile mit finanzkräftigeren Versicherten und Privatversicherten auf Dauer zu verhin-
49 dern, ist außerdem eine Angleichung der Honorare sowie der Gebührensätze der GKV und
50 PKV nötig. Auch ist nicht zu akzeptieren, dass Hausärzte in NRW eine wesentlich geringe-
51 re Vergütung für dieselben Leistungen erhalten als in anderen Bundesländern.

1 **Regionale Vernetzung fördern – den ländlichen Raum zum Motor der** 2 **Veränderung in der gesundheitlichen Versorgung machen**

3 Ältere Menschen sind auf kurze Wege bei der Normalversorgung angewiesen. Wir Grünen
4 setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen so an-
5 gepasst werden, dass die wohnortnahe Versorgung sichergestellt bleibt und den Heraus-
6 forderungen des demografischen Wandels gerecht wird. So müssen z.B. Hausbesuche
7 besser vergütet und im ländlichen Raum kleinere Versorgungsgebiete ausgewiesen wer-
8 den.

9 Die Landesgesundheitspolitik muss regionale und ortsnahe Konzepte vorantreiben, in
10 deren Mittelpunkt die integrierte Versorgung der Patientinnen und Patienten steht. Hierzu
11 gehören auch Gemeinschaftspraxen und Gesundheitszentren. Dies sollte auch zu einer
12 Stärkung der ambulanten Versorgung führen. Attraktiv können insbesondere für jüngere
13 Ärztinnen und Ärzte Teilzeitregelungen, flexible Arbeitszeiten und eine bedarfsgerechte
14 Kinderbetreuung sein.

15 Wir Grüne wollen, dass der Prozess der Umorientierung der gesundheitlichen Versorgung
16 auf die Sicherstellung einer qualitativ guten, gut verzahnten und gemeinwesenorientier-
17 ten Versorgung im Zusammenspiel der verschiedenen Leistungserbringer aktiv gestaltet
18 und befördert wird. Für ihre Sicherstellung müssen schnell Maßnahmen ergriffen werden,
19 um dem Ärztemangel zu begegnen. Insbesondere müssen Verbesserungen in der Lehre
20 und der hausärztlichen Ausbildung schnellst möglich angegangen werden.

21 **Krankenhäuser für die Zukunft ausrichten**

22 Die flächendeckende Krankenhausversorgung gehört muss auch in Zukunft gesichert
23 werden. Zur Sicherung der Krankenhausversorgung in ländlichen Gebieten können dabei
24 auch neue Angebots- und Kooperationsformen wie Portalkliniken oder Gesundheitszent-
25 ren eine sinnvolle Lösung bieten.

26 Die Krankenhausplanung muss in der Zuständigkeit der Länder bleiben. Allerdings ist es
27 notwendig, den Investitionsstau in vielen Krankenhäusern abzubauen.

28 Die anhaltende Tendenz zur Privatisierung im Krankenhausbereich halten wir für sehr
29 bedenklich. Nicht hinnehmbar ist eine Entwicklung, bei der die Dienstleistungen, pflegeri-
30 sche und nichtmedizinische Leistungen über Personaldienstgesellschaften und Zeitar-
31 beitsfirmen erbracht und damit die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern weiter
32 verschlechtert werden. Eine gute medizinische und pflegerische Versorgung erfordert
33 auch gute Arbeitsbedingungen. Insbesondere im Bereich der Krankenpflege ist es in den
34 letzten Jahren zu einem starken Personalabbau und damit zu einer hohen Verdichtung
35 der Arbeitsanforderung gekommen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Kranken-
36 pflege wieder mehr Bedeutung zugemessen wird.

37 **Patientinnen und Patienten stärken – Beratung ausbauen – Selbsthilfe** 38 **fördern**

39 Unabhängige Beratungsangebote sollen die Position von Patientinnen und Patienten stär-
40 ken, indem sie sie durch den Dschungel des Gesundheitssystems lotsen. Wir wollen, dass
41 Bund und Länder auch finanziell dazu beitragen, dass eine solche Beratungsstruktur ent-
42 stehen kann. In NRW sollen Modelle ein landesweites Angebot für die unabhängige Ber-
43 atung initiieren und perspektivisch soll in jeder Region ein entsprechendes Angebot zur
44 Verfügung stehen, das mit den bestehenden Selbsthilfeinitiativen abgestimmt und ver-
45 zahnt wird. Rahmenbedingungen und Förderung müssen verlässlich und den Aufgaben
46 angemessen ausgestaltet werden.

47 **Gesundheitspolitik geschlechtergerecht gestalten**

48 Ursachen und Auswirkungen von Erkrankungen sind bei Frauen und Männern unter-
49 schiedlich, ebenso die Bewertungen von Krankheitserscheinungen. Es bedarf einer medi-
50 zinischen und therapeutischen Versorgung, die auf die spezifischen Bedarfslagen von
51 Frauen und Männer ausgerichtet ist. Ihre unterschiedlichen Probleme und Bedürfnisse
52 müssen insbesondere bei Präventionsangeboten besser berücksichtigt werden.

1 **Alle Kinder haben ein Anrecht auf eine gesunde Entwicklung**

2 Trotz vieler politischer Absichtserklärungen sind die Gesundheitschancen von Kindern in
3 NRW immer noch sehr unterschiedlich. Soziale Benachteiligung, Umweltbelastungen und
4 schlechte Ernährung haben zur Folge, dass viele Kinder nicht gesund aufwachsen kön-
5 nen. Wir wollen diese Benachteiligungen auflösen und Strukturen so verändern, dass ein
6 gesundes Leben im Alltag für alle Kinder selbstverständlich wird: Das heißt, Kinderarmut
7 und soziale Benachteiligung reduzieren und Hilfsangebote ausbauen.

8 **Medizinische und gesundheitliche Versorgung im Alter**

9 Gerade vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft muss sich die örtliche
10 Gesundheitsversorgung mit ihren Angeboten stärker auf den Bedarf älterer Menschen
11 einstellen. Dazu gehören Angebote an Hausbesuchen sowie die Verankerung von geriatri-
12 scher Kompetenz in der gesamten Versorgung.

13 **Medizinische Versorgung auf die Belange von Menschen mit Behinderun-** 14 **gen ausrichten**

15 Nicht zuletzt die UN-Konvention fordert die „gemeindenahe“ gesundheitliche Versorgung
16 für alle Menschen mit Behinderungen. Doch die gesundheitliche Versorgung contergange-
17 geschädigter Menschen zum Beispiel weist erhebliche Defizite auf. Nur wenige Ärztinnen
18 und Ärzte verfügen über die Erfahrung und Kompetenz, conterganbedingte gesundheitli-
19 che Probleme und Beschwerden zu behandeln. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass
20 gemeinsam mit Kostenträgern, Leistungsanbietern und Contergan-
21 Selbsthilfeorganisationen ein Konzept zur gesundheitlichen Versorgung contergangeschä-
22 digter Menschen entwickelt wird.

23 **Weil der Mensch ein Mensch ist**

24 Psychische Krankheiten und Abhängigkeitserkrankungen gehören in den modernen Ge-
25 sellschaften zu den am weitesten verbreiteten Krankheiten. Wir Grüne setzen uns für ein
26 ortsnahes und qualitativ hochwertiges Angebot an bedarfsgerechten Hilfen für psychisch
27 erkrankte Menschen ein. Hierzu gehört eine gemeindenahe psychosoziale Versorgung, die
28 auch eine verlässliche Krisenhilfe, ortsnaher Tageskliniken und Ambulanzen umfasst.

29 **Psychosoziale Versorgung menschlich gestalten**

30 Eine wesentliche Grundlage ist die Stärkung der Selbsthilfe psychisch kranker Menschen.
31 Diskriminierung und Stigmatisierung wollen wir konsequent entgegenwirken. Das Selbst-
32 bestimmungsrecht, die Persönlichkeitsrechte und die sozialrechtliche Stellung psychisch
33 Kranker wollen wir weiter stärken. Mit geeigneten Maßnahmen und Angeboten soll auch
34 der zunehmenden Zahl der Zwangseinweisungen entgegenwirkt werden. Schließlich wol-
35 len wir die engagierte Arbeit der Selbsthilfe stärker unterstützen und in die Beratung zu
36 Planungs- und Umsetzungsprozessen einbeziehen. Wir setzen uns für einen vorurteils-
37 freien Dialog zwischen Psychiatrie-Erfahrenen, Angehörigen und professionell in der Psy-
38 chiatrie Tätigen ein.

39 **Psychosoziale Versorgung von Kindern und Jugendlichen verbessern**

40 Ein besonderes Augenmerk legen wir Grüne auf die Versorgung von Kindern- und Ju-
41 gendlichen. Eine ständig wachsende Zahl von ihnen hat psychische Probleme. Der
42 Gebrauch von Psychopharmaka, auch hoch potenter Neuroleptika, hat bei Kindern und
43 Jugendlichen in den letzten Jahren stark zugenommen. Dieser sehr bedenklichen Ent-
44 wicklung wollen wir entgegenwirken. Für uns steht dabei die Auseinandersetzung mit den
45 Ursachen der Verhaltensstörung im Vordergrund und in erster Linie nicht medikamentöse
46 Therapieformen müssen eingesetzt werden.

47 Wir Grüne wollen auf eine Verbesserung und Weiterentwicklung der ortsnahen psychoso-
48 zialen Versorgung von Kindern und Jugendlichen hinwirken und hierzu ein Modellpro-
49 gramm zur Weiterentwicklung der Angebote in den Regionen und Kommunen auf den
50 Weg bringen. Wir setzen uns für eine intensive Zusammenarbeit der Kinder- und Jugend-
51 psychiatrie mit der örtlichen Jugendhilfe und den Schulen ein.

1 **Für einen modernen Maßregelvollzug**

2 Heilung oder Linderung der Erkrankung von Inhaftierten in der Forensik einerseits und
3 der Schutz der Bevölkerung vor Straftaten auf der anderen Seite müssen gleichberechtig-
4 te Ziele sein. Nur gute therapeutische Angebote schaffen Sicherheit und helfen den Be-
5 troffenen. Wir treten deshalb für einen bedarfsgerechten Ausbau und eine angemessene
6 Personalausstattung in den forensischen Kliniken ein, damit eine gute und erfolgreiche
7 Therapie möglich ist.

8 Eine gute Nachsorge kann nicht nur die Verweildauer der Patienten herabsetzen, sondern
9 auch die Rückfallquoten weiter senken und die Schaffung weiterer forensischer Plätze
10 vermeiden. Deshalb wollen wir die Nachsorge weiter ausbauen.

11 **AIDS-Prävention weiterentwickeln – AIDS-Hilfe stärken**

12 Die hohe Zahl an Neuinfektionen auch in NRW zeigt deutlich die Notwendigkeit verstärk-
13 ter Anstrengungen der HIV/AIDS-Prävention. Die Präventionsanstrengungen müssen an-
14 gesichts gesteigerter Neu-Infektionsraten intensiviert und die Angebote zeitgemäß erwei-
15 tert werden. Deshalb brauchen wir für NRW einen aktuellen AIDS-Präventionsplan.

16 Mit der Kommunalisierung der Landesförderung für Präventions- und Hilfemaßnahmen im
17 Sucht- und AIDS-Bereich hat sich das Land aus der politischen Verantwortung gezogen,
18 die Steuerung aus der Hand gegeben und bei vielen Trägern vor Ort zur Verunsicherung
19 beigetragen. Eine Finanzierung mit der Gießkanne quer über das Land, statt einer an den
20 Fallzahlen und der Nachfrage orientierten Strukturfinanzierung, lehnen wir ab. Wir Grü-
21 nen setzen uns dafür ein, dass die bestehende Infrastruktur an AIDS-Beratung erhalten
22 bleibt. Das Land muss weiterhin in der Verantwortung für eine landesweite AIDS-
23 Prävention bleiben.

24 Menschen mit HIV, in besonderem Maße aber schon an AIDS erkrankte Menschen, haben
25 aufgrund der verbesserten Therapien eine deutlich gestiegene Lebensqualität und Le-
26 benserwartung. Deshalb brauchen sie eine bessere soziale Absicherung bei der Rente und
27 in der Gesundheitsversorgung.

28 **Drogen- und Suchthilfe – Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung**

29 Wir wollen im Gegensatz zu Schwarz-Gelb eine Drogenpolitik, die auf Prävention, Hilfe
30 und Entkriminalisierung setzt.

31 Abhängige brauchen unterschiedliche Angebote wie Entzugs- und Substitutionstherapien
32 (Methadon), Abstinenzangebote, die medizinisch kontrollierte Abgabe von Diamorphin
33 (Heroin) oder psychosoziale Betreuungsangebote, keine Strafverfolgung. Zur Vermeidung
34 von Infektionen sind Maßnahmen wie Spritzenaustauschprogramme, auszubauen.

35 Im Schul- und Jugendbereich werden wir uns auch weiterhin für eine Aufklärung und
36 Prävention einsetzen, die auf die Lebenswelt und unterschiedlichen Bedürfnisse bei Mäd-
37 chen und Jungen ausgerichtet ist.

38 Wir Grüne wollen die Arbeit der Drogenberatungsstellen und der Drogenkontaktstellen
39 sichern und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Sucht- und Drogenhilfe in NRW muss die
40 frauen- und männerspezifischen Hintergründe konsequent mit einbeziehen. Die schwarz-
41 gelbe Landesregierung hat in den vergangenen Jahren massive Kürzungen gerade bei
42 den niedrighwelligen und frauenspezifischen Drogenhilfeangeboten vorgenommen. Dies
43 wollen wir wieder ändern. Die Selbsthilfe in der Drogen- und Suchthilfearbeit muss wieder
44 stärker gefördert werden,.

45 Alkohol und Tabak sowie die illegalisierten Drogen und nicht-stoffgebundene Süchte wie
46 Glücksspiele müssen in eine verantwortliche Drogen- und Suchtpolitik einbezogen und
47 der Jugendschutz in allen Bereichen, auch in der Werbung, konsequent durchgesetzt
48 werden.

49 **Konsequentes Nichtraucherinnen- und Nichtraucherschutz umsetzen**

50 Das nordrhein-westfälische Nichtraucherschutzgesetz bietet keinen ausreichenden Schutz
51 vor dem gefährlichen Passivrauchen. Eine wesentliche Ursache hierfür liegt in der Vielzahl
52 von Ausnahmen, die die schwarz-gelbe Landesregierung insbesondere für den Gaststät-

1 tenbereich festgelegt hat. Dies hat dazu geführt, dass der Gesundheitsschutz in den
2 meisten Gaststätten außer Kraft gesetzt ist.
3 Wir wollen den Schutz vor Passivrauchen deutlich verbessern. Deshalb werden wir uns
4 weiterhin für einen konsequenten Gesundheitsschutz und ein generelles Rauchverbot im
5 gastronomischen Bereich einsetzen.
6

7 **Wir wollen:**
8

- 9
- 10 • **keine Zweiklassenmedizin;**
 - 11 • **eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe, leicht zugängliche ambulante**
12 **und stationäre Versorgung aller Bevölkerungsgruppen, unabhängig vom**
13 **individuellen Geldbeutel;**
 - 14 • **eine unabhängige Beratung für Patientinnen und Patienten flächendeckend**
15 **stärken, damit Menschen nicht länger dem System ausgeliefert sind;**
 - 16 • **die gemeindenahe psychosoziale Versorgung unter Einbeziehung der**
17 **Selbsthilfe stärken;**
 - 18 • **uns dafür einsetzen, dass ausreichend Angebote als nichtmedikamentöse**
19 **Therapiealternativen geschaffen werden, um Fehlverordnungen von Ritalin**
20 **für Kinder zurückzudrängen;**
 - 21 • **im Bereich der AIDS-, Drogen- und Suchtpolitik auf eine Ausweitung der**
22 **Prävention setzen und das Zerschlagen gewachsener Strukturen verhin-**
23 **dern;**
 - 24 • **einen konsequenten Nichtraucherinnen- und Nichtraucherschutz.**
25

1 **6. Stadtentwicklung und Wohnen**

2 **Fünf Jahre Stadtentwicklungspolitik der schwarz-gelben Landesregierung sind**
3 **geprägt durch Kürzung der Landesmittel und ausschließliche Kofinanzierung**
4 **von Bundesprogrammen für den Stadtumbau West und der sozialen Stadt. Eigen-**
5 **e Initiativen und eigene Anstrengungen zur Bewältigung der Herausforderun-**
6 **gen für die Zukunft sind nicht erkennbar.**

7 **Wir stellen uns den Herausforderungen des wirtschaftlichen und demografi-**
8 **schen Wandels und wollen Stadtentwicklung auch in wirtschaftlich schwierigen**
9 **Zeiten gestalten. Mit einer Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und des**
10 **bürgerschaftlichen Engagements wollen wir hierbei deutliche Schwerpunkte für**
11 **eine soziale, ökologische und generationengerechte Stadtentwicklung setzen.**

12 **Finanzschwache Kommunen und Regionen fördern – interkommunale** 13 **Kooperationen stärken**

14 Viele Städte und Gemeinden können angesichts der Krise der kommunalen Haushalte den
15 notwendigen Eigenanteil für Projekte der Stadtentwicklung kaum noch finanzieren. Sie
16 geraten dadurch gegenüber den finanzstärkeren Kommunen noch weiter ins Abseits, da
17 sie damit von den Fördermitteln abgeschnitten werden. Wir Grüne wollen die Förderbe-
18 dingungen so ändern, dass auch finanzschwache Städte und Gemeinden die notwendigen
19 Projekte der Stadterneuerung durchführen können.

20 Um den ruinösen Wettbewerb der Städte um Einzelhandelsstandorte, Gewerbeflächen
21 und Wohnbauflächen zu beenden, wollen wir interkommunale Kooperationen deutlich
22 ausweiten und unterstützen. Grüne Stadtentwicklungspolitik ist eine Politik der Stärkung
23 der Zentren und der Nebenzentren in den Städten und Gemeinden. Deshalb wollen wir
24 die städteübergreifende Abstimmung der Wohnungs- und Städtebaupolitik zur Grundlage
25 der Förderpolitik machen.

26 Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik ist in erster Linie eine Aufgabe der Kommunen.
27 Die Entwicklungen in den Regionen und Kommunen verlaufen allerdings nicht nach einem
28 einheitlichen Muster. Wachsenden Regionen insbesondere entlang der Rheinschiene, der
29 Region Aachen, Bielefeld und Münster stehen schrumpfende Regionen im Ruhrgebiet und
30 dem Bergischen Land gegenüber. Aber auch innerhalb einzelner Städte ist die Entwick-
31 lung zwischen einzelnen Stadtteilen zum Teil höchst differenziert. Hier wollen wir der so-
32 zialen Spaltung in den Städten und zwischen den Regionen des Landes durch zielorien-
33 tierte Instrumente und Förderpolitik entgegenwirken. Eine Förderung nach dem Gießkan-
34 nenprinzip lehnen wir ab.

35 **Leben im Alter**

36 Um die Städte demografiefest zu gestalten, brauchen wir nicht nur die grundlegende Um-
37 strukturierung des Wohnungsbestandes, sondern auch den Ausbau einer ergänzenden
38 Infrastruktur für die gesundheitliche und soziale Betreuung in den vorhandenen Wohn-
39 und Stadtquartieren. Dazu wollen wir Grüne das selbstständige Wohnen mit nieder-
40 schwelligen Betreuungsangeboten und Versorgungssicherheit fördern, das älteren Men-
41 schen das Verbleiben im gewohnten Lebensumfeld ermöglicht und eine höhere Wohn-
42 und Lebensqualität bietet. Gegenwärtig verfügen von den 8,4 Millionen Wohnungen in
43 Nordrhein-Westfalen nur etwa 100.000 Wohnungen über einen altersgerechten Standard.

44 Eine wichtige Aufgabe besteht darin, Wohn- und Hilfeangebote für pflegebedürftige und
45 ältere Menschen im normalen Wohnungsbau zu verankern und damit in den Wohnquar-
46 tieren ein Angebot an Wohnraum für alle Lebenslagen zu schaffen. Hier sind bisher vor
47 allem Kooperationen zwischen Wohnungswirtschaft und sozialen Trägern wichtig, um
48 soziale und pflegerische Infrastruktur und Dienstleistungen in den Stadtteilen zu sichern.
49 Alten- und Sozialplanung muss zukünftig stärker mit anderen kommunalen Planungsfel-
50 dern verknüpft und in den Stadtteilen zu einer Quartiersplanung entwickelt werden. Das
51 Zusammenwirken von Stadt- und Sozialplanung, Altenhilfe, Jugendhilfe mit der Woh-
52 nungswirtschaft und den Bewohnerinnen und Bewohner ist notwendig.

1 Durch quartiersbezogene Konzepte wollen wir älteren Menschen mit Hilfe- und Unterstützungsbedarf ein Verbleiben im vertrauten Stadtteil sichern. Hierzu müssen die Wohnquartiere auf die Bedürfnisse von älteren und mobilitätsbeeinträchtigten Menschen ausgerichtet werden: barrierefreie Wohnungen, Hilfen und Dienstleistungen für das selbstständige Wohnen ebenso wie Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr, bei öffentlichen Gebäuden und im Wohnumfeld.

7 Alten- und Sozialplanung muss zukünftig stärker mit anderen kommunalen Planungsfeldern verknüpft und in den Stadtteilen zu einer Quartiersplanung entwickelt werden. Das Zusammenwirken von Stadt- und Sozialplanung, Altenhilfe und Jugendhilfe mit der Wohnungswirtschaft und den Bewohnerinnen und Bewohnern sind für eine alters- wie auch generationsgerechte Gestaltung der Stadtteile und Wohnquartiere notwendig.

12 **Leben auf dem Land**

13 Der demografische Wandel der Gesellschaft in NRW wird auch in den ländlichen Regionen des Landes deutlich spürbar werden. Es ist ein Irrglaube diesen Trend durch eine übermäßige Ausweisung von neuen Einfamilienhausgebieten aufhalten zu können. Vielmehr kommen Gutachten zu dem Ergebnis, dass in den Dorfkernen ein drastischer Preisverfall für die Immobilien zu erwarten ist.

18 Wir wollen die vielfältigen Funktionen des ländlichen Raumes stärken und regionale Entwicklung fördern. Der ländliche Raum muss sich den Herausforderungen des demografischen Wandels stellen und in diesem Sinne den Ausbau der notwendigen Infrastruktur gestalten und vorantreiben. Versorgungsstrukturen müssen gesichert und erhalten werden. Die spezifischen Potenziale des ländlichen Raumes wollen wir im Zusammenwirken von staatlicher Förderung und privatem und bürgerschaftlichem Engagement stärken.

24 **Wohnen – Mehr denn je ein Menschenrecht**

25 Die schwarz-gelbe Landesregierung ist in den letzten fünf Jahren mit der Abrissbirne gegen die soziale Wohnungspolitik zu Felde gezogen. Der Kündigungsschutz wurde auf das gesetzliche Minimum reduziert. Wegfall des Umwandlungsschutzes von Wohnraum in Büroraum. Wegfall der Fehlbelegungsabgabe, so dass staatlich subventionierte Sozialwohnungen heute auch von einkommensstarken Haushalten bewohnt werden, ohne den Subventionsvorteil abzuschöpfen. Der Verkauf der 100.000 LEG-Wohnungen an eine Wohnungsheuschrecke durch die Landesregierung stellt den vollständigen Ausstieg des Landes aus einer aktiven und sozial verantwortlichen Wohnungspolitik dar.

33 Mit der Übertragung des Wohnungsbauvermögens des Landes in Höhe von 18 Milliarden Euro an die NRW-Bank ist gleichzeitig die gesetzliche Zweckbindung für eine unverzichtbare Mindestausstattung an Wohnungsbaufördermitteln abgeschafft worden. Über den Umfang der Wohnungsbauförderung entscheidet seit dem Jahr 2010 der Vorstand der NRW-Bank. Wohnungsbauförderung steht in unmittelbarer Konkurrenz zur Finanzausstattung der Wirtschaftsförderungen oder anderer Geschäfte der NRW-Bank.

39 Wir Grüne wollen für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Land eine gesetzliche Mindestsumme festlegen. Unser Ziel ist, dass mit einem jährlichen Förderprogramm in Höhe von rund 1 Milliarde Euro der Neubau und die Modernisierung von Wohnraum vorangetrieben werden.

43 **Bezahlbares Wohnen sicherstellen**

44 Insbesondere in den Großstädten des Landes muss viel in den Wohnungsbau investiert werden, um einer neuen Wohnungsnot vorzubeugen. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern helfen, die auf preisgünstige Mietwohnungen angewiesen sind. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch in die Modernisierung des Wohnungsbestandes investieren, um den Energiebedarf zu senken und die Explosion der Nebenkosten zu begrenzen.

49 Wir wollen dass die Personengruppen, die gegenwärtig auf den Wohnungsmärkten des Landes Nordrhein-Westfalen keine Chance haben, sich aus eigener Kraft mit angemessenem Wohnraum zu versorgen, diesen mit Hilfe der staatlichen Förderpolitik erhalten. Die hierfür notwendigen Einkommensgrenzen müssen so gestaltet werden, dass Alleinerzie-

1 hende, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und sozial benachteiligte Familien
2 eine preiswerte, öffentlich geförderte Mietwohnung bezahlen können. Da nicht damit ge-
3 rechnet werden kann, dass staatliche Transferleistungen für die einkommensschwachen
4 Haushalte in den nächsten Jahren nennenswert erhöht werden, muss das Mietniveau
5 der sozialen Wohnraumförderung stärker als bisher auf die Einkommenssituation dieser
6 Haushalte und Personengruppen ausgerichtet werden.

7 Eine soziale Wohnraumversorgung macht nur dann Sinn, wenn das Mietniveau in den
8 öffentlich geförderten Wohnungen deutlich unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete
9 liegt und mit der Einkommenssituation der anspruchsberechtigten Haushalte und Perso-
10 nengruppen korrespondiert. Dies ist bei den neuen Bewilligungsmieten im sozialen Woh-
11 nungsbaubereich nicht der Fall, mit denen auch das staatliche Engagement in diesem sozialpoli-
12 tischen wichtigen Bereich in Frage gestellt wird. Außerdem belasten die „hohen“ Mieten
13 des sozialen Wohnungsbaus die finanziellen Aufwendungen der Städte und Gemeinden
14 bei der Finanzierung der Wohnkostenbelastung einkommensschwacher Haushalte.

15 Aufgrund der rückläufigen Neubautätigkeit im Mietwohnungsbau und der Zunahme der
16 pflegebedürftigen Bevölkerungsgruppen stellt die Umstrukturierung und Ergänzung des
17 Wohnungsbestandes das zentrale Arbeitsfeld für die Wohnungspolitik des Landes und für
18 die Akteure auf dem Wohnungsmarkt der nächsten Jahre dar. Gegenwärtig verfügen von
19 den 8,4 Millionen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen nur etwa 100.000 Wohnungen über
20 einen altersgerechten Standard. Dabei geht es vorrangig um eine funktionale Anpassung
21 des vorhandenen Wohnungsbestandes an die veränderten Bedürfnisse einer alternden
22 Gesellschaft. Im Hinblick darauf, dass künftig 1/3 unserer Bevölkerung 60 Jahre oder
23 älter sind, muss insbesondere für die Regionen mit einem überdurchschnittlichen Bedarf
24 an altengerechten Wohnraum das Angebot an altersgerechtem Wohnraum deutlich aus-
25 geweitet werden. Zudem müssen örtliche Erneuerungsstrategien und Konzepte entwickelt
26 werden, die auch das Ziel verfolgen, das Zusammenleben mehrerer Generationen zu för-
27 dern.

28 Der Modernisierungs- und Anpassungsbedarf des Wohnungsbestandes an den demografi-
29 schen Wandel muss mit der energetischen Sanierung der Gebäude verzahnt werden. Wir
30 wollen die Wohnungsbauförderung mit der Erstellung integrierter Entwicklungs- und Mo-
31 dernisierungskonzepten verknüpfen und ein integriertes Förderprogramm für die Berei-
32 che Städtebauinvestitionen, Modernisierungsförderung und Energiesanierung erarbeiten.

33 Im Interesse der Sicherung der Mobilität von einkommensschwachen Haushalten und
34 einer besseren Auslastung der vorhandenen technischen, verkehrlichen und sozialen Inf-
35 rastruktur wollen wir die Wohnungsbauförderung künftig wieder stärker unter siedlungs-
36 strukturellen Aspekten einsetzen und mit ökologischen Standards ausstatten. Dabei muss
37 die Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden im Vordergrund ste-
38 hen. Aufgrund der ab 2025 – 2030 prognostizierten rückläufigen Haushaltszahlen, macht
39 es keinen Sinn, dass Wohnraumförderung weiterhin zum Flächenverbrauch von Natur-
40 raum, der Zersiedlung der Landschaft und steigenden Folgekosten für die Infrastruktur in
41 den Städten und Gemeinden eingesetzt wird. Wir wollen mit der Wohnungspolitik ein
42 deutliches Signal zugunsten einer nachhaltigen Siedlungspolitik setzen und die Förderung
43 der Standortaufbereitung von innerstädtischen Brachflächen für den Wohnungsbau auch
44 auf die wohnungsnahen Infrastruktur ausweiten.

45 **Mieterinnen und Mieter vor Wohnungsheuschrecken schützen**

46 Nach Angaben des Mieterbundes NRW befinden sich mittlerweile rund 500.000 Wohnun-
47 gen in NRW im Eigentum von Wohnungsheuschrecken. Die Folgen dieser "Privat vor
48 Staat-Ideologie" in der Wohnungspolitik müssen hunderttausende von Mieterinnen und
49 Mieter ausbaden. Ausbleibende Investitionen in die Erhaltung und die Modernisierung
50 sind häufig gekoppelt mit einer Weiterverkaufsdynamik, an deren Ende der Vermieter
51 kaum noch bekannt ist.

52 Die kommunalen Wohnungsämter stehen diesen negativen Entwicklungen trotz großem
53 Engagement häufig machtlos gegenüber, weil wirkungsvolle Instrumente gegen diese
54 Entwicklungen kaum durchsetzbar sind. Wir wollen das bestehende Gesetz für die Pflege
55 und für den Erhalt von Wohnraum deutlich schärfen. Gleichzeitig wollen wir die Eingriffs-

1 möglichkeiten für die Kommunen durch Sanierungssatzungen und Vorkaufsrechte erleich-
2 tern und für diesen Zweck einen Fonds aus den Mitteln der Wohnraumförderung einrich-
3 ten. Mit einem solchen Instrumentenkoffer wollen wir die Abwärtsspirale von Wohnsied-
4 lungen stoppen und Wege schaffen, diese an verantwortliche Wohnungsgesellschaften zu
5 übertragen.
6

7 **Wir wollen:**
8

- 9 • **finanzschwache Kommunen und Regionen fördern und interkommunale**
10 **Kooperationen stärken;**
- 11 • **die vielfältigen Funktionen des ländlichen Raumes stärken und regionale**
12 **Entwicklung fördern;**
- 13 • **eine generationengerechte Gestaltung der Stadtteile und Wohnquartiere;**
- 14 • **bezahlbares Wohnen sicherstellen und Mieterinnen und Mieter vor Woh-**
15 **nungsheuschrecken schützen.**
16
17

1 **Lebendiges NRW:** 2 **Stark für Demokratie und Gleichberechtigung**

3 **1. Bürgerrechte stärken – Sicherheit rechtsstaatlich gestalten**

4 **Der demokratische Rechtsstaat achtet und schützt die Grund- und Freiheits-**
5 **rechte seiner Bürgerinnen und Bürger. Im Grünen Leitbild einer offenen Gesell-**
6 **schaft leben selbstbewusste Menschen ohne Angst vor Überwachung, die sich**
7 **frei und in Sicherheit entfalten können. Terrorismus und Kriminalität wollen wir**
8 **bekämpfen, ohne Freiheitsrechte unverhältnismäßig einzuschränken. Dieser**
9 **rechtsstaatliche Grundkonsens wird zunehmend aufgekündigt. Der Staat stellt**
10 **seine Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Er sammelt immer mehr**
11 **persönliche Informationen und Daten und will zur angeblichen Sicherheit alles**
12 **und alle möglichst umfassend überwachen. Vom Konto über das Telefon bis zum**
13 **Computer: Der Zugriff der Sicherheitsbehörden wird immer vehementer. Das ist**
14 **nicht der Staat, in dem wir leben wollen. Wir wollen einen starken Staat, der**
15 **seinen Bürgerinnen und Bürgern offen und ohne Misstrauen gegenübertritt, der**
16 **Menschen- und Bürgerrechte als Garanten und nicht als Gefährdung der inneren**
17 **Sicherheit betrachtet.**

18 **Überwachungsstaat verhindern**

19 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit ihrem Verfassungsschutzgesetz, in dem die
20 geheime Online-Durchsuchung mit Zugriff auf Festplatten erlaubt werden sollte, am 27.
21 Februar 2008 eine krachende Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht erlebt. Wir
22 begrüßen, dass das Bundesverfassungsgericht ein Grundrecht auf "Gewährleistung der
23 Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme" aus dem allgemeinen
24 Persönlichkeitsrecht abgeleitet hat und damit eine Schutzlücke gegenüber Zugriffen des
25 Staates auf unsere Computer schloss. Wir wollen auch auf Landesebene verhindern, dass
26 Deutschland sich zu einem Überwachungsstaat entwickelt. Deshalb müssen die nord-
27 rhein-westfälischen Sicherheitsgesetze im Hinblick auf den Schutz des Kernbereichs der
28 privaten Lebensgestaltung überarbeitet werden.

29 **Datenschutz stärken**

30 Die Liste der Datenschutzskandale der letzten Zeit offenbart Lücken beim Schutz vor
31 Missbrauch unserer persönlichen Daten. Neben mehr Kontrollen und einem deutlichen
32 Ausbau der personellen Kapazitäten der Datenschutzbeauftragten des Landes setzen wir
33 uns für eine umfassende Reform des Datenschutzrechts mit mehr Schutzregelungen ein.
34 Wir wollen zudem den Aufbau eines unabhängigen Datenschutzzentrums in NRW voran-
35 treiben.

36 Dadurch, dass Daten zu einem wertvollen Wirtschaftsgut geworden sind, werden sie nicht
37 nur legal, sondern in einem riesigen Ausmaß illegal erhoben und gehandelt. Von fast al-
38 len Bundesbürgerinnen und -bürgern sind inzwischen persönliche Daten bis hin zur Kon-
39 tonummer im Umlauf und auf einem blühenden Schwarzmarkt erhältlich. Der illegale Da-
40 tenhandel ist zu einer neuen Form der Wirtschaftskriminalität geworden. Der FDP-
41 Innenminister in NRW hat es dabei geschafft, im Jahr der Datenschutzskandale das Per-
42 sonal der Datenschutzbeauftragten auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger weiter zu
43 kürzen.

44 Die von der Großen Koalition in Berlin verabschiedeten Datenschutzgesetze erfüllen nicht
45 annähernd die Forderungen an einen modernen Datenschutz, wie er beim Datenschutz-
46 gipfel formuliert wurde. Wir wollen, dass NRW auf Bundesebene nicht Bremser, sondern
47 Motor für einen besseren Datenschutz ist. Das heißt insbesondere, dass Kundendaten
48 nicht ohne Einwilligung weitergegeben werden dürfen und die Rechte der Arbeitnehme-
49 rinnen und Arbeitnehmer durch ein entsprechendes Datenschutzgesetz besser geschützt
50 werden müssen.

1 **Für eine bürgernahe, föderale und rechtsstaatliche Polizei**

2 Die alleinige Zuständigkeit der Länder für die Gefahrenabwehr durch die Polizei hat sich
3 bewährt. Wir lehnen den Umbau des Bundeskriminalamtes zu einer Bundespolizeibehörde
4 ab. Eine föderale, im rechtsstaatlichen Bewusstsein handelnde und effizient organisierte
5 Polizei ist Garant für die Sicherheit und den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte der
6 Bürgerinnen und Bürger. Dafür braucht sie eine angemessene Ausstattung, Ausbildung
7 und Besoldung, aber auch eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation.

8 Wir wollen mit einer umfassenden Strukturreform die Anzahl der Polizeibehörden in NRW
9 deutlich verringern, damit jede Behörde alle wesentlichen Polizeiaufgaben eigenständig
10 wahrnehmen kann. So können zersplitterte Zuständigkeiten abgebaut und Synergieeffek-
11 te zur operativen Verstärkung der Polizei genutzt werden. Eine rechtsstaatlich organisier-
12 te Polizei muss sich aber auch offensiv der Kritik stellen, wenn Bürgerinnen und Bürger
13 sich bei Einsätzen ungerecht behandelt fühlen oder bei Eingriffen in Freiheitsrechte die
14 Verhältnismäßigkeit in Frage steht. Wir setzen uns für ein wirksames Beschwerdemanage-
15 ment in den Polizeibehörden ein. Dazu gehört auch eine Dienstnummer, die offen an
16 der Uniform getragen werden soll. Die Nachbearbeitung von Polizeieinsätzen gehört für
17 uns im Rahmen einer parlamentarischen Kontrolle zu den Aufgaben des Innenausschus-
18 ses.

19 Insbesondere auf den Führungsebenen wollen wir den Anteil von Frauen erhöhen und
20 mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für den Polizeiberuf gewinnen.

21 Nach den Amokläufen von Erfurt und Winnenden, bei denen zahlreiche Menschen durch
22 Waffen von Sportschützen ums Leben kamen, reicht uns die Verschärfung des Waffen-
23 rechts nicht aus. Wir wollen die Prävention durch einen erschwerten Zugang zu Waffen
24 bzw. durch deren erschwerten Besitz verbessern. Ausrangierte Dienstwaffen sollen nicht
25 mehr verkauft werden. Der Staat darf sich nicht zum Waffenhändler machen.

26 **Keine polizeiliche Videoüberwachung**

27 Die Evaluierung der 2003 neu geregelten polizeilichen Videoüberwachung im öffentlichen
28 Raum hat gezeigt, dass es an den vier Standorten zu keiner nachhaltigen Reduzierung
29 der Kriminalität gekommen ist. Daher lehnen wir die polizeiliche Videoüberwachung ab.
30 Beamtinnen und Beamte auf der Straße tragen weitaus mehr zur Sicherheit und zum
31 Sicherheitsempfinden der Bevölkerung bei.

32 **Kriminalitätsbekämpfung: Prävention stärken**

33 Die Verantwortung des Staates, seine Bürgerinnen und Bürger mit Polizei- und Justizmit-
34 teln vor Kriminalität zu schützen, muss mit der Verantwortung verknüpft werden, den
35 Ursachen von Kriminalität entgegenzuwirken und präventiv tätig zu werden.

36 Das Thema Prävention wurde durch die Strafverschärfungsdebatten der schwarz-gelben
37 Regierung in den Hintergrund gedrängt. Insbesondere die Jugendkriminalität kann durch
38 frühzeitig einsetzende präventive Angebote und erzieherische Hilfen verringert werden.
39 Bei bereits straffällig gewordenen Jugendlichen müssen die Möglichkeiten des Jugendge-
40 richtsgesetzes, die einen stärkeren erzieherischen Ansatz verfolgen und unterhalb des
41 Arrestes und der Haft liegen, genutzt werden. Die dafür notwendigen Angebotsstrukturen
42 sind auszubauen. Auch sollten junge Menschen bei uns mit jenen Kompetenzen aufwach-
43 sen, die ihnen ermöglichen, ihr Leben straffrei zu meistern. Nur mit einer ganzheitlichen
44 Präventionsarbeit kann der Jugendkriminalität wirksam und nachhaltig begegnet werden.

45 Durch die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Justiz wollen wir eine Infrastruktur wirk-
46 samer erzieherischer Maßnahmen für straffällig gewordene Jugendliche schaffen und ein
47 Konzept mit Vorschlägen zur Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen zur
48 Kriminalprävention erarbeiten und umsetzen.

49 **Dem Rechtsextremismus keine Chance**

50 Der Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2008 macht deutlich: Die rechtsextreme Sze-
51 ne in NRW wird jünger und gewalttätiger. Die registrierten rechtsextremistisch motivier-
52 ten Gewalttaten erreichten einen neuen Höchststand.

1 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dürfen in unserer Gesellschaft keine
2 Chance haben. Wir wollen langfristige Handlungskonzepte entwickeln, die rechtsextre-
3 mistische Propaganda entlarven und ihr demokratische Wert- und Handlungsmuster ent-
4 gegenhalten. Dazu bedarf es einer umfassenden Aufklärung und der Unterstützung aller
5 gesellschaftlichen Akteure, die sich gegen rechtsextremistische Tendenzen in unserer
6 Gesellschaft und für unsere Demokratie engagieren.

7 Neben den klassischen rechtsextremen Strömungen hat sich mit "Pro NRW" eine populis-
8 tische Variante der Rechtsextremen herausgebildet, die mit islamophoben Parolen auf die
9 Verunsicherung in der Bevölkerung gegenüber dem Islam setzt und rassistisch agitiert.
10 Wir setzen uns für einen Dialog mit dem Islam ein, der auch Vorurteile und Ängste in der
11 Bevölkerung thematisiert und damit zur Verständigung beiträgt.

12 Zur Prävention gehört für uns, dass Demokratie frühzeitig erlernt und gelebt wird. Wir
13 wollen in unserem Bildungssystem Partizipation und Teilhabe stärker vermitteln und sie
14 für alle erlebbar zu machen. Wenn der Kern der rechtsextremen Botschaft die Ideologie
15 von Ungleichwertigkeit ist, müssen wir erkennen, dass Demokratie nur durch aktive Par-
16 tizipation, durch Teilhabe funktioniert. Wir müssen demokratische Werte genauso wie
17 Rechnen, Lesen und Schreiben vermitteln – und das in einer Kultur der Anerkennung, die
18 Schwächere nicht ausgrenzt, sondern einbindet, die wertschätzt und die die individuelle
19 Förderung zum Inhalt hat. Wir wollen mit einem Landesprogramm Projekte und Initiati-
20 ven gegen Rechtsextremismus in den Kommunen finanziell unterstützen und fördern.
21 Dies kommt Initiativen und Projekten zur Prävention und Opfern zugute, zielt aber auch
22 auf Aussteigerinnen und Aussteiger und die Angehörigen von Rechtsextremisten.

23 Es kommt zu einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen der NPD und gewaltbereiten
24 Neonazis. Daher sprechen wir uns für die erneute Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen
25 die NPD aus. Die NPD ist eine rassistische, antisemitische und verfassungsfeindliche Par-
26 tei. Ihr Verbot ist keine Lösung für das Problem des Rechtsextremismus. Gleichwohl wür-
27 de es die Strukturen der Partei und der mit ihr immer enger zusammen arbeitenden mili-
28 tanten Neonaziszene deutlich schwächen. Wenn die rechtlichen Bedingungen erfüllt sind
29 und ein Erfolg sicher ist, muss ein Verbotsverfahren gegen die NPD durch eines der drei
30 berechtigten Verfassungsorgane in die Wege geleitet werden.

31 **Rechtspolitik: Justiz stärken – gleiches Recht für alle**

32 Eine unabhängige und effizient arbeitende Justiz ist das Fundament unseres Rechts-
33 staats. Die Menschen in NRW müssen die Gewissheit haben, dass sie unabhängig vom
34 Geldbeutel und in angemessener Zeit ihre Rechte durchsetzen können. Und sie haben
35 auch einen Anspruch darauf, dass die Justiz Straftäterinnen und Straftäter ermittelt, ver-
36 urteilt und verhängte Strafen vollstreckt. Dafür brauchen wir eine unabhängige Justiz, die
37 mit angemessener Ausstattung auch in der Lage ist, diese Anforderungen zu erfüllen.

38 Die Justizskandale der letzten Jahre haben gezeigt, dass in zu vielen Einzelfällen genau
39 dies nicht mehr funktioniert hat. In den letzten Jahren wurde unsere Justiz immer mehr
40 belastet. Sei es durch den Anstieg der Hartz IV-Verfahren in der Sozialgerichtsbarkeit,
41 die Belastung der Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte durch Senkung der Eigenbe-
42 darfungsgrenzen bei Haschisch und Marihuana oder durch die Abschaffung des Wider-
43 spruchsverfahrens mit Belastung der Verwaltungsgerichte. Neue Stellen wurden nicht
44 geschaffen, so dass die Belastungsquote weit über 100 Prozent liegt. Die Absenkung der
45 Drogeneigenbedarfsgrenze führt neben der unnötigen Mehrbelastung von bis zu 1.000
46 Verfahren je Staatsanwaltschaft pro Jahr zur Kriminalisierung der Betroffenen und dient
47 nicht der Kriminalprävention. Wir wollen die Eigenbedarfsgrenze bei so genannten „har-
48 ten Drogen“ wieder auf 0,5 Gramm und bei Haschisch und Marihuana auf 10 Gramm
49 festlegen. Prävention und Hilfe statt Kriminalisierung muss wieder Ziel der Drogenpolitik
50 in NRW werden. Wir setzen uns zudem für eine Entkriminalisierung von Haschisch und
51 Marihuana ein. Vorschläge, die zur Verfahrensbeschleunigung, den Abbau des Rechts-
52 schutzes, die Einschränkung von Verteidigerrechten oder eine Ausweitung der Gebühren
53 in Sozialgerichtsverfahren vorsehen, lehnen wir ab.

1 **Strafvollzug: Haft vermeiden – Resozialisierung im Vollzug umsetzen**

2 Eine bedeutende rechtsstaatliche "Kulturleistung" war die Vergrundrechtlichung des
3 Strafvollzugs in den 70er Jahren. Das Strafvollzugsgesetz von 1977 reformierte mit dem
4 Resozialisierungsgebot den Strafvollzug grundlegend. Angesichts der hohen Rückfallquo-
5 ten zeigt sich jedoch in der Praxis, dass der Strafvollzug nach wie vor weit von seinem
6 Ziel entfernt ist, Menschen zu befähigen, ein Leben ohne Straftaten zu führen. Wir setzen
7 uns für die weitgehende Vermeidung von Haftstrafen ein und für einen Strafvollzug, der
8 den Gefangenen eine echte Chance gibt, ihr Leben nach der Entlassung ohne Rückfall in
9 die Kriminalität zu führen. Dem berechtigten Anspruch der Bevölkerung auf Schutz vor
10 Straftaten kann man nur mit einer konsequenten Umsetzung der Resozialisierung der
11 Straftäter im Vollzug erfüllen. Wir wollen ein Landesstrafvollzugsgesetz, das für den Er-
12 wachsenenvollzug gesetzliche Rahmenbedingungen schafft, die dem Resozialisierungsge-
13 bot gerecht werden.

14 Nach wie vor werden drogenabhängige sowie psychisch kranke Gefangene im Strafvoll-
15 zug nicht ausreichend behandelt; Beschäftigung, Arbeit und Qualifizierung können im
16 Erwachsenenvollzug nur für einen Teil der Gefangenen angeboten werden. Hunderte Ge-
17 fangene haben wegen menschenunwürdiger Unterbringung mit weniger als fünf Quad-
18 ratmeter Haftraum und/oder nicht abgetrennter Toilette Entschädigungen vor Gericht
19 erstritten. Hunderte Gefangene, die in menschenunwürdiger Unterbringung (mit teilweise
20 weniger als fünf Quadratmeter Haftraum und/oder nicht abgetrennter Toilette) leben
21 müssen, haben vor Gericht Entschädigungen erstritten. Nach dem Schock des Siegburger
22 Foltermords wurden im Jugendstrafvollzug neue Standards gesetzt. Der Erwachsenen-
23 vollzug ist allerdings noch weit von einem "Behandlungsvollzug" entfernt. Und immer
24 noch wird zu wenig für die Vermeidung von Haftstrafen getan. Nicht bezahlte Geldstrafen
25 können besser durch gemeinnützige Arbeit abgearbeitet, statt „abgesessen" werden. Der
26 Täter-Opfer-Ausgleich muss ausgebaut werden. Nicht in neue Haftplätze investieren,
27 sondern in Instrumente zur Vermeidung von Haft, muss die Devise sein.

28 **Jugendstrafvollzug: Einstieg in den Ausstieg**

29 Die Unterbringung im geschlossenen Jugendstrafvollzug als Ultima Ratio des Jugendge-
30 richtsgesetzes ist durch die Möglichkeit des offenen Vollzugs und des Vollzugs in freien
31 Formen zurückzudrängen. Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts lehnen wir ab. Die
32 vorhandenen auf Erziehung ausgerichteten Sanktionsmöglichkeiten reichen aus, um wirk-
33 kungsvoll auf Jugenddelinquenz zu reagieren. Es muss sichergestellt werden, dass wirk-
34 same erzieherische Maßnahmen nicht an einer fehlenden finanziellen Absicherung schei-
35 tern, wie dies leider oft der Fall ist. Das heißt, wir brauchen für die Jugendlichen mehr
36 Plätze zur Untersuchungshaftvermeidung, einen Ausbau des Täter-Opfer-Ausgleichs so-
37 wie der Betreuungs- und sozialen Trainingsangebote.

38 **Die Feuerwehren in NRW verdienen unsere Unterstützung**

39 27 Berufsfeuerwehren mit 8.000 Beschäftigten, 396 Freiwillige Feuerwehren mit 81.400
40 ehrenamtlichen und hauptamtlichen Angehörigen und 90 Werksfeuerwehren mit 5600
41 Angehörigen sorgen tagtäglich für unsere Sicherheit. In den Kommunen sind es aber die
42 Feuerwehrbeamten, die sich in den untersten Besoldungsgruppen befinden und bei Not-
43 haushalten und Haushaltssicherungskonzepten jahrelang auf eine angemessene Beförde-
44 rung warten müssen. Unser Anliegen ist es, die Besoldung und Versorgung für die haupt-
45 amtlichen Angehörigen der Feuerwehren angemessen und gerecht zu gestalten und das
46 ehrenamtliche Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren zu unterstützen. In der an-
47 gestrebten Dienstrechtsreform setzen wir uns deshalb für eine eigenständige "Fachlauf-
48 bahn" für die Feuerwehr ein.

49 **Für einen modernen öffentlichen Dienst**

50 Die Föderalismusreform hat den öffentlichen Dienst weiter zersplittert und damit ge-
51 schwächt. Neben der Zweiteilung in tarifbeschäftigte Angestellte einerseits und Beamtin-
52 nen und Beamte andererseits, führt die Übertragung der Regelungskompetenz für das
53 Beamtenrecht auf die Länder zu einer weiteren Ausdifferenzierung der gesetzlichen Rah-

1 menbedingungen. Jetzt gilt es, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten ein modernes
2 Dienstrecht für die Beamtinnen und Beamten in NRW zu schaffen. Durch die Reform des
3 Landespersonalvertretungsgesetzes wurden durch die schwarz-gelbe Landesregierung
4 gravierende Einschnitte bei Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten vorge-
5 nommen, die gemeinsam mit den Gewerkschaften korrigiert werden müssen.
6 Die wegweisenden Ergebnisse der Regierungskommission "Zukunft des öffentlichen
7 Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft" aus dem Jahr 2004 zeigen nach wie vor
8 grundsätzlich den richtigen Weg auf: die Schaffung eines bundeseinheitlichen Beschäftig-
9 tenrechts auf privatrechtlicher Grundlage, das die Zweiteilung in Beamtinnen und Beamte
10 und Angestellte aufhebt. Für die dafür notwendige Grundgesetzänderung mit der Ab-
11 schaffung des Beamtenstatus ist leider keine politische Mehrheit in Sicht. Daher muss
12 alles dafür getan werden, dass die 16 Länder möglichst einheitliche Beamtengesetze auf
13 den Weg bringen, die sich dem Reformbedarf stellen. Wir brauchen eine Reform des star-
14 ren und undurchlässigen Laufbahnrechts mit Laufbahnen, die sich an den Funktionsberei-
15 chen orientieren und damit mehr Gerechtigkeit schaffen. Wir brauchen eine flexiblere
16 Personalentwicklung, mehr Durchlässigkeit und mehr Leistungsorientierung und nicht
17 zuletzt eine volle Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften. All dies ist jetzt in
18 der Kompetenz der Länder – auch NRW muss diese Chance nutzen. Außerdem muss die
19 Ungleichbehandlung in der Besoldung der Beamtinnen und Beamten im Vergleich zu den
20 Angestellten beseitigt werden. Tarifabschlüsse müssen in vollem Umfang auf die Beam-
21 tinnen und Beamten übertragen werden.
22

23 **Wir wollen:**
24

- 25 • **die Datenschutzbehörde des Landes finanziell und personell deutlich ver-**
26 **stärken und uns für einen wirksamen Schutz der Daten von Arbeitnehme-**
27 **rinnen und Arbeitnehmern einsetzen;**
- 28 • **Polizeiliche Videoüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir ab.**
- 29 • **Wir fordern die erneute Prüfung eines NPD-Verbotsverfahrens.**
- 30 • **Wir werden neue Präventionskonzepte, insbesondere im Bereich der Kin-**
31 **der- und Jugendkriminalität, entwickeln. Haftvermeidung und Resozialisie-**
32 **rung sind unsere Leitlinien.**
- 33 • **Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften die Mitbestimmung auf**
34 **Augenhöhe wieder einführen.**
35

36

1 **2. Mehr Demokratie wagen – Die Macht der Bürgerinnen und** 2 **Bürger stärken**

3 **Eine gute Demokratie hängt nicht nur davon ab, wer regiert, sondern auch da-**
4 **von, wie sie gestaltet ist. Mit welchem Wahlsystem werden Politikerinnen und**
5 **Politiker gewählt? Ermöglicht es den Wählerinnen und Wählern eine gezielte**
6 **Auswahl oder nur das Abnicken einer vorgegeben starren Liste? Sind Volks-**
7 **vertreterinnen und Volksvertreter hierdurch nahe bei den Bürgerinnen und Bür-**
8 **gern oder sind sie hauptsächlich in Fraktionszwänge eingebunden? In diesem**
9 **Bereich wollen wie die Weichen in die Zukunft stellen. Wir wollen die Bürgerin-**
10 **nen und Bürger auch zwischen den Wahlen über wichtige politische Fragen ab-**
11 **stimmen lassen. Überflüssige Hürden wollen wir abbauen. Wir Grüne wollen die**
12 **Macht der Bürgerinnen und Bürger in NRW stärken.**

13 **Mehr Demokratie beim Wählen**

14 Um den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte zu
15 ermöglichen, wollen wir die massiven Eingriffe der CDU-FDP-Koalition in das Kommunal-
16 wahlrecht und die Gemeindeordnung wieder zurücknehmen und zusätzlich weitere Betei-
17 ligungsrechte verankern. Eine lebendige Demokratie lebt davon, dass sich Wählerinnen
18 und Wähler gut informieren können, sich selbstbewusst an der politischen Meinungsbil-
19 dung beteiligen und aktive Mitwirkungsmöglichkeiten haben. Dies gilt auch für Menschen
20 mit nichtdeutschem Pass. Was bundesweit in fast allen Bundesländern möglich ist, soll
21 endlich auch für die Wählerinnen und Wähler in NRW möglich werden. Wir wollen, dass
22 sie bei Kommunal- wie Landtagswahlen die Möglichkeit erhalten, mehrere Stimmen auf
23 Kandidatinnen und Kandidaten zu konzentrieren, zu verteilen sowie von den Listen zu
24 streichen (Kumulieren und Panaschieren). Die Bürgerinnen und Bürger können damit die
25 Listenreihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber noch einmal ändern. Das sorgt für
26 mehr Wettbewerb unter den Politikerinnen und Politikern und für eine bürgernähere Poli-
27 tik. Dieses Wahlrecht hat sich bei Kommunal- und teilweise auch bei Landtagswahlen in
28 13 Bundesländern bewährt. NRW darf hier nicht länger Demokratie-Schlusslicht bleiben.
29 Zu einer lebendigen Demokratie gehört insbesondere eine starke kommunale Selbstver-
30 waltung mit lebendigen und handlungsfähigen Kommunen. Die Landesregierung blutet
31 die Städte und Gemeinden des Landes jedoch finanziell aus, sie stehen vor dem Abgrund.
32 Aus diesem Grund wollen wir eine faire finanzielle, zukunftsgerichtete Grundlage für die
33 Kommunen des Landes schaffen. (Mehr dazu auf Seite 25 und folgenden).

34 **Wahlalter senken**

35 Auf kommunaler Ebene können Jugendliche bereits ab 16 mitentscheiden. Wer reif genug
36 für Wahlen in Städten und Gemeinden ist, ist es auch für Landtagswahlen. Wer junge
37 Menschen für Politik interessieren will, muss die Beteiligung daran durch entsprechende
38 Rechte attraktiv gestalten.

39 **Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wieder demokratisch wählen**

40 CDU und FDP haben die Stichwahl bei den Wahlen der Bürgermeisterinnen und Bürger-
41 meister und der Landrätinnen und Landräte abgeschafft. Amtsbewerberinnen und -
42 bewerber brauchen daher für einen Wahlsieg nicht mehr die absolute Mehrheit. Für einen
43 Wahlsieg reichen unter Umständen jetzt schon 25 oder 30 Prozent der Wählerstimmen.
44 Dies verdreht das demokratische Grundprinzip „Mehrheit entscheidet“ ins Gegenteil. Wir
45 wollen daher die Rückkehr zur Stichwahl, wie sie vor den politisch motivierten Rechtsän-
46 derungen der schwarz-gelben Landesregierung bestand.

47 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und
48 Landrätinnen und Landräte nicht nur direkt gewählt, sondern auch auf Initiative der Wäh-
49 lerinnen und Wähler wieder abgewählt werden können. Ein Abwahl-Bürgerentscheid kann
50 bisher aber nur auf Antrag von zwei Dritteln eines Rates oder Kreistages herbeigeführt
51 werden. In Zukunft sollen die Wählerinnen und Wähler per Bürgerbegehren auch selbst

1 einen Abwahantrag stellen können. Vorbilder sind die Länder Brandenburg, Sachsen und
2 Schleswig-Holstein.

3 Da es immer schwieriger wird, das kommunale Ehrenamt mit den Anforderungen des
4 Berufes und des Privatlebens in Einklang zu bringen und gleichzeitig den hohen inhaltli-
5 chen Anforderungen zu genügen, setzen wir uns dafür ein, die Freistellungsregelungen
6 auf flexible Arbeitszeitregelungen auszudehnen und auch die Fortbildungsmöglichkeiten
7 zu erweitern.

8 **Direkte Demokratie vor Ort: Faire Bürgerentscheide**

9 Seit 1994 können die sich die Wählerinnen und Wähler per Bürgerbegehren und Bürger-
10 entscheid direkt in die Politik vor Ort einmischen. Zahlreiche überflüssige Hürden machen
11 die direkte Demokratie in NRW aber zu einem zahnlosen Tiger. Zwei von fünf Bürgerbe-
12 gehren sind deshalb unzulässig, jeder zweite Bürgerentscheid ist ungültig. CDU und FDP
13 haben nach der Wahl 2005 ihre Versprechen zur Vereinfachung der Verfahren weitge-
14 hend nicht eingehalten. Wir wollen endlich faire Bürgerentscheide!

15 Dazu müssen Themenauschlüsse gestrichen werden. Bürgerentscheide sollen auch zur
16 Ausweisung neuer Gewerbegebiete, dem Bau neuer Einkaufszentren oder Hochhäuser
17 möglich sein. Auch die Frage nach den Kosten einer Maßnahme gehört in die öffentliche
18 Debatte und darf kein Kriterium für die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens sein. Bürge-
19 rinnen und Bürger sollen Ratsbeschlüsse genauso lange wieder aufheben können wie die
20 Räte selber, weshalb die Einreichungsfrist zu streichen ist. Ebenso sollen Abstimmungs-
21 hürden gesenkt werden. Wir wollen, dass für die Gültigkeit eines Bürgerentscheids in
22 Zukunft je nach Gemeindegröße eine Abstimmungsbeteiligung von 10 bzw. 15 Prozent
23 ausreicht. Über wesentliche Veräußerungen gemeindlichen Eigentums im Bereich der öf-
24 fentlichen Daseinsvorsorge muss es obligatorische Referenden geben.

25 **Direkte Demokratie im Land: Faire Volksentscheide**

26 Seit 1950 stehen Volksentscheide gleichberechtigt neben den Wahlen in der Landesver-
27 fassung. In 60 Jahren Landesgeschichte hat aber noch nicht eine einzige Volksabstim-
28 mung stattgefunden. Grund sind Hürden, die die Direkte Demokratie zwischen Rhein und
29 Weser praxisuntauglich machen. Wir wollen faire Volksentscheide!

30 Volksabstimmungen sollen auch dann möglich sein, wenn ihre Umsetzung Geld kostet:
31 beispielsweise wenn es um die Finanzierung zusätzlicher Lehrerstellen geht.

32 Die Unterschriftenhürde von acht Prozent der Stimmberechtigten ist kaum zu nehmen.
33 Wir wollen das Quorum auf zwei Prozent senken. Auch erschwert die rein amtliche Unter-
34 schriftensammlung die Eintragung für Volksbegehren massiv. Wir wollen neben der Ein-
35 tragung in den Rathäusern die freie Unterschriftensammlung z.B. auf Straßen und Plät-
36 zen ermöglichen. Acht Wochen Eintragsfrist sind zu kurz für eine angemessene Dis-
37 kussion über den Inhalt eines Volksbegehrens. Wir wollen die Eintragsfrist auf ein
38 halbes Jahr verlängern.

39 Die Landesverfassung Nordrhein-Westfalen ist an vielen Stellen überkommen und ent-
40 spricht nicht der Gestaltungskraft einer visionären Demokratie, die durch föderale, euro-
41 päische und globale Interaktionsprozesse gefordert ist. Eine grundsätzliche Reform der
42 Verfassung ist notwendig, um die Grundwerte einer modernen Demokratie gemeinsam zu
43 formulieren. Hierzu soll eine Verfassungskommission eingesetzt werden, die einen Vor-
44 schlag einer Verfassungsreform erarbeitet. Damit die Verfassung von den Bürgerinnen
45 und Bürgern breit getragen und im gesellschaftlichen Kontext verankert wird, soll sie mit
46 einem Volksentscheid verabschiedet werden.

47 **E-Demokratie ausbauen**

48 Für immer mehr Menschen spielt sich ein Großteil des Lebens in der digitalen Welt ab.
49 Wir wollen daher Online-Beteiligungsmöglichkeiten stärken und ausbauen und hierbei in
50 NRW neue Wege gehen. Die elektronische Wahl und den Einsatz von Wahlmaschinen leh-
51 nen wir weiterhin ab.

1 Wir wollen eine E-Demokratie, die mehr ist als der digitale Behördengang oder online
2 verfügbare Landtagsprotokolle. Wir wollen Verwaltungsprozesse über das Internet grund-
3 legend entbürokratisieren und anschaulicher machen. Wir wollen neue Formen der direk-
4 ten Beteiligung über das Internet erproben, solange Sicherheit und Anonymität im Ver-
5 fahren gewährleistet sind. Wir wollen mehr Transparenz durch neue Medien sicherstellen
6 und offene Schnittstellen in die Verwaltungen und Parlamente auf allen Ebenen fördern.
7 Dies setzt eine klare Umsetzung des Rechts auf Informationsfreiheit ebenso wie eine
8 konsequente Förderung der Medienkompetenz von Anfang an voraus.

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

Wir wollen:

- **mehr Demokratie wagen. Kumulieren und Panaschieren müssen eingeführt werden, ebenso die Stichwahl bei der Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisterwahl.**
- **Wir werden das Wahlalter auch bei Landtagswahlen auf 16 Jahre senken.**
- **Bürger- und Volksentscheide müssen fairer werden, Themenausschlüsse wollen wir deutlich reduzieren.**
- **Beteiligungsmöglichkeiten durch E-Demokratie wollen wir für alle Menschen stärken.**

1 **3. Freiheit und Demokratie digital – Qualität und Vielfalt sichern**

2 **Wir Grüne stehen für eine digitale Zukunft, die nicht nur ökonomische Verwer-**
3 **tung oder staatliche Kontrollinteressen im Auge hat, sondern die Freiheit und**
4 **Rechte der Nutzerinnen und Nutzer ins Zentrum stellt. Deshalb ist der Zugang**
5 **zu Medien in jeder Hinsicht (barriere-) frei zu gewährleisten. Es darf auch in**
6 **NRW keine digitale Spaltung geben. Medienkompetenz, informationelle Selbst-**
7 **bestimmung, umfassender Daten- und Verbraucherschutz, Urheberrechte und**
8 **Freiheit im Internet sind Grundlage für eine demokratische digitale Zukunft.**
9 **Statt nur die möglichen Gefahren zu bekämpfen, wollen wir die Chancen des**
10 **Internets herausstellen und ein positives Leitbild der Digitalisierung für NRW**
11 **mit allen Akteuren gemeinsam entwickeln.**

12 **Demokratie digital**

13 Der Zugang zu Informationen und Wissen sind wichtiger denn je. Wir setzen uns in NRW
14 für eine vielfältige Medienlandschaft ein, an der alle teilhaben können. Dies ist Grundlage
15 einer lebendigen Demokratie. Dazu gehören die Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien,
16 die Stärkung von Bürgermedien, offenen Kanälen und Blogs und auch ein echter Inter-
17 net-Breitbandzugang für alle. Ob Fernsehen, Radio, Zeitung oder Angebote der Neuen
18 Medien: Meinungsvielfalt und Unabhängigkeit müssen immer den Vorrang vor Meinungs-
19 macht und Monopolen haben. Der Artikel 5 unseres Grundgesetzes, die Meinungs-, In-
20 formations- und Pressefreiheit, muss überall gelten – auch in Blogs und sozialen Netz-
21 werken.

22 **Medienkartelle verhindern – Mediale Qualität und Vielfalt in NRW** 23 **erhalten**

24 Mit Sorge betrachten wir die Fusions- und Konzentrationsentwicklungen auf den Medien-
25 märkten. Medienkartelle sind eine Gefahr für die freie, vielfältige, unabhängige und um-
26 fängliche Meinungsbildung und schaden der Demokratie. Wir wollen in NRW keine „italie-
27 nischen“ Verhältnisse im Mediensektor. Strenge Pressefusions-Gesetze und Kartellrege-
28 lungen dürfen nicht auf dem Altar der Profitmaximierung geopfert werden. Die Kontrolle
29 der Medienmacht muss zudem in die digitale Zeit überführt werden. Eine vielfältige Me-
30 dienlandschaft garantiert regionale aber auch nationale Meinungsvielfalt und verhindert
31 unkritische Einheitsmeinungen.

32 **Freiheit für die Medien sichern**

33 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die Rundfunkfreiheit sind weiterhin staatsfern zu
34 gewährleisten. Wir fordern, dass die Mitgliedschaft in den Rundfunk- und Verwaltungsrä-
35 ten sowie dem Fernsehrat für Vertreterinnen und Vertreter der Exekutive grundsätzlich
36 nicht mehr möglich ist, um die Staatsferne des Rundfunks tatsächlich umzusetzen. Zu-
37 dem bedarf es einer Diskussion über die teilweise Übermacht von politischen Parteien in
38 den Rundfunkgremien. Wir stehen zur Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öf-
39 fentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Freiheit und Demokratie sind ohne ökonomisch
40 unabhängige, gebührenfinanzierte Medienangebote nicht überlebensfähig. Dazu
41 gehört im Internetzeitalter auch ein öffentlich-rechtliches digitales Vollangebot im Inter-
42 net als „dritte Säule“ neben Hörfunk und Fernsehen – selbstverständlich komplett werbe-
43 frei. Werbefrei sollen aber auch die Rundfunkangebote der öffentlich-rechtlichen Rund-
44 funkanbieter sein. Im Gegenzug sollen sie in Zukunft mit einer nicht mehr gerätebezogen
45 Mediengebühr finanziert werden.

46 Wir Grüne in NRW treten für das gegenwärtig bestehende Mehrsäulenprinzip in der deut-
47 schen Fernsehlandschaft weiterhin ein. Allerdings ist das Privatfernsehen gefordert, sich
48 klar an medienethische Grundsätze zu halten. Neue Formate, in denen die Würde des
49 Menschen herabgesetzt wird, um die Quote zu steigern, lehnen wir ab. Ebenso eine kom-
50 plette Verschlüsselung privater Medienangebote, verbunden mit der Forderung, dass
51 auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk künftig seine digital verbreiteten Programme nur
52 noch verschlüsselt anbieten soll. Eine einseitige Angebotsverschlüsselung stellt das soge-

1 nannte Mehrsäulenprinzip in Frage. Pay-TV-Angebote sollen ihren Platz haben, gesell-
2 schaftspolitisch vergleichbar mit dem frei empfangbaren, öffentlich-rechtlichen Rund-
3 funkangebot sind sie nicht.

4 Umso wichtiger für eine vielfältige, freiheitlich-demokratische Rundfunklandschaft sind
5 daher die wegweisenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Die vom
6 höchsten deutschen Gericht vorgeschriebene Bestands- und Entwicklungsgarantie des
7 öffentlich-rechtlichen Rundfunks darf weder durch populistische ‚Reformvorschläge‘, noch
8 durch marktradikale EU-Wettbewerbspolitikerinnen und -politiker aufs Spiel gesetzt wer-
9 den und schließt ausdrücklich alle Entwicklungen der digitalen Zukunft mit ein.

10 **Mediengebühr statt GEZ-Schnüffelei**

11 Ein qualitativ hochwertiges öffentlich-rechtliches Rundfunkangebot braucht eine sichere
12 finanzielle Grundlage. Deshalb wollen wir Grüne überprüfen, ob eine neue Mediengebühr
13 praktisch und staatsfern von jeder und jedem einfach und direkt bezahlt werden kann.

14 Die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) soll optimiert werden. In die KEF
15 sollen künftig Menschen aus Rundfunk- und Verwaltungsräten entsandt werden, die den
16 Willen der gesellschaftlich relevanten Gruppen vertreten. Die KEF soll ausschließlich den
17 Finanzbedarf ermitteln, über dessen Verwendung die Rundfunkanstalten selbstständig
18 entscheiden. Die Mediengebühr wird also auch künftig über einen Rundfunkstaatsvertrag
19 parlamentarisch auf der Basis des KEF-Vorschlags festgelegt. Dieses Verfahren gewähr-
20 leistet auch bei einem anderen Zahlungsmodus die notwendige Staatsferne und wurde
21 ausdrücklich vom Bundesverfassungsgericht in seinem „Gebührenurteil“ vom 11. Sep-
22 tember 2007 verfassungsrechtlich gestärkt.

23 **Bürgermedien stärken bedeutet mehr Medienkompetenz für alle**

24 Besondere Verantwortung bei der Vermittlung von Medienkompetenz hat der Staat. Ins-
25 besondere bei Kindern und Jugendlichen bedarf es eines ehrlichen Umgangs mit dem Me-
26 dium Internet von Anfang an: Gefahren müssen erklärt, über Datenschutz aufgeklärt und
27 das sachdienliche Nutzen neuer und besonders auch freier Medien gelehrt werden. Die
28 Förderung darf aber nicht mit dem Schulabschluss aufhören – auch viele Erwachsene
29 benötigen Unterstützung, damit sie die neuen Kommunikationsmöglichkeiten des digi-
30 talen Zeitalters nutzen können.

31 Medienpädagogik muss in Bildungs- und Sozialisationsinstitutionen einen breiten Raum
32 einnehmen. In Kindergärten und Vorschulen muss der sorgsame Umgang mit Medien
33 genauso thematisiert werden wie in Unternehmen, der Jugendhilfe, Elternernziehung und
34 außerschulischen Bildung.

35 **Vielfalt auch im privaten Hörfunk sichern**

36 Wir Grüne wollen auch mit dem Hörfunk ins digitale Zeitalter. Deshalb wollen wir künftige
37 Ausschreibungen und Verlängerungen von UKW-Frequenzen an die Nutzung einer digita-
38 len terrestrischen Übertragung binden. Eine Abschaltung der UKW-Sender soll geplant
39 werden. Durch die neuen Übertragungskapazitäten wird eine große regionale Programm-
40 vielfalt möglich. Hier soll auch Platz für Bürger- und Campusradios sein. Die Trennung in
41 Veranstaltergemeinschaften und Betriebsgesellschaften hat sich bewährt. In Betriebsge-
42 sellschaften sollen sich neben Zeitungsverlegern auch regionale Unternehmen engagieren
43 können.

44 Weiter setzen wir uns für vielfältige Bürgermedien-Angebote nicht nur in Schulen und
45 Volkshochschulen ein. Bürgermedien-Kompetenz wird vor allem dadurch gestärkt, dass
46 Bürgerinnen und Bürger selbst Hörfunk-, Fernseh- und Internetangebote gestalten und
47 sich direkt und aktiv am medialen Meinungsbildungsprozess beteiligen.

48 **Breitband-Datennetze sind Teil der Daseinsvorsorge**

49 Wir setzen uns konsequent für den weiteren Ausbau des Breitbandnetzes ein. Eine lü-
50 ckenlose Breitbandversorgung ist für uns wesentlicher Bestandteil öffentlicher Daseins-
51 vorsorge. Zudem wollen wir ein System öffentlicher WLAN-Zugänge in NRW aufbauen.

1 Dabei sind funkgestützte Angebote immer auch mit Blick auf die Strahlenbelastung zu
2 betrachten. Nachhaltig und erheblich energiesparender als die heute verbreitet genutzte
3 (V)DSL-Technik ist der Ausbau eines Glasfaserkabelnetzes, um so künftig die digitale
4 Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger auch in NRW mit leistungsstarken Übertra-
5 gungs-Bandbreiten zu gewährleisten.

6 **Rechtsstaatlichkeit im Internet durchsetzen!**

7 Wir setzen auf das Internet und wissen: Rechtsstaatlichkeit und auch Rechtsdurchset-
8 zung erfolgen in allen Bereichen unseres Lebens. Das Internet darf aber unter diesem
9 Vorwand nicht zum bürgerrechtsfreien Medium werden! Wir wenden uns gegen jede digi-
10 tale Bevormundung und gegen jede Form der Zensur.

11 Wir haben bei der Verfolgung von Straftaten im Internet kein Rechtsproblem, sondern
12 vor allem ein Durchsetzungsproblem. Daher muss die Verfolgung von Straftaten im In-
13 ternet intensiviert werden. Es bedarf einer besseren technischen und personellen Aus-
14 stattung der Behörden, besonders des Landeskriminalamts.

15 Bei Straftaten wie der Verbreitung von Kindesmissbrauch oder nationalsozialistischer
16 Propaganda im Netz, streiten wir für eine schärfere Verfolgung der Täterinnen und Täter
17 – vor allem durch eine bessere internationale Kooperation zwischen den Staaten, bei-
18 spielsweise durch vergleichbare Rechtsvorschriften oder gleiche Standards.

19 **Netzneutralität und -freiheit gesetzlich verankern**

20 Wir wollen ein neutrales Internet, welches weder von Konzernen, Netzbetreibern, noch
21 von öffentlichen Stellen gesteuert oder gefiltert wird. Deshalb sollen die Provider dazu
22 verpflichtet werden, eine neutrale Datenübermittlung zu gewährleisten. Jedes Datenpaket
23 muss mit gleicher Priorität behandelt und übertragen werden.

24 Die Filterung des Datenverkehrs sowie massenhafte und unbegründete Speicherorgien
25 lehnen wir strikt ab. Den nach wie vor aktuellen Vorschlägen zur Einführung von Inter-
26 netzsperrlisten und den Aufbau einer umfassenden Sperrinfrastruktur erteilen wir eine
27 klare Absage, da sie rechtsstaatlich und technisch unverantwortlich sind.

28 Wir wollen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Chancen der Digitalisierung für
29 NRW stärker nutzen. Hierzu kann ein Prozess hin zum „Digitalen NRW“ beitragen, aber
30 auch stärkere Investitionen in die Forschung um und im Internet. Wir stehen am Anfang
31 der Digitalisierung und sind lange noch nicht an deren Ende angekommen.

32 **Ein Internet ohne Barrieren**

33 Für Menschen mit Behinderungen bietet das Netz besonders viele Chancen. Leider treffen
34 sie dort, wie im realen Leben, oft auf Barrieren. Diese wollen wir abbauen und so eine
35 gleichberechtigte Teilhabe im Internet ermöglichen. Webseiten der öffentlichen Hand
36 müssen hier den privatwirtschaftlichen Internetangeboten mit gutem Beispiel vorangehen
37 und endlich die „Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung“ (BITV) umfassend um-
38 setzen sowie Daten in offenen Formaten zugänglich machen.

39 **Computerspiele: Chancen nutzen – Jugendmedienschutz stärken**

40 Wir Grüne erkennen die digitale Spielkultur ausdrücklich als Kulturgut an und wehren uns
41 dagegen, dass Computerspielerinnen und -spieler kriminalisiert und teilweise auch stig-
42 matisiert werden. Deshalb wollen wir den Vollzug des Jugendmedienschutzes bundesweit
43 stärken und uns dafür einsetzen, dass allen Generationen mehr Medienkompetenz ver-
44 mittelt wird. Altersfreigaben und freiwillige Selbstkontrolle unter Berücksichtigung der
45 gesundheitlichen Gefahren- und Suchtpotenziale für alle kommerziellen (Online-)Spiele
46 müssen verbindlich werden. Einen Übergang hin zum europäischen Altersfreigabesystem
47 gilt es zu überprüfen und vor allem die positiven Ansätze daraus ins hiesige System zu
48 überführen. Die Entwicklung guter Computerspiele soll mit entsprechenden Maßnahmen
49 gefördert werden, weshalb wir uns für den weiteren konstruktiven Dialog mit Spielerin-
50 nen und Spielern einsetzen.

1 **Urheberrechte schützen, geistiges Eigentum vor Missbrauch bewahren**

2 Maßgeblichen Einfluss auf die Zukunft neuer Unternehmensmodelle hat eine Änderung
3 des Urheberrechts. Derzeit verbreitet allen voran die Medienindustrie eine Ideologie, die
4 unlizenzierte Nutzung als Raub und Piraterie kriminalisiert. Im Kampf gegen die „Inter-
5 netpiraterie“ gerät jedoch immer öfter die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger unter
6 die Räder und mit ihr der freie Zugang zu Wissen und kulturellen Werken.
7 Der Grüne Vorschlag, eine Kultur-Flatrate für File-Sharing einzuführen und damit künftig
8 zur vollständigen Legalisierung von privatem File-Sharing zu kommen, ist nach gutach-
9 terlicher Einschätzung nicht nur rechtlich machbar, sondern im Interesse der Künstlerin-
10 nen und Künstler und Kreativen sogar ausdrücklich geboten. So streben wir streben die
11 Entkriminalisierung großer Teile unserer digitalen Gesellschaft an. Wir Grüne setzen uns
12 dabei vom Grundsatz her für eine Entwicklung ein, die Bürgerinnen und Bürgern, Künst-
13 lerinnen und Künstlern, Forscherinnen und Forschern, Schulen und Universitäten dient
14 und nicht im Dienst der Medien- und Geräteindustrie oder von Verlagsgiganten steht. So
15 vergüten wir Künstlerinnen und Künstler angemessen und entkriminalisieren Nutzerinnen
16 und Nutzer.

17 **Film- und Fernsehland NRW prägt Kreativ- und Medienwirtschaft**

18 Rund 342.000 Menschen arbeiten in NRW in allen Bereichen der Medien- und Kommuni-
19 kationswirtschaft. Die großen öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkunternehmen
20 in Köln; die Werbe- Mode- und Filmstadt Düsseldorf; der IT-Cluster in Dortmund; die
21 Hochschulen für Kunst und Medien von Köln bis Siegen – dazu die vielen freischaffenden
22 Kreativen in den verschiedenen Branchen: Dies alles unterstreicht die enorme ökonomi-
23 sche Bedeutung des Medienlandes NRW.

24 Die Arbeit der Filmstiftung NRW, der Internationalen Filmschule (IFS) und des Audiovisu-
25 ellen (AV)-Gründerzentrums, aber auch die Kunsthochschule für Medien (KHM) in Köln,
26 sind tragende Säulen der Filmförderung und der Ausbildung des Nachwuchses für Film
27 und Fernsehen in unserem Bundesland. Wir unterstützen diese Einrichtungen und setzen
28 uns für eine verstärkte Förderung durch das Land ein. Die Gründung einer Filmakademie
29 NRW oder eines großen internationalen Filmfestivals könnten die große Bedeutung des
30 Film- und Fernsehlandes NRW unterstreichen, das schon heute von zahlreichen wichtigen
31 regionalen Filmfestivals geprägt ist: ob Kinofest Lünen oder Filmfestival Münster, ob In-
32 ternationales Frauenfilmfestival Dortmund/Köln oder die Internationalen Kurzfilmtage
33 Oberhausen: Auch von dieser Vielfalt lebt unser Land, und dafür werden wir uns auch
34 weiterhin engagieren. Die Medienförderung muss zudem den neuen Entwicklungen der
35 Digitalisierung unserer Mediennutzung angepasst werden, beispielsweise durch die För-
36 derung der Entwicklung von Computerspielen.

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

Wir wollen:

- **ein freies, unzensuriertes Internet, in dem geltendes Recht angewendet wird;**
- **ein Leitbild für ein digitales NRW entwickeln;**
- **uns in NRW für eine vielfältige, regionale Medienlandschaft einsetzen und uns konsequent gegen Kartellbildung wehren;**
- **die Kreativ- und Medienwirtschaft als einen wichtigen Wirtschaftszweig nach Kräften fördern, ausbauen und der Digitalisierung anpassen.**

1 **4. Geschlechterdemokratie für alle!**

2 **In Sachen Geschlechtergerechtigkeit hat sich die bisherige Landesregierung**
3 **rückwärts bewegt und von uns bereits Erreichtes zerschlagen. Frauenpolitik**
4 **wurde faktisch abgeschafft, die Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming**
5 **gestoppt. Lesbian- und Schwulenpolitik wird nur noch minimal betrieben. Nach**
6 **Grüner Überzeugung lässt sich zukunftsfähige Politik nur mit einem differen-**
7 **zierten Blick auf die Geschlechter gestalten. Sie muss sich an den Ausgangsla-**
8 **gen und Lebenswünschen von Frauen und Männern aller Altersstufen, unter-**
9 **schiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft, verschiedener sexueller Identitä-**
10 **ten sowie ihren körperlichen, geistigen und seelischen Fähigkeiten orientieren.**
11 **Nur so schaffen wir eine Gesellschaft, in der alle gleiche Chancen und Rechte**
12 **haben.**

13 **Gender ist Zukunft**

14 Es gibt keine geschlechterneutrale Wirklichkeit. So sind Frauen und Männer auf Grund
15 verschiedener Arbeitsbedingungen und Lebensverläufe unterschiedlich von Krankheiten
16 betroffen. Geschlechterungerechte Sprache macht Frauen unsichtbar, wenn sie nur Män-
17 ner benennt. Traditionelle Männlichkeitsbilder setzten Jungen unter Druck und verführen
18 Männer zu einem riskanteren Lebensstil. Frauen nutzen eher öffentliche Verkehrsmittel,
19 Männer häufiger das Auto. Männerdominierte Haushaltspolitik fördert Frauensportarten
20 finanziell deutlich weniger als Männersportarten. Traditionelle Geschlechterrollen nehmen
21 Vätern die Chance, Familienverantwortung wahrzunehmen und verhindern Erwerbstätig-
22 keit von Müttern. In der Bildungsdebatte sind Jungen aus bildungsfernen Schichten oder
23 mit Migrationshintergrund häufig zu Verlierern abgestempelt worden.

24 Es ist Aufgabe der Politik, solche Unterschiede sowie deren Ursachen wahrzunehmen und
25 in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Sie muss stereotype Rollenzuweisungen und
26 sich wandelnde Rollenbilder in den Blick nehmen und ihre Entscheidungen so gestalten,
27 dass sie zur Förderung einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter beitragen.

28 Wir werden mit dem Instrument "Gender Mainstreaming" (Folgenabschätzung von politi-
29 schen Maßnahmen für Männer und für Frauen) Geschlechtergerechtigkeit nachhaltig in
30 allen Feldern der Landespolitik umsetzen, vom Gesundheitsbereich über geschlechterge-
31 rechte Forschung bis hin zur Verkehrs- und Bauplanung. In allen Gesetzen und Vorschrif-
32 ten des Landes ist geschlechtergerechte Sprache umzusetzen. Mit der Schaffung einer
33 Gender-Stabsstelle in der Staatskanzlei werden wir deutlich machen, dass Gender
34 Mainstreaming Führungsaufgabe ist. Als wesentlicher Schritt ist der Landesaushalt im
35 Hinblick auf seine Auswirkungen auf Frauen und Männer zu überprüfen und geschlechter-
36 gerecht auszurichten. Diesen Ansatz des „Gender Budgeting“ werden wir schrittweise im
37 Landesaushalt verwirklichen.

38 **Benachteiligung ist Fakt**

39 Die von uns Grünen initiierten und bundesweit vorbildlichen frauenpolitischen Strukturen
40 wurden von der schwarz-gelben Landesregierung praktisch zerstört. Zerschlagen wurden
41 gewachsene und bestens funktionierende Unterstützungseinrichtungen wie die „Regional-
42 stellen Frau und Beruf“, die „Landeskoordinationsstelle Frauen und Gesundheit“ oder die
43 „Landesfachstelle Frauen und Sucht“. Fördergelder für Frauenhäuser sind so empfindlich
44 zusammengestrichen worden, dass in NRW nicht mehr allen Frauen auf der Flucht vor
45 gewalttätigen Partnern Schutz geboten werden kann. Frauenberatungsstellen werden
46 systematisch finanziell ausgehungert.

47 Schwarz-Gelb hinterlässt Zerstörung und weiße Flecken in der frauenpolitischen Land-
48 schaft und hat keine Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart:

- 49 • Gehaltsunterschiede von 23 Prozent zwischen Frauen und Männern;
- 50 • hohe Beschäftigungszahlen von Frauen im Niedriglohnsektor;
- 51 • schlechtere Bezahlung von frauentypischen Arbeitsplätzen;
- 52 • Bezug von Sozialleistungen trotz Vollzeitarbeit;

- 1 • männlich dominierte Führungsetagen;
- 2 • schlechtere Jobs trotz Bildungsvorsprungs für Mädchen und Frauen;
- 3 • Altersarmut von Frauen;
- 4 • eine am männlichen Vorbild orientierte Gesundheitsversorgung.

5 **Wir schaffen gesetzliche Grundlagen**

6 Gesetzliche Vorgaben zur Förderung von Frauen im Erwerbsleben sind wichtige Instru-
7 mente der Gleichstellung. Allerdings können sie ihre Kraft nur entfalten, wenn sie auch
8 umgesetzt werden. Wir werden das Landesgleichstellungsgesetz für den Öffentlichen
9 Dienst (LGG) novellieren, klarere und verbindlichere Vorgaben formulieren, eine genaue
10 Überprüfung ihrer Umsetzung vornehmen und wirksame Sanktionen bei Verstößen ver-
11 ankern. Hier wollen wir auch Maßnahmen zur Erhöhung des Migrantinnenanteils im Öff-
12 fentlichen Dienst festschreiben.

13 Angesichts des gesunkenen Frauenanteils unter nordrhein-westfälischen Abgeordneten
14 (Wahlperiode 2000-2005: 32 Prozent Frauen, 2005-2010: 28 Prozent Frauen), ist eine
15 gesetzliche Regelung zur Quotierung von Kandidatinnen- und Kandidatenlisten für das
16 Parlament überfällig.

17 Nur sieben Prozent aller Betriebe haben Vereinbarungen zur Förderung der Chancen-
18 gleichheit von Frauen und Männern geschlossen. Wir unterstützen die Schaffung eines
19 bundesweiten Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft. Sollten sich dafür keine
20 politischen Mehrheiten auf Bundesebene finden, muss NRW diesen Weg vorbildhaft als
21 erstes Bundesland beschreiten. Hier werden wir auch Regelungen zur Anonymisierung
22 von Bewerbungsverfahren bei Stellenbesetzungen verankern. Nur so haben Frauen und
23 Männer mit und ohne Migrationshintergrund gleiche Chancen im Auswahlverfahren.

24 Wir werden die Wirtschaftspolitik in NRW auf andere Beine stellen. Bei der Vergabe öff-
25 entlicher Aufträge werden wir die Unternehmen bevorzugen, die sich besonders für die
26 Förderung von Frauen im Erwerbsleben einsetzen. Wir wollen, dass die Mittel der EU (im
27 Rahmen der Ziel 2 Förderung) unter Berücksichtigung des Querschnittziels "Gleichstel-
28 lung von Frauen und Männern und Nichtdiskriminierung" eingesetzt werden. Maßnahmen
29 zur Hilfestellung bei der Erstellung von Frauenförderplänen und deren Umsetzung sind
30 anzubieten.

31 **Wir fordern eine geschlechtersensible Erziehung an Kitas und Schulen**

32 Durch die Erziehung in Kindertagesstätten und in Schulen können sich geschlechterge-
33 prägte Rollenmuster verfestigen. Diese verhindern im späteren Leben eine gezielte Wei-
34 terentwicklung der Jugendlichen. Daher wollen wir, dass bereits bei der Ausbildung Leh-
35 rerinnen und Lehrer und Erzieherinnen und Erzieher für Genderproblematiken sensibili-
36 siert werden. Schulische Lernmittel sind auf Ausgewogenheit und Rollenmuster bei der
37 Darstellung von Frauen und Männern zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern. Wir
38 wollen außerdem mehr männliches Personal für pädagogische Berufe begeistern und in
39 der Kinder- und Jugendhilfe Gender-Mainstreaming umsetzen.

40 **Wir stärken Frauen im Erwerbsleben**

41 Nur eine eigenständige Existenzsicherung schützt Frauen vor finanziellen Notlagen und
42 Altersarmut! Dies trifft auch die Wünsche von gut ausgebildeten Frauen, deren Erwerbs-
43 neigung seit Jahren steigt. Vielfältige Lebensmodelle von Frauen und hohe Scheidungsra-
44 ten bekräftigen die Notwendigkeit, sich endgültig vom "Ernährermodell" zu verabschieden
45 und Frauen im Erwerbsleben auf allen Ebenen gleichzustellen.

46 Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass es in NRW künftig für Männer und Frauen weder
47 Lohndifferenzen noch unterschiedliche Aufstiegschancen gibt. Deshalb kämpfen wir für
48 existenzsichernde Mindestlöhne und eine Neubewertung frauentypischer Arbeitsplätze.
49 Gemeinsam mit den Tarifparteien wollen wir Initiativen und Förderprogramme starten,
50 um in diesen Bereichen für tatsächliche Gleichstellung zu sorgen. Wir werden Unterstüt-
51 zungsstrukturen zur Förderung von Qualifizierungs- und beruflichen Ein- und Weiderein-
52 stiegsprogrammen für Frauen schaffen.

1 Die finanzielle Förderung von Hochschulen muss stärker an das Ziel gebunden werden,
2 den Frauenanteil in Führungspositionen deutlich zu erhöhen.
3 Wenn ein Elternteil an einer Hochschule studiert oder beschäftigt ist, muss ein Rechtsan-
4 spruch auf einen Kitaplatz in unmittelbarer Nähe bestehen. Kinderbetreuungsplätze direkt
5 an den Hochschulen müssen ausgebaut werden.
6 Wir werden das Berufswahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen thematisieren und
7 durch Projekte und Maßnahmen wie den „Girls Day“ oder Mentorinnenprogramme weiter-
8 hin begleiten. Zur verstärkten Förderung von Frauen in Führungspositionen halten wir an
9 unserer Forderung zur Besetzung der Hälfte von Aufsichtsratsposten mit Frauen fest.

10 **Wir geben jungen Frauen eine Zukunft!**

11 Junge Frauen sind heute gut ausgebildet, selbstbewusst und verfolgen zielstrebig ihre
12 Pläne für die Zukunft. Die Umsetzung scheitert jedoch häufig an weit verbreiteten Rol-
13 lenmustern, geschlechtsspezifischem Berufswahlverhalten und der schwierigen Vereinba-
14 rung von Beruf und Familie. Wir wollen diese Hürden abbauen.

15 Trotz durchschnittlich besserer Schulabschlüsse entscheiden sich 80 Prozent der Mädchen
16 für nur 25 Ausbildungsberufe. Der Anteil von jungen Frauen in technischen Berufen oder
17 technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen geht nach jahrelanger Stagnation jetzt
18 sogar zurück. Im Alter schließt sich bei vielen Frauen der Kreis von geschlechtsspezifi-
19 scher Fächerwahl in den Schulen, katastrophaler Ausstattung der formalen Berufsbera-
20 tung und einem eingeschränkten Berufswahlverhalten bei weniger Gehalt und weniger
21 Rente. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, wollen wir eine Gesamtstrategie entwickeln,
22 in der

- 23 • die verschiedenen Bereiche von Elternarbeit bis Jugendhilfe und Berufsberatung
- 24 verzahnt werden,
- 25 • eine ausreichende Finanzierung gesichert ist und
- 26 • ein Landesprogramm mit geschlechtergerechten Informations- und Beratungsange-
27 boten für Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen zur Verfügung steht.

28 **Wir fordern gleiche Rechte für Migrantinnen!**

29 Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Leben und die soziale und kulturelle Teilhabe
30 aller an der Gesellschaft ein. Zur Förderung der Partizipation von Migrantinnen am gesell-
31 schaftlichen Leben wollen wir geschlechts- und altersspezifische Sprach- und Integrati-
32 onskurse einführen sowie Netzwerke zur Selbstorganisation von Migrantinnen unterstüt-
33 zen.

34 Insbesondere der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Schlüssel,
35 um an der Gesellschaft teilhaben und ein eigenständiges Leben führen zu können. Des-
36 halb wollen wir Chancengerechtigkeit im Bildungssystem herstellen und die Quote von
37 Lehrerinnen mit Migrationshintergrund erhöhen. Auch wenden wir uns weiterhin gegen
38 das durch die schwarz-gelbe Landesregierung eingeführte Kopftuchverbot für nordrhein-
39 westfälische Lehrerinnen.

40 Derzeit entscheiden sich junge Zugewanderte vorwiegend für nur fünf Ausbildungsberufe.
41 Wir wollen das Berufswahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshin-
42 tergrund erweitern, sie auf dem Weg von der Schule zur Ausbildung durch Projekte der
43 RAA (Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrati-
44 onshintergrund) begleiten und sie verstärkt im öffentlichen Dienst ausbilden. Dazu for-
45 dern wir eine Auszubildendenquote für Migrantinnen und Migranten im öffentlichen
46 Dienst.

47 Wir werden uns zudem über den Bundesrat dafür einsetzen, dass Frauen, die im Ausland
48 gegen ihren Willen verheiratet werden, ein Rückkehrrecht nach Deutschland bekommen.
49 Ebenso sollen Frauen, die als Ehegattinnen in die Bundesrepublik ziehen, auch nach einer
50 Scheidung ein Bleiberecht erhalten.

1 **Wir bekämpfen häusliche und sexuelle Gewalt**

2 Neue Studien belegen wiederholt, dass Gewalt im Geschlechterverhältnis kein Problem
3 sozialer Brennpunkte ist, sondern in allen sozialen, ethnischen, Bildungs- und Alters-
4 schichten stattfindet. Die Mehrheit der Gewalttäter kommt aus einem mittleren bis höhe-
5 rem Bildungssegment, hat keinen Migrationshintergrund und ist nicht erwerbslos. Tren-
6 nung oder Scheidung erhöhen deutlich die Gefahr für die Frau, Opfer von Stalking, kör-
7 perlicher oder sexueller Gewalt durch den (Ex-) Partner zu werden.

8 Es ist Aufgabe des Staates und der Gesellschaft, Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder zu
9 verhindern sowie den Opfern rechtsverbindlich Schutz und Hilfen bereitzustellen. Durch
10 die rigide schwarz-gelbe Sparpolitik aber ist das ehemals gut funktionierende Netz aus
11 Frauen- und Mädchenhäusern, Notrufen, spezialisierten und allgemeinen Frauenbera-
12 tungsstellen in NRW empfindlich geschwächt worden. Zusätzliche Bedarfe, zum Beispiel
13 für Gewaltopfer mit Behinderung, Zwangsverheiratete oder Mädchen und Frauen mit Ge-
14 nitalverstümmelungen, werden ignoriert. Hier wollen wir entschieden gegensteuern und
15 unterstützen daher die Forderung nach einer bundesweit einheitlichen, bedarfsdeckenden
16 und unbürokratischen Frauenhausfinanzierung. Sollte eine solche Regelung auf Bundes-
17 ebene nicht zustande kommen, werden wir ein entsprechendes Ländergesetz für NRW
18 auf den Weg bringen.

19 Neben einer sensiblen Aufklärung der Öffentlichkeit, die bereits in den Schulen beginnen
20 muss, brauchen die Betroffenen Unterstützungsmaßnahmen, die sie nicht stigmatisieren
21 und aufenthaltsrechtlichen Schutz bieten. Zur Bekämpfung von Frauenhandel und
22 Zwangsprostitution werden wir die Opfer stärken und uns für ein dauerhaftes Bleiberecht
23 für jene einsetzen, die den Mut haben, gegen die Täter auszusagen.

24 **Wir unterstützen die Gesundheit von Frauen**

25 Medizinische Forschung und gesundheitliche Versorgung orientieren sich leider immer
26 noch überwiegend an männlichen Normen. Geschlechtsspezifische Besonderheiten von
27 Gesundheit und Gesundheitshandeln bleiben dabei weitgehend unberücksichtigt. Eine
28 Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern muss zu-
29 künftig grundsätzlich zur Genehmigungsvoraussetzung für öffentlich geförderte gesund-
30 heitswissenschaftliche Forschungsvorhaben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass in die
31 Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe verstärkt Wissen um geschlechtsspezifi-
32 sche Unterschiede von Gesundheit und Krankheit einfließen. Kulturelle Unterschiede
33 müssen stärker als bisher im Gesundheitswesen wahrgenommen werden. Deshalb unter-
34 stützen wir eine umfassende Einbindung von Therapeutinnen und Therapeuten mit inter-
35 kulturellen Kompetenzen in die gesundheitliche Versorgung.

36 Klar ist auch, dass sich Frauen und Männer ebenfalls bezüglich der Ursachen und Verläufe
37 von Suchterkrankungen unterscheiden. Trotzdem hat Schwarz-Gelb bei der Weiterent-
38 wicklung der geschlechtsbezogenen Arbeit mit Frauen in der Suchtprävention und in den
39 Suchthilfeeinrichtungen Unterstützungsstrukturen abgeschafft und wertvolle Vernet-
40 zungsarbeit lahm gelegt. Hier werden wir Lücken schließen und die Angebote verbessern.

41 Frauen sind in aller Regel gut über ihren Körper informiert und wollen gemeinsam mit
42 den Behandelnden Entscheidungen über ihre Gesundheit treffen. Dazu brauchen sie aus-
43 reichende und unabhängige Informationen auch über medizinische Unsicherheiten und
44 Risiken von Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten. Medizinische Informationen und
45 Beratungsangebote müssen so aufbereitet sein, dass Schaden und Nutzen abwägbar
46 sind. Das haben wir bei der gegenwärtigen Diskussion um die HPV-Impfung gegen Ge-
47 bärmutterhalskrebs sehr deutlich gemacht. Wir setzen uns verstärkt für die Rechte auf
48 informierte Entscheidung von Frauen ein und werden nicht zuletzt deshalb die ehemals
49 vorbildlichen Angebote der „Koordinationsstelle Frauen und Gesundheit NRW“ wieder zur
50 Verfügung stellen.

51 **Wir stärken Frauen und Mädchen mit Behinderungen**

52 Frauen und Mädchen mit körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen sind
53 in unserer Gesellschaft doppelt diskriminiert: als Frauen und aufgrund ihrer Behinderung.
54 Das erleben sie schon in der Schule und während der Ausbildung, und es setzt sich in

1 mangelnden Zugängen zum Erwerbsleben fort. Ihr Risiko, in einem Heim leben zu müs-
2 sen, ist höher als bei männlichen Behinderten. Häufig wird Frauen mit Behinderungen
3 eine selbstbestimmte Sexualität, Partnerschaft und Elternschaft abgesprochen. Eine un-
4 terstützende Assistenz wird für behinderte Mütter nicht finanziert. Mädchen und Frauen
5 mit einer Beeinträchtigung sind viermal häufiger von sexualisierter Gewalt betroffen als
6 nicht behinderte Frauen.
7 Wir werden zusammen mit den Betroffenen einen Landesaktionsplan für Frauen und
8 Mädchen erarbeiten, der die Forderungen der UN-Konvention für Menschen mit Behinde-
9 rungen umsetzt. (Vgl. Kap 4.)

10 **Wir stehen für einen selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper**

11 Wir lehnen die zunehmende Sexualisierung und die Reduzierung von Frauen auf ihren
12 Körper ab. Dies festigt geschlechtsspezifische Rollenbilder und führt nicht selten zu Ess-
13 störungen oder übertriebener sportlicher Betätigung. Wir wollen Mädchen und junge
14 Frauen dazu ermutigen, selbstbestimmt mit ihrem Körper umzugehen und sie darin stär-
15 ken, sich dem gesellschaftlichen Schönheits- und Schlankheitswahn nicht zu unterwerfen.
16 Wir werden Beratungsangebote für Betroffene weiter ausbauen sowie eine landesweite
17 Kampagne für einen gesunden und selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper
18 auf den Weg bringen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass die pädagogischen
19 Fachkräfte in den Schulen und in Jugendeinrichtungen hinsichtlich dieser Problematik
20 geschult werden.

21 Frauen und Mädchen sollen sich ohne Druck für oder gegen eine Schwangerschaft ent-
22 scheiden können. Unser Ziel bleibt die Abschaffung der in § 218 enthaltenen generellen
23 Strafbarkeit von Schwangerschaftsabbrüchen. Frauen muss ein breit gefächertes freiwilli-
24 ges Beratungsangebot offen stehen, auch begleitend zur Pränataldiagnostik und zwar
25 vor, während und nach solchen Untersuchungen. Schwangerschaftskonfliktberatung kann
26 nur in qualifizierter Form durch multiprofessionelle Teams in Beratungsstellen geleistet
27 werden. Durch eine angemessene Landesförderung werden wir für den Erhalt und den
28 weiteren Ausbau solcher Teams sorgen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Frauen mit
29 niedrigem Einkommen kostenlosen Zugang zu Verhütung bekommen.

30 **Wir fördern neue Wege für Jungen in der Bildung**

31 Geschlechterdemokratie verlangt auch nach Männerpolitik. Dazu gehört die institutionelle
32 Förderung, Vernetzung und Stärkung, beispielsweise der LAG-Jungenarbeit und der Fach-
33 stelle Jugendarbeit.

34 Männliche Rollenbilder müssen durch mehr männliche Erzieher gestärkt werden, außer-
35 dem ist individuelle Förderung ein wichtiger Baustein geschlechtersensibler Bildung. Mo-
36 dellprojekte von reflexiver Koedukation müssen deshalb gestärkt und in die Breite getra-
37 gen werden. „Boys Days“ sind ebenso wie der „Girls Day“ landesweit zu verankern und
38 zu fördern.

39 **Wir fördern die Gesundheit von Männern**

40 Die Einrichtung einer Landes-Hotline bzw. einer Online-Beratung „Männergesundheit“,
41 etwa beim Landesinstitut für Gesundheit, stellt für uns einen wichtigen Beitrag zur Ge-
42 sundheitsförderung von Männern dar. Außerdem ist gerade in den Pflegeberufen die Zahl
43 der dort arbeitenden Männer zu steigern, um das Recht männlicher Patienten auf gleich-
44 geschlechtliche Pflege ernst zu nehmen und zu erfüllen.

45

46 **Wir wollen:**

47

- 48 • **Frauen im Erwerbsleben stärken: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist unser**
49 **Ziel. Dafür werden wir die gesetzlichen Grundlagen schaffen, ebenso für**
50 **die Verbreiterung der beruflichen Perspektiven junger Frauen.**

1
2
3
4
5
6
7
8
9

- **Gewalt gegen Frauen in jeder Form bekämpfen. Dazu werden wir eine verlässliche Finanzierung der Anlaufstellen garantieren, die unter der schwarz-gelben Landesregierung stark zurückgegangen ist.**
- **Eine geschlechtsneutrale Erziehung in Kindertagesstätten und Schulen. Lernmittel, Lehrpläne und Richtlinien sind dahingehend zu ändern, dies muss in der Aus- und Weiterbildung des Personals berücksichtigt werden. Die Männerquote gerade in der Elementarerziehung ist zu erhöhen.**

5. Gleichberechtigte Teilhabe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender

Der Respekt vor der Unterschiedlichkeit sowie die Akzeptanz von Selbstbestimmung und Würde des einzelnen Menschen waren und sind der Motor für die Grünen in NRW, sich für die gleichberechtigte Teilhabe dieser Menschen einzusetzen.

Für die Förderung der lesbischen, schwulen und transidenten Selbstorganisationen

Seit Antritt der schwarz-gelben Koalition ist es im Bereich der Lesben- und Schwulenpolitik trotz weitreichender rot-grüner Erfolge zum Stillstand gekommen. Nach dem Regierungswechsel zu CDU-FDP wurden die Fördermittel von ca. 700.000 € um 40 Prozent gekürzt.

Wir wollen die Arbeit der Dachverbände, die Beratungsstellen, die Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit sowie die regionalen und landesweiten Projekte der Selbsthilfe und Akzeptanzförderung wieder mit ausreichenden Mitteln ausstatten.

Für eine konsequente Antidiskriminierungspolitik

Wir wollen Diskriminierung in der Privatwirtschaft und in der Öffentlichkeit konsequent abbauen. Dazu muss die Landesregierung alle Bürgerinnen und Bürger über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und den damit verbundenen Diskriminierungsschutz umfassend informieren, beraten und Betroffene unbürokratisch unterstützen. Die Landesregierung soll zudem der „Charta der Vielfalt“ aktiv beitreten.

Für gleiche Rechte in der Eingetragenen Lebenspartnerschaft

Die Grünen haben als Bürgerrechtspartei die Gleichstellung von Schwulen und Lesben entscheidend vorangetrieben. Durch die Möglichkeit der Eingetragenen Partnerschaft wurde die rechtliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben deutlich verbessert.

Lesbischen und schwulen Paaren werden in NRW die gleichen Pflichten wie Ehepaaren abverlangt, die gleichen Rechte werden ihnen jedoch von der Landesregierung verweigert. Wir wollen, dass eingetragene Lebenspartnerinnen und -partner die gleichen Rechte und Pflichten erhalten wie heterosexuelle Ehepaare. Dies gilt insbesondere im Steuerrecht, bei der Hinterbliebenenversorgung und im Adoptionsrecht.

Homophobie von Anfang an entgegentreten

Mit Aufklärungsarbeit und mit Maßnahmen gegen Übergriffe wollen wir die Akzeptanz von Homosexuellen in der Gesellschaft verbessern. Dazu gehören die Forderungen der Landesprojekte „SchLAu NRW“ und „Schule ohne Homophobie“.

Nordrhein-westfälische Schulen sollen unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermitteln und wertneutral behandeln. Hierzu sind Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer und die Verankerung in Lehrplänen und Richtlinien notwendig. Die Landesverwaltung muss ihre Vorbildfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen, Diversity-Konzepte erarbeiten und sie umsetzen. Leitbild und Ziel ist die vorurteilsfreie und selbstbestimmte Findung der eigenen sexuellen Identität und die Möglichkeit, diese frei von Diskriminierungen ausleben zu können.

Trotz der großen gesellschaftspolitischen Erfolge sehen sich viele Lesben und Schwule im Alltag wieder stärker bedroht, in Teilen der Gesellschaft nimmt Homophobie zu. Wir werden dafür sorgen, dass NRW einen Aktionsplan gegen Homophobie auflegt. Dazu gehört auch, das begangene Unrecht zu dokumentieren und aufzuarbeiten.

In der Landesjugendhilfe ist eine stärkere Akzeptanz und Sensibilität in Fragen sexueller Identität gefordert. Erste Beziehungserfahrungen und die eigene Sexualität sind Themen, die Jugendliche interessieren und zur Auseinandersetzung herausfordern. Dabei müssen auch Konflikte bewältigt werden. Nicht selten erleben Lesben und Schwule Tabuisierung,

1 Ausgrenzung oder Gewalt. Für Jugendliche in familiären Konfliktlagen sollten auch Pfleg-
2 schaften bei homosexuellen Pflegeeltern ermöglicht werden, soweit dies ihrem Wohl ent-
3 spricht. Wir Grüne treten dafür ein, dass unterschiedliche Lebensweisen dieselben Chan-
4 cen erhalten, sich frei zu entfalten.

5 **Würdevolle ALTERnativen stützen**

6 In der schwul-lesbischen Altenarbeit wollen wir an die erfolgreichen Modellprojekte der
7 Jahre 2003-2005 anknüpfen und die Strukturen der homosexuellen ALTERnativen auf
8 Landesebene stützen.

9 **Migration und Flucht**

10 Schwule, Lesben und Transgender aus anderen Kulturkreisen werden häufig doppelt dis-
11 kriminiert. Daher ist ein Bekenntnis zur Homosexualität für sie noch weitaus schwieriger.
12 Wir wollen deshalb die Coming-Out-Arbeit für Menschen mit Migrations- oder muslimi-
13 schem Hintergrund fördern. Besonderen Schutz benötigen jene Schwule, Lesben und
14 Transgender, denen in ihren Heimatländern Verfolgung droht. Wir werden uns dafür ein-
15 setzen, dass sie nicht abgeschoben werden.

16

17

18

Wir wollen:

19

- **eine konsequente Antidiskriminierungspolitik. Das Allgemeine Gleichbe-
20 handlungsgesetz muss konsequent angewandt werden, die Landesregie-
21 rung muss die Bevölkerung informieren und Betroffene unbürokratisch un-
22 terstützen;**

23

- **einen Aktionsplan gegen Homophobie erarbeiten, um von Anfang an Dis-
24 kriminierung zu verhindern und offener Homosexuellenfeindlichkeit wirk-
25 sam entgegen zu treten;**

26

- **insbesondere das Coming out von Jugendlichen und Menschen mit Migrati-
27 onshintergrund professionell begleiten.**

28

29

1 **6. Europa**

2 **Nordrhein-Westfalen hat als die zentrale Region im Herzen Europas wie keine**
3 **andere von der europäischen Integration profitiert. Wir Grüne stehen nach wir**
4 **vor zur Leitidee der europäischen Integration und unterstützen deshalb die Um-**
5 **setzung des Lissabon-Vertrags. Er macht Europa demokratischer, transparenter**
6 **und handlungsfähiger. Wir wollen die Europäische Union weiterentwickeln und**
7 **gemeinsam, vor allem mit unseren unmittelbaren Nachbarn, Konzepte für eine**
8 **grenzüberschreitende Verbindung von Ökologie und Ökonomie entwickeln, die**
9 **für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen und sich den Herausforderungen des Kli-**
10 **mawandels und der Wirtschaftskrise stellen. Europa ist für uns mehr als nur ein**
11 **wirtschaftspolitisches Zweckbündnis. Wir wollen die europäische Integration**
12 **erweitern und vertiefen.**

13 **Europa ist Landespolitik**

14 Der Vertrag von Lissabon stärkt die nationalen und regionalen Parlamente, das oft be-
15 klagte Demokratiedefizit der Union wird so kleiner. Wir wollen diese Stärkung aufnehmen
16 und fordern eine frühzeitige Befassung des Landtags mit Vorhaben der europäischen E-
17 bene durch einen eigenständigen Europaausschuss. Damit einhergehend setzen wir uns
18 für eine deutliche Stärkung der Europafähigkeit der Landesverwaltung und der NRW-
19 Landesvertretung in Brüssel ein.

20 Wir stehen für den Ausbau und die Stärkung der Europafähigkeit der Kommunen und
21 wollen kommunale Zusammenschlüsse fördern und die Kommunen durch eine pro-aktive
22 Politik in die Lage versetzen, auf europäische Entwicklungen reagieren zu können und
23 stärker an den kofinanzierten Förderprogrammen der EU zu partizipieren.

24 Wir wollen eine tiefere Kooperation in allen europäischen Fragestellungen mit unseren
25 niederländischen und belgischen Nachbarn in einem nachhaltigen Sinne, besonders aber
26 in den Bereichen Bildung, Verkehr, Kultur, Umwelt und Wirtschaftsförderung.

27 Wir wollen innerhalb von zwei Jahren ein Konzept entwickeln, das die Jugendpartizipation
28 stärkt und Jugendliche an das Thema Europa heranzuführt. Wir wollen die europapolitische
29 Öffentlichkeitsarbeit ausbauen, um zusammen mit Kommunen, Wissenschaft und NGOs
30 die Idee der europäischen Einigung den Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

31 **Europa ist mehr als Wirtschaft**

32 Wir wollen Europa eine neue Richtung geben und fordern zur Bekämpfung des Klimawan-
33 dels und einer Neuordnung der Finanz- und Weltwirtschaft einen „Green New Deal“, bei
34 dem Nordrhein-Westfalen Vorreiter dieser Grünen Entwicklung ist.

35 Wir fordern ein solidarisches NRW in Europa, das für einen fairen Ausgleich zwischen den
36 Regionen steht und strukturschwachen Gebieten weiterhin die Möglichkeit gibt, Struktur-
37 hilfen der EU zu erhalten.

38 Wir Grüne kämpfen für ein soziales Europa, das die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitneh-
39 merrechte stärkt, einen verbindlichen Mindestlohn und Mindeststandards kennt, Lohn-
40 gleichheit zwischen Frau und Mann einfordert und mit der Anti-Diskriminierungsrichtlinie
41 ernst macht.

42 Wir Grüne erteilen als Partei öffentlicher Güter Privatisierungsträumereien bei den Leis-
43 tungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie etwa der Wasserversorgung oder dem öf-
44 fentlichen Personennahverkehr, eine klare Absage und stehen für eine Politik, die die
45 Kommunen und das Land vor einem ruinösen Wettbewerb schützt und die erforderlichen
46 Entscheidungs- und Handlungsspielräume derselben erhält. Dafür wollen wir uns auf eu-
47 ropäische Ebene einsetzen.

48

49 **Wir wollen:**

50

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11

- **uns für eine deutliche Stärkung der Europafähigkeit des Landes einsetzen. Damit einher geht eine frühzeitige Befassung des Landtags mit Vorhaben der europäischen Ebene;**
- **uns für eine weitgehende Kooperation mit unseren niederländischen und belgischen Nachbarn in allen europäischen Fragestellungen einsetzen, besonders in den Bereichen Bildung, Verkehr, Kultur, Umwelt und Wirtschaftsförderung;**
- **innerhalb von zwei Jahren ein Konzept entwickeln, das Jugendpartizipation stärkt und Jugendliche an das Thema Europa heranzuführt.**

1 **7. Eine-Welt-Politik**

2 **▪ Wir wollen die Eine-Welt-Politik unseres Landes stärken und ausbauen. Unse-**
3 **re Lebensverhältnisse müssen mit den Anforderungen an eine global gerechte**
4 **und nachhaltige Entwicklung in Einklang gebracht werden. Wir sehen Nord-**
5 **rhein-Westfalen hier in der Verantwortung, die Querschnittsaufgabe Eine-Welt-**
6 **Politik verstärkt zu verankern. Klimawandel, Wirtschaftskrise, Hunger und Roh-**
7 **stoffmangel sind globale Herausforderungen, auf die wir kommunal und regio-**
8 **nal reagieren müssen. Daher wollen wir erneut das Amt des Eine-Welt-**
9 **Beauftragten der Landesregierung einführen.**

10 **Entwicklungspolitische Bildungsarbeit vorantreiben**

11 Bildung ist der Schlüssel für einen gesellschaftlichen Wandel, der uns aus sozialen und
12 ökologischen Sackgassen der Globalisierung führen kann. Wir unterstützen daher die
13 Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung (2005-2014)“. Diese muss mit Leben
14 gefüllt werden. Weltoffenheit, Interkulturalität und Umweltbildung müssen in Kindergär-
15 ten, Schulen und Hochschulen zum pädagogischen Alltag werden.

16 In NRW engagieren sich über 3000 Organisationen in der entwicklungspolitischen Infor-
17 mations- und Bildungsarbeit. Dieses ehrenamtliche Engagement muss vom Land ver-
18 stärkt unterstützt werden. Das von uns Grünen geschaffene „Netzwerk der Eine-Welt-
19 PromotorInnen“ setzte Standards. Die heutigen Koordinatoren für entwicklungspolitische
20 Bildungsarbeit sowie die Stiftung Umwelt und Entwicklung müssen nach den Kürzungen
21 der letzten Jahre wieder stärker unterstützt werden. Ebenso wollen wir die Unterstützung
22 der kommunalen Eine-Welt-Arbeit wieder finanziell fördern.

23 **Aufträge nachhaltig vergeben, fair handeln**

24 Mit der Reform des Vergaberechts haben die Kommunen die Möglichkeit, mit öffentlichen
25 Aufträgen den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft, Klimaschutz, aber auch den Schutz
26 vor Kinderarbeit voranzutreiben. Unser Ziel ist es, Kriterien für eine ökologische und so-
27 ziale Beschaffung zu entwickeln, die es auch für Landeseinrichtungen umzusetzen gilt
28 und Zertifizierungsprozesse für z.B. nachhaltig erzeugte Baumaterialien zu entwickeln.

29 Wir wollen Nordrhein-westfälische Verbraucherinnen und Verbraucher dafür gewinnen,
30 soziale und ökologische Kriterien beim Einkaufen zu beachten. Fairer Handel ist ein wich-
31 tiger Baustein für die Umsetzung globaler Gerechtigkeit. Dafür wollen wir die Öffentlich-
32 keitsarbeit verstärken und mit Wirtschaft, Handel und den Eine-Welt-Initiativen weitere
33 Konzepte entwickeln und umsetzen.

34 **Kontakte fördern – Austausch ermöglichen**

35 Interesse und Bewusstsein für die „Eine Welt“ entwickelt sich am besten durch konkrete
36 Begegnung mit den Menschen und ihrer Kultur. Aus diesen Begegnungen sind in Nord-
37 rhein-Westfalen zahlreiche und vielfältige Kontakte mit Organisationen, Schulen, Städten,
38 Kommunen und Regionen in anderen Kontinenten gewachsen, die gepflegt und weiter-
39 entwickelt werden müssen.

40 Eine-Welt-Politik hat zunehmend eine innenpolitische Bedeutung. Schließlich leben über
41 100.000 Migrantinnen und Migranten aus afrikanischen Ländern in NRW. Wir wollen sie
42 verstärkt für die inlandsbezogene Eine-Welt-Bildungsarbeit gewinnen, Begegnungen und
43 Austausch ermöglichen sowie die Diasporaarbeit afrikanischer Selbsthilfeorganisationen
44 unterstützen.

45 Wir wollen die Arbeit von Pro Weltwärts zur Unterstützung der Entsendung von Jugendli-
46 chen fortsetzen sowie das Stipendienprogramm für Jugendliche im Rahmen des konkre-
47 ten Friedensdienstes in ausländische Entwicklungsprojekte ausbauen. Interkulturelle Be-
48 gegnung, ziviler Friedensdienst und Förderung des Eine-Welt-Bewusstseins sind für uns
49 Grüne konkrete Maßnahmen der zivilen Konfliktprävention, die wir für unentbehrlich hal-
50 ten.

51

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12

Wir wollen:

- **die zahlreichen ehrenamtlichen Organisationen unterstützen, die sich in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit engagieren und die Kürzungen der letzten Jahre zurücknehmen;**
- **Aufträge der öffentlichen Hand entlang ökologischer und sozialer Kriterien nachhaltig und fair vergeben;**
- **bestehende und zukünftige Partnerschaften und Austausch fördern und weiterentwickeln, um das gegenseitige Verständnis für andere Kulturen zu stärken.**

1 Menschliches NRW: 2 Vielfalt ist Reichtum

3 1. Familien der Zukunft – Starke Kinder, starke Eltern

4 Neben dem Bildungssystem tragen weitere Institutionen ihren Teil zum Gelingen des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen bei. In Familien, familienähnlichen Gemeinschaften und ihrem persönlichen Lebensumfeld wollen wir junge Menschen stark machen: Es geht uns vor allem um gesellschaftliche Teilhabe und mehr demokratische Mitsprache, um individuelle Förderung und mehr Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen. Unser Ziel ist ein kinder-, jugend- und familienfreundlicheres Klima in Nordrhein-Westfalen. Damit schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass sich mehr Menschen für Kinder entscheiden und Familien gestärkt werden. Die Familie ist ein zentraler emotionaler Ort für Mädchen und Jungen. Familie ist da, wo Kinder sind, unabhängig davon, ob die Eltern verheiratet sind oder nicht, in Patchwork-Familien, in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zusammenleben oder allein erziehend sind. Alle Lebensformen verdienen unsere Unterstützung. Deswegen müssen öffentliche Institutionen daran mitwirken, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, Erziehungskompetenzen der Eltern zu stärken, Hilfen zur Selbsthilfe zu geben, Kinder und Jugendliche vor Gewalt zu schützen sowie Beratung in Krisen und Konfliktfällen bereitzuhalten.

21 Kinderarmut bekämpfen – Kinderschutz verbessern

22 Jedes vierte Kind in NRW lebt in einem einkommensschwachen Haushalt. Besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden, kinderreiche Familien und Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund. Kinderarmut lässt sich nicht mit isolierten Maßnahmen bekämpfen. Nur wenn Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Familienhilfe und Familienförderung zusammenwirken, können wir Erfolge bei der Armutsbekämpfung erzielen.

27 Damit Kinder aus dem Teufelskreis vererbter Armut herauskommen, muss ihr außerfamiliärer Bildungserwerb von Anfang an gebührenfrei sein: Abschaffung von Kita-Beiträgen und Studiengebühren, Lernmittelfreiheit an Schulen, kostenloses Mittagessen in Ganztagskindergärten und Ganztagschulen sind unsere längerfristigen Ziele. Die Kosten dieser Maßnahmen sind volkswirtschaftlich niedriger als die Kosten von Bildungsarmut, fehlender Integration oder nachsorgender Jugendhilfe bzw. Jugendkriminalität.

33 Bestehende Maßnahmen, wie etwa die des Kinder- und Jugendförderplans, der Familienhilfe oder der Migrationssozialarbeit müssen stärker als bisher Armut bekämpfen und daher in den entsprechenden Stadtteilen angesiedelt werden. Wir müssen in unserem Bildungssystem endlich die Barrieren beseitigen, die Kinder aus bildungsfernen Familien oder Migrantenkinder benachteiligen. Notwendig sind auch mobile Strukturen, da Arme oft gar nicht in den Betreuungs- und Beratungsstrukturen ankommen. Wir wollen die unterfinanzierte Schuldnerberatung für Familien und Jugendliche verbessern.

40 Armut als Gesundheitsrisiko

41 Kinder aus armen Familien sind öfter übergewichtig, falsch ernährt, treiben seltener Sport und haben größere psychische Belastungen durch fehlende Lebenshoffnung. Hier sind dringend Hilfen notwendig, angefangen beim Gesundheitswesen, über den Verbraucherschutz, die Schulsozialarbeit und die kommunale Jugendhilfe bis hin zu kostenlosen Sport- und Kulturangeboten. Wir wollen, dass von Anfang an in den Kindertagesstätten Maßnahmen für ein in jeder Hinsicht gesundes Aufwachsen ergriffen werden. Dafür wollen wir die Eltern sensibilisieren und pädagogische Fachkräfte schulen. Wir Grüne wollen, dass in der Schule und auch im außerschulischen Bereich vielfältige Sport- und Bewegungsprogramme angeboten werden, die einen Beitrag gegen Übergewicht, mangelnde Bewegung und für mehr Gesundheit leisten.

1 **Kinderschutz**

2 Vernetzte Hilfen als "Soziale Frühwarnsysteme" brauchen wir auch im Kinderschutz. Eine
3 Reihe tragischer Todesfälle von Kindern haben dazu geführt, dass Jugendämter, Bil-
4 dungseinrichtungen, Polizei und vor allem das Gesundheitswesen intensiver beim Kinder-
5 schutz zusammenarbeiten. Diesen ersten Schritten müssen weitere folgen. Das Land
6 muss Verantwortung übernehmen und personelle und fachliche Mindeststandards für ei-
7 nen optimalen Kinderschutz auf kommunaler Ebene definieren und umsetzen. Die Öffent-
8 lichkeit ist regelmäßig über die soziale Lage von Kindern und Jugendlichen und über die
9 Entwicklungen im Kinderschutz zu informieren.

10 **Starke Eltern – starke Kinder: Frühe Hilfen sind der Schlüssel!**

11 Der erste Ort des Bildungserwerbs sind Familien. Frühe Hilfen für überforderte oder in
12 der Erziehungskompetenz eingeschränkte Eltern haben daher eine ganz zentrale Bedeu-
13 tung für die Zukunftschancen der Kinder. Erziehungsprobleme kennen aber alle Eltern.
14 Deswegen wollen wir die Familienbildung und Erziehungsberatung stärken.

15 Immer mehr Kinder wachsen in ausgesprochen schwierigen sozialen Verhältnissen auf.
16 Das ist eine der bedrohlichsten gesellschaftlichen Entwicklungen. Langzeitstudien haben
17 belegt, dass intensive und frühe Elternarbeit deutliche Erfolge für den weiteren Lebens-
18 weg der Kinder bringen.

19 Viele Kommunen greifen bereits auf Familienhebammen zurück, die sowohl in der Ge-
20 sundheitsversorgung als auch in der Elternberatung ausgebildet sind. Allerdings stehen
21 für diesen Lebensabschnitt zu wenige oder schlecht finanzierte Maßnahmen wie z.B. Bin-
22 dungstrainings zur Verfügung. Daher wollen wir frühe Hilfen für Familien landesweit aus-
23 bauen.

24 Trotz steigender Fallzahlen ist auch die Familienhilfe in den Bereichen Erziehungsbera-
25 tung, Familienbildung, Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern, Familienpflege-
26 dienste usw. Opfer von Sparmaßnahmen geworden. Gegenwärtig fließen nur 0,4 Prozent
27 der Jugendhilmittel in präventive Maßnahmen der Familienhilfe. Es gibt kaum einen
28 Bereich, in dem der präventive Einsatz finanzieller Mittel einen so hohen Beitrag zu einer
29 späteren Kostenvermeidung leistet (z.B. Kosten ambulanter oder stationärer Unterbrin-
30 gung von Kindern und Jugendlichen), wie in der Familienhilfe. Wir wollen daher gemein-
31 sam mit den Kommunen die Familienhilfe und die Familienselbsthilfe stärker unterstüt-
32 zen. Gerade ärmere Kommunen brauchen dafür mehr Landesmittel als bisher.

33 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser organisieren**

34 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist Kernbestandteil einer nachhaltigen Kinder-
35 und Familienpolitik. Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist eine bedarfsgerechte und
36 qualitativ hochwertige Betreuungsinfrastruktur für Kinder. Kindertagesstätten wollen wir
37 daher in die Lage versetzen, in einem weitaus größeren Maße als bisher zur Vereinbarkeit
38 von Familie und Beruf beizutragen. Unser Ziel ist es, in NRW mittelfristig ein Angebot für
39 ein Viertel aller Kinder unter drei Jahren zu schaffen. Daneben brauchen wir bedarfsge-
40 rechtere und nachfrageorientiertere Öffnungs- und Betreuungszeiten für alle Kinder.

41 Ein weiterer wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist die Ent-
42 wicklung familienfreundlicher Arbeitsmodelle für Eltern. Wir wollen die Betriebe und den
43 öffentlichen Dienst dafür sensibilisieren und darin unterstützen, familienfreundlichere
44 Arbeitszeitmodelle umzusetzen.

45 Das Elternzeit- und das Teilzeitgesetz auf Bundesebene waren wichtige Schritte auf die-
46 sem Weg. Familienfreundlichkeit zahlt sich betriebswirtschaftlich aus: Mitarbeiterinnen
47 und Mitarbeiter bleiben Betrieben erhalten, Arbeitszufriedenheit wirkt sich positiv auf Mo-
48 tivation und Arbeitsleistung aus. Im Landesgleichstellungsgesetz wurde für Beschäftigte
49 des öffentlichen Dienstes mit Familienpflichten ein Rechtsanspruch auf Teilzeit verankert.

50 Wir werden darauf achten, dass auch Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrern dieses
51 Recht gewährt wird. Wir halten daran fest, dass Kinderbetreuung eine Aufgabe für beide
52 Elternteile ist. Deshalb wollen wir mit einer Teilzeitoffensive insbesondere Väter motivie-
53 ren, ihre Arbeitszeit zugunsten der Familie zu reduzieren. Die berufliche Anbindung darf

1 durch Erziehungszeit nicht verloren gehen. Weiterbildungsangebote müssen an die zeitli-
2 chen Möglichkeiten von Eltern angepasst werden, die berufliche Wiedereingliederung
3 nach der Erziehungsphase soll gefördert werden.

4 **Vielfalt der Familienformen anerkennen**

5 Das derzeitige Familien- und Kindschaftsrecht deckt die Vielfalt der unterschiedlichen
6 Familienmodelle nicht ab. Patchwork-, Regenbogen- oder Ein-Kind-Familien müssen end-
7 lich als Normalität wahrgenommen werden. Das Kindschaftsrecht und die Familienförde-
8 rung wollen wir entsprechend gesetzlich anpassen.

9 Für uns ist Familie da, wo Kinder sind oder wo Menschen dauerhaft füreinander Verant-
10 wortung übernehmen. Dieses moderne Verständnis von Familie müssen wir auch in Recht
11 und Gesetz nachvollziehen. Wir wollen über den Bundesrat das Ehegattensplitting in ver-
12 fassungskonformer Weise ersetzen und mit den eingesparten Mitteln Bildungsangebote
13 für Kinder ausbauen und eine Kindergrundsicherung finanzieren.

14 Die steuerliche Benachteiligung Alleinerziehender und lesbischer Mütter bzw. schwuler
15 Väter in einer eingetragenen Partnerschaft wollen wir beseitigen. Im Kindschaftsrecht
16 wollen wir in Patchwork-Familien die rechtliche Position von sozialen Elternteilen stärken,
17 ohne die des biologischen Elternteils zu ersetzen. Deshalb wollen wir GRÜNE einen Fami-
18 lienvertrag als flexibles neues Rechtsinstitut einführen, um biologischen und gegebenen-
19 falls weiteren sozialen Eltern die Möglichkeit zu eröffnen, relevante kindschaftsrechtliche
20 Fragen (z.B. elterliche Sorge, Aufenthaltsbestimmung, Umgang, Unterhalt usw.) zum
21 Wohl des Kindes verbindlich miteinander zu regeln.

22 Wir wollen ein gemeinschaftliches Adoptionsrecht für alle Lebensgemeinschaften. Wir
23 wollen lesbischen Partnerschaften den Zugang zu reproduktionsmedizinischen Maßnah-
24 men erleichtern. Künstliche Befruchtung muss Lebenspartnerinnen, Unverheirateten und
25 Alleinstehenden offen stehen und nicht – wie derzeit – durch berufsrechtliche Richtlinien
26 behindert werden. Bei der Kostenübernahme wollen wir sie mit Eheleuten gleichstellen.

27 **Kindergrundsicherung schaffen**

28 Das geplante Betreuungsgeld lehnen wir ab. Es verleitet dazu, Kindern außerfamiliäre
29 Bildungsprozesse vorzuenthalten und bedient ein überholtes Bild der Einverdienerfamilie.
30 Die dafür vorgesehenen Mittel sollten vielmehr in eine Familien stützende Infrastruktur
31 investiert werden.

32 Wir wollen das Kindergeld reformieren. Derzeit hat für Spitzenverdiener der steuerliche
33 Kinderfreibetrag einen finanziellen Wert von monatlich etwa 255 Euro, während Normal-
34 verdiener nur 184 Euro Kindergeld erhalten. Diese Ungerechtigkeit wollen wir beseitigen.
35 Über den Bundesrat wollen wir eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung
36 durchsetzen, die das soziokulturelle Existenzminimum und die bisherigen Freibeträge für
37 Erziehung und Betreuung einschließt, sofern diese nicht ohnehin kostenlos sind.

38

39 **Wir wollen:**

40

- 41 • **früh einsetzende Hilfen für Familien ausweiten, um die Erziehungskompe-**
42 **tenz der Eltern zu stärken und die Bedingungen für das Aufwachsen der**
43 **Kinder in der Familie zu verbessern;**
- 44 • **Kinderarmut durch eine einkommensunabhängige und auskömmliche Kin-**
45 **dergrundsicherung bekämpfen;**
- 46 • **ein modernes Familienrecht, das die Rechte und die Förderung von Kindern**
47 **in den Mittelpunkt stellt und rechtliche Nachteile für alternative Familien-**
48 **formen oder Alleinerziehende beseitigt.**

49

1 **2. Kinder- und Jugendförderung der Zukunft -** 2 **Beteiligen statt ausgrenzen**

3 **Grüne Politik hat die Belange von Kindern und Jugendlichen als Quer-**
4 **schnittsaufgabe einer zukunftsgerichteten Politik im Blick. Wir wollen die Teil-**
5 **haberechte und Chancen von Kindern und Jugendlichen verbessern und die**
6 **Rahmenbedingungen für ein gesundes Aufwachsen in materieller Sicherheit**
7 **schaffen. Wir wollen eine Jugendpolitik, die für Chancengerechtigkeit aller hier**
8 **lebenden Kinder und Jugendlichen sorgt, Armut und Benachteiligung bekämpft**
9 **und integrativ wirkt.**

10 Es ist auch Aufgabe der Familienhilfe und der Kinder- und Jugendförderung, die Entwick-
11 lung von Kindern und Jugendlichen zu eigenständigen, gemeinschaftsfähigen und gebil-
12 deten Persönlichkeiten zu unterstützen. Jugend ist ein eigener Lebensabschnitt, den jun-
13 ge Menschen in eigener Verantwortung für sich und ihre Umwelt gestalten. Aufgabe der
14 Jugendpolitik ist es, die hierfür notwendigen Freiräume zu schaffen.

15 **Politisches Engagement und Freiwilligendienste fördern**

16 Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir Grüne wollen, dass sie
17 im öffentlichen Raum präsent sind und nicht von öffentlichen Plätzen und Straßen ver-
18 drängt werden. Insbesondere ist es uns wichtig, dass sich die Jugendlichen politisch
19 beteiligen. Deshalb wollen wir Jugendparlamente und Jugendforen stärker unterstützen.

20 Der Kampf gegen Rechtsradikalismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit muss
21 auch mit Mitteln der Jugendförderung aufgenommen werden.

22 Viele Jugendliche verlassen die Schule immer jünger, möchten aber nicht gleich ein Stu-
23 dium oder eine Ausbildung beginnen. Jugendfreiwilligendienste sind eine sinnvolle Über-
24 brückung, die wesentlich zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen. Wir wollen erreichen,
25 dass noch mehr Jugendliche am Freiwilligen Ökologischen und Sozialen Jahr teilnehmen.

26 **Kinderrechte in das Grundgesetz – Geschlechterstereotypen aufbrechen**

27 Über den Bundesrat wollen wir uns für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundge-
28 setz einsetzen. Wir wollen damit einen Bewusstseinswandel erreichen, denn das Kinder-
29 recht auf Bildung und gewaltfreie Erziehung ist bei vielen Menschen, auch bei vielen Poli-
30 tikerinnen und Politikern, noch nicht angekommen.

31 Zentrales Thema Grüner Kinder- und Jugendförderung ist das Prinzip Gender-
32 Mainstreaming. Es ist nach wie vor notwendig, Geschlechterstereotypen aufzubrechen.
33 Noch immer stecken in vielen Köpfen tradierte Geschlechterrollen. Gerade Jungen mit
34 Zuwanderungsgeschichte aus sozial schwachen Milieus gelten als eine besonders schwie-
35 rige Gruppe. Jugendhilfe und Schule sollen sich verstärkt diesen Jugendlichen zuwenden,
36 ohne ihre bisherigen Aufgaben zu vernachlässigen.

37 **Jugendförderplan neu ausrichten, Mittel nach Sozialindex verteilen**

38 Um unsere Grünen Vorstellungen umzusetzen, muss der Kinder- und Jugendförderplan
39 des Landes anders ausgerichtet werden. Die darin enthaltenen Mittel werden gegenwärtig
40 "mit der Gießkanne" verteilt. Kürzungen gab es vor allem bei der Förderung von Projek-
41 ten für sozial benachteiligte Jugendliche. Diesen Trend wollen wir umkehren. Die Mittel
42 müssen wieder stärker in eine präventive Jugendarbeit, Projektarbeit und die Bekämp-
43 fung sozialer Benachteiligung fließen. Wir müssen bei den Bewilligungsverfahren weg von
44 der reinen Jahresförderung. Wir brauchen einen gesunden Mix aus Projektförderung und
45 stetiger Förderung. Außerdem müssen wir das Bewilligungsverfahren beschleunigen.

46 Auch die Zuschüsse an die Kommunen sollen vor allem dort ankommen, wo eine eher
47 arme und bildungsferne Bevölkerung lebt. Um dies zu erreichen, müssen die Mittel nach
48 einem Sozialindex verteilt werden. Davon profitieren insbesondere Kinder in finanz-
49 schwachen Kommunen, die damit ihren gesetzlichen Pflichten besser nachkommen kön-
50 nen.

1 Nicht zuletzt wollen wir in Zeiten des Ganztagsausbaus die Kooperation von Schule und
2 Jugendhilfe dadurch stärken, dass für die Freien Träger der Jugendhilfe mehr Mittel be-
3 reitgestellt werden.

4 **Jugendkriminalität durch Prävention statt Haft bekämpfen**

5 Wir setzen auf Prävention vor Repression, um die Jugendkriminalität einzudämmen. Wir
6 wollen Gewaltursachen konsequent bekämpfen, Kinder und Jugendliche stärken und Op-
7 fer besser unterstützen. Dazu müssen Schulen, Jugendhilfe, Justiz und Polizei gerade auf
8 kommunaler Ebene eng zusammenarbeiten. Kriminelle Jugendliche brauchen Sanktionen,
9 die schnell und pädagogisch begleitet erfolgen. Der Täter-Opfer-Ausgleich muss ausge-
10 weitet und U-Haft vermieden werden. Geschlossene Unterbringung als Maßnahme der
11 Jugendhilfe ("Erziehungscamps") lehnen wir ab. Um Untersuchungshaft zu vermeiden,
12 befürworten wir freiheitsbeschränkende Maßnahmen wie das "Rheinische Modell", also
13 eine hoch intensive sozialpädagogische Betreuung in räumlicher Abgeschiedenheit.

14

15

Wir wollen:

16

17

- **Beteiligungsrechte und Teilhabe stärken;**
- **Kinderrechte im Grundgesetz verankern;**
- **Mit Kinder- und Jugendförderplan soziale Benachteiligung beseitigen;**
- **Jugendkriminalität wirksam bekämpfen – mit Prävention statt Haft.**

18

19

20

21

22

1 **3. Interkulturelle Vielfalt als Chance begreifen**

2 **4,1 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte leben in NRW. Ob sie auch**
3 **wirklich hier zu Hause sind und ihr Potenzial nutzen, hängt allein von einer ge-**
4 **lingenden Integration ab. Doch Integration ist nicht ausschließlich eine Leis-**
5 **tung, die Migrantinnen und Migranten alleine zu erbringen haben. Auch wir**
6 **müssen uns nach wie vor stärker für Zugewanderte öffnen, Benachteiligungen**
7 **abbauen und die interkulturelle Gesellschaft als Stärke verstehen lernen. Dies**
8 **ist umso nötiger, als wir in Zukunft aufgrund der demografischen Entwicklung**
9 **wieder mehr Zuwanderung brauchen. NRW ist und bleibt das Einwanderungs-**
10 **land – nutzen wir die Chancen, die in dieser Tatsache liegen und fördern wir die**
11 **Vielfalt.**

12 **Großzügigere Zuzugsregelungen schaffen – Abwanderung verhindern**

13 Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ist Deutschland zum Auswanderungsland
14 geworden. Seit 2008 wandern mehr ehemals Eingewanderte oder ihre Kinder aus, als aus
15 dem Ausland zu uns kommen. Ursache von weniger Einwanderung sind die restriktiven
16 Regelungen des Zuwanderungsgesetzes, Ursache von mehr Auswanderung sind schlech-
17 tere Lebens- und Arbeitsbedingungen als in anderen Ländern sowie Diskriminierung auf
18 dem deutschen Arbeitsmarkt.

19 Wir brauchen mehr Zuwanderung durch ein bundeseinheitliches Punktesystem. Mögliche
20 Kriterien sind z.B. Alter, Qualifikation, Sprachkenntnisse und Arbeitsmarkterfordernisse.
21 Die Benachteiligung von Kindern aus Zuwandererfamilien durch unser selektives Bil-
22 dungssystem wollen wir beseitigen. Wir brauchen auch Erleichterungen beim Ehegatten-
23 nachzug durch Abschaffung des vorherigen Deutschtests. Die strengen Zuwanderungsre-
24 gelungen für Jüdinnen und Juden aus Osteuropa müssen gelockert werden. Diskriminie-
25 rung und Fremdenfeindlichkeit müssen wir entschlossen entgegentreten. Entsprechende
26 Maßnahmen sind durch den Landeshaushalt zu fördern.

27 Vor allem aber brauchen wir dringend einen Mentalitätswandel in Politik und Gesellschaft.
28 Denn vielen Menschen gelten Zuwanderinnen und Zuwanderer noch immer als Belastung,
29 nicht als Bereicherung für die Zukunft unseres Landes. Im neuen Landtag wollen wir ver-
30 suchen, den seit 2001 bestehenden Konsens zwischen den Parteien in grundlegenden
31 Fragen der Migrations- und Integrationspolitik fortzusetzen. Darüber hinaus wollen wir
32 einen solchen Konsens auf zivilgesellschaftliche Gruppen ausdehnen, um die Wirkung in
33 die breite Öffentlichkeit noch zu verstärken. Ziel ist ein klares Bekenntnis zur Zuwande-
34 rung, die gesellschaftliche Ächtung von Fremdenfeindlichkeit und ein positives Signal an
35 die Zugewanderten unseres Landes.

36 **Integration – eine Aufgabe, die sich lohnt**

37 NRW engagiert sich traditionell stark für eine bessere Integration von Migrantinnen und
38 Migranten. Allerdings wurden in Schlüsselfragen der Migrationspolitik in den letzten Jah-
39 ren Positionen vertreten, die das glatte Gegenteil von Integration bewirken: Unser mehr-
40 gliedriges Bildungssystem benachteiligt Kinder aus sozial schlechter gestellten Zuwande-
41 rerfamilien, die Hürden für Einbürgerung wurden erhöht, bei der politischen Teilhabe und
42 der rechtlichen Gleichbehandlung von Migrantinnen und Migranten wurden keine Fort-
43 schritte erzielt, der Migrationshaushalt des Landes ist zusammengeschrumpft.

44 Schöne Worte reichen nicht aus, um Fortschritte zu erzielen. Ein Landesintegrationsge-
45 setz soll sicherstellen, dass die Kommunen bei ihren Anstrengungen unterstützt und fi-
46 nanzielle Mittel zur Integrationsförderung bereitgestellt werden. Der Ausbau von Antidis-
47 kriminierungsbüros soll einem aktiven Antidiskriminierungsschutz insbesondere auf dem
48 Wohnungsmarkt und im Wirtschaftsleben dienen.

49 **Migrantinnen und Migranten besser fördern**

50 Vierzig Prozent aller Jugendlichen mit ausländischem Pass absolvieren im Anschluss an
51 die Schule keine Ausbildung, streben jedoch im gleichen Umfang wie Deutsche eine be-

1 triebliche Ausbildung an. Nur etwa jeder Dritte von ihnen konnte 2006 in eine Ausbil-
2 dungsstelle vermittelt werden, während es bei Deutschen jeder Zweite war.

3 Nach wie vor haben Migrantinnen und Migranten ein erheblich höheres Risiko arbeitslos
4 zu sein oder zu einem Niedriglohn zu arbeiten. Auch hochwertige Bildungsabschlüsse sind
5 für sie keine Garantie für einen Job. Unter den 25- bis 35-jährigen mit Abitur oder Fach-
6 hochschulreife sind beispielsweise Türkischstämmige doppelt so oft arbeitslos wie Deut-
7 sche. Das wollen wir ändern.

8 Wir wollen darauf hinwirken, dass Arbeitgeber die Potenziale und Kompetenzen von
9 Migrantinnen und Migranten, die z.B. aus Mehrsprachigkeit und interkultureller Kompe-
10 tenz entstehen, besser anerkennen. In anderen Ländern erworbene Qualifikationen müs-
11 sen anerkannt und bei Unterschieden durch Fördermaßnahmen an hiesige Abschlüsse
12 angepasst werden. Einmal erworbene Qualifikationen dürfen nicht unter den Tisch fallen.
13 Mädchen und junge Frauen bedürfen einer besonderen Förderung, da sie oftmals trotz
14 guter Bildungsabschlüsse keine Berufsausbildung erhalten oder aber in den klassischen
15 Frauenberufen mit geringer Entlohnung und geringen Aufstiegschancen landen.

16 Wir wollen eine interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes, damit sich Migrantinnen
17 und Migranten stärker in der Verwaltung, in der Polizei oder im Schuldienst wiederfinden
18 und so auch dort die Vielfalt unserer Gesellschaft repräsentiert ist. Migrantinnen- und
19 Migrantennetzwerke zur gegenseitigen Unterstützung sowie Mentoring-Modelle müssen
20 ebenso ausgebaut und gestärkt werden, wie die Ausbildungsbefähigung von Selbstständigen
21 mit Migrationsgeschichte.

22 Ausländische Berufsabschlüsse müssen besser anerkannt werden. Das Prinzip, wonach
23 Nicht-EU-Bürger von den Arbeitsagenturen nur "nachrangig" vermittelt werden, muss
24 abgeschafft werden. Berufslaufbahnen im öffentlichen Dienst müssen allen Zugewander-
25 ten offen stehen: Der Anteil von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst be-
26 trägt nur 2,5 Prozent, der der Gesamtbevölkerung 21,4 Prozent. Der öffentliche Dienst
27 muss die Vielfalt der Einwanderungsgesellschaft besser widerspiegeln. Wir brauchen
28 mehr Menschen mit Migrationshintergrund, gerade in den Bereichen Polizei, Strafvollzug,
29 Verwaltung, Schulen und Kindergärten.

30 **Politische Teilhabe verbessern – Einbürgerung erleichtern**

31 Mehr als eine Million erwachsener Einwohnerinnen und Einwohner in NRW haben kein
32 Kommunalwahlrecht. Obwohl die meisten Zugewanderten seit Jahrzehnten hier leben
33 oder schon hier geboren wurden, dürfen sie vor Ort nicht mitbestimmen. Während Bür-
34 gerinnen und Bürger von EU-Staaten das kommunale Wahlrecht in Deutschland haben,
35 sind diejenigen anderer Staaten von der politischen Teilhabe ausgeschlossen.

36 Viele Länder haben mit dem kommunalen Wahlrecht für Zugewanderte gute Erfahrungen
37 gemacht. Wir machen uns dafür stark, dass Nordrhein-Westfalen sich im Bundesrat für
38 eine Grundgesetzänderung zur Ermöglichung des aktiven und passiven kommunalen
39 Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten einsetzt.

40 Solange es das kommunale Wahlrecht für Zugewanderte noch nicht gibt, wollen wir die
41 bestehenden kommunalen Integrationsräte in ihrer Arbeit und Bedeutung stärken, ihre
42 Entscheidungskompetenzen erweitern und die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen
43 Migrantinnenvertretungen (LAGA-NRW) unterstützen.

44 Einbürgerung muss leichter gemacht werden. Über den Bundesrat wollen wir uns dafür
45 einsetzen, dass Einbürgerungsgebühren gesenkt und Einbürgerungstests abgeschafft
46 werden. Stattdessen sind verpflichtende Staatsbürgerschaftsseminare einzuführen. Ein-
47 bürgerung soll möglich werden, ohne auf eine andere Staatsangehörigkeit verzichten zu
48 müssen. In Deutschland geborene Migrantinnen und Migranten müssen sich so nicht
49 mehr mit 18 Jahren für eine Staatsbürgerschaft entscheiden.

50 **Bildung und Sprachförderung**

51 Deutsch können ist Voraussetzung für eine gelingende Integration. Entsprechende Förde-
52 rangebote sind jedoch unterfinanziert, nicht umfangreich genug und häufig fachlich un-
53 ausgereift. So lernen weder Erzieherinnen und Erzieher noch Lehrerinnen und Lehrer im
54 Rahmen ihrer Ausbildung genug darüber, wie der Erwerb von Deutsch als Zweitsprache

1 bei Migrantenkindern am besten gefördert wird. Wir wollen in der Aus-, Fort- und Weiter-
2 bildung das "Deutsch lehren lernen" stärker verankern.
3 Ob Kinder, die eine Kita besuchen, einen erhöhten Sprachförderbedarf haben, kann am
4 besten die vertraute Erzieherin feststellen. Das bestehende Testverfahren durch externe
5 Kräfte (Delphin 4) ist zu ändern.
6 Die Mehrsprachigkeit von Migrantenkindern ist eine Ressource, die wir fördern wollen.
7 Wir brauchen mehr bilinguale Schulen und Kindergärten. Migrantensprachen wie türkisch,
8 russisch oder arabisch sollten vermehrt als Regelfächer bis zum Abitur in unseren Schu-
9 len angeboten werden. Eltern von Migrantenkindern wollen wir davon überzeugen, ihre
10 Kinder möglichst jung in den Kindergarten zu geben, wo sie auf natürliche Weise in die
11 deutsche Sprache "hineinwachsen". Die Zusammenarbeit mit Migranteneltern für einen
12 besseren Bildungserwerb ihrer Kinder muss ausgebaut werden.
13 Die genannten Maßnahmen setzen die "Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kin-
14 dern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte" um, die in allen Städten und Krei-
15 sen in NRW eingerichtet werden sollen.
16 Noch immer erreichen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund bzw. aus so-
17 zial schwächeren Schichten schlechtere Schulabschlüsse und brechen öfter die Schule
18 ohne Abschluss ab. Unser Schulsystem wollen wir deswegen so ändern, dass künftig Kin-
19 der mit Migrationshintergrund bessere Startchancen erhalten.

20 **Für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik**

21 Wir Grüne sind die Partei, die sich auf allen Ebenen für Minderheitenrechte und Flücht-
22 lingschutz einsetzt. Auch wenn die ausländerrechtliche Gesetzgebung auf Bundesebene
23 stattfindet, gibt es doch zahlreiche landespolitische Spielräume, die man für eine humani-
24 täre Flüchtlingspolitik nutzen kann und muss. NRW steht als bevölkerungsreichstes Bun-
25 desland mit den meisten Flüchtlingen in der Verantwortung, sich auf Bundesebene für die
26 Rechte tausender betroffener Menschen, die in NRW leben, einzusetzen.

27 Die Politik der Landesregierung steht dagegen für den Abbau von Flüchtlingsrechten. Die
28 Mittel für den Flüchtlingsrat NRW wurden gestrichen, die Zuschüsse für Flüchtlingsbera-
29 tung gekürzt. Immer wieder kommt es zu Trennungen von Familien bei Rückführungen.
30 Unbegleitete Minderjährige werden nicht in Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht oder
31 schwer kranke Menschen mit Hilfe dubioser Ärzte in Länder ohne ausreichende gesund-
32 heitliche Versorgung abgeschoben. Aber auch die Situation von langjährig hier lebenden
33 integrierten Familien, die nach wie vor keine faire Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht
34 erhalten und mit einer „Duldung“, das heißt der Aussetzung der Abschiebung, leben,
35 muss weiter verbessert werden. Die bisherigen Altfallregelungen haben einigen Betroffe-
36 nen eine sichere Zukunft geben können, aber nach wie vor sind Tausende, die in NRW
37 keinen dauerhaften Aufenthaltsstatus bekommen können, von Abschiebung bedroht. Wir
38 setzen uns für eine wirksame Bleiberechtsregelung, für eine ausreichende medizinische
39 Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen und eine Unterstützung der Hilfsorgani-
40 sationen ein. Alle Flüchtlinge sollen darüber hinaus, unabhängig von ihrem Status, Zu-
41 gang zu Integrationskursen und Schulen haben.

42 Wir fordern die Schaffung eines zusätzlichen Zentrums für psychisch kranke und trauma-
43 tisierte Flüchtlinge. Es muss zudem eine Anlaufstelle für unbegleitete minderjährige
44 Flüchtlinge eingerichtet werden, in der sichergestellt wird, dass diese in Jugendhilfeein-
45 richtungen mit ausreichender Versorgung untergebracht werden.

46

47 **Wir wollen:**

48

- 49 • **Einbürgerung erleichtern und Restriktionen abschaffen;**
- 50 • **Teilhabechancen verbessern, um eine erfolgreiche Integration zu schaffen;**
- 51 • **Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger nicht benachteiligen;**
- 52 • **die Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt und das kommunale Wahlrecht**
- 53 **ermöglichen;**

1
2
3
4
5

- **Flüchtlingspolitik in NRW entlang humaner Richtlinien vollziehen;**
- **Die Unterstützung und Beratung von Flüchtlingen intensivieren;**
- **Menschen ohne Aufenthaltspapiere den Zugang zu Bildungseinrichtungen und Gesundheitsschutz ermöglichen.**

1 **4. Interreligiöse Vielfalt in NRW stärken**

2 **Interreligiöse Vielfalt ist in NRW längst Realität. Diese Pluralität wollen wir wei-**
3 **ter stärken und den Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften fördern. Der**
4 **Islam stellt heute die drittgrößte Glaubensrichtung in NRW dar. Wir wollen ins-**
5 **besondere den Dialog mit unseren muslimischen Bürgerinnen und Bürgern stär-**
6 **ken. Ziel ist ein institutionalisierter Dialog und die Kooperation zwischen Staat,**
7 **Musliminnen und Muslimen.**

8 **Islam als Religionsgemeinschaft anerkennen**

9 Wir wollen für die mehr als 300.000 muslimischen Schülerinnen und Schüler in NRW is-
10 lamischen Religionsunterricht einführen. Dafür brauchen wir Lehrkräfte für islamische
11 Religion, die in deutscher Sprache unterrichten. Der Unterricht muss unter deutscher
12 Schulaufsicht stattfinden. Zur Ausbildung dieser Lehrkräfte und islamischer Geistlicher
13 sind entsprechende Lehrstühle an den Universitäten einzurichten. In Gefängnissen und
14 Kliniken sind islamische Seelsorger einzusetzen. Neben diesen Maßnahmen, die dem in-
15 terreligiösen Dialog zugute kommen, müssen auch muslimische selbst organisierte Netz-
16 werke und Sozialeinrichtungen gefördert werden, ebenso die verstärkte politische Partizi-
17 pation von Muslimen.

18 Es muss mehr dafür getan werden, die Anerkennung einer Vertretung der Muslime als
19 Religionsgemeinschaft mit transparenter Mitgliedschaft zu erreichen, die dann im Rah-
20 men unserer Verfassung mit anderen Religionsgemeinschaften gleichgestellt ist. Zu einer
21 solchen Gleichstellung gehört auch, dass muslimischen Lehrerinnen das Tragen des Kopf-
22 tuchs im Schulunterricht wieder erlaubt wird.

23 **Intoleranz auf beiden Seiten bekämpfen**

24 Wir Grüne setzen und für einen besonderen Schutz homosexueller Menschen aus anderen
25 Kulturkreisen ein. Denn für sie ist ein Bekenntnis zur Homosexualität nicht nur im Hei-
26 matland häufig schwierig und gefährlich. Unterstützungsarbeit in diesem Bereich gilt es
27 daher zu fördern, Abschiebung muss verhindert werden.

28 Immer häufiger werden muslimische Menschen Opfer populistischer islamophober Paro-
29 len. Um der Verunsicherung der Bevölkerung entgegen zu wirken und eine Verständigung
30 zwischen den Kulturen zu erreichen, setzen wir uns für einen Dialog mit dem Islam ein.
31 Rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Tendenzen in unserer Gesellschaft
32 werden wir weiterhin bekämpfen.

33 **Die Türkei als Partner wahrnehmen**

34 Menschen türkischer Herkunft stellen die größte Gruppe Zugewanderter in NRW. Türki-
35 sche Unternehmen sind ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor in NRW, dessen
36 Bedeutung sich unter anderem in der deutsch-türkischen Handelskammer in Köln zeigt.
37 NRW muss also ein großes Interesse an engen Beziehungen zwischen der EU und der
38 Türkei haben. Wir setzen uns daher nicht nur für eine erfolgreiche Integration der hier
39 lebenden Menschen türkischer Herkunft ein, sondern auch für einen Ausbau der Bezie-
40 hungen mit der Türkei auf allen Ebenen. Die Grünen stehen für ehrliche und zielführende
41 Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei über einen Beitritt. Wir wollen eine aktive
42 Begleitung der Verhandlungen durch die Landesregierung, z.B. durch eine angemessene
43 Öffentlichkeitsarbeit oder die Unterstützung der Türkei im Reformprozess über lokale und
44 regionale partnerschaftliche Zusammenarbeit.

45

46 **Wir wollen:**

47

- 48 • **den Islam in NRW als große Religionsgemeinschaft akzeptieren;**
- 49 • **deutschsprachigen Islamunterricht an unseren Schulen einführen, und**
- 50 **Lehrpersonal und Geistliche an Lehrstühlen ausbilden;**

1
2
3
4
5
6
7
8
9

- **die Anerkennung einer Vertretung der Muslime als Religionsgemeinschaft erreichen; das Kopftuchverbot muss zurückgenommen werden;**
- **Diskriminierung auf beiden Seiten bekämpfen. Wir wollen gegen Islamophobie vorgehen, gleichzeitig aber auch den Opfern von Zwangsheirat und Homosexuellenfeindlichkeit zur Seite stehen;**
- **Die Türkei muss in NRW als wertvollen Partner wahrnehmen und ihren Beitrittswunsch zu EU ausdrücklich unterstützen.**

1 **5. Grüne Kulturpolitik in NRW**

2 **Kultur und Kunst sind zentraler Bestandteil des Lebens. Wir Grüne wissen um**
3 **die Bedeutung von Kultur und Kunst und vor allem um das enorme Potenzial,**
4 **das Kreativität für alle Bereiche des Lebens ausmacht. Auch der weltweite Kli-**
5 **mawandel fordert einen Wandel in unserer Lebensführung und damit auch in**
6 **unserer Kultur. Weil die Frage, wie wir zukünftig leben wollen, immer auch eine**
7 **Frage der Kultur ist, ist die friedliche, ökologische, soziale und ökonomische**
8 **Entwicklung einer Gesellschaft in jeder Hinsicht immer auch eine kulturelle**
9 **Herausforderung.**

10 **Die Kommunen sind die Kulturträger in NRW**

11 Kulturelle Vielfalt ist der Reichtum unseres Landes. Sie ist gewachsen, weil es in jeder
12 Kommune Kulturangebote gibt. Damit dies so bleibt, müssen die Kommunen finanziell in
13 der Lage sein, ihre Kulturangebote weiterhin verlässlich zu finanzieren. Unter der
14 schwarz-gelben Landesregierung und ihrer Finanzpolitik gegenüber den Kommunen wird
15 dies immer schwieriger. Deshalb muss das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) verän-
16 dert werden. Kultur soll landesseitig über das GFG im Rahmen einer neuen „Kulturpau-
17 schale“ mitfinanziert werden. Der so genannte Verbundbetrag muss entsprechend erhöht
18 werden. Von den Kommunen wird eine Kofinanzierung erwartet, die sich an den kommu-
19 nalen Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur orientiert. Damit würde die kommunale Kultur eine
20 deutliche Stärkung erfahren. Hiervon unberührt bliebe dabei der Landeskulturhaushalt,
21 da das Land NRW auch künftig eine eigenständige Kulturpolitik betreiben soll.

22 Bibliotheken sind zeitgemäße kommunale Kulturvermittler von zentraler Bedeutung vor
23 Ort und müssen verlässlich gefördert werden. Deshalb setzen wir uns für ein Bibliotheks-
24 gesetz ein. Auch die Idee eines Hauses der Literaturen in NRW unterstützen wir mit
25 Nachdruck.

26 **Kultur und Bildung**

27 Kultur und Bildung sind so wichtig wie Kultur und Integration. Dies stellt für alle Teile
28 unserer Gesellschaft eine besondere Aufgabe dar. Wir wollen weiter Barrieren überwin-
29 den und gemeinsame kulturelle Ansätze für alle gesellschaftlichen Gruppen weiterentwi-
30 ckeln. Dabei sollen auch grundsätzliche Überlegungen wie ein „KulturTicket-NRW“ oder
31 der „freie Museumseintritt für Schulklassen“ künftig eine wesentlich größere Rolle spie-
32 len. Deswegen wollen wir entsprechende Modellprojekte vorantreiben und Kooperations-
33 modelle zwischen freier Szene und öffentlichen Kultureinrichtungen verstärkt fördern.

34 **Schule und Kultur**

35 Schule ist in Lernort ein für Kultur und Kunst. Deshalb wollen wir die Verzahnung dieser
36 beiden Bereiche auf allen Ebenen fördern. Musik und Theater müssen Bestandteile des
37 Unterrichts sein. Theater-, Museums- und Konzertbesuche gehören wie Sportangebote zu
38 einem umfassenden Bildungsangebot. Wir Grüne setzen uns für eine bessere Vergütung
39 der Künstlerinnen und Künstler ein, die sich kreativ und pädagogisch in den Schulen en-
40 gagieren – hier insbesondere in den Offenen Ganztagschulen. Um die Gleichwertigkeit
41 der schulischen und der außerschulischen kulturellen Bildung zu gewährleisten, soll das
42 Land rechtliche Regelungen zur Förderung der kulturellen Bildung prüfen. Diese sind so
43 auszugestalten, dass auch Städten und Gemeinden in prekärer Haushaltslage ein Enga-
44 gement möglich wird.

45 **Kultur braucht Freiräume, die Kunst ist frei**

46 Jugendliche brauchen Probenräume, Künstlerinnen und Künstler kreative und bezahlbare
47 Plätze, Ateliers, Ausstellungs- und Aufführungsorte. Wir wollen, nicht nur in unseren Met-
48 ropolregionen, die Rahmenbedingungen für die Kreativen verbessern und existierende
49 Räume und Orte (auch für eine Zwischennutzung) immer dort fördern und unterstützen,
50 wo sie gemeinsam mit den Kommunen etabliert werden können.

1 **Erinnerungskultur**

2 Die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die über weite Teile des vergangenen Jahrhunderts
3 berichten können, werden weniger. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung der
4 Bundesrepublik Deutschland und ihr insgesamt erfolgreicher Föderalismus fußen auf den
5 Erfahrungen der Weimarer Republik und der barbarischen Nazidiktatur. Auch die ehema-
6 lige DDR braucht einen festen Platz in der geschichtlichen Wissens- und Erfahrungsver-
7 mittlung. Hier sind neue Konzepte der Vermittlung und Bewahrung unseres historischen
8 Erbes unerlässlich. Die vielen geschichtsbezogenen Kultureinrichtungen und Gedenkstät-
9 ten in NRW wollen wir verstärkt fördern.

10 Die Einrichtung des Haushaltstitels „Erinnerungskultur“ im Kulturetat des Landes haben
11 wir ausdrücklich begrüßt. So beträgt der Förderbetrag für alle 19 NS-Gedenkstätten in
12 NRW derzeit 200.000 Euro. Aus diesem Etat sollen auch Schulfahrten zu den Gedenkstät-
13 ten unterstützt werden. Diesen Betrag gilt es zeitnah zu verdoppeln, denn die Anforde-
14 rungen, die an die Vermittlung der jüngeren deutschen Geschichte gestellt werden,
15 wachsen rasant und brauchen Material und engagierte Vermittlerinnen und Vermittler.

16 Auch die große Zahl der in NRW aufwachsenden jungen Menschen mit Migrationshin-
17 tergrund drängt uns, die Erinnerungskultur zu stärken. Die Migrationsgeschichte der letz-
18 ten 150 Jahre in NRW spielt bei der Erinnerungskultur eine wichtige Rolle und steht auch
19 in einem direkten Zusammenhang mit heutiger und künftiger Integrationspolitik.

20 **Kulturhauptstadt 2010**

21 Wir Grüne in NRW haben uns immer für den Prozess der Kulturhauptstadt 2010 in Essen
22 und das Ruhrgebiet engagiert. Dabei ist uns wichtig, dass möglichst viele Menschen krea-
23 tiv in dieses Ereignis eingebunden sind. Teilhabe ist die Voraussetzung für Nachhaltigkeit.
24 Entscheidend ist, dass dieses kulturelle Großereignis nicht als Feuerwerk des Jahres 2010
25 verpufft, sondern dass Nordrhein-Westfalen auch nach 2010 ein dynamisches, vielfältiges
26 und lebendiges Kulturland ist und bleibt.

27

28

Wir wollen:

29

30

- **dass Kultur in der Bildungslandschaft eine größere Rolle spielt und entsprechende Modellprojekte wie ein „KulturTicket NRW“ oder „freien Museumseintritt für Schulklassen“ unterstützen und weiterentwickeln;**
- **anknüpfend an die „Kulturhauptstadt 2010“ NRW ab 2011 zu einem Kulturland entwickeln, damit der Effekt der Kulturhauptstadt nicht einmalig bleibt.**

31

32

33

34

35

36

1 **6. Mehr Sport und Bewegung – Für ein bewegtes NRW**

2 **Sport leistet einen unersetzlichen Beitrag zur Gesundheitsprävention und trägt**
3 **wesentlich zur Integration von Menschen in die Gesellschaft bei. Der Vereins-,**
4 **Breiten- und Leistungssport sowie die Jugendarbeit im Sport bedürfen deshalb**
5 **einer gezielten Förderung, um Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen das Ver-**
6 **ständnis für eine gesunde Lebensführung und die Werte des Fair Plays zu ver-**
7 **mitteln. In Gemeinschaft Sport zu treiben ist eine wichtige Erfahrung für alle**
8 **Altersgruppen. Wir wollen aber auch die neuen Entwicklungen des Sport-**
9 **Treibens stärker in den Blick nehmen. Wir brauchen eine neue Offensive für**
10 **mehr Sportgelegenheiten und für eine spiel- und bewegungsfreundliche Um-**
11 **welt. Sport und Bewegung gehören in den öffentlichen Raum.**

12 **Bewegungsfreudige Schule: Schulsport ausbauen – Sportunterricht** 13 **sichern**

14 Kinder und Jugendliche brauchen für eine gesunde Entwicklung täglich ein ausreichendes
15 Maß an Sport und Bewegung. Der Schulsport muss daher Kernbereich des Schulalltags
16 und Schulgebäude und Schulhöfe sollen als Bewegungsräume gestaltet sein. Wir Grüne
17 stehen für die Sicherung eines ausreichenden, qualifiziert und täglich erteilten Sportun-
18 terrichts. Schwimmen lernen muss einen höheren Stellenwert erhalten. Der außerunter-
19 richtliche Schulsport ist – vor allem im Ganztags – ein wichtiger Baustein und muss des-
20 halb vielfältig gestaltet und verlässlich organisiert sein (z. B. mit Sportvereinen als Part-
21 ner).

22 **Sportstätten bedarfsgerecht ausbauen und ökologisch erneuern**

23 Wir sehen in der Versorgung mit Sportstätten eine wichtige Grundlage für den Schul- und
24 Vereinssport in NRW. Wir setzen uns dafür ein, dass Sportstätten in Bezug auf die Be-
25 dürfnisse des Sports, aber auch mit Blick auf die Kriterien der (Lokalen) Agenda 21 mo-
26 dernisiert werden. Dazu muss das Beratungsangebot für Sportstättenbetreiber ausgebaut
27 werden.

28 Sportgelegenheiten sollen niedrigschwellig und für jede und jeden erreichbar sein. Au-
29 ßerdem müssen die Sportstätten auf bestimmte Zielgruppen wie Frauen und Mädchen,
30 Migrantinnen und Migranten oder ältere Menschen bzw. Menschen mit Behinderung zuge-
31 schnitten sein.

32 Wir Grüne sehen Sport als Querschnittsaufgabe: Bei neuen Bauprojekten von Land und
33 Kommunen sollte geprüft werden, was an infrastrukturellen Voraussetzungen für sportli-
34 che Aktivitäten geschaffen werden kann.

35 **Sport ist eine Bürgerbewegung**

36 Ehrenamtliches Engagement im Sport wollen wir stärken. Ohne den Einsatz der Freiwilli-
37 gen wäre die Arbeit in den Vereinen kaum möglich. Wir unterstützen eine stärkere Ein-
38 bindung von Frauen, Migrantinnen und Migranten und Seniorinnen und Senioren auf allen
39 Ebenen des Sports. Wir wollen es dem Landessportbund ermöglichen, seine Anstrengun-
40 gen im Bereich Gleichstellung und Gender Mainstreaming zu verstärken. Qualifizierungs-
41 angebote wie "Frauen in Führung" müssen ausgebaut werden. Wir wollen die Arbeit der
42 Kreis- und Stadtsportbünde besser stellen. Wir unterstützen die Sportvereine in NRW bei
43 ihren Bemühungen, sich zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

44 **Spitzensport: Fair und dopingfrei – Effektiverer Förderung der jungen** 45 **Talente**

46 Die Nachwuchsförderung im Leistungssport soll noch gezielter wirken: So sollte das von
47 der CDU-FDP-Koalition zersplitterte „Landesprogramm Talentsuche/Talentförderung“
48 durch eine Konzentration auf die sportbetonten Schulen und Eliteschulen des Sports ef-
49 fektiver werden. Wir wollen die Rahmenbedingungen für das Training einerseits und für

1 dessen Vereinbarkeit mit Schule, Ausbildung und Hochschule andererseits weiter verbes-
2 sern.

3 Doping erschüttert die Glaubwürdigkeit des Sports. Wir fordern einen dopingfreien und
4 fairen Spitzensport. Neue Dopingmethoden müssen frühzeitig erkannt und dementspre-
5 chende, aktuelle Nachweisverfahren entwickelt werden. Die Präventionsarbeit muss ge-
6 zielt ausgebaut werden. Der sportliche Nachwuchs muss so früh wie möglich über die
7 Gefahren des Dopings informiert und über die ethischen Grundlagen des Sports aufge-
8 klärt werden.

9 Gewalt, Rassismus und Homophobie haben im Sport nichts verloren. Hier stehen wir an
10 der Seite der Fan-Initiativen sowie der Verbände und Vereine und setzen uns für mehr
11 Gewaltprävention auf der Ebene der Vereine ein.

12

13

14

15

16

17

18

19

20

Wir wollen:

- **Die schrittweise flächendeckende Einführung der "Täglichen Sportstunde" mit dem Ziel, in jeder Kommune mindestens ein Angebot zu schaffen;**
- **Vorrang für Prävention: nachhaltige und flächendeckende Präventionsarbeit gegen Doping, Gewalt und Rassismus in den Vereinen.**